universität wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Vernetzte Daten, Demokratie und bürgerliche Freiheiten in Österreich: Eine Wissenssoziologische Diskursanalyse“

verfasst von / submitted by

Jana Maria Unterrainer, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 066 665
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Zeitgeschichte und Medien
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung *1*

1.1. Thema und Forschungsfeld **1**

1.2. Fragestellungen **4**

2. Zentrale Begriffe und Konzepte *5*

2.1. Demokratie und Freiheitsrechte **5**

2.1.1. Liberale Demokratie und Freiheitsrechte 5

2.1.2. Demokratie in Österreich 7

2.1.3. Herausforderungen für Demokratie und Freiheitsrechte im 21. Jahrhundert 11

2.2. Technologischer Wandel **13**

2.1. Die Digitale Revolution: Von der Informationsgesellschaft zu Big Data 13

2.2. Digitale Technologie und Demokratie: Potentiale und Risiken 15

3. Historische Kontextualisierung: Globale Entwicklungen und lokale Manifestation .. *19*

3.1. Die Ursprünge der Digitalisierung im Kalten Krieg **19**

3.2. Die Popularisierung des Internets in den 1990er Jahren **21**

3.2.1. Das Internet als ökonomischer Faktor und Bestandteil des Privat- und Berufslebens 21

3.2.2. Die Etablierung des Internets in Österreich 24

3.2.2.1. Exkurs: Die österreichische Perspektive einer (Problem-)Situation 26

3.3. Neue Märkte und Gesellschaften: wem sollen Technologien dienen? **27**

3.4. Genese eines digitalen Autoritarismus **29**

3.4.1. Gefahrenpotentiale: *Warum* gefährdet die Digitalisierung? 31

3.4.2. Gefahrenpotentiale: Drei grobe Richtungen der Bedrohung 33

4. Methode *36*

4.1. Was sind Diskurse? **36**

4.2. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse **37**

4.2.1. Theoretische Grundüberlegungen zur Wissenssoziologischen Diskursanalyse 37

4.2.2. Der Forschungsprozess 37

4.3. Diskursgegenstände und Diskurszeiträume **39**

4.4. Zusammensetzung des Quellenkorpus **42**

5. Ergebnisse *45*

5.1. Gesundheit **45**

5.1.1. Zentrale Kategorien der Analyse: Gesundheit 45

5.1.2. Verbesserung des Gesundheitswesens 46

5.1.3. Datenschutz und Grundrechte 47

5.1.4. Transparenz und Kontrolle 50

5.1.5. Digitalisierung als Black Box: Komplexität und Abstraktheit 52

5.1.6. Privatwirtschaftlicher Einfluss 55

5.1.7. Ein internationaler Trend 57

5.1.8. Oppositionen und Kritik 58

5.1.9. Events 62

5.2. Sicherheit **63**

5.2.1. Zentrale Kategorien der Analyse: Sicherheit 63

5.2.2. Die EU verlangt die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung 64

5.2.3. Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität 66

5.2.4. Österreich geht eigenen Weg bei der Vorratsdatenspeicherung 67

5.2.5. Zweifel an der Effektivität der Maßnahme 69

5.2.6. Demokratie und Grundrechte 70

5.2.7. Oppositionen und Kritik 72

5.2.8. Sekundärinteressen 74

5.2.9. Digitale Daten wirken auf die Demokratie ein 76
6. Diskussion der Ergebnisse *79*
6.1. Vernetzte Daten im öffentlichen Diskurs **79**
6.2. Unterschiede in den Diskursen: Gesundheit und Sicherheit im Vergleich **80**
6.3. Digitale Daten und Demokratie: eine österreichische Perspektive **82**
6.4. Ausblick **84**
7. Quellenverzeichnis *85*
7.1. Primärquellen **85**
7.2. Sekundärquellen **88**
7.3. Abbildungsverzeichnis **99**
7.4. Anhang A (Offene Kodierung) **100**
7.5. Anhang B (Axiale Kodierung) **225**
7.5.1. Gesundheitsbereich 225
7.5.2. Sicherheitsbereich 229
7.6. Anhang C (Selektive Kodierung) **233**
7.7. Anhang D (Quellenkorpus) **235**
7.7. Anhang E (Abstract) **236**

1. Einleitung

1.1. Thema und Forschungsfeld

> *„Man nimmt nicht einen Presslufthammer, um eine Nuss zu knacken, wenn ein Nussknacker reicht. Man schießt nicht mit Kanonen auf Spatzen." (Thomas von Danwitz 2014)*

In diesem Zitat des EuGH-Richters Thomas von Danwitz verdichtet sich das zentrale Thema der vorliegenden Masterarbeit. Der Höchstrichter kritisierte damit die Anwendungspraxis der Vorratsdatenspeicherung in Österreich, die von 2012 bis 2014 in Kraft war. Die Vorratsdatenspeicherung war ein Programm zur Terrorismusbekämpfung, das 2006 auf EU-Ebene beschlossen wurde und welches alle EU-Staaten in der Folge umzusetzen hatten. Digitalisierungs-Projekte, wie die Vorratsdatenspeicherung, können von der Politik zu unterschiedlichen Zwecken implementiert werden, um damit einen Mehrwert für demokratische Gesellschaften zu generieren. Zugleich können die neuen digitalen Werkzeuge jedoch auch demokratische Kollateralschäden verursachen, wenn ihre Verwendung überschießend ist und bestimmte demokratische Werte nicht ausreichend berücksichtigt werden. Genau dieses Problem adressierte von Danwitz 2014: Die österreichische Praxis der Vorratsdatenspeicherung stellte einen unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff dar und sie wurde zum Anlass, dass die Direktive zur Vorratsdatenspeicherung auf EU-Ebene aufgehoben wurde.

Das Thema Digitalisierung ist in aller Munde. Es handelt sich dabei um ein Phänomen transformativen Charakters mit komplexen Auswirkungen. Im Bereich der Kommunikationswissenschaften versteht man unter dem Terminus Digitalisierung nicht mehr als „die Umstellung von Kommunikationstechnologien von analog auf digital" (Kleinsteuber 2013: 62). Diese Beschreibung greift jedoch zu kurz und lässt wesentliche Aspekte der Digitalisierung unberücksichtigt. In der vorliegenden Arbeit soll Digitalisierung vielmehr als „Prozess der fundamentalen Reorganisation der menschlichen Kultur durch digitale Medien und Praktiken" verstanden werden. Als Kulturphänomen zeichnet sich die Digitalisierung dadurch aus, dass sie „unhintergehbar, unumkehrbar [und] ubiquitär" ist (Tschiggerl 2018: 4 f.). Die vorliegende Masterarbeit widmet sich im weitesten Sinne dem Thema der Digitalisierung in Österreich. Im Speziellen geht es um *Diskurse über die Verwendung von Datentechnologien durch staatliche oder staatsnahe Akteur*innen in einem österreichischen Kontext.*

Während das Thema Digitalisierung in gegenwärtigen Kontexten häufig als Phänomen der Gegenwart und Zukunft diskutiert wird, stellt sich in diesem Zusammenhang

auch die Frage nach der Relevanz dieses Themas für eine zeithistorische Forschung. Daher soll im Folgenden kurz dargelegt werden, warum es aus meiner Sicht *insbesondere* in unserer Disziplin notwendig ist, sich sowohl mit den Ursprüngen als auch den Auswirkungen der Digitalisierungen intensiv zu befassen. Die Digitalisierung ist eine Entwicklung, die lose mit dem Beginn des Digitalen Zeitalters im Jahr 2002 (vgl. Hilbert 2015: 3) korreliert. Die Ursprünge der Digitalisierung reichen jedoch bis in den 2. Weltkrieg zurück. Viele der technologischen Grundlagen sind zudem nichts anderes als Resultate eines Bedrohungsszenarios des Kalten Krieges. Viele wegweisende Entwicklungen passierten demnach bereits lange vor dem Beginn des Digitale Zeitalters, bzw. bevor digitale Technologien begonnen haben, Gesellschaften auf der ganzen Welt zu prägen. Gerade vor diesem Hintergrund scheint es wesentlich, auch die historischen Ursprünge zu reflektieren.

Die Auswirkungen der Digitalisierung auf sämtliche Bereiche menschlicher Kultur bedeuten auch neue Herausforderungen für demokratische Gesellschaften. Zahlreiche Autor*innen untersuchen und diskutieren, inwieweit die Digitalisierung demokratische Gesellschaften gefährdet. Zentral in einer Demokratie sind dabei bestimmte, in der Verfassung garantierte Rechte – die sogenannten Grund- und Freiheitsrechte. Ebendiese können durch Digitalisierungsprozesse mitunter kompromittiert werden und es können sich neue Formen von Autoritarismus entwickeln. Gegenstand dieser Masterarbeit ist es, dieses Spannungsfeld von Digitalisierung, Grundrechten und Demokratie genauer in den Blick zu nehmen. Im Gegenstandsbereich der zeithistorischen Forschung erlaube ich mir dazu eine Anmerkung: „Die Geschichtswissenschaft ist […] dort auch eine Wissenschaft von der Demokratie, wo sie sich mit dem Entstehen, der Konsolidierung und dem Scheitern demokratischer Ideen, Systeme und Kulturen auseinandersetzt“ (Marschall 2013: 10). Aufgrund der komplexen Gestalt der Digitalisierung besteht eine zentrale Schwierigkeit darin, festzustellen, inwiefern die Digitalisierung zu der Erosion liberaler Grundsetze beiträgt, insbesondere wenn es um die Identifizierung eindeutiger ‚Urheber‘ bzw. ‚Schuldiger‘ geht. Dennoch soll in der vorliegenden Masterarbeit auf einer breiten theoretischen Basis analysiert werden, welche Kontexte, Faktoren und Akteur*innen eine Rolle spielen, wenn es um die Erosion liberaler Grundsätze und die Entstehung neuer autoritärer Phänomene durch die Digitalisierung geht.

Weil digitale Daten ein zentrales Element des neuen Zeitalters sind, soll im Rahmen dieser Masterarbeit *der öffentliche Diskurs über den Gebrauch von vernetzen Daten im staatlichen Bereich* untersucht werden. Dazu wurden zwei politische Ressorts ausgewählt, in denen in Österreich Digitalisierungsprojekte realisiert wurden: Der Gesundheitsbereich

und der Bereich der öffentlichen Sicherheit. Im ersten soll dabei der Diskurs über zwei österreichische E-Health-Initiativen (*ELGA* und *Stopp Corona App*) untersucht werden. Im Sicherheitsbereich steht die oben genannte Vorratsdatenspeicherung im Zentrum der Analyse. Alle untersuchten Diskurse eint, dass darin die Themen Digitalisierung, Grund- und Freiheitsrechte und Demokratie intensiv debattiert wurden. Als Methode soll dabei die Wissenssoziologische Diskursanalyse nach Reiner Keller dienen.

Der erste Teil dieser Arbeit besteht aus einem theoretischen Rahmen, um den Kontext der Diskursanalyse einzugrenzen. Zunächst erfolgt eine Einführung in die Grundsätze der liberalen Demokratie und der bürgerlichen Freiheitrechte. Der nächste Abschnitt widmet sich der Digitalisierung. Weil dieser Gegenstand auch in seiner historischen Dimension von Relevanz ist, wird das Thema in einem eigenen Überkapitel vertiefend behandelt. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Entwicklung des Internets, welches den digitalen Austausch von Daten erst ermöglichte. Wenngleich das Internet bzw. das was heute darunter verstanden wird, anfangs nur marginal von ökonomischen Interessen berührt wurde, hat sich dieses Verhältnis seit den 1990er Jahren grundlegend verändert. So wird das Internet im Digitalen Zeitalter stark von ökonomischen Interessen bestimmt. Wie es zu diesem Wandel kam, soll ebenfalls dargestellt werden. Ein weiterer großer Abschnitt soll die demokratischen Gefahrenpotentiale diskutieren, die sich aus den sozioökonomischen und technischen Entwicklungen ergeben. Anschließend soll der öffentliche Diskurs zu dem Thema *Daten im staatlichen Gebrauch* in der Diskuranalyse untersucht werden.

Diese Masterarbeit wurde im Rahmen des Studienganges *Zeitgeschichte und Medien* verfasst. Dabei handelt es sich um einen Studiengang mit interdisziplinärer Studienarchitektur. Ähnlich gestaltet sich daher auch mein Forschungsthema, das zwischen der zeithistorischen Diskursforschung und der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung verortet werden kann. Aufgrund der Vielschichtigkeit der zentralen Fragestellungen dieser Arbeit ist die Einordnung in einen konkreten Forschungsstand schwierig. Die disziplinäre Perspektive ergibt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass das Thema Digitalisierung so viele wissenschaftliche Disziplinen berührt und eine strikte disziplinäre Trennung wenig sinnvoll erscheint. Ebenso können die Ergebnisse dieser Arbeit für viele Disziplinen von Interesse sein. Dennoch gibt es ein paar grundlegende Werke, die wichtig für die theoretische Konzeption des Forschungsvorhabens waren. Zu nennen ist z.B. die österreichische Arbeit *Networks of Control* von Wolfie Christl und Sarah Spiekermann (2016), die das Thema der vernetzten Daten in Unternehmenskontexten

behandelt. Auch die Bücher *The Data Revolution: Big Data, Open Data, Data Infrastructures & their Consequences* des Geografen Rob Kitchin sowie *Big data: A revolution that will transform how we live, work, and think* des Datenwissenschaftlers Viktor Mayer-Schönberger und des Journalisten Kenneth Cukier sind grundlegend für diese Arbeit. Meine persönliche Position liegt jedoch näher bei der von Kitchin, weil sich dieser differenzierter mit Datentechnologien auseinandersetzt als Mayer-Schönberger und Cukier. Weiters sind auch Arbeiten aus dem Forschungsgebiet der sogenannten *Surveillance Studies* (siehe [u.a.] Deibert & Rohozinski 2010, Deibert 2015a, Deibert 2015b, Innes 2001, Lyon 2003, Murakami Wood 2015) für das Forschungsvorhaben relevant, wobei hier die Grenzen zum Forschungsgebiet des *digitalen Autoritarismus* fließend sind (siehe [u.a.] Glasius 2018, Glasius & Michaelsen 2018, Walker et al 2020). Nicht zuletzt werden auch Erkenntnisse aus der österreichischen Autoritarismusforschung (Rathkolb et al 2017) berücksichtigt. Eher dürftig ist die Forschungslage zu den *Diskursgegenständen* in einem österreichischen Kontext. Auseinandersetzungen mit der Thematik Vorratsdatenspeicherung gibt es v.a. im Bereich der Rechtswissenschaften (siehe [u.a.] Tschohl 2011, Kolb 2011, Wachter 2015). Im Bereich der Diskursforschung existiert lediglich eine Twitter-Analyse aus Norwegen, die sich mit der EU-Direktive befasst (Moe 2012). Im Kontext der E-Health-Initiativen konnten kaum relevante Werke identifiziert werden. In Schweden existiert allerdings ein Forschungsprojekt, dass sich mit den komplexen gesellschaftlichen Auswirkungen von nationalen E-Health-Initiativen befasst (Huvila et al 2013).

1.2. Fragestellungen

Im Rahmen der Masterarbeit sollen folgende Fragestellungen beantwortet und diskutiert werden:

- Wie wurde der Gebrauch von vernetzen Daten im öffentlichen Diskurs in einem österreichischen Kontext wahrgenommen?

- Wie unterscheidet sich der Diskurs in den öffentlichen Teilbereichen?

- In welchem Ausmaß wurde der Einsatz der Technologien im Zusammenhang mit demokratischen Prinzipien und/oder bürgerlichen Freiheitsrechten diskutiert?

2. Zentrale Begriffe und Konzepte

2.1. Demokratie und Freiheitsrechte

2.1.1. Liberale Demokratie und Freiheitsrechte

Eine einheitliche oder allgemeingültige Definition darüber, was unter einer Demokratie zu verstehen ist, existiert nicht. Es handelt sich dabei um einen vielschichtigen Begriff, der sich durch eine ihm inhärente „normative Aufladung" auszeichnet und laut Sartori (1992: 15-17) in einem Spannungsfeld zwischen „Deskription" und „Präskription" verortet werden kann. Merkel et al (2003: 31) betonen, dass man sich vermutlich niemals auf eine allgemeingültige Definition von Demokratie einigen wird.

Ihren Ursprung haben gegenwärtige Demokratiebegriffe in der griechischen Antike als „Herrschaftsform die als zentrales Merkmal die Selbstorganisation des Volkes aufweist" (Marschall 2013: 14). Etymologisch betrachtet setzt sich das griechische Wort *Demokratie (dēmokratía)* zusammen aus *dēmos* für Volk und *kratòs* für Herrschaft (=die *Volksherrschaft*)(vgl. Drosdowkski 1989). Mit gegenwärtigen Demokratieverständnissen hat die Demokratie der Antike aber nicht mehr viel gemeinsam.[1]

Als Meilenstein auf dem Weg zu einem gegenwärtigen Demokratieverständnis lässt sich die sogenannte Gettysburg-Formel des einstigen US-Präsidenten Abraham Lincolns identifizieren. Sie besagt, Demokratie sei „government of the people, by the people, for the people". Durch diese Formel erhält der Demokratiebegriff erstmals eine "input" und eine „output"-Dimension (Schmidt 2010: 487). Somit impliziert Demokratie einerseits Formen von Beteiligungen durch Bürger*innen und Gesellschaften sowie bestimmte Verfahren und Inhalte, die in einen Entscheidungsprozess einfließen (=input). Andererseits werden mit der „output"-Dimension auch die Ergebnisse der Entscheidungsprozesse adressiert. Gegenwärtige Demokratiedefinitionen gewichten diese zwei Dimensionen unterschiedlich (vgl. Marschall 2013: 17).

Obwohl es zahlreiche, abweichende Demokratiebegriffe gibt, eint diese zumeist, dass damit *liberale Verfassungsstaaten* bezeichnet werden (vgl. Sartori 1992: 379; Merkel et al 2003: 14; Marschall 2013: 45). Darunter versteht man politische Herrschaftsformen, in denen der Staat dem Individuum bestimmte Rechte garantiert und diese schützt. Diese Rechte müssen jedoch zugleich *vor dem Staat* geschützt werden. Somit besagt der „Begriff

[1] Für eine Annäherung an gegenwärtige Demokratieverständnisse erweist sich der antike Demokratiebegriff als unzweckmäßig. Es kommt ihm allerdings noch immer eine „ideelle Bedeutung für die Geschichte des demokratischen Denkens und Handelns" zu (vgl. Marschall 2013: 33).

des Verfassungsstaats […] nicht mehr und nicht weniger, als daß die Staatsmacht durch Gesetze begrenzt sein muß“ (Arendt 1963: 185). Deshalb ist der liberale Demokratiebegriff eng mit den Konzepten der Rechtsstaatlichkeit, der Gewaltenteilung sowie mit Menschen- und Minderheitenrechten verknüpft (vgl. Marschall 2013: 45). Laut Merkel et al (2003: 46) stellt die *Anerkennung von Individuen als Personen, die als autonome Träger*innen über Rechte und Pflichten verfügen*, neben der National- oder Territorialstaatlichkeit, dem Repräsentationsprinzip, einer Spezialisierung bzw. Differenzierung, der Anerkennung von Diversität bzw. Pluralismus und damit verbundenen Konflikten sowie einer ausdifferenzierten Sphäre von Öffentlichkeit, einen der „Grundzüge“ moderner, demokratischer Herrschaft dar.

Unter den *bürgerlichen Freiheitsrechten* werden wiederum die Rechte verstanden, „die den Staat davon abhalten und die Bürger dazu berechtigen, etwas zu tun“ (Fritzsche 2016: 26; [Herv. d. Verf.]). Das sind *jene Rechte, die zumeist in den Verfassungen zeitgenössischer Demokratien garantiert werden*, wie z.B. das Recht auf Privatsphäre, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit oder auch die persönliche Integrität (vgl. ebd.). Diese Rechte sollen das Individuum „vor willkürlicher Verhaftung, vor Terror, Folter oder sonstigen gravierenden unerlaubten Eingriffen staatlicher wie privater Akteure“ schützen (Merkel et al 2003: 85). Im europäischen Kontext gibt es hierzu die *Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)*, die in Österreich im Verfassungsrang steht.[2] Sie enthält eine Auflistung der wichtigsten Freiheitsrechte, wie z.B. das Recht auf ein faires Verfahren oder das Recht auf Achtung des Privatlebens. Damit ermöglicht es die EMRK einzelnen Personen, Individualbeschwerde bei dem eigens dafür geschaffenen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu erheben (vgl. Fritzsche 2016: 87).

Bei der Annäherung an das Thema Demokratie und bürgerliche Freiheitsrechte gilt es hervorzuheben, dass Freiheitsrechte in Europa vielerorts bereits eine längere Tradition haben als die Staatsform Demokratie. Die Freiheitsrechte haben ihren Ursprung im Gedankengut der neuzeitlichen Aufklärung und dem daraus hervorgegangenen Konstitutionalismus.[3] Ein wichtiger Wegbereiter zu diesem war Thomas Hobbes *Leviathan* (1651) und dessen Konzeption eines starken Staates, unter den sich der Einzelne unterordnen muss. Obwohl Hobbes Staatskonzeption eher eine „absolutistische Gewaltherrschaft“ beschreibt, kann sie laut Marschall (2013: 36) zugleich auch als „prädemokratisch“ gelten,

[2] Die EMRK wurde am 04.11.1950 in Rom verabschiedet und trat am 03.09.1953 in Kraft.

[3] Der Begriff *Konstitutionalismus* bezeichnet laut Weber-Fas (2008) eine „politische Bewegung […] im 19. Jahrhundert mit dem Ziel, durch geschriebene Verfassungen (Konstitutionen) die Macht der Monarchen zu beschränken und den Individuen rechtlich verbürgte Freiräume gegenüber dem Staat zu sichern.“

weil sie einen Staat beschreibt, *der für das Individuum da ist*. Erst durch die Unterwerfung unter staatliche Herrschaft werden Frieden und Schutz für das Individuum realisierbar. Hobbes Ideen zu einem starken Staat können daher auch als Wegbereiter der liberalen Demokratie gelten. Aufgegriffen und weiterentwickelt wurden diese Ideen schließlich von John Locke. Nach dessen Ansicht besteht eine wesentliche Aufgabe des Staates darin, dem Individuum eine Entwicklung von Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen. Locke formulierte zentrale Ideen, die bis heute als grundlegende demokratische Elemente gelten können, wie die Rechtsstaatlichkeit, der Parlamentarismus, das demokratische Mehrheitsprinzip und die Gewaltenteilung (vgl. ebd.: 36 f.). Somit sind Freiheitsrechte einerseits als zentrale Elemente von Demokratie anzusehen. Andererseits sind sie aus einer historischen Perspektive jedoch auch von ihr abzugrenzen, weil anstelle der Demokratie in den meisten europäischen Ländern vor dem 20. Jahrhundert zunächst der Konstitutionalismus prägend war. Die starke und unmittelbare Verknüpfung des Demokratiebegriffes mit dem Konstitutionalismus wird jedoch erst seit 1945 vorgenommen (vgl. Zakaria 1997: 3). Heute gilt der Schutz von individuellen Freiheitsrechten in modernen bzw. liberalen Demokratien als ebenso relevant, wie regelmäßig stattfindenden Wahlen, die Gewaltenteilung oder das Modell der politischen Repräsentation (vgl. Marschall 2013: 46). Innerhalb des demokratischen Systems können Freiheitsrechte jedoch mit anderen demokratischen Prinzipien, wie z.B. dem Gleichheitsprinzip oder politischen Kontrollerfordernissen in Konflikt stehen (vgl. Merkel et al 2003: 45).

2.1.2. Demokratie in Österreich

Der Staat Österreich ist eine semipräsidiale parlamentarische Republik. Zudem ist Österreich ein Mitglied der Europäischen Union.

Die Geschichte der Demokratie in Österreich ist durch zahlreiche Brüche gekennzeichnet. Die erste, effektive demokratische Periode Österreichs, die sogenannte *Erste Republik,* dauerte von 1918 bis 1933. Sie war von zahlreichen Spannungen und bürgerkriegsartigen Zuständen geprägt und wurde schließlich durch das autoritär regierende Dollfuß-Schuschnigg-Regime[4] abgelöst (vgl. Bauer 2018; Wenninger & Dreidemy 2013). Inwieweit für die demokratischen Fehlentwicklungen innenpolitische Spannungen

[4] In zahlreichen Publikationen wird diese Zeit wahlweise als „Austrofaschismus“ oder „Ständestaat“ bezeichnet. Sowohl die Bewertung dieser Zeit als auch die dafür angemessenste Bezeichnung waren Gegenstand des sogenannten „österreichischen Historikerstreits“ (Konrad 2008: 275). In dieser Arbeit wurde jedoch bewusst auf diese Bezeichnungen verzichtet und stattdessen die Bezeichnung Dollfuß-Schuschnigg-Regime gewählt (vgl. Wenninger & Dreidemy 2013: 7; HDGÖ 2021).

ursächlich waren oder ob Österreich nicht vielmehr einem Kräftespiel benachbarter Staaten unterworfen wurde ist umstritten (vgl. Bauer 2018: 82). Gewiss ist jedoch, dass die Konflikte der Ersten Republik auch im kollektiven Gedächtnis nach 1945 fortbestehen und als eine Art „nationale[s] Trauma" gelten können (Rathkolb 2015: 67). In der Ersten Republik fanden antidemokratische Ideologien und Herrschaftsformen sowohl im linken als auch im rechten politischen Lager Anklang (vgl. Leidinger & Moritz 2008: 166 f.) und das „Modell der liberal-parlamentarischen Demokratie [wurde] durchgehend von allen aktiven Parteien kritisiert" (Rebhan 2018: 697). Der autoritäre Regimewechsel von 1933 gipfelte schließlich in der vollkommenen Auflösung des Staates Österreichs durch dessen „Anschluss" an das nationalsozialistische Deutschland im Jahr 1938. Obwohl diese Zeit in der Vergangenheit häufig nicht der österreichischen Geschichte zugerechnet wurde, ist die Zeit des Nationalsozialismus für eine Auseinandersetzung mit der Demokratieentwicklung in Österreich relevant, weil sie im kollektiven Gedächtnis fortbesteht und zumindest mentalitätengeschichtliche Kontinuitäten[5] zwischen den Perioden bestehen (vgl. Uhl 2018: 96-98).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 wurde Österreich nach einer 10-jährigen Besatzungszeit im Jahr 1955 durch die Unterzeichnung des Staatsvertrags erneut zu einem vollwertigen demokratischen Staat (vgl. Mueller 2018: 130). Die zweite demokratische Periode Österreichs seit 1945 wird auch als die *Zweite Republik* bezeichnet. Sie lässt sich durch die Dominanz zweier großer Parteienblöcke, die sogenannte Sozialpartnerschaft[6] und einer im europäischen Vergleich zunächst eher eingeschränkten Demokratieentwicklung charakterisieren. Während die Zusammenarbeit der zwei großen Parteienblöcke, bestehend aus der *Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ)* und der *Österreichischen Volkspartei (ÖVP)*, aus einer auswärtigen Perspektive häufig als demokratiepolitisch defizitär wahrgenommen wurde, war die starre Konkordanzdemokratie in Österreich zunächst positiv konnotiert und wurde „als bewusster Gegensatz zur konflikt- und gewaltorientierten Ersten Republik konstituiert" (Rathkolb 2015: 63).[7] Dieses Verhältnis änderte sich erst in den 1980er Jahren, als mit dem Aufkommen neuer Parteien

[5] Die „Mentalitätengeschichte fragt nach kollektiven Weltbildern, Einstellungen, nach alltagsweltlich verankerten Orientierungsmustern, die das Handeln der Menschen bestimmen und ihre Haltung in konkreten Situationen bestimmen. Sie geht davon aus, dass solche Orientierungsmuster und Einstellungen zum Aufbau sozialer Strukturen beitragen und dies gerade deswegen, weil sie im Regelfall unbewusst sind und sich nur langsam wandeln" (Schlögl 2021).

[6] Die Sozialpartnerschaft bezeichnet die österreichische Form des Korporatismus, worunter „die Konzentrierung der großen Interessensverbände und des Staates bei der Formulierung und Implementierung staatlicher Politik verstanden" wird (Armingeon 2017: 306).

[7] Die Konkordanzdemokratie hatte im österreichischen Kontext eine stabilisierende und identitätsbildende Wirkung (vgl. Pelinka 2017: 528).

eine stete „Erosion der alten politischen Lager“ einsetzte (ebd.: 440).[8] Seit 1995 ist Österreich zudem ein Mitglied der Europäischen Union und somit politisch, juristisch und wirtschaftlich vollständig darin eingebunden.[9] Auch der Wettbewerb zwischen den politischen Parteien veränderte sich maßgeblich. Während die einstigen Großparteien SPÖ und ÖVP noch Ende der 1970er Jahre mehr als 90% der Wählerstimmen vereinen konnten, verloren diese zunehmend an die neueren Parteien. Im Jahr 2013 erhielten sie nur mehr knapp die Hälfte der Wählerstimmen und es zeichnet sich die Entwicklung hin zu einem Vielparteiensystem ab (vgl. Wineroither & Kitschelt 2017: 278). Auch die Sozialpartnerschaft hat seit den 1980er Jahren an Bedeutung verloren. Beschleunigt wurde dieser Wandel insbesondere durch die Regierungen Schüssel I und Schüssel II (2000-2006), wenngleich sie danach wieder ein zaghaftes Comeback erlebte (vgl. Armingeon 2017: 306 f.). Zunehmend sehen sich die traditionellen Akteur*innen der Sozialpartnerschaft sehen jedoch auch mit der Konkurrenz von neuen „Think Tanks, Politikberater[n] und Lobbyisten“ konfrontiert (ebd.: 307; Karlhofer 2007).

Beurteilt nach dem formalen Bestehen einer Staatsform beginnt die österreichische Demokratie im Jahr 1918. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass Bürger*innen des damaligen österreichischen Teils der Habsburgerreiches bereits lange zuvor für eine Demokratisierung sowie ihnen garantierte Rechte gekämpft hatten (vgl. Rebhan 2014). Bis heute stammen Teile der österreichischen Verfassung aus dieser Zeit, vor allem diejenigen, die bürgerliche Freiheits- und Grundrechte betreffen[10] (vgl. Olechowski 2018: 50). Eine größere Relevanz als die Verfassung an sich haben allerdings völkerrechtliche Verträge, die den österreichischen Grundrechtskatalog umfassend ergänzen.[11]

---

[8] Neben den Parteien SPÖ und ÖVP sind heute noch die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), Die Grünen und NEOS (Das Neue Österreich und Liberales Forum) im österreichischen Nationalrat vertreten (vgl. Demokratiezentrum 2021). Zwischenzeitlich gab es mit dem BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) und TS (Team Stronach) zwei weitere Parteien im Nationalrat (vgl. Heinisch 2017: 458).

[9] Da der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit in die Zeit der EU-Mitgliedschaft fällt, sind entsprechende Wechselwirkungen zwischen der österreichischen Demokratie und der europäischen Politik besonders relevant. Österreich ist als Mitglied der europäischen Union in einer zunehmend globalisierten Welt sehr stark EU-Entscheidungen unterworfen und agiert keineswegs mehr autonom, auch wenn in Österreich weiterhin ein „Autarkie-Mythos“ vorherrscht (Rathkolb 2015: 163). Durch die Mitgliedschaft ist Österreich auch der EU-Rechtsordnung unterworfen, „die Vorrang vor nationalem Recht und unmittelbare Wirkung in den Mitgliedsstaaten genießt“ (Pollak & Riekmann 2017: 436). Mitunter gibt es dabei Spannungen bei den nationalen Umsetzungen (vgl. ebd.). Insgesamt lässt sich das Verhältnis zwischen den österreichischen Bürger*innen und der EU als ambivalent beschreiben: So hatte mehr als die Hälfte der Österreicher*innen im Jahr 2016 „wenig bis kein Vertrauen in die EU“ (Plasser & Seeber 2017: 359).

[10] Da Österreich im Jahr 1945 zur Verfassungssituation der Ersten Republik zurückkehrte und lediglich Änderungen darin vornahm, zählt die österreichische Verfassung zu den „ältesten der Welt“ (Olechowski 2018: 53).

[11] Zu nennen sind hier v.a. der Vertrag von Saint-Germain (1919), in dem z.B. der sprachliche und religiöse Minderheitenschutz festgelegt ist, sowie die Europäische Menschenrechtskonvention (1958). Diese Verträge besitzen in Österreich Verfassungsrang.

Wie bereits dargestellt, ist die moderne Demokratie eng mit dem Liberalismus verknüpft. Auch in Österreich trug das Aufkommen liberaler Ideen im 19. Jahrhundert maßgeblich zur Demokratieentwicklung bei. Schon damals lautete jedoch der kritische Befund einiger Zeitgenoss*innen zugleich, dass Österreich „ohne die geringste liberale Tradition“ sei (Leidinger & Moritz 2008: 156). Leidinger und Moritz (ebd.: 156 f.) gehen so weit, den Österreicher*innen eine antiliberale Haltung zu unterstellen, die sie im Erbe des Habsburgergeistes angelegt sehen. Weiter kompromittiert worden sei diese schließlich durch das Dollfuß-Schuschnigg-Regime und den Nationalsozialismus. Diese Haltung zeichne sich durch eine resignative Grundhaltung gegenüber Politik und Glauben an „den Obrigkeitsstaat“ aus. Ein ähnlicher Befund von Oliver Rathkolb (2015: 64) lautet, dass es in Österreich eine Tendenz zu autoritären Einstellungen gebe, die aus den autoritären „Erziehungstraditionen“ der Habsburger entstanden seien. Neuere Studien legen nahe, dass autoritäre Einstellungen in Österreich keineswegs verschwunden sind, auch wenn sie gewisse Veränderungen durchgemacht haben: Laut Rathkolb (ebd.: 70) genüge seit den 1980er Jahren etwa die „bloße Angst vor negativer Veränderung“ um autoritäre Tendenzen zu verstärken.

Laut einem Bericht der Organisation Freedom House, die jährlich die Lage der Demokratie sowie die der bürgerlichen Freiheitsrechte einzelner Länder beurteilt, erreicht Österreich im Jahr 2021 37 von 40 Punkten in der Kategorie *Political Rights* und 56 von 60 Punkten im Bereich *Civil Liberties* und gilt somit als vollumfänglich funktionierende Demokratie. Freedom House kritisiert allerdings, dass die *Teilhabe von Minderheiten* in den Lokalregierungen eingeschränkt ist und es große Hürden zur Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft gibt. Weiter wird kritisiert, dass das politische System in der öffentlichen Wahrnehmung stark mit *Korruption* verknüpft wird und es eine nicht-adäquate Regulierung von Lobbying von Parlamentarier*innen gebe. Weitere Probleme sind die *mangelnde Transparenz im politischen Sektor* sowie die im internationalen Vergleich sehr hohe *Medienkonzentration*. Auch die politische Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ORF wird angezweifelt und die Gleichberechtigung im Bereich der *Religionsfreiheit* kritisch beurteilt. Zuletzt wird auf eine Feindseligkeit gegenüber Migrant*innen verwiesen und es werden die Themen Diskriminierung von LGBT+ Personen sowie fehlende Geschlechtergerechtigkeit adressiert (vgl. Freedom House 2021).

2.1.3. Herausforderungen für Demokratie und Freiheitsrechte im 21. Jahrhundert

Wie das Beispiel der österreichischen Demokratie aufzeigt, ist die Demokratie nicht statisch. Vielmehr durchläuft sie wiederholt Veränderungsprozesse und zeichnet sich durch eine ihr inhärente Fragilität aus. Demokratie kann somit nicht als gesichert angesehen werden, sobald sie einmal besteht.

Samuel P. Huntington (1991) stellte fest, dass auf Wellen der Demokratisierung stets Gegenbewegungen folgen und es graduelle Schwankungen zwischen Demokratie und Autokratie[12] gibt. Dies zeigt das Beispiel der 1920er und 1930er Jahren eindrücklich, als zahlreiche europäische Demokratien, darunter auch Österreich, faschistischen bzw. autoritären Gegenentwürfen zum Opfer fielen (vgl. ebd.: 12). Huntington (ebd.: 18) identifiziert mehrere Gründe für diese antidemokratischen Gegenbewegungen im 20. Jahrhundert, wie z.B. den *Mangel an demokratischen Werten* in Führungsgruppen und/oder in der Öffentlichkeit, eine *soziale und politische Polarisierung*, eine *Erosion des Rechtsstaats* aufgrund von Terrorismusbekämpfung o.Ä. oder *Interventionen* durch nicht-demokratische ausländische Mächte. Auch *wirtschaftliche Phasen des Abschwungs* sowie *soziale Konflikte* und eine daraus resultierende Popularität von Lösungen, die nur durch autoritäre Maßnahmen durchgesetzt werden können, können antidemokratische Gegenbewegungen auslösen. Huntington erkannte zudem bereits Anfang der 1990er, dass in wohlhabenden, zunehmend von Informationstechnologien geprägten Gesellschaften neue Formen von Autoritarismus entstehen könnten (vgl. ebd.: 33). In der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung wird mittlerweile wieder vermehrt die These diskutiert, dass es eine erneute „reverse wave“ und damit einhergehende Entdemokratisierungstendenzen gibt (vgl. Marschall 2013: 87). Zudem bestätigt sich für Österreich auch Huntingtons Einschätzung, dass wirtschaftliche Krisen autoritäre Tendenzen verstärken. So zeigt sich seit der Weltwirtschaftskrise 2008[13] laut Rathkolb (2015: 436) eine „Rückkehr zur Sehnsucht nach starken politischen Führungspersönlichkeiten“ in Österreich. Zudem ist in den letzten Jahren vor dem

[12] Unter dem Begriff Autokratie sind laut Weber-Fas (2008: 40) „verschiedene Formen der Selbstherschafft“ zusammengefasst. Autokratische Systeme lassen sich dadurch charakterisieren, dass „die Staatgewalt von ein und derselben Person sowohl ausgeht als auch ausgeübt wird.“

[13] Durch massive „Verluste und Liquiditätsengpässe“ von europäischen und US-amerikanischen Banken kam es 2007/2008 zu „Turbulenzen“ auf den Finanzmärkten. Die Folge waren die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers und eine globale „Wirtschafts- und Finanzkrise“. In der EU drohte deshalb 2010 der Staatsbankrott von Griechenland und Irland (vgl. Sonar 2011: 618).

Hintergrund mehrerer Krisen eine „weiter steigende Tendenz autoritärer Lösungsversuche" feststellbar (Rathkolb 2017: 100).[14]

Neben ihrem Wandel im zeitlichen Verlauf und der steten Gefahr in autoritäre Formen abzugleiten, kann es auch in aufrechten Demokratien zu *partiellen Fehlentwicklungen* kommen. Solche politischen Systeme bezeichnen Merkel et al (2003: 15) als „Defekte Demokratien"[15]. Wenn die demokratischen Fehlfunktionen im Besonderen den Teilbereich der bürgerlichen Freiheitsrechte betreffen, lässt sich ein solches politisches System als „illiberale Demokratie" bezeichnen (vgl. Zakaria 1997; Marschall 2013: 85).

Die Demokratien des 21. Jahrhunderts sind einerseits mit neuen Bedrohungen konfrontiert, andererseits kommen auch bekannte Motive und Muster des vorigen Jahrhunderts wieder zum Vorschein. Hinzugekommen sind (spätestens) seit den 1990er Jahren deutliche „Entgrenzungsprozesse", die nationalstaatliche Demokratien vor neue Herausforderungen stellen. Marschall (2013: 88) zufolge gibt es dabei zwei Dimensionen: Zum einen erleben Staaten wie Österreich durch die Eingliederung in die Europäische Union eine „Europäisierung" nationaler Politik. Zum anderen sind die Folgen der Globalisierung immer deutlicher spürbar. Unter dem Begriff Globalisierung werden grenzüberschreitende Prozesse und Phänomene zusammengefasst, die in Fragen der Wirtschaft, Sicherheit, Kommunikation, sowie in der Umwelt und der Kultur wirksam sind (vgl. Scherrer & Kunze 2011: 7 f.). Auf der nationalstaatlichen Ebene können diese veränderten Machtverhältnisse zu Steuerungsverlusten führen (vgl. Marschall 2013: 96).

Aus diesen komplexen Wechselbeziehungen zwischen alten und neuen Themen, Interessenslagen und Prozessen ergeben sich neue Herausforderungen für die Demokratie.[16] Hinzu kommt ein spätestens ab den 1990er Jahren einsetzender, tiefgreifender technologischer Wandel, dessen Wechselwirkungen mit politischen Problemen nicht zu verkennen sind und der darüber hinaus die Globalisierung noch weiter beschleunigt. So wie bereits die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts einen tiefgehenden Wandel

---

[14] Konfliktlinien: Globalisierungskrise, Asyl- und Flüchtlingskrise, Probleme in der Wirtschaftspolitik (Abkommen CETA/ TTIP)

[15] Unter einer *„Defekten Demokratie"* verstehen Merkel et al (2003: 15) „Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszuganges auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik einer oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind". Neben Merkel et al (2003) gibt es weitere Erklärungsversuche für demokratische Fehlentwicklungen. Siehe hierzu: Zakaria (1997): „illiberal democracy" und Karl (1995): „hybrid regimes".

[16] In der sozialwissenschaftlichen Forschung werden diese Wechselbeziehungen durch die „Global Governance"-Forschung untersucht. Zumindest wenn auf Basis der Theorie der komplexen Interdependenz (Keohane & Nye 1977) argumentiert wird, sind diese Steuerungsverluste real. Von Globalisierungsskeptikern wird dies allerdings in Frage gestellt (vgl. Behrens 2005a: 14).

gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse bewirkte, erweist sich dies auch für die *Digitale Revolution*[17] des ausgehenden 20. Jahrhunderts und des 21. Jahrhunderts (vgl. Sonar 2011: 613).

2.2. Technologischer Wandel

2.1. Die Digitale Revolution: Von der Informationsgesellschaft zu Big Data

Die Wurzeln der Digitalen Revolution liegen in den 1940er Jahren. In den 1950er und 1960er Jahren wurden Computer erstmals in größerem Maßstab für mathematische Berechnungen und zur Informationsspeicherung eingesetzt. Die Menge der verarbeiteten Daten[18] steigerte sich in den 1960er und 1970er Jahren weiter, so dass anstelle des einfachen *Electronic Data Processing* bis in die 1990er Jahre von *Datenmanagement* gesprochen wurde, um die nun erforderlich Datenoperations- und Managementprozesse zu beschreiben (vgl. Cortada 2012: 13-15). Ein weiterer Meilenstein der Digitalen Revolution war das Internet, das vor der den 1990er Jahren lediglich in akademischen sowie militärischen Kontexten verwendet wurde. Ab den 1990er Jahren verbreitete sich die neue Technologie jedoch auch im privaten Anwendungsbereich zunächst in Nordamerika und schließlich auch in Teilen Asiens und in Westeuropa. Seit Anfang der 2000er Jahre verbreiten sich Computer- und Internettechnologien sowie andere internetfähige Geräte wie Smartphones global mit einer rasanten Geschwindigkeit (vgl. ebd.: 18-20). Laut Hilbert (2015: 3) lässt sich mit dem Jahr 2002 der Übertritt in das *Digitale Zeitalter* datieren, weil die Digitale Revolution ab diesem Zeitpunkt in sämtliche gesellschaftliche Bereiche vordringt und diese bestimmt.[19] Die Auswirkungen dieser umfassenden Transformation werden von Brynjolfsson & McAfee (2014) auch unter dem Terminus eines zweiten Maschinenzeitalters diskutiert.

Im Zusammenhang mit den technologischen Entwicklungen des späten 20. Jahrhunderts wurde oftmals erwartet, dass die neuen Technologien alle Gesellschaften der Welt nachhaltig verändern und zu einer weltweiten Expansion demokratischer Werte führen würde (vgl. Deibert & Rohozinski 2010: 3). Vor allem gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde aus dieser Perspektive häufiger von einem *Informationszeitalter* bzw. einer

[17] Im Anschluss an die Bezeichnung der Industriellen Revolution, die im 18. Jahrhundert einen großen gesellschaftlichen Wandel bewirkte, verwende ich den Begriff der *Digitalen Revolution*. Müller-Jentsch (2017: 81) spricht in diesem Zusammenhang auch von der „dritten Industriellen Revolution".

[18] Daten sind „zum Zweck der Verarbeitung zusammengefasste Zeichen, die aufgrund bekannter oder unterstellter Abmachungen Informationen (d.h. Angaben über Sachverhalte und Vorgänge) darstellen" (Wohltmann 2022).

[19] Seit 2002 werden mehr Daten digital gespeichert, während vor 2002 mehr Daten analog gespeichert wurden. Daher datiert Hilbert (2015: 3) den Beginn des Digitalen Zeitalters mit dem Jahr 2002.

Informationsgesellschaft[20] gesprochen. Die Intensivierung der Internetnutzung wurde dabei als zentrale Möglichkeit identifiziert, einen globalen Informationsaustausch und auch die demokratische Expansion voranzutreiben. Nach dem Zerfall des kommunistischen Ostblocks sollten auch vormals autoritäre Staaten einen „Anschluss" an die Informationsangebote des Westens erhalten und damit demokratisiert werden (vgl. Walker et al. 2020: 126). Der Gebrauch des Terminus *Informationsgesellschaft* ist seit Mitte der 2000er Jahre allerdings wieder rückläufig (vgl. Google Books Ngram Viewer 2022a). Debatten über die Digitalisierungsauswirkungen sind indessen jedoch keineswegs verschwunden. Vielmehr entwickelten sich seit den 2000er Jahren neue Diskurse über Risiken und Nutzen der Digitalisierung. Ein Terminus, der in diesem Zusammenhang seit 2010 eine Konjunktur erlebt, ist *Big Data* (vgl. Google Books Ngram Viewer 2022b). Mit diesem Konzept ist auch die Prämisse eines Paradigmenwechsels verbunden, der diverse gesellschaftliche Bereiche erfassen und nachhaltig verändern soll.[21] Für Big Data gibt es aber keine eindeutige Definition. Ein nachvollziehbares Urteil von Spiekermann und Christl (2016: 13) lautet, dass es ein eher vager Begriff bzw. ein „Buzzword" ist, das heterogene Phänomene beschreibt. Dies wirft die Frage auf, welche Phänomene und Prozesse sich unter diesem Begriff diskursiv erfassen lassen und welche gesellschaftspolitischen Implikationen sich daraus ergeben. Laut Kitchin (2014a: 67-79) versteht man unter Big Data *die Praxis der Verarbeitung von großen Datenmengen*, welche sich durch die Eigenschaften *Volume, Verocity* und *Variety* auszeichnen.[22] Kitchin (ebd.: 80 f.) zufolge, resultiert diese Praxis aus einer Reihe technologischer Entwicklungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges:

> "[C]omputational power grew exponentially; devices were networked together; more and more aspects and processes of everyday life became mediated by digital systems; data became ever more indexical and machine-readable; and data storage expanded and became distributed".

---

[20] Der Terminus *Informationsgesellschaft* bezeichnet die Umformung der Gesellschaft zu einem neuen „Gesellschaftstyp […], in dem Medien und Informationstechnik das Leben in allen Gesellschaftsbereichen maßgeblich prägen. […] Information ist demnach die zentrale Ressource und die Hauptquelle wirtschaftlicher Wertschöpfung." Der Begriff tauchte zunächst in den 1960er Jahren in Japan (Tadao Umesao) und den Vereinigten Staaten (Fritz Machlup) auf und wurde schließlich maßgeblich von Daniel Bell und Alvin Toffler geprägt (vgl. Beck 2013: 122 f.).

[21] z.B. Wissenschaft, Wirtschaft, etc.; Manche Autor*innen gehen sogar so weit von einem „Anfang des Big-Data-Zeitalters" zu sprechen (Mayer-Schönberger & Cukier 2013: 19). Ob *Big Data* einen tatsächlichen Paradigmenwechsel darstellt, ist jedoch umstritten. Big Data Verfechter*innen nehmen häufig eine positivistische, reduktionistische Haltung ein, die Erkenntnisse der Geisteswissenschaften und mancher sozialwissenschaftlichen Schulen ignorieren. Siehe hierzu Kitchin (2014b).

[22] *Volume* bezieht sich auf eine kontinuierlich anwachsende Menge verarbeiteter Daten, *Velocity* meint eine erhöhte Geschwindigkeit der Produktion und Verarbeitung von Daten und *Variety* die Zunahme der verarbeiteten Datenformate.

Die daraus generierten Potentiale sind enorm: Laut Mayer-Schönberger und Cukier (2013: 24) erlaubt es die heute verfügbare Technologie[23], völlig neuartige Daten von Maschinen verarbeiten zu lassen. Damit hat *„[n]ahezu jede Datensammlung, jedes Datenstück […] intrinsische, verborgene, noch unentdeckte Nutzen und damit auch ökonomischen Wert"*. Die daraus resultierende Veränderung im Gebrauch digitaler Technologien lässt sich in drei Aspekten grob beschreiben: (1) Es können sehr *große Datenmengen* verarbeitet werden; (2) Die Datenmenge erlaubt graduelle *Unschärfe*, zugleich verliert Exaktheit an Relevanz; (3) Daraus erwächst ein zunehmender Respekt für *Korrelationen*, während Kausalitäten an Relevanz verlieren (vgl. ebd. 2013: 20-22). Die gesammelten Daten lassen sich laut Kitchin (2014a: 97-99) nach der Art ihrer Herkunft bzw. ihrem ‚Produktionsmodus' unterscheiden.[24]

Neben privatwirtschaftlichen Unternehmungen wie großen Internetkonzernen, nutzen heute auch staatliche Institutionen digitale Datenverarbeitungstechnologien (vgl. ebd.: 198). Diese neuen Methoden der Datenverarbeitung bergen auch für den öffentlichen Sektor große Potentiale. Systemische Effizienzsteigerungen stehen dabei ebenso im Fokus, wie dem Gemeinwohl dienende Erkenntnisgewinne. Andererseits gehen mit der Verwendung dieser neuen technologischen Werkzeuge auch Risiken einher, die im Folgenden diskutiert werden sollen.

2.2. Digitale Technologie und Demokratie: Potentiale und Risiken

Leider hat sich Prämisse der 1990er, dass durch das Internet weltweit Demokratisierungsprozesse angestoßen würden, nicht zur Gänze bestätigt. Zwar hatte es zu Beginn der 2000er Jahre in vielen vormals autoritären Staaten zunächst den Anschein derartiger Entwicklungen. Autoritäre Regime fanden jedoch zunehmend Wege, ihre technischen Infrastrukturen sowie die generierten Datenströme zu kontrollieren (vgl. Walker et al. 2020; MacKinnon 2010; Deibert 2015a; Creemers 2017).

Auch in westlichen, demokratischen Staaten, die bis heute oftmals mustergültig für demokratische Praxis stehen, werden digitale Netzwerke sowie darüber zirkulierende Daten,

---

[23] V.a. durch immer billiger werdende elektronische Komponenten wie z.B. Sensoren - nach dem *Moorschen Gesetz* werden technologische Bestandteile von Computern, wie z.B. Microchips, immer billiger (vgl. Cortada 2012: 12).

[24] In *gerichtete (=directed)*, *automatisierte (=automated)* und *freiwillige (=voluntereed)* Daten. Unter gerichteten Daten werden jene Daten verstanden, die traditionell von Behörden erhoben werden (z.B. in Reisepässen, Sozialversicherungsnummern, Erhebungen, Zeugnissen, Medizinische Befunden oder Steuererklärungen). Automatisierte Daten sind wiederum Daten, die automatisch von digitalen Systemen generiert und prozessiert werden (z.B. von Überwachungskameraaufzeichnungen, Bewegungsmustern in öffentlichen Verkehrssystemen, Sensoren/Chips in Dienstausweisen, Kreditkarten oder Kundentreuekarten). Unter freiwilligen Daten werden solche Daten verstanden, die von den User*innen digitaler Geräte freiwillig bereitgestellt oder im Zuge von Transaktionen ausgetauscht werden (z.B. aus Beiträgen in Sozialen Medien, Umfrageerhebungen oder Wikipedia-Beiträgen).

zunehmend überwacht. Laut Deibert und Rohozinski (2010: 11) setzen auch OSZE-Staaten seit den 2000er Jahren neben Informationskontrollen in Form von Gegeninformationskampagnen auch auf Überwachung und Datamining[25]. Den Autoren zufolge, dominiere bei Internet-Governance eine „Security-First"-Orientierung, die wegen einer terroristischen Bedrohung sowie dem Schutzbedürfnis von Kindern und sensiblen Minderheiten entstanden sei. Besonders seit dem Terroraschlag 9/11[26] sammeln westliche Staaten immer mehr Daten, um damit der terroristischen Bedrohung zu begegnen. Einer breiten Öffentlichkeit wurde diese Praxis durch die Enthüllungen von Edward Snowden im Jahr 2013 bekannt (vgl. Deibert 2015b: 11). Bei der Anwendung dieser neuen Methoden kam es in den westlichen Demokratien zu einer *intensiven Zusammenarbeit zwischen der Politik und dem privaten Sektor* (vgl. Deibert & Rohozinski 2010: 11; Deibert 2015b: 14).[27] Diese Praxis der Datenverarbeitung ist jedoch nicht mit den in demokratischen Ländern propagierten Grund- und Freiheitsrechten vereinbar. Stattdessen würden diese Regelungen liberal-demokratischen Prinzipien grundsätzlich widersprechen und darüber hinaus Methoden zur Anwendung kommen, die in der Vergangenheit eher autoritären Systemen zugeordnet wurden.

Mit der neuen Dominanz des privaten Sektors in Digitalisierungsfragen beschäftigt sich auch Shoshanna Zuboff (2015) in einem vielzitierten Beitrag, in dem sie beschreibt, wie demokratische Gesellschaften durch die neuartigen Geschäftsmodelle der global agierenden Internetkonzerne zunehmend unter Druck geraten. Die Internetexpertin Robin Mansell (2012: 18) argumentiert wiederum, dass die *Ursache* für diese neue Dominanz der Internetkonzerne in einer prowirtschaftlichen Position der Politik liege, die seit dem Washington Consensus[28] die Technologie-Regulierung dominiert. Nach dieser Position

---

[25] Unter Datamining (*data mining)* versteht Stickel (1997: 158) ein „Verfahren zur Suche nach Datenmustern in Dokumenten".

[26] Bei dem Terroranschlag am 11. September 2001 in New York (USA) starben 3000 Personen. Es kam dabei zur Entführung von vier Passagierflugzeugen durch die Terrororganisation al-Quaida. Zwei Flugzeuge wurden in das World Trade Center in New York gesteuert. Ein drittes steuerte in das Pentagon, den Hauptsitz des *Department of Defense*. Ein viertes Flugzeug stürzte im Bundesstaat Pennsylvania ab (vgl. Boesch et al 2014: 451).

[27] z.B. in Fragen der Gesetzgebung oder Geheimdienstangelegenheiten. Laut Deibert (2015b: 14) wurden etwa Menschenrechtsaktivisten in autoritären Staaten durch Spyware attackiert, die von westlichen Technologieunternehmen hergestellt wurden.

[28] Der „Washington Consensus" ist ein Begriff, der 1990 von John Williamson geprägt wurde. Er steht für eine Reihe von Prinzipien, auf die sich die in Washington ansässigen Finanzinstitute, einschließlich des *IWF* und der *Weltbank* 1989 einigen konnten, um eine Lösung für die lateinamerikanische Schuldenkrise zu finden. Die Prinzipien waren Haushaltsdisziplin, Umlenkung der öffentlichen Ausgaben hin zu hohen wirtschaftlichen Erträgen und besserer Einkommensverteilung, Steuerreformen, Zinsliberalisierungen, wettbewerbsfähige Wechselkurse, Handelsliberalisierung, Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen, Privatisierung, Deregulierung und Sicherung von Eigentumsrechten (vgl. Goode 2020: 563).

sollten die neu geschaffenen technologischen Potentiale ab den 1990er Jahren *primär neue Märkte bedienen und damit Wirtschaftswachstum* begünstigen. Eine zweite Position sei dabei jedoch in den Hintergrund gerückt: Deren Vertreter*innen stellten verstärkt die Frage nach den *Implikationen der Technologien für das Wohl von Gesellschaften*. Laut Mansell (ebd.: 26) habe diese Haltung der Politik wesentlich zu der derzeitigen Situation beigetragen: „The dominant vision of the information society is about growth and prosperity, deferring and downplaying the goals of inclusion, equality, social justice, and sustainability of the global system". In dieser Verkettung von politischen, sozialen und ökonomischen Faktoren liegt eine neue technologische Wirklichkeit begründet, die sich nur aus dem Zusammenwirken komplexer Governance-Prozesse erklären lässt. Zugleich prägt diese Situation jedoch die politische und soziale Realität demokratischer Länder wie Österreich in höchstem Maße.

Auch eine weitere Prämisse der 1990er Jahre ist in Frage zu stellen. Es muss bezweifelt werden, ob die neuen Technologien die Qualität von Demokratie tatsächlich positiv beeinflussten. Mittlerweile lassen zahlreiche Entwicklungen die Hoffnungen der 1990er auf *informierte Wissensgesellschaften* naiv erscheinen. Exemplarisch zu nennen sind in diesem Zusammenhang Phänomene wie der Aufstieg von neuen, „digitalen Demagogen" (Fuchs 2018) mittels Sozialer Medien, Fake News oder groß angelegte Desinformationskampagnen durch nicht-demokratische Systeme (Bradshaw & Howard 2018; Beskow & Carley 2020).

Gerade angesichts der mit Big Data einhergehenden Heilsversprechungen ist angesichts dieser Entwicklungen Vorsicht geboten. In diesem Kontext gilt es zu betonen, dass das digitale Zeitalter noch jung ist. In zunehmend Maße beschränkt sich die Datenverarbeitung nicht mehr auf die bloße Dateneingabe, sondern sie wird immer mehr auch zu einem selbstverständlichen Teil unserer Umwelt. So werden kontinuierlich auch immer mehr *Objekte* digital identifizierbar.[29] Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, warum Mayer und Schönberger (2013: 26) die Wirkmächtigkeit gegenwärtig existierender Gesetze zum Schutz von Freiheitsrechten (v.a. im Bereich des Datenschutzes), die noch aus einer Zeit der *Datenknappheit* stammen, in Frage stellen: „Im Zeitalter von Big Data ist dieser Schutz […] oftmals genauso nutzlos wie im Zweiten Weltkrieg die Maginot-Linie gegen die feindlichen Panzerverbände. Denn heute stellen viele Menschen freiwillig

[29] Dieser Umstand ist eine direkte Konsequenz der technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, die es erlauben alle Arten von Objekten, *sowohl real als auch virtuell* mit IP-Adressen zu versehen, die dann Informationen über ihre Umgebung mittels Sensoren registrieren und diese dokumentieren (vgl. Bunz & Meikle 2018: 27).

persönliche Informationen ins Netz“. Auch der gezielte Ausstieg aus bestimmten Datenerhebungen, das *Opt Out* oder die „Anonymisierung“ von Daten wirken vor diesem Hintergrund nicht wie eine effektive Strategie für Datenhoheit (vgl. ebd.: 194-196).

In Bezug auf die neuen Datenverarbeitungsmöglichkeiten sollten jedoch nicht nur Schreckensszenarien für die Demokratie und bürgerliche Freiheitsrechte heraufbeschworen, sondern zugleich auch die großen Potentiale der Digitalisierung für demokratische Gesellschaften betont werden. Eine Voraussetzung dafür scheint jedoch wesentlich: Die technologischen Entwicklungen müssen mit demokratischen Prinzipien und Menschenrechten akkordiert werden (vgl. ebd.: 220).

3. Historische Kontextualisierung: Globale Entwicklungen und lokale Manifestation

3.1. Die Ursprünge der Digitalisierung im Kalten Krieg

Die Geschichte der *Digitalen Revolution* beginnt in den 1930er und 1940er Jahren mit ersten experimentellen Computerversuchen (vgl. Cortada 2012: 6). Während des Zweiten Weltkriegs wuchs das Interesse an Möglichkeiten, komplexe Berechnungen von diversen Prozessen wie zur Geheimschriften-Entzifferung oder zur optimalen Steuerung von Schiffen im Seekrieg vorzunehmen. Zunächst handelte es sich dabei noch um einfache, mechanische Rechenmaschinen, die komplexe Rechenvorgänge möglich machten. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen bereits erste Großgeräte bereit. Es sollte jedoch noch mehre Jahrzehnte dauern, bis diese Erfindungen begannen, die Gesellschaft und globale Wirtschaft umfassend zu beeinflussen (vgl. Boesch et al. 2014: 310). Während Computer zunächst noch raumausfüllende Dimensionen hatten, wurden sie im Laufe der Jahrzehnte immer kleiner, so dass in den 1970er in den USA erstmalig kleine Geräte für den Privatgebrauch verfügbar wurden (vgl. Cortada 2012: 16). Die Idee, dass der Computer einmal ein Kommunikationsmedium sein könnte, spielte in dieser Zeit noch keine Rolle. Diese Zukunft wurde erst durch die Möglichkeit der *Vernetzung* mehrerer Computer und nicht zuletzt durch die Erfindung des Internets eröffnet.

Die Erfindung des Internets ist maßgeblich ein Produkt des Kalten Krieges und wäre ohne den intensiven Einsatz staatlicher Mittel nur schwer realisierbar gewesen. Das zentrale Ereignis in der Entstehungsgeschichte des Internets war der Sputnikschock, den die USA und ihre westlichen Verbündeten im Oktober 1957 erlitten.[30] Diese Erfahrung machte den politischen Führer*innen der USA die Gefahr bewusst, technologisch hinter der Sowjetunion zurückzubleiben und es wurden zusätzliche militärische Budgets verfügbar (vgl. Fröhlich 2009: 173 f.). Angesichts der von der Sowjetunion ausgehenden, atomaren Gefahr wollten die Amerikaner ein Kommunikationssystem entwickeln, dass auch bei der Zerstörung einzelner Stationen weiter aufrecht bleiben würde. Der Think Tank *Rand Cooperation*[31] erhielt deswegen den Auftrag zu Forschungsprojekten, die neue strategische Lösungen für militärische und technologische Herausforderungen entwickeln sollten. Im

[30] Dabei gelang es der Sowjetunion eine Rakete mit dem Satelliten „Sputnik“ in die Erdumlaufbahn zu schießen. Fortan wurde der Sowjetunion auch zugetraut, Atomraketen in die Umlaufbahn zu schicken.

[31] Die Rand Cooperation wurde 1946 von der Air Force gegründet, um die abschließenden Operationen des Zweiten Weltkriegs zu verwalten.

Rahmen eines dieser Projekte entwickelte der polnisch-stämmige Informatiker Paul Baran ein Konzept für ein Kommunikationssystem, das anstelle einer streng hierarchischen und konzentrierten Kommunikation, eine *verteilte* Kommunikation ermöglichen sollte (vgl. Abbate 1999: 9-11).[32] Dieses Prinzip ist eine wesentliche Grundlage des heutigen Internets.

Die ARPA (*Advanced Research Projects Agency*)[33] wurde 1958 gegründet und war ein militärisch-wissenschaftlichen Kooperationsprojekt gegen die sowjetische Bedrohung. Sie hatte die Aufgabe, großzügige Forschungsgelder an Universitäten und die Industrie zu vergeben. Aus diesen Aktivitäten entstand allmählich ein vertiefter Austausch zwischen militärischen, akademischen und industriellen Kontexten (vgl. Pollack 1989). Aus dieser Kooperation ging das ARPANET hervor, für welches das *Department of Defense* den Auftrag erteilte (vgl. Sonar 2011: 613). Obwohl der Erfolg des ARPANET zunächst ungewiss war, wurde ein bewusstes Risiko nach dem Motto „to aim for the highest payoff rather than the safest investment" in Kauf genommen (Abbate 1999: 39). Ende 1971 war die ARPA-Infrastruktur vollständig errichtet und es wurden fünf Einrichtungen miteinander verbunden (vgl. ebd.: 78). Durch das ARPANET entwickelte sich allmählich auch eine Art Gemeinschaft sowie eine neue Idee von Netzwerken. Obwohl das Netzwerk ursprünglich lediglich zum Teilen von Rechenkapazitäten und Ressourcen dienen sollte, wurde es dazu immer seltener genutzt. Stattdessen etablierte sich das ARPANET zunehmend auch als Kommunikationsmittel (vgl. ebd.: 109-111).[34] In den Jahren 1988/1989 wurden die Hosts und Verbindungen des ARPANETs schließlich auf das Netzwerk der *National Science Foundation* (NSFNET) übertragen, welches fortan den „Backbone" des heutigen Internets darstellte (vgl. ebd.: 195). Der Übergang von der ARPA zur NSF markiert zwar das Ende der militärisch-akademischen Partnerschaft bei der Erfindung und Betreibung des Internets, in der Folge sollte das Internet durch neue, private Betreiber jedoch noch wesentlich größere Relevanz erlangen.

Die Reichweite des ARPANETs war keineswegs nur auf die USA beschränkt. Seit Beginn der 1970er Jahre hatte das ARPANET auch Standorte außerhalb der USA.[35] Darüber hinaus gab es eigene staatliche Netzwerke in Kanada, Deutschland, Norwegen, Schweden

---

[32] Baran griff dabei auf Ideen des sogenannten „Message Switching" zurück und entwickelte diese weiter zu „Packet Switching". Dieses Modell sollte es ermöglichen, digitale Nachrichten verschiedener Formate in unterteilter Form (=Pakete) zu versenden. Dadurch sollten die Nachrichten für den Feind schwieriger zu entschlüsseln und Information auf neuartige Weise manipulierbar werden (vgl. ebd.: 14-20).

[33] Die Organisation ARPA wurde später unbenannt in DARPA.

[34] Die Erfindung der E-Mail war z.B. ein Zufallsprodukt der ARPANET-Nutzung und keineswegs beabsichtigt.

[35] Die Standorte waren das Univerisity College London (Großbritannien) und eine militärische Einrichtung in Norwegen.

und Australien (vgl. Carpenter et al. 1987: 89). Auch erste Versuche zu multinationalen Netzwerken gab es bereits. Einige davon waren, wie bereits das ARPANET, ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke bestimmt, andere wiederum für die kommerzielle Nutzung.[36] Eng verknüpft mit der Entstehung der Europäischen Union sind das *European Informatics Network* (EIN)[37] und dessen Nachfolger *Euronet* (vgl. Abbate 1999: 209). Die erste in Österreich eingerichtete Netzwerkverbindung war eine Anbindung der Universität Linz an das *European Research Network* (EARN) im Jahr 1985. Durch ein von der Firma IBM getragenes Förderungsprogramm erhielt die Universität Wien 1989 einen Kooperationsvertrag für das EASINET und eine Anbindung an das CERN in Genf, das wiederum mittels einer Glasfaserverbindung mit dem amerikanischen NSFNET verbunden war. In Betrieb genommen wurde die Leitung am 10. Februar 1990 (vgl. Rastl & Oggolder 2019: 279-281). Die Digitale Revolution ist insofern kein Alleinverdienst der USA. Vielmehr wurde sie maßgeblich von der transatlantischen Gemeinschaft bestimmt und geformt (vgl. Cortada 2012: 236 f.)

3.2. Die Popularisierung des Internets in den 1990er Jahren

3.2.1. Das Internet als ökonomischer Faktor und Bestandteil des Privat- und Berufslebens

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges glaubte man in der westlichen Welt an einen globalen Siegeszug der liberalen Demokratie, der gleichzeitig mit dem globalen Handel einsetzen sollte.[38] Allgemein war in dieser Zeit eine deutliche Aufbruchsstimmung spürbar, die erst mit dem Terroranschlag von 9/11 wieder eine stärkere Zensur erfuhr (vgl. Deibert 2015b: 10 f.).

Bis 1989 bestand in Westeuropa aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Ostblock eine gewisse Systemkonkurrenz, was einen steten Ausbau der Sozialsysteme begünstigte. Spätestens ab Mitte 1980er Jahren zeichnete sich allerdings ein neuer ökonomischer Trend ab, der zunächst in den USA und in Großbritannien sichtbar wurde und der sich in den 1990er Jahren global verbreitete – der Neoliberalismus[39] (vgl. Ther 2015: 12 f.). Die

[36] Ein Beispiel hierfür ist das französische Minitel-Netzwerk, das eine Vielzahl an Anwendungsmöglichkeiten bot.

[37] Das *European Informatics Network* verband Standorte in London, Paris, Zürich, Mailand und Ispra (Computer History Museum 1973).

[38] Symptomatisch für diese Aufbruchsstimmung ist Francis Fukuyamas Buch *The End of History* (1992) in dem Fukuyama die These formuliert, nun in einem endgültigen, neuen Zustand angekommen zu sein.

[39] Unter Neoliberalismus verstehe ich eine „Denkrichtung des Liberalismus, die eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit anstrebt, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft jedoch nicht ganz ablehnt, sondern auf ein Minimum beschränken will“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2021a). Ursächlich für diese Entwicklung sind die

neoliberale Wende wurde zunächst von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA eingeleitet. Weil deren wirtschaftspolitische Ideen vermeintlich die grassierende hohe Inflation besänftigen konnten und eine wirtschaftliche Konjunktur einsetzte, wurden diese Ideen nach 1989 als Erfolgsrezept global exportiert (vgl. ebd.: 15). Die Ideen des Neoliberalismus werden oftmals unter dem Begriff des *Washington Consensus* subsummiert. Dieser lässt sich durch die Grundzüge *Deliberalisierung, Privatisierung, Liberalisierung* und einer strengen Austeritätspolitik charakterisieren (vgl. ebd.: 18). Die Rolle des Staates wird im Neoliberalismus jedoch stark limitiert. Dieser soll lediglich das institutionelle Rahmenwerk herstellen sowie für die Qualität und Integrität der Geldflüsse garantieren (vgl. Harley 2007: 2).

Ein für diese neue Zeit richtungsweisendes Ereignis war die Einrichtung der Welthandelsorganisation WTO, die im Zuge der Uruguay-Runde des GATT[40] (1986-1994) beschlossen wurde. Mit der WTO wurde laut Behrens (2005b: 250) der Neoliberalismus „hegemonial als Global Governance im Welthandel" verankert. Die Unterzeichner*innen des Gründungsabkommens der WTO erklärten, die Grundprinzipien *Liberalisierung*, *Gleichbehandlung* und *Nichtdiskriminierung* zu befolgen. Zur Folge hat dies eine radikale Öffnung nationaler Märkte, wobei neben herkömmlichen Handelswaren nun auch Dienstleistungen global handelbar wurden. Eine weitere Konsequenz war ein zunehmender Druck zur Privatisierung und Deregulierung staatlicher Sektoren[41] (vgl. ebd.: 250 f.). Erstmals wieder vermehrt in Frage gestellt wurde der neoliberale Konsens in der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 (vgl. Ther 2015: 30). Ein Resultat der neoliberalen Wirtschaftspolitik der 1990er war die Liberalisierung vormals überwiegend staatlicher Monopole wie dem Telekommunikationssektor.

Während ökonomische Interessen in der frühen Phase des Internets bis 1989 eher sekundär waren[42], änderte sich dies in den 1990er Jahren fundamental. Das Internet wurde nun zunehmend von ökonomischen Interessen dominiert. Das neu geweckte Interesse der

---

Aufkündigung des Bretton-Woods-System 1971 und die Ölkrise 1973, die einen globalen Konjunkturabschwung zur Folge hatten. Auch der Keynesianismus geriet dadurch zunehmend unter Druck (vgl. Ther 2015: 12 f.).

40 GATT bezeichnet das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (*General Agreement on Tariffs and Trade*). Es handelt sich dabei um das Vorgängerübereinkommen der Welthandelsorganisation. Das GATT wurde 1947 gegründet und sollte die Organisationen des Internationalen Währungsfonds und die Weltbank als dritte Institution ergänzen. Die Gründungsmitglieder des GATT waren Australien, Belgien, Brasilien, Burma, Kanada, Sri Lanka, Chile, China, Kuba, Tschechoslowakei, Frankreich, Indien, Lebanon, Luxembourg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Südrhodesien, Syrien, Südafrika, Vereinigtes Königreich und die Vereinigten Staaten (vgl. WTO 1998). Österreich ist seit Oktober 1951 Mitglied dieses Übereinkommens (vgl. WTO 2021).

41 z.B. Privatisierungen im Gesundheits- oder Bildungsbereich.

42 Dies gilt nicht für Computertechnologien an sich. Diese verbreiteten sich bereits lange Zeit zuvor, v.a. auch im europäischen Raum, durch das Engagement von Unternehmen wie IBM (vgl. Cortada 2012: 25).

Marktteilnehmer*innen für die Potentiale der neuen Technologien, die immer breiteren Gesellschaftsgruppen in der (zunächst westlichen) Welt zur Verfügung standen, führte zu einem Boom der *New Economy*[43]. Zunehmend wurden die neuen Technologien und virtuellen Produkte auch als (vermeintlich) werthaltige Güter entdeckt. Diese Begeisterung steigerte sich bis zum Ende der 1990er Jahre in die Hybris des sogenannten *Dotcom Booms* (vgl. Berlin 2008; Spinnler 2019). Neben der primär wirtschaftlichen Begeisterung für die neu entdeckten technologischen Potentiale, meldeten sich jedoch bereits in den 1990ern auch erste Kritiker*innen zu Wort, die in den Vernetzungsmöglichkeiten auch Risiken erkannten:

> „As a flood of new users joined the network, the Internet suddenly became the focus of new social issues involving personal privacy, intellectual property, censorship, and indecency. At the same time, network users created a whole new set of applications […] to fulfill their desires for entertainment, social interaction, and self-expression. The internet became a topic of public discussion, and ordinary people began to debate the advantages and pitfalls of "going online"." (Abbate 1999: 200)

Durch die Privatisierung des Internets und die Liberalisierung der Kommunikationsdienstleistungen wurde das Internet einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und zunehmend auch Bestandteil des Berufs- und Privatlebens (vgl. ebd.). Die Entwicklung des Internets in den 1990er Jahren ist daher untrennbar verbunden mit den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Zeit. Dazu kommen konkrete Wegmarken, entlang deren sich das Internet weiterentwickelte und dadurch für mehr Nutzer*innen attraktiv wurde.[44]

Insgesamt lässt sich sagen, dass noch zu Beginn der 1990er Jahre die wenigsten eine Vorstellung davon hatten, was das Internet war bzw. wie es sich in Zukunft entwickeln würde. Bis zur Jahrtausendwende änderte sich dieses Verhältnis jedoch dramatisch, wie Zahlen zur Internetnutzung verdeutlichen: Während 1990 lediglich 0,04% der Weltbevölkerung über Internetzugang verfügten, waren es im Jahr 2000 bereits 6,73%. Bei dem Internetpionier USA steigerte sich diese Zahl zwischen den Jahren 1994 bis 2000 von 4,86% auf 43,07%. In Österreich lag diese Zahl 1995 noch bei 1,89%, bis zur Jahrtausendwende erreichte das Internet jedoch bereits 33,73% der Bevölkerung (Weltbank 2021).

---

[43] *New Economy* ist die „Bezeichnung für Wirtschaftsbereiche, die im Zusammenhang mit der Verbreitung des Internets und der Computer sowie anderer Informations- und Kommunikationstechniken aufkamen und die wirtschaftlichen Abläufe teilweise grundlegend änderten. Der Begriff New Economy (neue Wirtschaft) wird der traditionellen Wirtschaft (Old Economy) im Industrie- und Dienstleistungsbereich gegenübergestellt" (Bundeszentrale für politische Bildung 2021b).

[44] Eine wichtige Erfindung war das *World Wide Web*, das Tim Berners-Lee und Robert Caillau 1990 basierend auf der Idee des Hypertextes erfanden. Dazu kamen die wachsende Zahl an Internetanschlüssen und die Erfindung des Internetbrowsers (vgl. Abbate 1999: 214-217).

Politisch gewann das Thema Internet nun auch jenseits von wissenschaftlichen oder militärischen Anwendungskontexten an Relevanz. Impulsgeber war abermals die nunmehrig alleinige Supermacht USA.[45] Aber auch in Europa wurde die Digitalisierung forciert: Bereits Ende der 1980er Jahre entwickelte die Europäische Union ein Zukunftsprogramm für den Telekommunikationssektor, dem v.a. in Hinblick auf das Inkrafttreten des EU-Binnenmarktes 1993 ein bedeutendes Gewicht zukommen sollte. In einem 1989 dazu veröffentlichten Grünbuch wird die Informationstechnologie als zentraler „Schlüssel für Wohlstand und Wachstum" gesehen und der zukünftige „wirtschaftliche Erfolg des gemeinsamen Binnenmarktes" davon abhängig gemacht (Europäische Kommission 1989: 5). Entsprechende Maßnahmen auf EU-Ebene wurden laut dem Grünbuch als alternativlos und „durch die technologischen Veränderungen erzwungen" angesehen (ebd.: 8). Wie dieser europäische Weg konkret auszusehen hat, erhielt anfangs der 1990er Jahre schärfere Konturen. Der sogenannte *Bangemann-Bericht*[46] empfahl dem Europäischen Rat, die EU möge „auf ihrem Weg ins Informationszeitalter auf die Marktmechanismen als treibende Kraft" vertrauen und dabei auf die umfassende Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes setzen (Europäische Kommission 1994: 5). Diese Empfehlungen wurden schließlich in einem weiteren Grünbuch aufgegriffen und ein politischer „Konsens über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur" postuliert. Als Ziele der Liberalisierung wurden die Vervollständigung der Infrastruktur, Effizienzsteigerung und Kostensenkung sowie die Erhöhung der Investitionsbereitschaft genannt. Bis 1998 sollte der komplette Telekommunikationssektor im europäischen Wirtschaftsraum liberalisiert werden (Europäische Kommission 1995: 8).

3.2.2. Die Etablierung des Internets in Österreich

Die 1990er Jahre waren im Besonderen auch für Österreich eine Zeit der Öffnung. Zum einen für die Europäische Union, in die Österreich 1995 eintrat. Und zum anderen auch für eine Welt, in der sich die ehemals harte Grenze zwischen Ost und West sukzessive aufzulösen schien. In erster Linie fand diese Öffnung jedoch unter wirtschaftlichen

[45] So versprach die Regierung Clinton-Gore (1993-1997) etwa bereits, Internet in jedes Klassenzimmer zu bringen. Sie leistete dazu große Investitionen in Infrastrukturprojekte zum Ausbau von Internetanschlüssen. Während 1994 schon 35% der US-Schulen über einen Internetanschluss verfügten, waren es 2001 bereits 95% (vgl. Clinton Administration 2001).

[46] Der *Bangemann-Bericht* entstand im Rahmen einer Tagung im Juni 1994 auf der griechischen Insel Korfu. Er wurde im Dezember 1993 vom Europäischen Rat in Auftrag gegeben. Er sollte diesem als Basis für ein operatives Programm dienen, um die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in das Informationszeitalter zu führen. Der Name stammt von dem damaligen EU-Kommissar für den Binnenmarkt und für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation, Martin Bangemann.

Vorzeichen statt. Die wirtschaftliche Öffnung bedeutete für den kleinen Staat Österreich neben zahlreichen Chancen auch eine zunehmende Konkurrenz mit ausländischen Waren und Dienstleistungen. Auch deshalb ist die Geschichte der Digitalisierung in Österreich eng mit der Entwicklung von globalen Märkten verknüpft.

Abgesehen von der neuen wirtschaftlichen Dynamik war Österreich spätestens ab Mitte der 1990er als Mitglied der Europäischen Union auch zur Einhaltung diverser EU-Richtlinien verpflichtet. Der Impuls zur Liberalisierung und Deregulierung des Kommunikationssektors kam nicht zuletzt von der EU. Nur wenige Monate nach dem Erscheinen des Bangemann-Berichts (Europäische Kommission 1994) wurde auch eine österreichische Studie publiziert, die sich mit dem Aufbruch in das Informationszeitalter befasste. Der Bericht enthielt eine deutliche Warnung: „Österreich kann sich diesen Veränderungen der Rahmenbedingungen nicht länger entziehen und muß in den nächsten Jahren den Sprung von der alten Ordnung zu neuen Formen der Telekommunikation schaffen“ (Leo et al., 1994: 1). Zur gleichen Zeit erreichte auch die öffentliche Debatte über die neuen Technologien einen ersten Höhepunkt bei den Technologiegesprächen Forum Alpach (vgl. Knoll 1997: 79). Auch im das Regierungsprogramm 1994/95 wurde das Thema Digitalisierung aufgegriffen: „Telekommunikation und Medien gehören zu jenen Sektoren, die sich weltweit sehr dynamisch entwickeln. *Österreich muss mit dieser Entwicklung Schritt halten, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und seine vielfältige Kultur und Identität zu bewahren*.“ (Bundespressedienst 1994: 10, [Herv. d. Verf.]). Darüber hinaus enthielt das Regierungsprogramm auch eine Vereinbarung über die Einrichtung einer „Arbeitsgruppe Informationsgesellschaft der Bundesregierung“, um die „Chancen und Gefahren der globalen Vernetzung und der neuen Möglichkeiten der Telekommunikation“ zu untersuchen (ebd.: 11). Mit Blick auf die zukünftige EU-Mitgliedschaft wurde zudem beschlossen, dass die Liberalisierungspolitik im Bereich der Telekommunikationsdienstleistungen „im Einklang mit den Mitgliedsländern der Europäischen Union“ fortgesetzt werden sollte (ebd.: 18).

Ab Juli 1995 kamen im Rahmen der „Arbeitsgruppe Informationsgesellschaft“ regelmäßig mehrere Untergruppen zusammen, um über die digitale Zukunft Österreichs zu debattierten.[47] Bereits damals wurde über die unrechtmäßige Verwendung von Daten sowie das Thema Privatsphäre in einer digitalen Gesellschaft debattiert (vgl. Knoll 1997: 80-83).

[47] Ab 1996 wurden diese in die „Telekom-Initiative Österreich“ überführt. An diesen Gesprächen beteiligten sich Vertreter*innen aus der Industrie, den Universitäten, Nutzergruppen, der Verwaltung sowie die Sozialpartner. Neben den Teilnehmer*innen war auch das behandelte Themenspektrum bemerkenswert divers: Neben den wirtschaftlichen und technologischen Auswirkungen der Digitalen Revolution wurden auch die politischen und sozialen Folgen des digitalen Wandels ausführlich debattiert.

Im August 1996 wurden die Ergebnisse dieser Zusammenkünfte schließlich in einem Bericht des BMWVK veröffentlicht (BMWVK 1996, zit. n. Knoll 1997).

3.2.2.1. Exkurs: Die österreichische Perspektive einer (Problem-)Situation

Die spezifisch österreichische (Problem-)Situation angesichts der Digitalisierung zeigte sich deutlich bei einer Konferenz, die im Mai 1996 gemeinsam vom *Berkeley Roundtable on the International Economy* und dem *Bruno Kreisky Forum für Internationalen Dialog* ausgerichtet wurde. Der Zweck dieser Konferenz war die Entwicklung einer Strategie, um Österreich aus einer in Fragen der wirtschaftlichen Liberalisierung eher rückständigen Position zu einer wettbewerbsfähigen Position innerhalb der Europäischen Union aufschließen zu lassen (vgl. Borrus et al 1997a: 7). Die Konferenzteilnehmer*innen kamen überwiegend aus der Wirtschaft und der Politik. Den amerikanischen Teilnehmer*innen schien es primär darum zu gehen, Österreich von dem amerikanischen Erfolgsmodell der freien Marktwirtschaft zu überzeugen und eine maximale Deregulierung zu propagieren. Den Österreicher*innen war bei der Vorstellung eines allzu raschen Rückzugs des Staates aus dem Telekommunikationssektor jedoch ein deutliches Unbehagen anzumerken. Als bremsende Motive in dieser österreichischen Debatte konnten eine gewisse *Aversion gegen Veränderung*, sowie die *Angst vor unerwünschten, negativen Auswirkungen* der Informationsgesellschaft (z.B. eine höhere Arbeitslosigkeit aufgrund von Computerisierung) identifiziert werden. Ein weiteres Argument gegen die allzu rasche Marktliberalisierung war die Sorge vor der Übernahme des heimischen Marktes durch ausländische Marktakteure (vgl. Borrus et al 1997b: 89). Tom Togsverd, ein dänischer Vertreter von *Tele Danmark* nutzte den Anlass für einen Appell an Österreich: Wie zuvor bereits Dänemark sollte auch Österreich seine Telekommunikationsmärkte vollumfänglich liberalisieren. Seiner Argumentation zufolge ermöglichte der globale Handel kleineren Staaten eine schnellere Netzwerkerrichtung und jeglicher Widerstand gegen die Liberalisierung werde unmittelbar zum Wettbewerbsnachteil: „The European battle over keeping American products from flooding the market is not the fault of the producers, rather is the *natural choice* for a small country like Denmark to use as a de facto standard." (Togsverd 1997: 93, [Herv. d. Verf.]). Auch einige österreichische Diskussionsteilnehmer beharrten auf der Dringlichkeit, die Angst vor Veränderung zugunsten des Fortschritts abzulegen und den europäischen Weg Richtung Deregulierung und Liberalisierung mitzugehen. Der Ökonom Andreas Wörgötter zeigte sich allerdings skeptisch über das Gelingen der Digitalisierung in Österreich:

> „My pessimism is based in our tradition of conducting our business with big state as a national player and big national companies as the international link. However, how would our small and medium sized business exist in this new competition? The answer is that they would go the way of the k&k Hoflieferant business that could not be innovative and dynamic“ (Wörgötter 1997: 94).

Die dargestellte Debatte illustriert den großen Druck der auf Österreich in den 1990er Jahren lastete, sich an einer internationalen Aufholjagd zu beteiligen. Gleichzeitig wurden aber bereits damals mögliche negative Begleiterscheinungen der Digitalisierung reflektiert. Auffällig ist an dieser österreichischen Debatte, dass die Konzepte *freie Märkte* und *Informationsgesellschaft* in den meisten Fällen beinahe synonym verwendet wurden.

3.3. Neue Märkte und Gesellschaften: wem sollen Technologien dienen?

In der Geschichte der Digitalisierung kann das Jahr 1989 eindeutig als Wendejahr identifiziert werden, weil mit der Liberalisierung des Welthandels auch der globale Erfolgskurs digitaler Technologien einsetzte. Das Ende des Kalten Krieges kann deshalb auch als eine Art Katalysator für die Digitalisierung gesehen werden. Das neoliberale Paradigma der 1990er Jahre trug wesentlich zur Diffusion internetfähiger Geräte und zur schnellen Weiterentwicklung der Netzwerke bei. Auffallend ist, dass sich dieses Paradigma bis in gegenwärtige Diskurse fortsetzt, wie im Folgenden kurz dargestellt werden soll.

2016 veröffentlichte die Weltbank (2016) einen Bericht mit dem Titel *Digital Dividends.* In diesem Report wird in erster Linie der Mehrwert der Digitalisierung für die globale Wirtschaft hervorgehoben.[48] Wie dem Bericht zu entnehmen ist, wurden die positiven wirtschaftlichen Effekte, die sich viele Institutionen in den 1990er Jahren durch die neuen Technologiemärkte erhofft hatten, tatsächlich erzielt[49] (vgl. Weltbank 2016: 55).

Auch der alltägliche Gebrauch von digitalen Technologien steigt seit der Jahrtausendwende kontinuierlich, wie Daten zur Internetnutzung zeigen.[50] Somit sind digitale Technologien auch in Österreich zu einem festen Bestandteil des Alltags geworden.

---

[48] Laut der Argumentation des Berichtes ergibt sich dieser Mehrwert im Detail folgendermaßen: Die Digitalisierung ermögliche Unternehmen einen Anschluss an die Weltwirtschaft durch ein gesteigertes Handelsvolumen, eine Produktivitätssteigerung von Kapital und die Intensivierung des globalen Wettbewerbs. Einzelne Haushalte würden von der Digitalisierung wiederum durch die Entstehung neuer Arbeitsplätze, ein besseres Umfeld für Konsum sowie von einem einfacheren Zugang zu öffentlichen Leistungen profitieren. Poltischen Akteur*innen werde durch die Digitalisierung eine neue Basis für kollektives Handeln eröffnet und bei richtigem Einsatz von neuen Technologien eine Stärkung der Regierungsfähigkeit versprochen (vgl. Weltbank 2016: 11).

[49] Zwischen 1995 und 2014 war die *Akkumulation von IKT-Kapital* für bis zu 20% des gesamten globalen Wirtschaftswachstums verantwortlich. Zwischen 2005 und 2009 betrug das Wachstum in diesem Bereich in den Industrieländern bis zu 38% des gesamten Wirtschaftswachstums.

[50] Von der gesamten Weltbevölkerung nutzten im Jahr 2005 15,7% das Internet. 2010 waren es 28,8%, 2015 schon 40,9% und 2019 war es bereits mehr als die Hälfte. Für Österreich sind diese Zahlen noch beachtlicher: 2005 benutzten bereits 58% der Österreicher*innen das Internet, 2010 waren es schon 75,1%,

Neu hinzugekommen ist im Digitalen Zeitalter ab 2002, neben der immensen Steigerung der technologischen Leistung, die „Ubiquität von vernetzten Computern“. Diese kann laut Lorberg (2018: 171, [Herv. i. Orig.]) „als *die* zentrale Entwicklung, die gegenwärtig die Arbeits- und Lebenswelten durchdringt“ gelten: „Dies beinhaltet die Allgegenwärtigkeit verschiedener Formen […] von Computern und die Allgegenwärtigkeit von zumeist internetbasierten Diensten, die diese und ihre Anwender verbinden“. Die Grundlage für diesen neuen Zustand ist die Möglichkeit zur *digitalen* Speicherung von Daten, die anstelle der analogen Datenspeicherung seit den 2000er Jahren überwiegt. Durch die *digitale Verfügbarkeit von Daten* und die Möglichkeiten zur Vernetzung und Verarbeitung ebendieser, wurden zahlreiche Folgeentwicklungen angestoßen. So erlauben es digitale Daten mittlerweile, „jede beinah beliebig komplexe Information potenziell an jedem Ort, ohne Zeitverlust und in unveränderter Qualität verfügbar zu machen“ (Lorberg 2018: 176 f.).

Sowohl wegen der Geräteausstattung als auch durch neue Internetanschlüsse stieg die Kapazität von digitalen Technologien in den 2000er Jahren immens. Weiter begünstigt wurde diese Steigung durch einen signifikanten Preisverfall der Geräte.[51] In den 2000er Jahren entwickelten sich die digitalen Angebote dahingehend weiter, dass neuen Anwendungen und Nutzungsformen entstehen konnten.[52] Die Zeit zwischen 2000 und 2007 identifiziert Lorberg (ebd.: 173 f.) deswegen als die zentrale Phase der Digitalen Revolution.

Wie bereits in *Kapitel 3.2* dargestellt, wird die Digitalisierung seit den 1990er Jahren häufig vor allem unter der Prämisse wirtschaftlicher Alternativlosigkeit diskutiert. Dabei rückt oft in den Hintergrund, wie sich die angestoßenen Veränderungen auf andere Gesellschaftsbereiche auswirken. Diese Disproportionalität im Diskurs verlangt danach, die Aufmerksamkeit auf das politische Handeln zu richten. Obwohl in den öffentlichen Debatten über Digitalisierung wirtschaftliche Aspekte oftmals vordergründig diskutiert werden, gibt es laut Mansell (2012: 10) seitens der Politik auch die Bereitschaft zur Anerkennung, dass technische Innovation durch politische Entscheidungen ebenso geformt wird, wie durch soziale und kulturelle Werte. Bereits 1988 meinte dazu der Generalsekretär der OECD, Jean-Claude Paye:

> “[T]echnological change is often equated either with certain hardware, or with specific production processes; this is a mistake. Technological change is, in its development and

2015 steigerte sich die Zahl nochmals auf 83,9% und bis 2020 gab es noch einen kleinen Sprung auf 87,5% (Weltbank 2021).

[51] Dieser Preisverfall ist laut (Lorberg 2018: 173) auf optimierte Produktionstechniken und Produkte sowie die Entwicklungen des internationalen Wettbewerbs zurückzuführen.

[52] z.B. das Mobile Internet oder das sogenannte „Internet of Things“.

> application, fundamentally a social process, not an event, and should be viewed not in static but in dynamic terms" (OECD 1988: 11).

Ebendiese Sichtweise löse jedoch bei vielen Ökonomen und Ingenieuren noch immer großes Unbehagen aus. Während für Soziologen *Innovation stets mit sozialen Prozessen einhergeht*, sehen erstere den technologischen Wandel als alternativlos und als *quasi natürliche Konsequenz der wirtschaftlichen Gegebenheiten* an. Diese Position verlangt nach einem Fortschritt ohne (regulatorische) *Hindernisse* (vgl. Mansell 2012: 10). Aus diesen neuen Machtverhältnissen ergibt sich auch das Paradox, dass die *menschliche* Kontrolle zunehmend eingeschränkt wird, während zugleich die *technologische* Kontrolle durch die Auswahl bestimmter Programmierungen zunimmt:

> „Discussion about innovations in ICTs is influenced increasingly by the argument that the best option to advance the benefits and mitigate the risks of a complex technological system is to *allow it to evolve, unhindered by human beings*. Investment in digital networks and applications in business, government, and all other areas of society is seen as the best way to ensure the optimal adjustments to technological innovations. The priority seems to be to reach the top of the league tables for the diffusion of technology or for literacy in its use, with far less attention to the risks that might been countered by society as a whole and by groups within society" (ebd.: 16; [Herv. d. Verf.]).

Eine besondere Relevanz erhalten die von Mansell adressierten Probleme, wenn digitale Technologien *direkt* von politischen Systemen zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt werden. Insgesamt sind den Einsatzmöglichkeiten der digitalen Werkzeuge nur wenige Grenzen gesetzt und ihre Potentiale wachsen stetig.[53] Je nachdem wie politische Entscheidungsträger*innen diese *einsetzen und regulieren*, können sich daraus unterschiedliche Implikationen für demokratische Gesellschaften ergeben. Deswegen sollen im nächsten Kapitel speziell die Risiken dieser neuen Werkzeuge näher beleuchtet werden.

3.4. Genese eines digitalen Autoritarismus

Eine Annäherung an den Begriff Autoritarismus im 21. Jahrhundert ist ohne die Berücksichtigung komplexer Interdependenzen der Globalisierung nur schwer realisierbar (siehe *Kapitel 2.1.3.*). In der akademischen Literatur wird der Begriff des Autoritarismus auf zwei verschiedene Arten verwendet. Die vergleichende Politikwissenschaft spricht von Autoritarismus als *Regime, in dem keine freien, regelmäßigen und fairen Wahlen stattfinden*. Eine weitere Autoritarismus-Definition stellt die politische Psychologie zur Verfügung. Sie versteht unter *Autoritarismus ein psychologisches Persönlichkeitsprofil* das sich in einem

[53] Denn digitale Technologien sind heute wesentlich mehr als alltägliche Werkzeuge, wie z.B. Kommunikationsmedien (siehe *Kapitel 2.2.*). Ihr Anwendungshorizont erstreckt sich von simplen Analysen bis hin zu komplexen Entscheidungsvorgängen.

Bedürfnis nach Ordnung und Hierarchien sowie in einer Angst vor Außenseitern ausdrückt. Beiden Definitionen ist gemein, dass sie sich für die Beschreibung gegenwärtiger politischer Phänomene[54] nur unzureichend eignen. Anstelle dieser Definitionen schlägt Marlies Glasius (2018: 516 f.) vor, die Konzepte der *autoritären* bzw. *illiberalen Praxis* zu verwenden. Gegenüber den beiden erstgenannten Definitionen haben diese den Vorteil, dass sie über den Kontext einzelner Staaten hinausgehen und auch transnationale illiberale bzw. autoritäre Praktiken miteinschließen, die von staatlichen und privaten Akteur*innen kooperativ ausgeübt werden und im Kontext von komplexen Governance-Prozessen stattfinden. Die *autoritäre Praxis* zeichnet sich durch kontrollierende Handlungsmuster von politischen Akteur*innen oder Repräsentant*innen aus, die sich der Rechenschaft des Volkes (über das die Kontrolle ausgeübt wird) entziehen und diese sabotieren (z.B. durch Geheimhaltung, Desinformation oder Einschränkung der Redefreiheit) (vgl. ebd.: 517).[55] Unter *illiberaler Praxis* werden wiederum Handlungsmuster oder Phänomene in organisierter Form zusammengefasst, bei denen die Autonomie oder Würde von Individuen beschnitten wird (vgl. ebd.: 530).[56] Obwohl es sich bei der autoritären Praxis und der illiberalen Praxis um zwei verschiedene Konzepte handelt, treten beide häufig gemeinsam in Erscheinung (vgl. ebd.: 532). Elementar ist jedoch, Autoritarismus *nicht* als Gegenteil von Demokratie zu definieren, sondern die autoritäre und illiberale Praxis als mögliche *Teile innerhalb von Demokratien* anzuerkennen.

Wie bereits in *Kapitel 2.1.3.* beschrieben, wird gegenwärtig wieder häufiger eine Rezession der Demokratie diskutiert. Als mögliche Ursache für diese Entwicklung werden immer wieder digitale Technologien diskutiert (vgl. Glasius & Michaelsen 2018: 3796). In diesem Kontext werden Bedenken hinsichtlich demokratischer Prozesse und individueller Rechte geäußert und autoritäre Entwicklungen diskutiert (Bermeo 2016).[57]

---

[54] V.a. diejenigen, die in einem engen Zusammenhang mit der Digitalisierung stehen.

[55] Beispiele für *autoritäre Praxis* sind z.B. das ungarische Mediengesetz von 2010, das ein regierungsgeführtes Kontrollgremium für Medien und hohe Strafen bei Verstößen dagegen vorsieht (Brouillette & van Beek 2012); die Massenkündigungen von ausländischen Finanzierungslizenzen indischer NGOs unter der Regierung Modi (vgl. Glasius 2018: 529); Die Nationalisierung von TV Sendern und die neuen Mediengesetze sowie das Verbot der Finanzierung von NGOs in Venezuela unter Chavez (Corrales 2015).

[56] Beispiele hierfür sind Einschränkungen im Bereich der Gleichheit vor dem Gesetz, Einschränkungen der Redefreiheit, des Rechtes auf ein faires Verfahren, der Religionsfreiheit, das Recht auf Privatsphäre, Verstöße gegen die physische Integrität (vgl. Glasius 2018: 530).

[57] Je nach Disziplin welcher die Wissenschaftler*innen[57] angehören, wechselt auch die Warte, von der vor *digitalen Bedrohungen* wie z.B. Datenmissbrauch, Desinformation, Fake News oder Malware-Attacken gewarnt wird. Glasius & Michaelsen (vgl. 2018: 516 f.) verweisen in diesem Kontext jedoch zurecht auf eine oftmalige Unschärfe der verwendeten Autoritarismus-Begriffe. Insbesondere dann, wenn diese verwendet werden, um unerwünschte Veränderungen durch die Digitalisierung zu beschreiben. Sie kritisieren, dass die Termini *illiberal*, *autoritär* oder sogar *totalitär* zu häufig eingesetzt werden, ohne eine schärfere Distinktion vorzunehmen.

3.4.1. Gefahrenpotentiale: *Warum* gefährdet die Digitalisierung?

Auch wenn häufig auf Korrelationen zwischen digitalen Phänomenen und neuen autoritären Formen hingewiesen wird, sind die beschriebenen Phänomene in ihren Erscheinungsformen oft heterogen. Vergleiche sind daher in vielen Fällen problematisch. Oftmals sind zwar die primären Erscheinungsformen der entsprechenden Phänomene identifizierbar, nicht jedoch die Strukturen und Prozesse im Hintergrund.[58] So werden etwa *Soziale Medien* häufig mit autoritären und illiberalen Praktiken in Verbindung gebracht.[59] Eine weitere Gefahr des Digitalen Zeitalters liegt jedoch auch in der *technischen Infrastruktur* selbst. Hierbei sind es zumeist politische Akteur*innen, welche die Freiheit der Internetnutzer*innen durch ihr Handeln einschränken. Die Organisation Freedom House veröffentlichte 2017 einen Bericht, dessen Fazit lautet, dass die Freiheit der Internetnutzer*innen in den letzten Jahren weltweit zurückgegangen ist (vgl. Shabaz & Funk 2019: 4 f.). Dieser Rückgang der individuellen Freiheiten in der digitalen Sphäre ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Regierungen weltweit zunehmend größere Anstrengungen unternehmen, um das Internet bzw. die von Bevölkerungen *generierten Datenströme* unter politische Kontrolle zu bringen (vgl. ebd.: 12). Die gleiche technologische Entwicklung, die zu einer globalen wirtschaftlichen Konjunktur beigetragen hat, lieferte nämlich auch technische Instrumente, die als autoritäre Kontrollinstrumente eingesetzt werden können. Dadurch können individuelle Freiheiten eingeschränkt werden. Der Freedom House Bericht (Shabaz & Funk 2019: 19) beschreibt anhand eindrücklicher Beispiele, wie bürgerliche Freiheiten gefährdet werden können, wenn politische Akteur*innen das Internet überwachen oder den Zugang dazu einschränken. Diese Argumentation soll im Folgenden kurz dargestellt werden, um zu veranschaulichen, wie im Digitalen Zeitalter Freiheitsrechte unter Druck geraten können:

Ein wichtiges Thema ist das Recht auf *Privatsphäre*, das verletzt werden kann, wenn persönliche Daten gesammelt werden und diese unter Umständen weitergegeben oder missbraucht werden. Ein weiterer, entscheidender Punkt ist eine durch mögliche durch

---

[58] Hier sei auf das Beispiel Fake News verwiesen. Es steht fest, dass es sich dabei um gezielte Falschmeldungen handelt, die von unterschiedlichen Quellen verbreitet werden, um gewisse Zielgruppen mit manipulativen Informationen zu beeinflussen. Wesentlich komplizierter wird es jedoch, wenn deren Verbreitungsmechanismen betrachtet werden. Hier spielen Daten und Algorithmen eine entscheidende Rolle, deren Funktionsweisen häufig intransparent sind.

[59] Siehe Fuchs (2018) zum Aufstieg neuer autoritärer Führerfiguren durch Soziale Medien; Soziale Medien erlauben es, viele Menschen zu adressieren und werden gezielt für Propagandazwecke genutzt. Jedoch boten auch die Massenmedien des 20. Jahrhunderts Möglichkeiten zur Verbreitung von demokratieschädlichen Inhalten (siehe [u.a.] Duchkowitsch 2014). Im Unterschied dazu kann sich im Digitalen Zeitalter jedoch eine viel größere Anzahl an Personen und Institutionen als Medienproduzent*innen betätigen.

Technologien begünstigte *Diskriminierung* einzelner Personen, wenn sich menschliche oder algorithmische Vorurteile perpetuieren. Davon können etwa bestimmte Minderheiten überdimensional stark betroffen sein, wie in dem Report hervorgehoben wird. Ein dritter Aspekt ist der mangelnde Schutz von *sensiblen Daten* über Personen, wie etwa religiöse oder politische Einstellungen. Solche Daten können mitunter darüber entscheiden, ob Personen in Länder einreisen dürfen.[60] Auch die *Meinungsfreiheit* kann in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn persönliche Stellungsnahmen zu politischen, sozialen oder religiösen Themen dauerhaft gespeichert werden und damit nachvollziehbar sind. Mitunter kann auch die Angst vor späteren Folgen einzelne Personen einschränken. Das gleiche trifft auch auf die Bereitschaft zur Bildung von politischen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen zu, wenn Mitgliedschaften oder Aktivitäten nachvollziehbar sind. Auch die Versammlungsfreiheit kann eingeschränkt sein, wenn bei Versammlungen die Namen der Teilnehmer*innen bekannt sind und Versammlungen untersagt werden können. Dauerhaftes Monitoring der Bevölkerung durch Behörden widerspricht auch dem *Recht auf ein faires Verfahren* ohne Vorverurteilung, weil entsprechende Methoden mitunter Prämissen über gesetzeswidriges Verhalten implizieren können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass autoritäre Formen, die im Internet und *durch die Nutzung des Internets* im Digitalen Zeitalter auftreten, sehr heterogen sind. Auf die Frage, *warum* durch das Internet neue autoritäre Formen auftreten, lässt sich ebenso wenig eine allgemein gültige Antwort finden, als darauf, *wer* die Verursacher*innen dieser Phänomene sind. Allerdings existiert ein verbindendes Element zwischen den diversen autoritären Formen, die aus der Digitalisierung hervorgegangen sind: Es sind die *Datenströme* des Digitalen Zeitalters. Dabei beschränkt sich die von Daten ausgehende Gefahr längst nicht mehr auf den *bewussten Gerbrauch* des Internets.[61] Vielmehr ist die digitale Sphäre immer weniger lokalisierbar und konkret. Zwei Entwicklungen waren hierfür maßgeblich: Erstens wurden Daten mit der Zeit immer *indexikaler* und damit einfacher durch Maschinen manipulierbar. Zweitens bedeutet die *Ubiquität* des Internets, dass die digitale Sphäre zunehmend auch Dinge und Orte miteinschließt, an denen digitale Daten nicht vermutet werden (vgl. Kitchin 2014a: 114 f.). Die Konsequenz ist, dass oftmals unbemerkt immer mehr Daten generiert und verarbeitet werden.[62]

---

[60] Nach dem derzeitigen Stand ist dies in erster Linie in der USA der Fall.

[61] Darunter soll etwa der Aufruf von Webseiten mittels Browser oder das Öffnen einer App auf einem Smartphone verstanden werden.

[62] Es gibt zahlreiche Bereiche, in denen Daten generiert werden: Siehe z.B. zu Daten im Automobil den Artikel „What does your car know about you? We hacked a Chevy to find out“ (Fowler 2019); Zur Selbstmordprävention in Seoul/Südkorea: “Seoul using AI to detect and prevent suicide attempts on

3.4.2. Gefahrenpotentiale: Drei grobe Richtungen der Bedrohung

Wie bereits argumentiert wurde, ist die Identifikation eindeutiger „Schuldiger" problematisch, wenn es um die Zunahme von autoritären Phänomenen im Digitalen Zeitalter geht. In der wissenschaftlichen Literatur lassen sich jedoch grob drei Richtungen unterscheiden, von denen Bedrohungen für Demokratien sowie die Grund- und Freiheitsrechte ausgehen. Diese sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

Eine erste Bedrohung geht von einer Palette an Praktiken im Umgang mit Daten und dazugehöriger Geschäftsmodelle global agierender Technologieunternehmen aus. Laut Zuboff (2015: 86) können etwa intransparente Datensammelpraktiken ein erhebliches Risiko für demokratische Gesellschaften bergen, weil diese mit einem gesellschaftlich-demokratischen Vertrag brechen. Aus diesen neuen Strukturen ergibt sich ein System, dass Zuboff als „Surveillance Capitalism" bezeichnet. Entscheidend ist dabei, dass Daten im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu einem bedeutenden ökonomischen Gut wurden.[63] In *Kapitel 3.2* wurde deshalb das Zusammenwirken von breitenwirksamer Digitalisierung mit dem politökonomischen Zeitgeist des Neoliberalismus analysiert. Maßgeblich ist, dass das erhoffte ökonomische Potential in den 2000er Jahren in den Daten entdeckt wurde. Vor diesem Hintergrund gilt es zu bedenken, dass Daten stets auch „agent[s] of capital interests" sind (Kitchin 2014a: 16).

Eine weitere Bedrohung demokratischer Systeme geht von der zunehmenden technologischen Erstarkung autoritärer Staaten wie Russland oder China aus. So unternehmen immer mehr Regime enorme Anstrengungen, um digitale Technologien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. China ist im Bereich der Überwachungstechnologie besonders avanciert und kombiniert elaborierte Technologien aus den Bereichen mobiles Internet, Big Data, Cloud Computing und Internet of Things zu historisch einzigartigen Überwachungstechnologien (siehe Creemers 2017; MacKinnon 2011).[64]

Eine dritte Bedrohung entsteht durch die Implementierung potenziell demokratieschädlicher Technologien in die Infrastrukturen demokratischer Staaten.

---

bridges" (Park 2021); zum Monitoring von Wäldern: "Monitoring of Forests through Remote Sensing" (Europäische Kommission 2020); Zu virtuellen Assistenten in Kinderzimmern: "The Internet of Things has a child privacy problem" (Turner 2016); ein Bericht zur Konvergenz von Internettechnologien mit menschlichen Körpern: „The Internet of Bodies: Opportunities, Risks, and Governance" (Lee et al 2020).

63 Vergleiche zwischen den Daten und dem Rohstoff Öl sind in diesem Kontext keine Seltenheit. Siehe zum Beispiel ein Artikel in der Zeitschrift *The Economist* (2017): „The world's most valuable resource is no longer oil, but data" oder das Briefing des Europäischen Parlaments (Szczepański 2020) mit dem Titel „Is data the new oil?".

64 So sind etwa sämtliche Chatsoftware-Anwendungen in China mit staatlichen Überwachungs- und Zensurtools vorkonfiguriert. In Russland werden mittels des SORM-Systems Kopien von sämtlicher elektronischer Kommunikation erstellt und von staatlichen Stellen gespeichert (vgl. Deibert 2015a: 76).

Gegenstandsbereiche, die zu dieser dritten Kategorie gehören, sind das zentrale Thema der folgenden Diskursanalyse. Dabei gilt zu betonen, dass Staaten seit jeher die größten Generatoren und Verwender von Daten sind. Seit der Zeit der Aufklärung werden Datensysteme optimiert, um einerseits wachsende Populationsgrößen erfassen und andererseits auch Dienste für Bürger*innen bereitstellen zu können. Diese *„Quantifizierung der Gesellschaft"* erfolgt durch administrative Systeme, die ergänzt durch technische Systeme indexikale Daten über Individuen, Institutionen und Unternehmen etc. erfassen. Staatliche Einrichtungen verfügen über umfangreiche Aufzeichnungen über Bürger*innen[65] und nützen dafür „Regime des Messens" wie Erhebungen oder Überwachung (vgl. Kitchin 2014a: 114 f.). Entscheidend ist dabei, dass im Digitalen Zeitalter die Potentiale der Datenerhebung und -verarbeitungen kontinuierlich steigen. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit Ursache und Wirkungsbeziehungen darf dabei nicht ausbleiben:

> "[D]ata are generated and employed for many ends, including governing societies, managing organisations, leveraging profit, and regulation places. In all these cases, data are key inputs into systems that paradoxically are implemented in the name of making societies more secure, safe, competitive, productive, efficient, transparent and accountable, yet do so thorough processes that monitor, discipline, repress, persuade, coerce, and exploit people. There is a fine balance then between using data in emancipatory and empowering ways, and using data for one's own ends and the detriment of others, or in ways contrary to the wishes of those the data represent." (Kitchin 2014a: 165)

Diese von Kitchin beschriebene Grenze wird in der folgenden Diskursanalyse von großer Relevanz sein. Wenn demokratische Staaten digitale Technologien einsetzen, müssen Wechselwirkungen berücksichtigt und reflektiert werden.

Kitchin (ebd.: 166-181) erläutert auch eine Reihe von Gefahren, die aus dem staatlichen Gebrauch von digitalen Daten entstehen können. Erstens besteht die Gefahr sogenannter Datenschatten und *Dataveillance.* Dies bedeutet, dass durch die enormen Datenmengen in staatlichem Besitz willkürliche und unwillkürliche Datenschatten zurückbleiben. "Dataveillance" beschreibt das Monitoring oder Profiling von Individuen auf Basis von persönlichen Datenaufzeichnungen (Chandler & Munday 2020). In der EU gilt das Prinzip der Daten-Minimierung.[66] Persönliche Daten dürfen dann bis zu einer bestimmten Frist gespeichert werden. Daneben existiert jedoch auch der Graubereich eines spekulativen „*Data-Harvestings*", um Daten für andere Zwecke wiederzuverwenden. *Control Creep* (Innes 2001) bedeutet in diesem Kontext, dass Daten *für eine bestimmte Form*

[65] Besonders hervorzuheben sind dabei die Datensammlungen der Sozialversicherungen und der Finanzämter. Auch im Gesundheitsbereich werden Aufzeichnungen über die Patienten angefertigt und ausgewertet. Weitere Einrichtungen die Daten aufzeichnen sind Statistik-Agenturen, dass Vermessungswesen oder Geheimdienste.

[66] Dies bedeutet, dass lediglich so viele Daten über Personen generiert und gespeichert werden dürfen, wie für einen bestimmten Zweck erforderlich sind.

von Governance erzeugt und schließlich für eine andere Form wiederverwendet werden (Lyon 2003).[67] Die Praxis *Predictive Analytics* ist der Kategorie des sogenannten Anticipatory Governments zuzuordnen. Dabei steht die Abschätzung bzw. Berechnung zukünftig eintretender Ereignisse im Zentrum.[68] In der folgenden Diskursanalyse soll der öffentliche Diskurs über diese Risiken untersucht werden.

[67] So wurden etwa in der Zeit nach dem Terroranschlag 9/11 Daten aus dem Flugverkehr und administrative Daten zusammengefügt und für Profiling-Zwecke wiederverwendet (Lyon 2003). In der britischen Hauptstadt London wurden wiederum Daten zu Verkehr und Stauaufkommen aus Überwachungskameras für die Überwachung von Verkehrsvergehen verwendet (Dodge & Kitchin 2007).

[68] Ein Beispiel hierfür ist abermals der Flugverkehr, wenn z.B. das Risiko von Passagieren vor Reiseantritt abgeschätzt wird (Dodge & Kitchin 2004). Eine weitere Praxis, die auch in Österreich Anwendung findet, ist der Einsatz von Software zur Vorhersage von Verbrechen (Siegel 2013). Durch diese Praxis können sich Vorurteile intensivieren.

4. Methode

4.1. Was sind Diskurse?

Der deutsche Begriff Diskurs hat seinen Ursprung im lateinischen *dicurrere,* was so viel bedeutet wie *durchlaufen* oder *auseinanderlaufen*. Heutigen Diskursbegriffen liegen mehrere Denktraditionen zugrunde. Ein erster Diskursbegriff geht auf Jürgen Habermas und Karl-Otto Apel zurück. Sie verstehen unter Diskurs „einen idealen Modus öffentlicher Debatten, der sich durch Herrschaftsfreiheit auszeichnet und in dem nur das bessere Argument zählt". Im Zentrum dieses Diskursbegriffes steht ein Diskurs, in dem die besten Argumente überzeugen und die wissenschaftliche Erkenntnisbildung zentral ist. Die Diskursteilnehmer*innen werden als rational und nach Wahrheit strebend konzipiert (vgl. Pöttker: 62; siehe Habermas 1991, Apel 1988). In starkem Kontrast dazu steht der von Michel Foucault eingeführte Diskursbegriff. Für Foucault sind Diskurse stets von Machtbeziehungen geprägt, die sich zugleich in den Diskursen abbilden und diese modellieren. Diese Machtbeziehungen werden vor allem durch Wissen konstituiert:

> „Ein Wissen ist das, wovon man in einer diskursiven Praxis sprechen kann, die dadurch spezifiziert wird: der durch die verschiedenen Gegenstände, die ein wissenschaftliches Statut enthalten werden oder nicht, konstituierte Bereich (…); ein Wissen ist auch der Raum, in dem das Subjekt die Stellung einnehmen kann, um von Gegenständen zu sprechen, mit denen es in seinem Diskurs zu tun hat (…); ein Wissen ist auch das Feld von Koordination und Subordination der Aussagen, wo Begriffe erscheinen, bestimmt, angewandt und verändert werden (…); schließlich definiert sich ein Wissen durch die Möglichkeiten der Benutzung und der Aneignung, die vom Diskurs geboten werden. (…) jede diskursive Praxis kann durch das Wissen bestimmt werden, das sie formiert." (Foucault 1973: 259 f.).

Folgt man der Diskursperspektive Foucaults, sind Diskurse keineswegs objektiv und rational, sondern stets durch „Kämpfe" bzw. „Spiele der Wahrheit" geprägt (vgl. Keller 2008: 75). Entscheidend ist, dass es in Foucaults Diskursen im Unterschied zu Habermas und Apel nicht um die Suche nach der ‚*Wahrheit*' geht, sondern die „Wahrheit wird […] zu einer ausgehandelten Norm, ein vorläufiges Ergebnis einer historischen Machtrelation" und Diskurse sind „vergleichbar mit Feldern, auf denen Auseinandersetzungen um Deutungsmacht ausgetragen werden" (Kajetzke 2008: 34). Während Foucaults Diskursbegriff Sprache zwar berücksichtigt, erfordert dieser aber zugleich auch eine Auseinandersetzung mit Deutungsmacht (vgl. ebd.: 44). Demnach beinhalten Diskurse neben Sprache auch *Praktiken,* die auf eine „Etablierung von bestimmten Deutungen bzw. dem Anschluss oder der Abwertung anderer Deutungen" abzielen (ebd.: 45). Dies bedeutet, dass sich bestimmte Argumente etablieren und reproduzieren während andere mitunter erst gar nicht aufgegriffen werden.

4.2. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse

4.2.1. Theoretische Grundüberlegungen zur Wissenssoziologischen Diskursanalyse

Als methodische Basis dieser Arbeit dient die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) nach Reiner Keller, die in Anschluss an den theoretischen Diskursbegriff Foucaults entwickelt wurde (vgl. Keller 2008: 73). Gegenüber anderen diskursanalytischen Ansätzen[69] hat diese den wesentlichen Vorteil, dass sie Fragen nach Macht und Wissen ebenso wie Fragen nach der „historischen Genese" sowie mögliche Folgen für „Wissensfelder" berücksichtigt (vgl. Keller 2008: 78).

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, schließt die WDA an die Hermeneutische Wissenssoziologie von Peter L. Berger und Thomas Luckmann (1980) an. Berger und Luckmann analysierten in ihrem Werk „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit", wie *Wissen* entwickelt, vermittelt und bewahrt wird. Ihrer Argumentation zufolge gilt es „‚Wirklichkeit' als Qualität von Phänomenen zu definieren, die ungeachtet unseres Wollens vorhanden sind – wir können sie ver-, aber nicht wegwünschen. ‚Wissen' definieren wir als die Gewißheit (sic), daß Phänomene wirklich sind und bestimmbare Eigenschaften haben" (Berger & Luckmann 1987: 1). Eine wesentliche Qualität der Hermeneutischen Wissenssoziologie ist ihr Fokus auf „die sozialen Erzeugungsprozesse und Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Wissensvorräte" (Keller 2008: 79).

Das Ziel der WDA ist also die Untersuchung von gesellschaftlichen Wissensverhältnissen und -politiken. Weitere Potenziale der WDA bestehen in der Möglichkeit einer *Klassifikation* von Phänomenen und der Ermittlung von *Phänomenstukturen* (=Darstellung des Aussagezusammenhanges eines Diskurses), der Untersuchung von narrativen Strukturen, dem Herausarbeiten allgemeiner Deutungsmuster neben Einzelfallanalysen und der Feinanalyse von Texten (vgl. Keller 2013: 82).

4.2.2. Der Forschungsprozess

Bei der WDA wird der Datenkorpus auf Basis der Forschungsfragen gebildet. Dieses Verfahren wird als „*theorieorientierte[s] Sampling"* bezeichnet. Bereits bei der Bildung des Quellenkorpus haben die „*Prinzipien der minimalen bzw. maximalen Kontrastierung*" eine zentrale Funktion. Dabei werden für eine Analyse möglichst gegensätzliche Dokumente (=maximale Kontrastierung) bzw. einander ähnliche Dokumente (=minimale

[69] z.B. die *Discourse Analysis* (Wetherell 1998; Jorgensen/Phillips 2002), die historische Diskursforschung (Landwehr 2001), die aus den Cultural Studies stammende Diskursforschung von Barker und Galasinski (2001), die *Kritische Diskursanalyse* (Jäger 1999) sowie die *Critical Discourse Analysis* (Fairclough 1995).

Kontrastierung) herangezogen. Mit diesem Verfahren wird versucht, die „gesamte Bandbreite der Aussageereignisse eines Diskurses im typisierenden Zugriff“ zu erschließen (vgl. ebd.: 91). Während mittels maximaler Kontrastierung Diskurse in ihrer gesamten Breite und Heterogenität abgebildet werden können, ermöglicht es die minimale Kontrastierung im Gegensatz dazu, einzelne Teilbereiche herauszuarbeiten und diese „möglichst genau und vollständig“ zu rekonstruieren. Dieses Verfahren wird fortgeführt, bis eine „Sättigung“ erreicht ist. Das bedeutet, dass sich „typische Muster, Gehalte, Elemente“ wiederholen. Ergeben sich „keine neuen Kategorien oder Ideen [mehr], sondern immer nur eine Bestätigung der bereits erarbeiteten Deutungsmuster, Phänomenstrukturen, Klassifikationen und narrativen Verknüpfungen“, wird dieser Prozess beendet (vgl. ebd.: 92).

Zudem empfiehlt Keller (ebd.: 93) Ansätze aus der Gounded Theory zu übernehmen, wobei das Kodieren im Zentrum steht.[70] Dieses besteht aus einem 3-stufigen Verfahren. Der erste Schritt ist das *offene Kodieren.* Keller (2008: 94) versteht darunter eine Analyse „Wort für Wort bzw. Satz für Satz“, wobei genau festgestellt werden soll, „worum es in der untersuchten Passage geht“. Durch diesen Prozess werden sogenannte *Konzepte* erarbeitet, die schließlich zu Kategorien gruppiert werden (vgl. Strauss & Corbin 1996: 47). Im nächsten Schritt - dem *axialen Kodieren* - werden die zuvor gebildeten Kategorien mit einem Paradigma miteinander in Beziehung gesetzt. Durch dieses In-Beziehung-Setzen ergeben sich erste Hypothesen über den Diskurs, die schließlich anhand der Daten überprüft werden können (vgl. Strauss & Corbin 1996: 86 f.). Ein Paradigma unterscheidet „zwischen ursächlichen Bedingungen, intervenierenden Bedingungen, dem Kontext, den Handlungsstrategien zur Problembewältigung, den interaktionalen Strategien der Beteiligten und den Konsequenzen dieser Interventionen in Hinblick auf ein untersuchtes Phänomen“ (vgl. Keller 2008: 94). In einem letzten Schritt soll mit der *selektiven Kodierung* eine „Hierarchisierung und Verknüpfung der vorläufig geordneten Kategorien“ vorgenommen werden (vgl. ebd.). Damit ist gemeint, dass „der rote Faden der Geschichte“ deutlich wird und die Forschungsfragen adäquat beantwortet werden können (vgl. Strauss & Corbin 1996: 98).

Ein besonderer Aspekt bei der Zusammenstellung des Datenkorpus für eine WDA ist, dass dieser im Laufe der Analyse weiter korrigiert werden darf. Keller (2008: 91) plädiert dabei für einen offenen, jedoch auf Prinzipien basierenden „Suchprozess“, bei dem der

[70] Neben dem *Kodieren* könnten auch *Kommentare* oder *Memos* angefertigt werden*:* Kommentare sind erklärende Notizen, warum z.B. eine bestimmte Textstelle einer bestimmten Kategorie zugeordnet wird. Memos dokumentieren den Forschungsprozess. Die *Kodierung* ist „die analytisch-interpretative Gewinnung theoretischer Begriffe bzw. Kategorien aus dem empirischen Datenmaterial“ (vgl. ebd.: 94; nach Strauss & Corbin 1996).

„Gesamtkorpus“ sukzessive gebildet wird. Die Bestimmung der „‚Bedeutsamkeit‘ eines Dokumentes“ für die Analyse kann nach mehreren Gesichtspunkten erfolgen. So kann die *Häufigkeit* mit der ein Dokument erwähnt wird ein Auswahlkriterium sein. Ein weiteres Kriterium können *Institutionen* sein, welche sich durch eine besondere „inhaltliche Profilierung“ hervortun. Auch die ‚Intuition‘ des/der Forschenden darf bei der WDA eine Rolle spielen (vgl. ebd.: 91).

Für das konkrete Forschungsvorhaben wurde der Quellenkörper mittels zeitlicher *Phasen* gebildet, in denen sich die Debatten über die jeweiligen Diskursgegenstände, zumeist im Kontext bestimmter Ereignisse, besonders intensivierten. Dann wurden die einzelnen Dokumente in einem ersten Schritt offen kodiert (*was sind grundsätzliche Annahmen über den Gehalt der jeweiligen Quellen? Welche Wirkungen entstehen dadurch? - Zuweisung von Konzepten*). Diese Konzepte wurden in einem nächsten Schritt zu *Kategorien* gruppiert (siehe *Anhang A*). Mittels axialer Kodierung wurden diese Kategorien dann miteinander in Beziehung gesetzt, wobei jede Kategorie als *Phänomen* eingesetzt wurde (siehe *Anhang B*). Nach dem axialen Kodieren wurde der Datenkorpus im Sinne des *Theoretical Sampings* erneut bearbeitet. Dabei wurde versucht, den Diskurs möglichst in seiner ganzen Breite zu erfassen (verschiedene Positionen etc.) und dazu mit dem Prinzip der minimalen und maximalen Kontrastierung gearbeitet. In der Folge wurden einzelne Dokumente für Feinanalysen ausgewählt und bearbeitet. Für die Beantwortung der Forschungsfragen wurde in einem letzten Schritt mittels selektiver Kodierung der Versuch einer Gesamtaussage über die analysierten Diskursgegenstände und -Zeiträume unternommen (siehe *Kapitel 5.3; Anhang C*).

4.3. Diskursgegenstände und Diskurszeiträume

Für die Diskursanalyse wurden aus den öffentlichen Bereichen *Sicherheit* und *Gesundheit* drei Debatten ausgewählt, die sich jeweils über längere Zeithorizonte und mit wechselnder Intensität entwickelten. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit wurde die Debatte über die sogenannte *Elektronische Gesundheitsakte* (*ELGA)*[71]*,* die sich ab 2007 entwickelte und die Debatte über *Stopp Corona*[72]*,* die im Frühjahr 2020 intensiv geführt wurde, ausgewählt. Im

[71] ELGA ist ein Projekt zur digitalen Vernetzung von Gesundheitsdaten, das mehrere medizinische Einrichtungen miteinander verbinden soll (Arztpraxen, Apotheken, Pflegeeinrichtungen und Spitäler). Dabei folgte das Projekt der *Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zur Sicherstellung der Patientenrechte* (Patientencharta), die die Patient*innenrechte in Österreich stärken sollte. ELGA wurde vom Bund (realisiert durch das Gesundheitsministerium), die Bundesländer und dem Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger realisiert (vgl. ELGA 2022).

[72] Stopp Corona war eine Anwendungssoftware, die Bürger*innen auf ihren Mobiltelefonen installieren konnten und die mittels Bluetooth-Verbindung individuelle Kontakte nachvollziehen sollte. Damit sollte

Bereich der *öffentlichen Sicherheit* wurde die Debatte über die Umsetzung der *EU-Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten*[73] in Österreich für die Diskursanalyse ausgewählt. Vergleichbare Debatten über die Vorratsdatenspeicherung gab es auch in anderen EU-Ländern. Ähnliches lässt sich auch für die Untersuchungsgegenstände im Bereich der öffentlichen Gesundheit konstatieren, da vergleichbare E-Health-Projekte[74] auch in anderen EU-Staaten entwickelt wurden. Ein wichtiges Auswahlkriterium für die Diskursgegenstände war darüber hinaus, dass alle drei Projekte unter der Prämisse der Generierung und Verknüpfung von großen Datenmengenmengen eingeführt wurden, auf deren Basis bestimmte Einschätzungen getroffen werden sollten, die einen *Mehrwert* für die österreichische Gesellschaft darstellen sollten. *ELGA* und die *Vorratsspeicherung* eint darüber hinaus die Tatsache, dass für ihre Realisierung Nationalratsbeschlüsse erforderlich waren.[75]

Weil die Debatten über die Diskursgegenstände zum Teil über eine relativ große Zeitspanne hinweg geführt wurden und eine Analyse des gesamten Diskurses den Rahmen der Arbeit überschreiten würde, wird die Analyse auf bestimmte Zeiträume beschränkt. Die Auswahl der Diskursperioden erfolgte danach, wann die Debatten (1) besonders *intensiv* geführt wurden und über den entsprechenden Diskursgegenstand sehr *häufig* berichtet

---

die Technologie einen Beitrag zur Pandemiebekämpfung leisten. Die App wurde durch das österreichische Rote Kreuz betrieben (vgl. Rotes Kreuz 2022).

[73] Die EU-Direktive zur Vorratsdatenspeicherung wurde 2006 beschlossen und sollte die EU-Mitgliedsstaaten zur Speicherung von Verbindungsdaten zum Zwecke der Bekämpfung von Terrorismus und Schwerkriminalität verpflichten (vgl. Europäische Union 2006).

[74] „Unter dem Begriff Electronic-Health (E-Health) werden elektronisch unterstützte Aktivitäten im Gesundheitswesen zusammengefasst. E-Health wird damit als ein Oberbegriff für die Gesamtheit aller elektronischen Anwendungen zur medizinischen Versorgung verstanden, wobei es keine allgemeine Legaldefinition gibt“ (Matusiewicz 2021).

[75] In Hinblick auf die Beantwortung der zentralen Fragestellungen dieser Masterarbeit gäbe es weitere Untersuchungsgegenstände, die für eine Analyse herangezogen werden könnten, die aber aus unterschiedlichen Gründen aus der Analyse ausgeschlossen wurden. Neben den Themen *Sicherheit* und *Gesundheit* würde sich z.B. auch das Thema *Wahlen* für eine Analyse anbieten, da in diesem Bereich wesentliche Fragen einer demokratischen und freien Gesellschaft verhandelt werden. Hier gilt es zum Beispiel neue Methoden der Einflussnahme anzuführen, welche spätestens seit einem Jahrzehnt in verschiedenen Ländern intensiv diskutiert werden. Im Bereich *Gesundheit* wurde im öffentlichen Diskurs wiederholt der *private Gebrauch* von sogenannten E-Health-Angeboten debattiert. Da diese jedoch von privaten Anbietern stammten, werden sie in der Analyse nicht berücksichtigt. Im Bereich *Sicherheit* gab es neben der Vorratsdatenspeicherung noch weitere staatliche Projekte, die im öffentlichen Diskurs Resonanz fanden. Als Beispiel kann der sogenannte *Bundestrojaner* genannt werden: Unter diesem Schlagwort werden mehrere Softwareprojekte des Innenministeriums zusammengefasst. Damit eng in Verbindung stehen auch Programme wie *Online-Fahndung*, *Online-Durchsuchung* und *Whatsapp-Überwachung*. Da es sich bei diesen Projekten jedoch um gezielte Anwendungen für Strafverfolgungsbehörden handelt und die Generierung von großen Datenmengen dabei nicht vordergründig war, werden auch diese Gegenstände in der Analyse nicht berücksichtigt. Anders verhält es sich mit den Gegenständen *Gesichtserkennungstechnologien* und *Predicitive Policing.* Weil diese Methoden in Österreich zwar bereits angewandt werden, sie im Diskurs zwar vorkamen aber darin noch keine größere Resonanz fanden, werden auch sie in der Analyse nicht berücksichtigt.

wurde, sowie (2) darüber in möglichst *vielen der untersuchten Medien* berichtet wurde und (3) die jeweilige *Phase* eine besondere innerhalb des Gesamtdiskurses darstellt, weil sie z.B. in Zusammenhang mit bestimmten politischen Ereignissen steht. In der folgenden Tabelle sollen die ausgewählten Zeiträume kurz vorgestellt werden:

Sicherheit	**Gesundheit**
Phase 1 | 05/2007-06/2007 **Österreichische Vorratsdaten: Ideen zur Umsetzung einer EU-Richtlinie in Österreich** Die politischen Ideen zur Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung führten in Österreich im Mai 2007 zu Diskussionen über Grundrechte und Überwachung. Gegen die Umsetzungspläne bildete sich eine Allianz zwischen dem Liberalen Forum, der Arge Daten und dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte.	Phase 1 | 01/2007-05/2007 **ELGA als große Unbekannte** Anfang 2007 gab es in Österreich eine erste breite öffentliche Debatte über die Pläne zu einer Elektronischen Gesundheitsakte. Dabei wurden Themen wie Machbarkeit, Datenschutz und die Risiken und Chancen von technischen Innovationen im österreichischen Gesundheitssystem diskutiert.
Phase 2 | 03/2011-04/2011 **Die EU-Richtlinie im österreichischen Nationalrat** Am 29.04.2011 wurde die Einführung der Vorratsdatenspeicherung im österreichischen Nationalrat beschlossen. Im Vorfeld wurde über die für Österreich beste Variante der Vorratsspeicherung diskutiert, nachdem die EU Österreich mit einer Strafe wegen der Nicht-Umsetzung drohte und eine Frist bis Ende Februar 2011 gewährt hatte.	Phase 2 | 11/2011-12/2011 **Die Warnung der Ärzte: Bloßgestellte Patient*innen** Im November 2011 startete die österreichische Ärztekammer eine Informationskampagne, in der sie vor ELGA warnte. Es folgte eine breite öffentliche Debatte über die Informationskampagne und die Risiken und Chancen von ELGA.
Phase 3 | 03/2012-04/2012 **Angewandte Vorratsdatenspeicherung** Als am 01.04.2012 die Vorratsdatenspeicherung in Österreich in Kraft trat, kam es im Vorfeld zu Debatten in den Medien und zu Demonstrationen in österreichischen Städten. Eine Bürgerinitiative gegen die Vorratsdatenspeicherung erhielt bis zum April 2012 100.000 Unterschriften. Auch über eine mögliche Verfassungsklage wurde 2012 öffentlich diskutiert.	Phase 3 | 09/2011-12/2012 **E-Health im Nationalrat: Das Gesundheitstelematikgesetz** Im November 2012 wurde das Gesundheitstelematikgesetz im österreichischen Nationalrat beschlossen, durch das die Einführung von ELGA eine Rechtsgrundlage erhielt. Vor allem in der Ärzteschaft bildete sich breiter Widerstand gegen ELGA.
Phase 4 | 11/2012-12/2012 **Bedenken der Zivilgesellschaft: Der Zweck der Datenspeicherung** Nachdem mehr als 106.000 Österreicher*innen eine Bürgerinitiative zu einem Stopp der Vorratsdatenspeicherung unterstützt hatten, hielt der Justizausschuss des Nationalrats im November 2012 ein Expertenhearing dazu ab. Der österreichische Verfassungsgerichtshof schaltete schließlich im Dezember 2012 den EuGH ein und verwies auf seine Bedenken, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung den EU-Grundrechten widerspreche.	Phase 4 | 01/2014-03/2014 **Der Ausstieg vor dem Einstieg: Die Opt-Out-Debatte** Im Jänner 2014 nahm das Onlineportal von ELGA erstmals seinen Betrieb auf. Obwohl das Portal erst in der zweiten Jahreshälfte von 2014 mit Daten angereichert werden sollte, konnten sich Österreicher*innen mittels einer Opt-Out-Option bereits von der Teilnahme an ELGA abmelden. Bis Ende April 2014 gab es bereits 162.000 Abmeldungen von ELGA. In der Öffentlichkeit wurde dies von einer umfassenden Debatte über die Vor- und Nachteile der Teilnahme begleitet.

Phase 5 | 04/2014-06/2014 **Vorratsdaten auf dem Prüfstand: Bürgerrechte versus Terrorabwehr** Nachdem Österreich und Irland geklagt hatten, erklärte der EuGH am 08.04.2014 die Ungültigkeit der Regelung zur Vorratsdatenspeicherung aufgrund ihrer Unvereinbarkeit mit dem geltenden Datenschutzgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Am 27.06.2014 hob auch der österreichische Verfassungsgerichtshof das Gesetz auf. Ab dem 01.07.2014 durften die Daten in Österreich nicht mehr gespeichert werden.	Phase 5 | 04/2018-05/2018 **ELGA-Daten für die Wissenschaft: Wofür dürfen Gesundheitsdaten genutzt werden?** Im April 2018 wurde öffentlich, dass ELGA-Daten anonymisiert für die wissenschaftliche Forschung freigegeben werden sollten. Im Anschluss an diese Ankündigung meldeten sich abermals viele Österreicher*innen von ELGA ab. Im Gesundheitstelematikgesetz 2012 war eine Verwendung bzw. Weitergabe von Gesundheitsdaten für Forschungszwecke nicht vorgesehen. Ein neues Datenpaket sollte dies nun ändern. Im öffentlichen Diskurs wurde daraufhin das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger*innen sowie die Eigentumsverhältnisse der Daten thematisiert.
Phase 6 | 01/2015-04/2015 **Daten gegen den Terror: Charlie Hebdo und die Wiedereinführung der Vorratsdaten** Am 7. Jänner 2015 kam es in Paris zu einem islamistisch motivierten Terroranschlag auf die Redaktion der Pariser Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*. Im Anschluss daran entstand in der EU eine Diskussion über eine mögliche Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung. Auch in Österreich forderten Politiker*innen die Wiedereinführung der zuvor vom EuGH gekippten Vorratsdatenspeicherung.	Stopp Corona | 03/2020-04/2020 **Eine App warnt vor Infizierten: Daten gegen die Pandemie** Die Stopp Corona App wurde im Frühjahr 2020 als Mittel der Pandemiebekämpfung von der Organisation Rotes Kreuz eingeführt. Daraufhin entwickelte sich eine intensive Debatte über die Chancen und Risiken der Technologie im Einsatz gegen die Pandemie.

4.4. Zusammensetzung des Quellenkorpus

Die der Diskursanalyse zugrunde liegende Quellenauswahl wurde auf Basis folgender Überlegungen getroffen: (1) Nach der *Reichweite* der österreichischen Medien; (2) Nach der *Qualität* ihrer Berichterstattung; (3) Nach ihren *Alleinstellungsmerkmalen* im Vergleich zu anderen Medien; (4) Fallweise nach deren Relevanz als ergänzende *Zusatz-Quellen*.

Die Tageszeitung *Kronen Zeitung* wurde ausgewählt, da sie mit einer Druckauflage von gut 900.000 Exemplaren (ÖAK 2013: 8) zugleich das auflagen- und reichweitenstärkste Medium in Österreich ist und eine Sonderstellung im Diskurs einnimmt. Insgesamt lässt sich das Medium *Kronen Zeitung* als der Berichterstattung im Boulevard-Segment zugehörig charakterisieren.[76] Das Medium ist mit der „Formel, permanente Unsicherheit und öffentliche Entrüstung zu erzeugen" sehr erfolgreich. Aufgrund der besonderen publizistischen Macht der *Krone* versuchen österreichischen Politiker*innen meistens „sich

[76] Neben der *Kronen Zeitung* gibt es weitere österreichische Printmedien, die ein ähnliches Segment bedienen. Dazu gehören z.B. die Tageszeitungen *Kleine Zeitung,* der *Kurier, Österreich* und *Heute.* Weil sich die Berichterstattung in Bezug auf das Themengebiet dieser Arbeit jedoch nur geringfügig unterscheidet, wird die Berichterstattung dieser Medien in der Diskursanalyse nicht berücksichtigt.

mit dem Medium zu arrangieren“, weil andernfalls Wahlniederlagen drohen (Heinisch 2017: 461).

Im Unterschied zur *Kronen Zeitung* haben die Tageszeitungen *Der Standard* und *Die Presse* wesentlich kleinere Druckauflagen (beide ca. 100.000) (ÖAK 2013: 8). Beide gelten jedoch als Qualitätsmedien und zeichnen sich insbesondere auch in Bezug auf das Untersuchungsgebiet durch eine detailliertere Berichterstattung aus. Aus diesem Grund werden beide Zeitungen in der Analyse berücksichtigt. In diesem Kontext gilt es auch anzumerken, dass die Online-Berichterstattung der betreffenden Medien an Relevanz gewinnt. *Der Standard* hat mit monatlich 20 Millionen Besucher*innen das zweitgrößte Onlinemedium der Republik, *Die Presse* mit 7 Millionen das viertgrößte (vgl. Plasser & Pallaver 2017: 317). Eine Diskursanalyse die beide Zeitungen berücksichtigt, soll von liberalen bis konservativen Positionen ein möglichst breites Spektrum des Diskurses abbilden.[77] Ergänzend zu diesen zwei soll mit der *Wiener Zeitung* noch ein drittes Qualitätsmedium hinzugezogen werden. Trotz einer im Vergleich geringeren Reichweite und Auflage hat diese das Alleinstellungsmerkmal einer besonderen Nähe zur Republik sowie deren Institutionen.[78] Gerade in Hinblick auf die Untersuchung des Diskurses über Daten im Staatsdienst ist dies ein wesentlicher Aspekt.

Zuletzt soll noch die Fernseh-Berichterstattung des *Österreichischen Rundfunks (ORF)* in die Analyse einfließen. Hier sollen jedoch nicht sämtliche ausgestrahlte Beiträge analysiert werden, sondern vielmehr einzelne, besonders relevante Sendungen ausgewählt und diese im Sinne einer Feinanalyse bearbeitet werden. Die entsprechenden Beiträge wurden dazu transkribiert und sie sind in den Tabellen orange markiert (siehe *Tabellen im Anhang A*). Die Berichterstattung des ORF wurde für die Analyse ausgewählt, weil der ORF eines der bedeutendsten Foren für den öffentlichen Diskurs in Österreich darstellt und im „audio-visuellen Informations- und Nachrichtensektor“ ein „Quasi-Monopol“ hält (vgl. Plasser & Pallaver 2017: 321).

Die dargestellte Auswahl soll den primären Quellenkorpus bilden, jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit stellen. Zurückgegriffen wurde im Falle der Medien *Der Standard, Die Presse* und *Wiener Zeitung* vor allem auf die Online-Berichterstattung.[79] Im

---

[77] Der Einbezug *beider* wird damit begründet, dass sie jeweils unterschiedliche politische Ausrichtungen bzw. Blattlinien aufweisen. Während *Der Standard* eine liberale Blattlinie vertritt (Der Standard 2021), bezeichnet *Die Presse* ihre Blattlinie als „bürgerlich-liberal“ (Die Presse 2021).

[78] Die Wiener Zeitung befindet sich zu 100% im Eigentum der Republik Österreich.

[79] Ergänzungen zum Diskurs in Form von Printausgaben gibt es von *Der Presse* im Jahr 2007, da die entsprechenden Artikel online nicht mehr verfügbar sind. Obwohl der Großteil der PDF-Kopien mittels Browser-Plugin erzeugt wurde, war dies bei *Der Presse* nicht immer möglich. Deswegen wurden einzelne

Falle der *Kronen Zeitung* wurden bis 2014 die Printversionen herangezogen. Ab 2014 wurde das E-Paper-Format der Zeitung verwendet. Die Fernseh-Beiträge des ORF wurden in einem Archiv gesichtet und transkribiert.

Neben den ausgewählten Quellen ließen sich noch weitere Medien für eine Analyse auswerten. Trotz anfänglicher Inklusionsbestrebungen wurde das Medium *futurezone.at* wieder aus der Analyse ausgeschlossen, weil sich dessen Berichterstattung nur unwesentlich von der Berichterstattung in den Qualitätsmedien unterschied. Einzelne relevante Beiträge werden aber dennoch in der Analyse berücksichtigt. Auch von einer Auswertung von Diskursen in Sozialen Medien (z.B. auf der Plattform *Twitter*) wurde aufgrund des großen Umfangs des Quellenkorpus abgesehen.

Beiträge kopiert und mittels eines Textverarbeitungsprogramms als PDF exportiert. Da einige Artikel der *Presse* aus dem Jahr 2020 hinter einer Paywall waren, wurden diese über WISO-Presse bezogen.

5. Ergebnisse

5.1. Gesundheit

5.1.1. Zentrale Kategorien der Analyse: Gesundheit

Im Themenbereich Gesundheit ergaben sich nach der offenen Kodierung aller untersuchten Diskurszeiträume einige leitende Kategorien, die im Folgenden kurz vorgestellt werden. Sehr viele Argumente in dem Diskurs betrafen den Nutzen und den Mehrwert der Initiativen. Daher wird in der ersten Kategorie diskutiert, *wie ELGA und die Stopp Corona App das Gesundheitswesen verbessern sollten*. Die Kategorie *Datenschutz und Grundrechte* bündelt juristische und ethische Fragestellungen und Argumente, die im Diskurs aufkamen. Vor allem in Hinblick auf die zentralen Fragestellungen dieser Arbeit kommt ihr eine besondere Relevanz zu. Die aus einer wissenssoziologischen Perspektive anspruchsvollste Kategorie ist *Transparenz und Kontrolle*. In dieser Kategorie werden unterschiedliche Bewertungen der einerseits durch die technologischen Veränderungen herbeigeführten, andererseits aber auch durch die Initiativen akzentuierten Prozesse einer zunehmenden Transparenz der Information zusammengefasst. Eine Kategorie, die an die vorherige anschließt, ist die von *Komplexität und Abstraktheit von digitalem Wandel.* Dabei wurde wiederholt konstatiert, dass einige Diskutant*innen kein ausreichendes Wissen über die Digitalisierung hatten. In diesem Kontext wurden oft abstrakte Risiken und dystopische Auswirkungen diskutiert.

Vor allem in der ersten Diskusphase wurde immer wieder die Idee geäußert, dass Österreich mit seinen E-Health-Initiativen, zu denen sowohl das ELGA-Projekt als auch die Stopp Corona App zählen, *einem internationalem Trend* folgt. Eine eigene Kategorie fasst diese Konzepte zusammen. Eine weitere Kategorie unter der sich zahlreiche Argumente bündeln lassen, ist die der *privatwirtschaftlichen Einflusssphäre*. Besonders die Frage nach den Zugriffsrechten regte Debatten über mögliche versteckte Zugänge für Industrien (wie z.B. die Pharmabranche) an. Häufig wurde in diesem Kontext auch der hohe Wert von Gesundheitsdaten betont. In der Kategorie *Oppositionen und Kritik* werden die Gegenpositionen diskutiert, die im Diskurs auftauchten. Diese reichten von einzelnen Stimmen bis zu groß angelegten Gegeninformationskampagnen. Stark beeinflusst wurde der Diskurs auch von bestimmten *Ereignissen*. Zu nennen sind hier z.B. Fälle von Datenleaks oder Ereignisse, die das Vertrauen in das politische Handeln schwächten.

5.1.2. Verbesserung des Gesundheitswesens

Ein zentrales Argument in allen Phasen des Diskurses über ELGA war, dass ELGA das bestehende Gesundheitswesen durch die Beseitigung von Ineffizienzen und Fehlfunktionen verbessern sollte. Konkret genannt wurden in diesem Zusammenhang die Vermeidung von Doppel-Befundungen, die Vermeidung von Doppel-Medikation oder die Überprüfung von Medikamenten-Wechselwirkungen. Eine besonders vorteilhafte Neuerung des Systems sollte sein, dass die Patient*innen erstmals selbst Einsicht in ihre Krankenakte erhalten und dazu eine stärkere Kontrolle über ebendiese bekommen sollten.

2007 berichteten *Der Standard* und die *Wiener Zeitung* von der Präsentation einer IBM Machbarkeitsstudie zu ELGA. Dazu wurde die IBM-Vertreterin Astrid Pfeifer-Tritscher zitiert:

> *"Wenn man bei einem neuen Arzt oder im Spital seine medizinische Vorgeschichte richtig darstellen soll, kann das sehr mühsam sein. Man muss sich selbst daran erinnern, ob man manche Medikamente irgendwann nicht vertragen hat oder ob ein bestimmter Befund früher schon einmal erstellt wurde. Viel besser wäre es, wenn diese Angaben den Ärzten und Spitälern elektronisch vorliegen könnten"* (Der Standard, 07.03.2007).

Ähnliche Argumente für das Projekt ELGA wurden vor allem von politischen Vertreter*innen, Gesundheitsökonom*innen, Patientenvertreter*innen sowie von der Geschäftsführerin der ELGA GmbH, Susanne Herbek, vorgebracht. Zentral war dabei die Vorstellung, dass eine Verbesserung der Kommunikation zwischen verschiedenen Gesundheitseinrichtungen auch zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung insgesamt führen würde. Diese Erwartungshaltung wurde jedoch vor allem von Teilen der Ärzteschaft kritisiert, die andere Vorstellungen bezüglich der Investitionsmittel hatten. Die Investitionskosten sollten laut den politischen Vertreter*innen jedoch längerfristig zu Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen führen. Die Gesundheitsökonomin Maria Magdalena Hofmarcher verwies in diesem Zusammenhang auf die besondere „*Fragmentierung*“ des österreichischen Gesundheitswesens und den damit verbundenen Nachteil, *„dass es Informationsbrüche gibt und dass verschiedene Untersuchungen oder Befundungen bzw. Diagnostik mehrfach gemacht“* werden. Hofstetter zufolge, habe dies nicht nur eine *„ökonomische Konsequenz“*, sondern sei *„mitunter auch schädlich für die Patientin und den Patienten*“ (ORF, 09.03.2014).

Während zu Beginn der Debatte über ELGA sehr oft betont wurde, dass lediglich medizinisches Personal und die Patient*innen selbst mittels E-Card als Schlüssel Zugang zu der elektronischen Akte erhalten sollten, wurde 2018 angekündigt, dass die ELGA-Daten auch für die wissenschaftliche Forschung freigegeben würden. Über den Wert von Daten für die wissenschaftliche Forschung wurde in dieser Phase verstärkt debattiert. In diesem

Kontext wurde erstmals auch der Begriff Big Data im Zusammenhang mit vernetzten Daten verwendet. So plädierte etwa der Journalist Eric Frey im *Standard* (11.04.2018) für die Nutzung der ELGA-Daten für Forschungszwecke und meinte, dass *„Big Data […] immer mehr zur Grundlage einer modernen Gesundheitspolitik"* werde. In ELGA erkannte er *„eine Schatztruhe an […] Daten, die einen effizienten Einsatz medizinischer Ressourcen ermöglichen und letztlich auch Menschenleben retten können."* Gegenüber der *Kronen Zeitung* (12.04.2018) sprach sich auch Gerhard Schwarz (WIFO) für den Gebrauch von Daten zu Forschungszwecken aus: *„Der Zugang zu Registerdaten soll im Zuge der Allgemeinheit geschaffen werden. Nur so kann die Wissenschaft neue Erkenntnisse gewinnen, die jedem Einzelnen zugutekommen. Ein besseres Gesundheitswesen wäre möglich"*.

Die Stopp Corona App wurde im Frühjahr 2020 als Mittel zur Pandemiebekämpfung eingeführt. Sie sollte die Infektionsketten durch die Bereitstellung von Informationen über Kontakte mit Infizierten unterbrechen. Auch hier sollte die Digitalisierung eine Chance auf bessere Gesundheit sein.[80] Obwohl der Maßnahme durch wissenschaftliche Studien Effektivität bescheinigt wurde (Ferretti et al 2020), scheiterte das Projekt schlussendlich an einem Vertrauensproblem in der Bevölkerung.

5.1.3. Datenschutz und Grundrechte

Das Thema Datenschutz war in allen untersuchten Diskursphasen stark repräsentiert. Während Akten mit persönlichen Daten früher in sperrigen Schränken verstaut wurden, sind diese durch die Digitalisierung vernetzbar und unmittelbar verfügbar geworden. Dies stellte den Datenschutz vor große Herausforderungen, wie nicht zuletzt die Debatten über ELGA zeigen. Im Diskurs über ELGA waren im Zusammenhang mit dem Thema Datenschutz vor allem zwei Themen dominant. Erstens die Frage, ob die Daten an einem zentralen Ort gespeichert sein würden oder ob es eine dezentrale Vernetzung geben würde. Obwohl die dezentrale Speicherung in den jeweiligen Gesundheitseinrichtung von den ELGA-Projektentwicklern von Beginn an proklamiert wurde, ließen sich diesbezügliche Zweifel nicht beseitigen. Das zweite Thema im Zusammenhang mit Datenschutz, das immer wieder aufgegriffen wurde, ist die Frage welche und wie viele Personen auf die elektronischen Gesundheitsakten einzelner Patient*innen zugreifen dürften. So wurde 2007 über die Weitergabe von Gesundheitsdaten vom AMS an Arbeitgeber berichtet. Besonders in dieser Phase des Diskurses bestanden hinsichtlich der Zugriffsfrage noch erhebliche Zweifel. In

[80] Die App wurde allerdings 2022 aufgrund mangelnden Erfolges wieder eingestellt.

diesem Zusammenhang warnte der Vizepräsident der Wiener Ärztekammer Johannes Steinhart (Die Presse, 01.03.2007) vor potenziellen Risiken. Er sagte: *„Ein Missbrauch von Gesundheitsdaten könnte zu Diskriminierung kranker Menschen führen oder sie bei ihrer beruflichen Karriere massiv behindern“.* Später wurde jedoch dezidiert ausgeschlossen, dass Arbeitgeber ebenso wenig wie Betriebsärzte oder die Sozialversicherungsanstalten auf das System zugreifen sollten. Dennoch hielt sich im Diskurs die Befürchtung hartnäckig, dass Arbeitgeber sich doch Informationen „erschleichen“ oder die Daten auf andere Art an die Öffentlichkeit geraten könnten. In diesem Zusammenhang wurde auch wiederholt auf die große Nachfrage an wertvollen Gesundheitsdaten hingewiesen, wodurch laut einigen Diskutant*innen ein verstärkter Missbrauch zu befürchten sei.

2018 erhielt die Zugriffsfrage mit der Öffnung von ELGA für die wissenschaftliche Forschung eine neue Dimension: Während zuvor von politischer Seite stets ausgeschlossen wurde, dass es neben Gesundheitsdienstleistern oder Patient*innen weitere Zugriffsberechtigte geben werde, wurde der Kreis der Zugriffsberechtigten mit der Forschungsfreigabe als bedeutend erweitert wahrgenommen. Im Zuge dieser Debatte wurde von mehreren Seiten betont, dass ein solches Vorhaben eine ausreichende Anonymisierung (bzw. Pseudonymisierung) der Daten sicherstellen muss, um die Grundrechte der Bürger*innen zu wahren.[81]

Im Zuge des Beschlusses des ELGA-Gesetzes wurde vor allem von der politischen Opposition auch verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Die die Ärztekammer erwog 2012 sogar eine Beschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof, nachdem 100.000 Personen eine Petition der Ärztekammer gegen ELGA unterzeichnet hatten (vgl. Der Standard, 02.11.2012).

Auch das Thema der *Rechtsgüterabwägung* wurde 2018 erstmals diskutiert und im Zusammenhang mit der Stopp Corona App erneut aufgegriffen. Weil es konkurrierende Grundrechte gibt, kann das Recht auf Datenschutz eingeschränkt werden, wenn der Nutzen der Daten für Forschung überwiegt und dieser der Allgemeinheit zugutekommt. Der Rechtsinformatiker Nikolaus Forgó plädierte für die Forschungsfreigabe der ELGA-Daten, weil diese nur bei einem begründeten öffentlichen Interesse freigegeben werden konnten: *„Es gibt hier drei Grundrechte, die miteinander streiten: Forschung, Informationsfreiheit und Datenschutz“* (futurezone.at, 15.04.2018). Das Thema der Rechtsgüterabwägung kam

[81] Kritisiert wurde von NEOS, Datenschützern, Ärztekammer und der Organisation epicenter.works die mangelhafte Anonymisierung der Daten, die lediglich einen Austausch des Namens durch eine Nummer vorsah, jedoch in den Augen der Kritiker*innen sehr wohl Rückschlüsse auf einzelne Personen zuließ (vgl. Der Standard, 15.04.2018).

bei der Debatte über die Stopp Corona App 2020 erneut zur Sprache. Hier war es anstelle der Freiheit der Wissenschaft der Schutz von Menschenleben, welcher das Recht auf Datenschutz mutmaßlich reduzierte. Inwieweit die App den Datenschutz tatsächlich bedrohte, konnte die Debatte nicht abschließend klären. Die überwiegende Mehrheit, der an der Debatte beteiligten Expert*innen, attestierte der App jedoch einen guten Datenschutzstandard.

Im Zusammenhang mit Grund- und Freiheitsrechten wurde vor allem in der letzten Diskursphase vermehrt auch die Frage nach der Demokratiekonformität von Technologien gestellt. In der Berichterstattung wurden in diesem Zusammenhang vordergründig autoritäre Überwachungsszenarien diskutiert. Dabei wurde das österreichische Vorhaben mit ähnlichen Apps in nicht-demokratischen Staaten wie China oder Singapur assoziiert. Diese Kontextualisierung wurde mitunter kritisiert. Diskutant*innen wie die Informatikerin Sarah Spiekermann (Der Standard, 07.04.2020) und der Datenwissenschaftler Viktor Mayer-Schönberger (ORF, 05.04.2020) verwiesen in der Debatte auf das Konzept „Privacy by Design", nach welchem die App entwickelt wurde und nachdem sie als *besonders demokratieverträglich* gelten konnte.[82]

Viele Diskutant*innen warnten 2020 vor dem Missbrauch von Mobiltelefonen zu Überwachungszwecken. Zu diesen gehörten in erster Linie Oppositionspolitiker*innen. So forderte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl etwa einen *„Schulterschluss der Demokraten gegen diese totalitären Anwandlungen"*. Und Beate Meinl-Reisinger (NEOS) kritisierte, *„dass die Krise genutzt wird, um wesentliche Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken und wir in Richtung eines Überwachungs- und Polizeistaats gehen"*. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch bezeichnete die App wiederum als *„elektronische Fußfessel"* (Die Presse, 06.04.2020).[83]

Ein Thema, welches bei der ELGA-Debatte ebenso wie bei der App-Debatte auffiel, war die *Freiwilligkeit*. Bei dem Projekt ELGA kritisierten viele Diskutant*innen, dass es ein

[82] Siehe DSGVO/EU-Recht. Die Berücksichtigung der Demokratieverträglichkeit von technischen Hilfsmitteln zur Pandemiebekämpfung wurde 2020 auch von 300 Forscher*innen aus verschiedenen Staaten gefordert. In einem gemeinsamen Brief forderten sie die Offenlegung der Quellcodes, Freiwilligkeit bei der Teilnahme sowie die Berücksichtigung des Prinzips „Privacy by Design" (vgl. Wiener Zeitung, 20.04.2020).

[83] Obwohl die Reflexion über Überwachungsszenarien durchaus berechtigt ist, erschien die Debatte im Kontext der Stopp Corona App oftmals in Richtung Angstszenarien übersteuert. Dieser Umstand zeugte eher von einem Misstrauen gegenüber der Politik als von den tatsächlichen Risiken der konkreten App. Eine für das *Austrian Corona Panel Project* durchgeführte Befragung zeigte, dass Freiheitsbeschränkungen durch digitale Technologien besonders kritisch bewertet wurden: Eine überragende Mehrheit von 78% der Befragten lehnte es ab, dass die Bundesregierung *„ohne deren Wissen Informationen über in ÖE lebende Personen"* sammelt. Ähnlich entschieden abgelehnt wurden die Handyortung (72%) und die öffentliche Videoüberwachung (67%) (vgl. Krejca et al 2021a).

Opt-In anstelle eines Opt-Out geben sollte. Die Freiwilligkeit der Teilnahme wurde von vielen Diskutant*innen in diesem Kontext als äußerst wichtig bewertet. Bei der Stopp Corona App sorgte der Politiker Wolfgang Sobotka (ÖVP) für Verunsicherung, als er in einem Interview eine Verpflichtung der App befürwortete. Obwohl er und andere Politiker*innen dieses Vorhaben später dementierten, ließen sich diesbezügliche Befürchtungen nicht mehr beseitigen. Bei der Debatte über die Stopp Corona App wurde, wie bereits zuvor bei ELGA, von Expert*innen immer wieder betont, dass die *freiwillige Teilnahme* eine wichtige Grundlage für eine *demokratieverträgliche und grundrechtskonforme* Lösung darstellt.

Ein weiteres Thema, welches im Zusammenhang mit Grund- und Freiheitsrechten diskutiert wurde, ist die *technologische Transparenz*. In diesem Zusammenhang wurde argumentiert, dass die Funktionsmechanismen von Technologien offengelegt werden sollen, um ihre Demokratiekonformität *zu beweisen*. So wurde in der Debatte über die App wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass staatliche Projekte dieses Ausmaßes stets *Open-Source*[84] sein sollten, um dadurch das Vertrauen in die Technologien zu stärken. Besonders die Informatikerin Sarah Spiekermann betonte die Wichtigkeit dieses Vorgehens im Standard (07.04.2020): *„[W]enn die Rotes-Kreuz-App nicht Open Source wird, dann wird sie immer zu Überwachungsspekulation führen, selbst da, wo diese unbegründet sind"*.

5.1.4. Transparenz und Kontrolle

In dieser Kategorie werden alle Konzepte zusammengefasst, die das Thema einer neuen Grenze zwischen Transparenz und Kontrolle durch die Digitalisierung behandeln. Dabei stehen Fragestellungen im Zentrum, die sich nicht allein mit der Forderung nach besserem Datenschutz beantworten lassen. Es geht vielmehr um einen philosophischen Diskurs, in dem *komplexe Fragen des Zusammenlebens im Zeitalter der Digitalisierung* neu verhandelt wurden.[85]

Während viele Menschen heute freiwillig und sorglos ihre Daten im Internet preisgeben (De Choudhury 2014), erstaunte im österreichischen Diskurs über ELGA die Tatsache, *wie groß die Angst um die eigenen Gesundheitsdaten* zu sein schien. Zumindest wurde dieser Eindruck erweckt, wenn man der Berichterstattung folgte.[86] Von Beginn an wurde mit der elektronischen Gesundheitsakte das Versprechen einer größeren Transparenz

[84] Unter Open Source versteht man das „Konzept, nach dem Programme mit ihrem Quellcode ausgeliefert werden. Jeder darf den Quellcode einsehen und verändern" (Siepermann 2022).
[85] Dieser Prozess kann bis dato als nicht abgeschlossen bezeichnet werden.
[86] Umfrageergebnisse zeigen hingegen ein völlig anderes Bild (*siehe Kapitel 5.1.7*).

verknüpft. Diese Transparenz sollte ein Programm der Zukunft sein, ein *attraktives Argument für die Nutzung von ELGA*. Fortan sollte es den Patient*innen gestattet sein, Einsicht nehmen zu dürfen, in das was verschiedene Ärzt*innen in ihren Befunden vermerkten oder wer auf ihre Informationen zugegriffen hatte. Gleichzeitig sollte durch diese Transparenz jedoch auch ein Mittel der gegenseitigen Kontrolle geschaffen werden. Mediziner*innen sollten sehen können, was Kolleg*innen eintrugen. Ebenso die Patient*innen, denen es sogar gestattet wurde, Zugriffsberechtigungen zu vergeben oder unliebsame Befunde zu sperren. Trotzdem wurde das Versprechen auf Transparenz im Diskurs weniger positiv aufgenommen als es vermeintlich intendiert war.

Begrifflichkeiten, die in den Debatten wiederholt auftauchten, waren die des *gläsernen Menschen*, des *gläsernen Patienten* oder des *gläsernen Arztes*. Diese Metaphern verweisen auf die Tatsache, dass Transparenz angreifbar macht: Im Diskurs zeigte sich hierbei ein deutliches Misstrauen gegenüber den Motiven der Politik. Vor allem Vertreter*innen der Ärzteschaft artikulierten dieses vehement. Dabei scheint die These legitim, dass die Verheißung auf mehr Transparenz zugleich auch die Angst vor der *zentralisierten Kontrolle der Staatsgewalt* schürte. Auch zahlreiche Verweise auf strikte gesetzliche Regelungen konnten daran wenig ändern. Dabei betonte bereits 2007 Clemens Auer, Kabinettschef im Gesundheitsministerium: *„Der Datenschutz ist entscheidend. Wenn Missbrauch nicht ausgeschlossen werden kann, dann ist das ganze System nicht möglich“* (Der Standard, 07.05.2007). Dass Transparenz vor allem auch für die Patient*innen einen wesentlichen Mehrwert darstellen kann, wenn es um die eigene Krankenakte geht, wurde in der Berichterstattung erst beim Start von ELGA im Jahr 2014 deutlicher kommuniziert.[87]

Besonders die Ärzt*innen sorgten sich, dass ELGA ein Kontrollinstrument für den Staat werden würde. Dazu äußerte sich der Sportmediziner Christian Husek bei einer Tagung in Wien: *„Wenn ELGA die Arbeit von Ärzten verkompliziert und darüber hinaus von der Sozialversicherung dazu verwendet wird, Ärzte zu bevormunden und zu kontrollieren, kann das Ganze nicht funktionieren“* (futurezone.at, 31.11.2011). Die Ärztin Melitta Bohn-Rieder meinte wiederum in einer ORF-Diskussion (16.11.2011), dass sie digitalen Werkezeugen zwar nicht grundsätzlich abgeneigt sei. Dennoch wollte sie kein *„staatlich-öffentliches System“* verwenden, weil sie dessen *„Durchsichtigkeit“* fürchtete. Die Zweifel der Ärztin konnte auch ELGA-Geschäftsführerin Susanne Herbek nicht ausräumen, indem sie eine staatliche Kontrolle durch ELGA dezidiert ausschloss: *„Die Kontrolle der Ärzte machen die*

[87] Das Argument, dass die Elektronische Gesundheitsakte vor allem den Patient*innen mehr Autonomie und Selbstbestimmung verschaffen soll, trat 2014 stärker in den Vordergrund.

Kollegen. Es gibt nicht […] den bösen Staat der Big-Brother-mäßig in Patientenakten reinschaut. […] Sondern diese Kontrolle, die sie meinen, die erfolgt de fakto durch die Kollegen und durch die Patienten selbst." 2014 berichtete auch die *Kronen Zeitung*, dass die Ärzt*innen zwar keine Angst vor *„bösen Hackern in verdunkelten Hinterzimmern"* hätten, sie aber den *„legalen Gebrauch durch Institutionen des Staates"* fürchteten (Kronen Zeitung, 10.01.2014).

Im Zuge der Forschungsfreigabe-Debatte zeigte sich dieses Misstrauen gegenüber den Motiven der Politik erneut und die Gesundheitsdaten wurden als eindeutiges Ziel von Machtmissbrauch identifiziert. Diese Grundskepsis gegenüber der Politik ist auch ein möglicher Grund, warum die Stopp Corona App 2020 nicht wie erhofft angenommen wurde und das Projekt schließlich erfolglos blieb.[88] Zumindest wurde bei diesem Projekt der Versuch einer stärkeren Vertrauensbildung unternommen, indem die Verantwortlichen das Rote Kreuz als Institution voranstellten sowie auf Open-Source-Technologie gesetzt und eine Informationskampagne dazu initiiert wurde. Auch erschien die Auswahl der interviewten Expert*innen diverser als im Diskurs über ELGA.

5.1.5. Digitalisierung als Black Box: Komplexität und Abstraktheit

Auffallend an dem Diskurs über österreichische E-Health-Initiativen ist die Tatsache, dass neben objektiven Gefahren auch häufig eher abstrakte, dystopisch anmutende Szenarien debattiert wurden, welche aus dem Gebrauch von digitalen Technologien im Gesundheitswesen entstehen könnten. Wie in *Kapitel 3.4.2.* dargestellt, gehen von digitalen Technologien tatsächlich unmittelbare Gefahren für Demokratien aus. Allerdings muss die Diskussion um mögliche Gefahren auch differenziert und sachlich geführt werden, denn nicht jede digitale Technologie wird mit der Absicht implementiert, antidemokratische Überwachungsprojekte zu starten. Insbesondere im Gesundheitsbereich können diese Technologien auch viel für das demokratische System und das Gemeinwohl leisten, wenn demokratische Werte bei der Konzeption der Systeme reflektiert werden.[89] Bei den Debatten zu ELGA und der Stopp Corona App war jedoch auffällig, dass die behandelten Risiken oftmals abstrakt waren und es den Proponent*innen entsprechender Argumente nicht

[88] Studien zeigen zwar, dass im untersuchten Zeitraum das Vertrauen in die Regierenden zunächst anstieg. Dieser Rally-Effekt zu Beginn der Corona-Krise war jedoch nur von kurzer Dauer und die Vertrauenswerte sanken danach wieder unter das Vorkrisenniveau (vgl. Krejca et al 2021b). Eine im Mai 2020 durchgeführte Befragung zu einem ähnlichen Projekt – *dem Grünen Pass* – zeigte, dass bezüglich der *Effektivität* des digitalen Angebotes erhebliche Zweifel bestanden. Zudem befürchteten 34% der Befragten, dass ihre Daten nicht ausreichend geschützt seien. Diese Ergebnisse legen nahe, dass für Digitalisierungsprojekte wie die Stopp Corona App ähnliche Zahlen zu erwarten wären (vgl. Krejca et al. 2021a).

[89] z.B. durch Konzepte wie *Privacy by Design* oder entsprechend hohen Strafen bei Missbrauch.

vordergründig um die Propagierung von sichereren Technologien zu gehen schien. Stattdessen war diesen vielmehr eine allgemeine Skepsis gegenüber digitalen Technologien anzumerken. In diesem Zusammenhang zu nennen ist der Datenschützer Hans Zeger, der häufig zu dem Thema ELGA interviewt wurde und der durchwegs seine Skepsis gegenüber dem Vorhaben ausdrückte.[90] In eine ähnliche Kerbe schien der Datenschützer Markus Kainz zu schlagen, als er im Zusammenhang mit ELGA in einer Diskussionsrunde des ORF vor ELGA als „Daten-Titanic" warnte (ORF, 16.11.2011). Ein weiterer Diskutant, der Psychologe und Politologe Harald Haas, kritisierte die Pandemiebekämpfungs-Maßnahmen und die App. Haas warnte im ORF vor einem invasiven Staat, der sich digitaler Techniken bedient:

> „Hat der Staat bisher ein Interesse daran gehabt, nur die Oberfläche des Menschen zu kontrollieren, was wir tun, was wir sagen, so will er jetzt in uns hineinkriechen. Er will unsere biometrischen Daten erfassen. Er will an unsere Emotionen heran. Das ist wirklich ein Quantensprung. Stellen Sie sich vor, sie tragen ein Armband, das ihre Emotionen misst, stellen Sie sich vor, sie leben wirklich in einer Diktatur. Der Diktator hält eine Rede, sie ärgern sich und dann sind Sie schnell weg vom Fenster. Das wäre das Ende der Gedankenfreiheit, das wäre das Ende des Menschen von heute, wenn wir uns heute nicht dagegen wehren, dass der Staat auch in unser Innerstes hineinkriechen darf." (05.04.2020)[91]

Ähnlich wie die oben genannten Diskutant*innen argumentierten auch manche Ärztevertreter*innen. So interpretierte auch der Ärztekammer-Funktionär Norbert Jachimowicz ELGA als weiteren Baustein auf einem Weg zum *„totalitären Überwachungsstaat"*, wobei er insbesondere *„die Vernetzung in einem staatlichen System"* als *„die Gefahr"* schlechthin interpretierte (Der Standard, 03.05.2007). Ähnlich formulierte dies der Arzt Marcus Franz in einem Gastkommentar in der *Presse* (21.11.2011): *„Böswillig könnte man den Proponenten der ELGA unterstellen, dass damit eine totalitäre Überwachung des Bürgers zumindest im Bereich der individuellen Gesundheitsdaten geplant war. Die Stasi lässt grüßen!"* Auch literarische Vergleiche mit George Orwell wurden in der Debatte bemüht. Diese blieben jedoch nicht ohne Kritik: So schrieb ein anderer Mediziner in der *Presse* (27.11.2012) gegen seine Kolleg*innen an: *„Folgt man den Mitteilungen, die von Ärztevertretern unter der Bevölkerung verbreitet werden, dann ist die Elektronische Gesundheitsakte (ELGA) der Schritt zum Überwachungsstaat Orwell'scher Prägung. Das erzeugt Aufmerksamkeit, Gänsehaut und letztlich Widerstand, denn diese*

[90] Auffallend war dabei, dass seine Argumente oftmals nicht auf technologischen oder juristischen Fakten basierten. Stattdessen setzte er wiederholt falsche Informationen ein, um seinen Darstellungen mehr Gewicht zu verleihen. Dabei sei angemerkt, dass Zegers Befürchtungen sicherlich nicht völlig aus der Luft gegriffen waren, sie allerdings den Diskurs zur konkreten Technologie von ELGA nicht unbedingt konstruktiv begleiteten.

[91] Entsprechende Szenarien sind in der EU aufgrund geltender Gesetze (z.B. DSGVO) grundsätzlich nicht vorstellbar. Es handelt sich daher um kein realistisches Szenario, welches im Zusammenhang mit der Stopp Corona App verhältnismäßig erscheint.

Vorstellung begeistert niemanden". Warum solche Argumente scheinbar auf fruchtbaren Boden fielen und entsprechende Szenarien häufiger in der Berichterstattung aufgegriffen wurden, hat vermutlich mit der komplexen Natur der Digitalisierung zu tun: digitale Technologien werden oftmals als Black Box Systeme wahrgenommen, bei denen niemand genau wissen kann, was sie eigentlich tun und wozu sie fähig sind. In diesem Kontext verstärkten auch Events wie die NSA-Affäre oder diverse Datenleaks durch Hacking (z.B. Anonymous oder WikiLeaks) das Misstrauen gegenüber den technologischen Entwicklungen. Zudem wurde im Diskurs auch immer wieder auf die Tatsache verwiesen, dass das Wissen über digitale Technologien und Daten in der Bevölkerung gering ist. Dies zeigten auch mehrere Studien, die in der Berichterstattung aufgegriffen wurden (vgl. Der Standard, 03.05.2007; futurezone.at, 09.02.2014).

Angst ist eine Reaktion auf Unbekanntes und angesichts der rasanten Entwicklung der Digitalisierung sind entsprechende Reaktionen auch nachvollziehbar. Neben diversen an dem Diskurs beteiligten Fatalisten leistete jedoch auch die Politik einen nicht unwesentlichen Beitrag zu diesen Ängsten, indem ihr Engagement für die Projekte im öffentlichen Diskurs zu wünschen ließ. Nach dem Start von ELGA bezeichnete die Journalistin Andrea Heigl das Projekt als *„PR-Desaster"* und kritisierte den mangelnden „*Appell an den Bauch*" seitens der Politiker*innen. Indem die Politik zu viel auf Sachinformationen gesetzt habe, sei der Ärzteschaft die „*Themenhoheit überlassen"* worden (Der Standard, 9.2.2014). Auch als ELGA 2018 für die Forschung geöffnet wurde und die Angst um die Gesundheitsdaten wieder erwachte, blieb die Kommunikation über das Vorhaben zunächst aus. Später bedauerte der Minister Heinz Fassmann (ÖVP) öffentlich die verabsäumte, nicht-adäquate Vermittlung des Vorhabens (vgl. Der Standard, 17.04.2018).[92] Die SPÖ-Gesundheitssprecherin Pamela Rendi-Wagner sah durch dieses Verhalten der Regierung eine Vertrauenskrise provoziert (vgl. Der Standard, 17.04.2018). In einem Gastkommentar bemühten sich drei Forscher*innen anstelle der Politik um Klarheit. Sie hielten die Reaktionen auf das Vorhaben für „*absehbar, spiegeln sie doch die Emotionen in der damaligen Debatte wider".* Gleichzeitig betonten sie die Notwendigkeit der Öffnung: *„Ungeachtet der Proteste gegen die Einführung von ELGA, wurde diese weitgehend als staatliches Infrastrukturprojekt mit stabilen Strukturen gesehen. Doch diese Infrastruktur hat sich verändert*" (Der Standard, 03.05.2018). Warum die Politik die Kommunikation über das Vorhaben ELGA so vernachlässigte, bleibt offen. Allerdings verwundert dieser

[92] Einzelne Maßnahmen zur Qualitätssicherung wurden nicht kommuniziert, wie z.B. welche Zugangshürden Forschungsprojekte überwinden müssen, um an die Daten zu gelangen (vgl. Der Standard, 17.04.2018).

Umstand, wurde doch bereits 2007 von der damaligen Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat (ÖVP) festgehalten, dass *„intensive Kommunikationsarbeit"* erforderlich sein werde, um den Österreicher*innen die „*Angst vor dem gläsernen Menschen zu nehmen*" (Der Standard, 07.05.2007).

Zudem fielen Politiker*innen mehrmals durch unklare Äußerungen in Bezug auf die Digitalisierung auf. Ein wiederkehrendes Problem war auch, dass in der Berichterstattung *verschiedene* technologische Maßnahmen wie die Stopp Corona App, großflächige Datenauswertungen (z.B. von Handy-Positionsdaten) sowie die Maßnahmen anderer Länder wiederholt vermischt wurden und somit die Angst vor der *konkreten* App verstärkten (siehe z.B. Kronen Zeitung, 02.04.2020). Dieses Missverhältnis kritisierte der Datenexperte Max Schrems gegenüber der Kronen Zeitung (06.04.2020): *„Big Data im Sinne zentraler Massenverarbeitung von Daten ist anders als die Rot-Kreuz-App. Manche Politiker vermischen da ein Atomkraftwerk mit einem Fahrraddynamo. Beides hat mit Strom zu tun, ist aber grundverschieden."* Auch das Verständnis des Bundeskanzlers Sebastian Kurz von *Big Data* sorgte für Unklarheiten. So berichtete die *Wiener Zeitung* (01.04.2020) etwa von einem Auftritt des Bundeskanzlers im israelischen Fernsehen, bei dem er die Nutzung der ELGA-Daten im Rahmen von Big-Data-Projekten zur Pandemie-Bekämpfung ankündigte. Den Österreicher*innen blieb Kurz aber schuldig, was er sich darunter vorstellte.

5.1.6. Privatwirtschaftlicher Einfluss

Die zunehmende Macht privatwirtschaftlicher Akteur*innen seit den 1990er Jahren beeinflusste auch den Diskurs über Digitalisierung in Österreich. Während die Datenpraktiken großer Internetkonzerne oft in den Medien diskutiert wurden und den Diskurs über ELGA und die Stopp Corona App begleiteten, zeigte sich dabei auch die Sorge über die Macht dieser Akteur*innen. So wurde ab Phase 1 von einem großen Interesse der Industrie an dem Projekt ELGA berichtet. Wie dieses konkret aussah, wurde jedoch nicht weiter spezifiziert. Auch die Befürchtung, dass Pharmaunternehmen oder private Versicherungen an die Gesundheitsdaten gelangen könnten, wurde ab Phase 1 wiederholt geäußert.

Ein zentrales Anliegen war vielen Diskutant*innen stets, dass privatwirtschaftlichen Akteur*innen der Zugang zu den Gesundheitsdaten verschlossen bleiben würde. In diesem Kontext wurde ab 2007 auch auf den hohen Marktwert von Gesundheitsdaten hingewiesen. Exemplarisch hierfür ist eine Aussage des Grünen-Justizsprechers Albert Steinhauser, der die ELGA-Daten für *„[e]ine Geldgrube für Versicherungen, Pharmaindustrie und viele*

andere mehr" hielt (Der Standard, 9.12.2012). Der Wiener Gesundheitspolitiker Peter Hacker sagte im Zusammenhang mit der Stopp Corona App wiederum, dass *„Gesundheits- und Bewegungsdaten […] ein Goldschatz für große Konzerne"* seien (Kronen Zeitung, 05.04.2020). Nach Steinhausers Ansicht war es daher *„nur eine Frage der Zeit, bis die notwendige kriminelle Energie aufgewandt wird, um dieses System zu knacken",* um an die Daten zu gelangen (Der Standard, 9.12.2012).

Als die ELGA-Daten 2018 für private Industrieunternehmen aus dem In- und Ausland geöffnet werden sollten, wurde der Vorwurf laut, dass damit in erster Linie den Wünschen der Industrie entsprochen worden sei und die Öffnung somit als „Wirtschaftshilfe" für österreichische Unternehmen gesehen werden konnte. Bereits bei früheren Anlässen wurde kritisiert, dass das Projekt ELGA nicht dem Gemeinwohl, sondern primär den Interessen der IT-Lobby diene.

Der Biostatistiker Patrick Rockenstaub konnte diese österreichische Haltung nachvollziehen und er meinte dazu: *„Gewinnorientierten Unternehmen sollte […] mit etwas mehr Misstrauen begegnet werden, das sagt bereits der Hausverstand. Die kritische Haltung der österreichischen Bevölkerung in diesem Punkt ist also durchaus verständlich."* Zugleich bemühte er sich aber auch um eine stärkere Differenzierung: *„Es muss allerdings betont werden, dass Industrie nicht gleich Versicherung, Facebook und Cambridge Analytica heißt, wie viele Kommentatoren unterstellen".* Rockenstaub befürwortete eine Freigabe der ELGA-Daten für Industrieunternehmen unter der Voraussetzung, dass die Forschungsprojekte dem öffentlichen Interesse dienten (Der Standard, 19.04.2018).

2020 wurden privat-staatliche Kooperationen in den Diensten des Gesundheitswesens erneut debattiert. So wurde in den Medien etwa über Software-Angebote von dubiosen US-Firmen zur Pandemiebekämpfung[93] berichtet. Auch wurde thematisiert, dass die Stopp Corona App nicht ohne technologische Schnittstellen von Google auskam. Mitunter skeptisch beobachtet wurde auch die Entwicklung der App durch Accenture sowie deren Finanzierung die UNIQA-Privatstiftung.[94] Die Vertrauenswürdigkeit dieser Partner wurde angezweifelt (vgl. Der Standard, 10.04.2020), weil die UNIQA als private Versicherung ein kommerzielles Interesse an Gesundheitsdaten hat. Der Verantwortliche Andreas Brandstetter verneinte aber gegenüber der *Presse* jegliches kommerzielle Interesse an den Daten (vgl. Die Presse, 04.04.2020).

---

[93] Konkret ging es um ein Softwareangebot der US-amerikanischen Unternehmens *Palantir* das auf Big-Data-Analysen spezialisiert ist und eng mit US-Regierungen zusammenarbeitet (vgl. Der Standard, 02.04.2020).

[94] *Accenture* ist ein weltweit tätiges Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen. Die Uniqa Versicherungsgruppe ist ein österreichischer Versicherurngskonzern.

Selbstverständlich wäre die Annahme naiv, Staaten könnten hochkomplexe technologische Systeme im Alleingang entwickeln, ohne dabei auf Leistungen privater Unternehmen zurückzugreifen. So sinnvoll entsprechende Kooperationen auch sein mögen, im Diskurs wurden diese Kooperationen dennoch misstrauisch beobachtet. Die Macht der globalen Konzerne in technologischen Fragen wurde insbesondere in der Debatte über die Stopp Corona App im Diskurs deutlich, als die Konzerne Apple und Google verkündeten, an einer gemeinsamen Technologie für Kontakt-Tracing zu arbeiten. Im Standard (14.04.2020) wurde daraufhin die globale Sonderstellung dieser Konzerne reflektiert, die es ihnen allein ermöglicht, *„entsprechende Technologien direkt auf praktisch alle Smartphones weltweit zu bringen“*.

5.1.7. Ein internationaler Trend

Im Diskurs wurde deutlich, dass es einen allgemeinen, internationalen Trend zur Digitalisierung gab. Ursächlich hierfür war vermutlich die intensivierte Globalisierung ab den 1990er Jahren sowie der zunehmende internationale Wettbewerb (siehe *Kapitel 3.2.*). Österreich orientierte sich bei der Implementierung von öffentlichen E-Health-Angeboten auch an den Erfahrungen anderer Länder. Außerdem trug auch die Europäische Union mit entsprechenden Impulsen zur Forcierung der Digitalisierung im Gesundheitswesen bei (vgl. Europäische Kommission 2004). Das politische Projekt ELGA kann deswegen auch als nationale Reaktion auf einen internationalen Trend betrachtet werden.[95]

Bereits 2007 wurde Dänemark als Vorbild gehandelt, wo bereits eine erfolgreiche nationale E-Health-Initiative existierte. Später wurde im Diskurs der Vergleich mit Ländern, in denen E-Health-Projekte scheiterten gerne von ELGA-Kritiker*innen herangezogen, um den Diskurs gegen ELGA zu beeinflussen. Befürworter*innen verwiesen dann abermals auf die erfolgreichen Projekte skandinavischer Länder oder von Australien. In diesem Kontext wurde auch der internationale Wettbewerb im Bereich der Digitalisierung Gesundheitswesens wiederholt thematisiert. 2007 nahm etwa die zuständige Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) an einem Weltgesundheitskongress teil, bei dem E-Health-Projekte im Zentrum standen. Im Anschluss sagte sie gegenüber der *Presse,* Österreich brauche sein „*Licht nicht unter den Scheffel zu stellen“* (28.03.2007), wenn es um die Digitalisierung des Gesundheitswesens geht. Im Herbst 2012 schrieb wiederum der Standard (24.10.2012), dass Österreich mit ELGA „*zu einem Vorbild in ganz Europa*

[95] Zudem waren die Investitionen in die elektronische Akte aber auch ein sinnvolles Projekt zur Verbesserung des Gesundheitswesens in Österreich.

werde“. Auch im Zuge der Debatte zur Forschungsfreigabe der ELGA-Daten wurden derartige Vergleiche heranngezogen und argumentiert, dass ähnliche Datenbanken in anderen Ländern bereits für die Wissenschaft zur Verfügung stünden. Die Freigabe-Befürworter*innen argumentierten, dass Österreich im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit gut beraten sei, diesem Trend zu folgen.

Eine größere Dimension erhielt die Kategorie des internationalen Trends in der COVID19-Pandemie 2020. Stärker ins Zentrum der Debatte rückten dabei auch autoritäre Entwicklungen im Zusammenhang mit digitalen Technologien. Häufig wurde thematisiert, dass andere Staaten unter dem Vorwand der Pandemie-Bekämpfung zu autoritären Überwachungsmaßnahmen griffen. Im österreichischen Diskurs hielt sich fortan die Sorge, dass Österreich zu ähnlich autoritären Maßnahmen greifen würde. Von Regierungsmitgliedern wurden derartige Vergleiche jedoch kritisiert. Dazu die Grünen-Klubsprecherin Sigrid Maurer: *„Es ist nicht möglich, die Bevölkerung zu überwachen, wie das etwa in China der Fall ist – und das ist auch dezidiert nicht geplant“* (Der Standard 30.03.2020). Ferner wurden im Diskurs auch die Erfolge in der Pandemiebekämpfung mit anderen Staaten verglichen. Diese Umstände verdeutlichten, dass sich Österreich in einem Wettbewerb um die besten Methoden und Technologien im Kampf gegen die Pandemie befand.

5.1.8. Oppositionen und Kritik

Das Projekt ELGA wurde über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg kritisiert. Besonders viel Raum in der Berichterstattung nahm der Widerstand von Vertreter*innen der Ärzteschaft[96] ein. Im Jahr 2011 startete die Ärztekammer eine große Kampagne in österreichischen Printmedien in der sie vor den Risiken von ELGA warnte. Die Sujets zeigten nackte Menschen mit unterschiedlichen Begleittexten (siehe *Abb. 1*, *Abb. 2* und *Abb. 3*). Die Kampagne stellt einen Höhepunkt in der Debatte über ELGA dar und zeigt, dass die ELGA-Gegner*innen zur Mobilisierung für ihre Zwecke auch vor Falschinformationen nicht zurückschreckten.[97] Es verwundert daher nicht, dass den Ärzte-Vertreter*innen

[96] Besonders präsent im Diskurs waren Funktionär*innen der *Österreichischen Ärztekammer*, sowie deren Bundesländerableger und der Wiener Hausärzteverband. Dabei gelang es diesen Diskutant*innen teilweise den Gesamtdiskurs zu vereinnahmen und eine gewisse Deutungshoheit in Gesundheitsfragen zu erlangen. Die Ärztekammer hat als berufliche Interessensvertretung einer hochqualifizierten Gruppe eine besondere Stellung im politischen System Österreichs. Sie ist Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft und besteht aus „sozio-kulturellen Experten“ mit hohem Organisationsgrad (vgl. Armingeon 2017: 300).

[97] So wurde etwa behauptet, 100.000 Personen könnten auf die Akte zugreifen (siehe Abb. 1).

mintunter eine Desinformationskampagne bzw. der Missbrauch ihrer Stellung innerhalb des Gesundheitssystems vorgeworfen wurde.



Abb. 1: ELGA-Kampagne Sujet 1



Abb. 2: ELGA-Kampagne Sujet 2



Abb. 3: ELGA-Kampagne Sujet 3

Unmittelbar nach dem Start von ELGA im Jänner 2014 startete der Österreichische Hausärzteverband abermals eine Kampagne, in der ein ELGA-Austritt empfohlen wurde.[98] Die *Kronen Zeitung* widmete dem *„Aufstand"* der Hausärzte sogar ein eigenes Titelblatt (Kronen Zeitung, 10.01.2014). Die ELGA-Debatte war in allen Medien mit Interviews, Gastkommentaren und Leserbriefen präsent. In einem Gastkommentar mit dem Titel *„Keine Angst, die Patienten bleiben angezogen"* warf etwa der Patientenanwalt Gerald Bachinger den Ärztekammer-Funktionär*innen vor, dass *„ELGA ein lohnendes Vehikel ist, um ärztliche Schreckensvisionen, standespolitische Verfolgungsneurosen und ärztekämmerliche Albträume auszuleben."* Seiner Ansicht nach wurden „*Patienten und Bürger […] aus standespolitischen Zwecken instrumentalisiert*" (Die Presse, 12.12.2011). Im *Standard* empörte sich wiederum die Gesundheitspolitikerin Sigrid Pilz über die Kampagne der Ärztekammer:

[98] Auf Plakaten und Flugblättern war zu lesen: „*Ihr Hausarzt empfiehlt: Raus aus ELGA"*. Zudem waren 10 Gründe für den Austritt aufgelistet, wie z.B. dass das System unausgereift sei, eine „Kostenexplosion" sowie Datenmissbrauch zu erwarten seien (vgl. Der Standard, 09.01.2014).

> „*Wer die Aussendungen der Ärztekammer verfolgt, muss den Eindruck gewinnen, dass unser Gesundheitssystem vor dem Kollaps steht und die Patientenrechte von der Politik mit Füßen getreten werden: So blicken aus den Zeitungen verzweifelte Nackedeis, die die Bevölkerung vor der Einführung der elektronischen Gesundheitsakte warnen".*

In ihrem Kommentar sprach sich Pilz deutlich für ELGA aus und verwies auf zahlreiche Vorteile (Der Standard, 24.11.2011). Eine Gegenstimme zu Pilz folgte prompt in Gestalt von Ärztekammer-Funktionär Robert Hawliczek, der Pilz eine *„Herabwürdigung der kurativen Medizin"* vorwarf, während er ELGA als Schwindel zu enttarnen trachtete:

> „*Das große Patienten-Empowerment und die lebensrettenden Wissenszuwächse durch industriegetriebene Megaprojekte sind […] genauso der Fabelwelt zuzuordnen wie die Verschwörungstheorien über eine Ärzteschaft, die Transparenz fürchtet, um ihre düsteren Machenschaften vor Aufdeckung zu schützen*" (Der Standard, 20.12.2011).

Warum die Ärzteschaft so ablehnend auf ELGA reagierte, konnte die Debatte nicht abschließend klären. Ein von ELGA-Befürworter*innen wiederholt geäußerter Verdacht lautete, dass die Ärzt*innen den Verlust bestimmter Privilegien fürchteten. Dem Patientenanwalt Bachinger zufolge fürchteten sie etwa den Verlust ihres bisherigen „*Informationsmonopol[s]*", denn: „*Wissen ist Macht, und die geht mit Elga vom Arzt auf den Patienten über*" (Der Standard, 16.11.2011). Ein weiterer Verdacht war, dass sich die Mediziner*innen vor ELGA wegen einer damit verbundenen, tiefergehenden Veränderung der ärztlichen Tätigkeit fürchteten. In diesem Zusammenhang wurde ihnen auch Fortschrittsresistenz vorgeworfen.[99] Die diffusen Argumente der Ärztefunktionär*innen verweisen auch auf ein angespanntes Verhältnis zwischen Politik und Sozialpartnerschaft, das zu Beginn der 2000er Jahre eine Zäsur erlebte. Nicht zuletzt offenbarte sich dieser Konflikt in dem wiederholt geäußerten Vorwurf der Ärzteschaft, nicht ausreichend in die ELGA-Entwicklung einbezogen worden zu sein.

Inwieweit die deutlichen Warnungen der Ärzt*innen von der Bevölkerung ernst genommen wurden, ist fraglich. Dies zeigten in der Berichterstattung aufgegriffene Umfrageergebnisse. Im November 2011 berichtete *Der Standard*, dass 81% der Befragten für E-Health waren, während die Kampagne der Ärztekammer von 70% abgelehnt wurde.[100] Nach dem ELGA-Start erklärten wiederum 88% der Befragten einer weiteren Umfrage, in ELGA bleiben zu wollen, während immerhin 28% die Proteste gegen ELGA befürworteten. Eine Gefährdung sahen nur 9% in ELGA (futurezone.at, 09.02.2014; Der Standard,

---

[99] Allerdings teilten nicht alle Mediziner*innen die Haltung der Ärztekammer. So erschien in der Presse auch das Gastkommentar eines Unfallchirurgen, der ELGA deutlich befürwortete und der u.a. die Diskurshoheit der Ärzte-Funktionär*innen in Frage stellte: „*wenn Fachkompetenz so betont wird – seit wann sind ausgerechnet Ärzte IT-Spezialisten?"* Dazu warntet der Mediziner seine Kolleg*innen: *„Themenführerschaft in einer Materie zu beanspruchen, die zweifelsfrei nicht als Kernkompetenz unserer Berufsgruppe gesehen werden kann, bringt Glaubwürdigkeitsprobleme"* (Die Presse, 27.11.2012).

[100] Oekonsult-Umfrage, 1.200 Befragte zwischen 15 und 81 Jahren, Befragungszeitraum 18.-27.11.

09.02.2014).[101] Eine Analyse der Krankenkassen zeigte, dass sich vor allem ältere Personen von ELGA abmeldeten. Dies wurde u.a. damit erklärt, dass Ältere aufgrund häufigerer Arztbesuche eher mit deren „Ratschlägen“ in Berührung kamen (vgl. Die Presse, 30.01.2014).

Eine weitere Gruppe, die dem Projekt ELGA im Diskurs äußerst kritisch gegenüber stand waren die Datenschützer*innen. Auch ihre Kritik betraf sämtliche Aspekte der Gesundheitsakte: Sie kritisierten die Kosten, die Architektur des Systems und das Risiko durch mögliche Leaks. Bemerkenswert an den ELGA-Beiträgen der Datenschützer*innen war, dass ihre Kritik häufig das Fachgebiet des Datenschutzes verließ und das Vorhaben einer digitalen Akte *per se* kritisiert wurde. Dabei erweckten diese Diskutant*innen einen generell digitalisierungsskeptischen Eindruck. So bediente sich etwa auch der Datenschützer Hans Zeger wiederholt falscher Fakten. Er behauptete etwa, dass ELGA 100.000 Zugriffsberechtigte haben werde und die Daten von korrupten Beamt*innen verkauft würden (vgl. ORF, 11.02.2012). Auch der Datenschützer Markus Kainz fiel durch unspezifische Argumente auf, die sich anstatt des Projektes ELGA mehr auf die Risiken der Digitalisierung im Allgemeinen bezogen. So warnte er in einer Diskussionsrunde etwa vor Patientendaten *„auf dem Mülleimer“* oder auch vor Spionage:

> *„Das Problem ist, wenn ich Teilinformationen kriege, die dann in der Welt kursieren, dann beginnt im Hintergrund - hinter mir - wird dann interpretiert und die Leute machen sich Gedanken und ich habe keine Möglichkeit, wenn der Arbeitgeber, wenn das Sozialamt, wenn die Gemeinde beginnt mich auszuspionieren.“* (ORF, 16.11.2011).

Die Datenschützer*innen die wiederum zur *Stopp Corona App* Stellung nahmen, fielen durch mehr Fachkompetenz auf. Hier wurde eine sukzessive qualitative Veränderung über die einzelnen Diskursperioden deutlich, die sich v.a. dadurch zeigte, mit welchen Argumenten jemand *zum Experten wird.*

Neben den oben Genannten sprach sich auch die politische Opposition wegen Datenschutzbedenken gegen ELGA aus. So sahen das BZÖ und die Grünen in der ELGA-Gesetzesvorlage eine zu große Missbrauchsgefahr (vgl. Wiener Zeitung, 08.10.2012). Beim Start des ELGA-Portals empfahl wiederum die FPÖ den Ausstieg aus ELGA. Auch die Grünen behielten ihre skeptische Haltung (vgl. Der Standard, 09.01.2014). Auch die Forschungsfreigabe von ELGA wurde von der gesamten politischen Opposition kritisiert.[102]

[101] Oekonsult-Umfrage, 1.070 Befragte zwischen 15 und 82 Jahren, Ende Jänner 2014.

[102] Den NEOS ging die Anonymisierung der Daten nicht weit genug. Die SPÖ-Gesundheitssprecherin Pamela Rendi-Wagner kritisierte, dass ELGA *„nicht als Forschungsregister“* geschaffen wurde, sondern *„im Sinne der Patientensicherheit“* (Der Standard, 17.04.2018).

Deutlich lehnte die politische Opposition auch die *Stopp Corona App* ab.[103]

5.1.9. Events

Unmittelbar beeinflusst wurde der Diskurs über E-Health-Initiativen in Österreich von bestimmten Ereignissen. Diese Ereignisse waren sowohl von nationaler als auch von internationaler Tragweite.

In der ersten untersuchten Phase war die Weitergabe von Gesundheitsdaten durch das Arbeitsmarkt-Service (AMS) ein Ereignis, das den Diskurs beeinflusste. 2011 war das zentrale Ereignis wiederum die von der Ärztekammer initiierte Informationskampagne zu ELGA, die vor allem die Politik in die Defensive brachte und eine Verzögerung des Projektes zur Folge hatte. Zudem sorgte ein Datenleck bei der Tiroler Gebietskrankenkasse, das im September 2011 bekannt wurde für Aufsehen. Auch ein dubioses Ausschreibungsverfahren des Hauptverbandes gab den ELGA-Gegner*innen Rückenwind. Kurz vor dem Beschluss der Gesundheitsreform von der ELGA ein Teil sein sollte, protestierten und mobilisierten die Ärztevertreter*innen abermals gegen ELGA und die Gesundheitsreform. Diese Proteste fanden Eingang in die Berichterstattung sämtlicher Medien. Zur gleichen Zeit, im Oktober 2011, erhielt ELGA auch den von einer privaten Organisation vergebenen *Publikumspreis Big Brother Award*.

Zum Start von ELGA Ende Februar 2014 erregte ein Datenleck des BIFIE bei Schülertests Aufsehen, die auf rumänischen Servern auftauchten. *„Wie (un-)sicher sind Bürgerdaten in den Netzen der Republik?“* fragte daraufhin nicht nur *Die Presse* (28.02.2014). Dieses Ereignis war zu einer Zeit, in der es um das Vertrauen in staatliche Datenpraktiken im Allgemeinen nicht gut bestellt war. Im Juni davor hatte die NSA-Affäre für globales Aufsehen gesorgt. Die NSA-Affäre kann sicherlich als Schlüsselereignis bezeichnet werden, welche den Diskurs über Datensammelpraktiken weltweit noch für Jahre überschattete. Von ähnlicher Tragweite war die Affäre um Cambridge Analytica[104] im Frühjahr 2018, die zur gleichen Zeit publik wurde, als ELGA für Forschungszwecke geöffnet werden sollte. Auch in der Debatte über die Stopp-Corona-App wurde mehrmals auf Cambridge Analytica verwiesen.

---

[103] Die FPÖ kündigte eine Anzeige gegen die App-Betreiber an, wodurch sie *„die Installierung eines Überwachungsstaates“* verhindern wollte (Der Standard, 16.04.2020). Die SPÖ verlangte wiederum nach einem angemessenen gesetzlichen Rahmen für die App, denn sie vermisste eine Garantie der Freiwilligkeit (Der Standard, 17.04.2020).

[104] Die *Cambridge Analytica Affaire* offenbarte den Einsatz von sogenanntem Micro-Targeting zu manipulativen Zwecken (z.B. Beeinflussung von Wahlen) auf Social Media Plattformen wie Facebook. Dabei gab es intensive Kooperation zwischen privaten und staatlichen Akteur*innen (vgl. Breghel 2018).

5.2. Sicherheit

5.2.1. Zentrale Kategorien der Analyse: Sicherheit

Auch für den Themenbereich Sicherheit ergaben sich nach der offenen Kodierung mehrere Schlüsselkategorien. So wurde der österreichische Diskurs über die Vorratsdatenspeicherung[105] stark von der Umsetzung der EU-Direktive in nationales Recht bestimmt. Deswegen ist erste Diskurskategorie *die EU verlangt die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung*. Die 2006 von dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat beschlossene VDS wurde zur *Terrorismusbekämpfung* eingeführt. Im Zuge von deren Umsetzung in Österreich gab es intensive Debatten darüber, wie die geplanten Regelungen *Demokratie und Grundrechte* kompromittieren würde.[106] Neben Bedenken über Grundrechtsverstöße wurden im Diskurs über die VDS auch Zweifel bezüglich der Effektivität der Maßnahme *für den Zweck der Terrorismusbekämpfung* laut.

Im österreichischen Diskurs wurden zudem Themen wie Gesetzesänderungen, die Speicherfristen oder ab welchem Strafmaß der Zugang zu den Vorratsdaten durch Ermittlungsbehörden erfolgen sollte, diskutiert. Eine eigene Kategorie behandelt daher diesen *österreichischen Weg der Umsetzung.* Wie bereits für den Gesundheitsbereich sollen auch für den Bereich der öffentlichen Sicherheit die *Oppositionen und Kritik* der VDS diskutiert werden. Im Diskurs wurde zudem wiederholt die Öffnung der VDS für die Ahndung von urheberrechtlichen Vergehen gefordert. Entsprechende Tendenzen befeuerten die Angst, dass die Terrorismusbekämpfung lediglich ein Vorwand für die Durchsetzung anderer Interessen sei. Deswegen werden diese „Begehrlichkeiten" gesondert in der Kategorie *Sekundärinteressen* diskutiert. In der letzten Kategorie, *Digitale Daten wirken auf die Demokratie ein,* werden jene Konzepte diskutiert, die sich nicht nahtlos in die Kategorie *Grundrechte und Demokratie* eingliedern ließen, die aber dennoch in einem abstrakteren Zusammenhang damit stehen. Teilweise gab es auch Überschneidungen mit der Kategorie Sekundärinteressen.[107]

---

[105] Soll in der Folge mit „VDS" abgekürzt werden.

[106] Ähnliche Debatten wie in Österreich gab es dabei auch in anderen EU-Ländern. Auch dort war die EU-Direktive zur VDS umstritten. Nicht zuletzt führte die vehemente Kritik an der VDS dazu, dass die Verfassungsgerichte mehrerer EU-Staaten diese wieder zu Fall brachten. Anfragen des österreichischen Verfassungsgerichtshofes und des irischen High Court waren es jedoch, die den EuGH dazu veranlassten, die EU-Direktive zur VDS als EU-rechtswidrig zu erklären (EuGH 2014).

[107] Diese Kategorie wurde erst im späteren Verlauf der Analyse hinzugefügt, als die anderen Kategorien bereits ausgewertet waren. Der Theorieteil dieser Arbeit bildet für die Herleitung der Kategorie eine essenzielle Basis: Wie argumentiert wurde, beeinflussen digitale Daten demokratische Prozesse in komplexer Weise. Diese Prozesse haben einerseits mit Gouvernance-Prozessen zu tun, bei denen sich gewisse staatliche Aktivitäten mit denen von Privatunternehmen vermischen. Zudem geht von den Daten an sich aber auch eine Macht aus, die politischen Entscheidungsträger*innen nicht immer ganz genehm zu sein scheint. Wie

5.2.2. Die EU verlangt die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung

Die VDS wurde von Anfang an als eine von außen an Österreich herangetragene Maßnahme wahrgenommen, zu der 2006 Liese Prokop (Innenministerium) und Karin Gastinger (Justizministerium) zugestimmt hatten. Das nun mit der Umsetzung beauftragte Infrastrukturministerium unter der Führung von Werner Faymann (SPÖ) schien es allerdings nicht sehr eilig mit der Umsetzung zu haben. Es wurde darauf verwiesen, dass zunächst die Entwicklungen in anderen EU-Staaten abgewartet werden sollten. Erst später sollte eine nationale Gesetzesvorlage in Angriff genommen werden.

Im Jahr 2011 hatte sich die Ausgangssituation für die VDS auf europäischer Ebene erneut geändert. In mehreren EU-Staaten war die Direktive unter Beschuss geraten und bestehende Regelungen waren in einigen Staaten wieder gekippt worden. Nachdem im Vertrag von Lissabon (2009) die Grundrechte allgemein eine Stärkung erfahren hatten, wurde das Thema Überwachung in den EU-Staaten insgesamt negativer bewertet und die VDS wurde als schädlich für das Ansehen der EU wahrgenommen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Probleme kündigte die EU-Kommission eine erneute Überarbeitung der Direktive an (vgl. Der Standard 16.04.2011).[108]

An der Situation Österreichs änderte dieser Umstand jedoch wenig, wenngleich die gesamteuropäischen Entwicklungen aufmerksam beobachtet wurden. Ungünstig wirkte sich aus, dass Österreich bereits 2010 wegen der Nichtumsetzung der VDS zu einer Strafzahlung verurteilt worden war und eine erneute Strafe drohte. Im Diskurs über die VDS sorgte 2011 die EU-Kommissarin Viviane Reding für Aufsehen, als sie bei einem Besuch in Wien die Umsetzung der VDS vehement einforderte und mit einem erneuten Vertragsverletzungsverfahren drohte (vgl. Die Presse, 18.02.2011). Der Auftritt Redings wurde von mehreren Medien aufgegriffen. Auch in der *Kronen Zeitung* beschwerte sich daraufhin ein Leserbriefschreiber: *„Ja, glaubt die Reding, dass wir allesamt Terroristen sind? Möchte sie nur wissen, was wir kochen? Was ist an täglichem Smalltalk so interessant? Geht es nur darum, uns wieder etwas aufzuzwingen?“*[109] (Kronen Zeitung, 20.02.2011). Als die VDS im österreichischen Nationalrat beschlossen wurde, war dies der *Kronen Zeitung* wiederum ein Titelblatt wert, indem die *Krone* die EU nicht besonders gut aussehen ließ: *„Brüssel zwingt uns zu mehr Überwachung: ‚EU-Spionage‘ bei Handydaten“*

---

solche Prozesse im Diskurs über die VDS reflektiert wurden, soll anhand dieser später hinzugefügten Kategorie analysiert werden.

[108] Es wurde argumentiert, dass den Mitgliedsstaaten ein zu großer Spielraum bei der Ausgestaltung gewehrt wurde. Auch ungenügende Datenschutzstandards wurden kritisiert.

[109] Dieser Leserbrief war die erste Erwähnung der VDS in den untersuchten Diskursphasen in der *Kronen Zeitung*.

(29.04.2011). Nachdem die VDS 2012 schließlich auch in Österreich mit einiger Verspätung startete, wurde auf EU-Ebene erneut über eine Bearbeitung der Direktive nachgedacht, da über offenkundige Probleme bei den nationalen Ausgestaltungen nicht länger hinweggesehen werden konnte. In Zuge dessen wurde auch über eine Reform der Regelung mit einer Beschränkung auf Terrorismusbekämpfung nachgedacht. Indessen erfreute sich die Vorratsdatenspeicherung in einigen EU-Staaten großer Beliebtheit und wurde häufig verwendet.[110] Von Relevanz ist in diesem Kontext auch das ambivalente Verhältnis zwischen Österreich und der EU. Ein nicht selten anzutreffendes österreichisches „Politikmuster" ist laut Pollak & Puntscher Riekmann (2017: 425) „die Beschränkung auf reaktives Verhalten oder eine Rhetorik nationaler Stärke bei gleichzeitigem ‚scape-goating' und ‚blameshifting' gegenüber Brüssel".

Für erhebliches Aufsehen im österreichischen Diskurs sorgte die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) am 8. April 2014, welche die VDS für EU-rechtswidrig erklärte. Die Konsequenz dieser Entscheidung war die Aufhebung der Direktive. Diese Entscheidung wurde insbesondere als Erfolg für Teile der österreichischen Bevölkerung gesehen, weil der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) dem EuGH einen Fragenkatalog vorgelegt hatte.[111] Zwar hatte das EuGH-Urteil auch ein Ende der Vorratsdatenspeicherung in Österreich zur Folge, in anderen EU-Staaten ist die Vorratsdatenspeicherung jedoch teilweise bis heute in Kraft.[112] Nach den Terroranschlägen in Paris und Brüssel 2015 wurde bei Besprechungen der europäischen Innenminister*innen die Wiedereinführung einer europäischen Vorratsdatenspeicherung gefordert.[113] Das EU-Parlament schloss eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung jedoch aus und verwies nachdrücklich auf das Urteil des EuGHs.

[110] Laut Medienberichten war knapp die Hälfte aller Abrufe in der gesamten EU allein auf Polen zurückzuführen (vgl. Der Standard, 29.04.2011). Zudem die VDS in Polen sehr großzügig umgesetzt, so dass z.B. auch die Finanzämter darauf zugreifen durften (vgl. Wiener Zeitung, 29.11.2012).

[111] Diesem ging eine Bürgerinitiative und zwei Verfassungsklagen voraus.

[112] Auf EU-Ebene bedeutete das Urteil des EuGHs kein tatsächliches der VDS in Europa – vielmehr sind Vorratsdatenspeicherungsregelungen in vielen EU-Staaten weiterhin in Kraft und Gegenstand laufender Debatten (vgl. Der Spiegel 2021). Aktive Vorratsdatenspeicherungs-Regelungen gibt es mit Stand 2017 in allen EU-Staaten außer Österreich, den Niederlanden und Slowenien (Generalsekretariat der Europäischen Union 2019).

[113] Eine weitere diskutierte Maßnahme war die Speicherung von Fluggastdaten (*Passanger Name Records*, PNR), die von Kritiker*innen ähnlich kritisch beurteilt wurde wie die VDS.

5.2.3. Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität

Nach den Terroranschlägen in Madrid und London[114] wurde die Vorratsdatenspeicherung als Maßnahme gegen Terrorismus und Schwerkriminalität konzipiert. Laut dem Diskurs in den österreichischen Medien wurde der Trend zu mehr Überwachung in den westlichen Industriestaaten durch die Terroranschläge 9/11 ausgelöst. Diese Ansicht wird auch in der wissenschaftlichen Literatur so dargestellt (Deibert 2015b). Die VDS sollte es den Ermittlungsbehörden ermöglichen, die Verbindungsdaten der Telekommunikationsbetreiber für einen bestimmten Zeitraum für Ermittlungszwecke zu nutzen. In Österreich war dies bereits zuvor möglich, da die Telekommunikationsbetreiber die Daten zumeist für Verrechnungszweck speicherten. Mit der VDS sollte diese Praxis aber einen neuen rechtlichen Rahmen erhalten und der Zugriff für Exekutive und Justiz gewissermaßen „legalisiert" und zu einer regulären Ermittlungsmethode werden.

Während 2007 die Begründung einer Notwendigkeit der VDS noch sehr stark in der Terrorismusbekämpfung verankert wurde, änderte sich dieses Narrativ im Diskurs 2011 deutlich und ein anderes Argument rückte in den Vordergrund. Vor allem politische Vertreter*innen der ÖVP forderten eine Verringerung des Strafmaßes für den Vorratsdatenzugriff, um den Strafbehörden die *Verfolgung von Kinderpornografie* zu erleichtern. Die Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) warnte: *„Kommt das Gesetz nicht, wird Österreich ein Paradies für Kinderporno-Ringe"* (Die Presse, 23.03.2011).[115] Im Allgemeinen wurde die VDS spätestens ab 2012 vor allem von der ÖVP verstärkt als essenzielles Instrument für die Polizeiarbeit propagiert, welches möglichst weit angelegt werden sollte.[116] Auch Teile der österreichischen Bevölkerung sahen in der VDS ein legitimes und notwendiges Mittel gegen Terrorismus und Schwerkriminalität. Als die VDS von 2012 bis 2014 in Kraft war, zeigten Berichte der Justiz, dass die gespeicherten Daten von der Exekutive und der Justiz auch zu Ermittlungszwecken genutzt wurden, allerdings stand die Terrorismusbekämpfung dabei nicht im Vordergrund (BMJ 2014).

Nach dem die VDS in Österreich vom Verfassungsgerichtshof gestoppt wurde, forderten die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Justizminister Wolfgang

[114] Am 11. März 2004 starben etwa 200 Menschen bei einem Terroranschlag, bei dem ein Eisenbahnwagon von Islamisten gesprengt wurde (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2014). Beinahe 40 Tote und mehrere Hundert Verletzte gab es bei den Terroranschlägen in London am 8. Juli 2005. Dabei wurden in mehreren U-Bahnzügen und anderen Verkehrsmitteln Bomben gezündet (vgl. Muir & Cowan 2005).

[115] Obwohl Kinderpornografie-Delikte bei dem angedachten Strafmaß von einem Jahr ohnehin erfasst gewesen wären. Das ÖVP-geführte Justizministerium wollte sich darauf jedoch nicht einlassen und argumentierte weiter mit einer Erschwerung bzw. Behinderung bei der Bekämpfung von Kinderpornografie (vgl. Wiener Zeitung, 14.02.2011).

[116] Das heißt die VDS sollte ein möglichst großes Spektrum an Delikten umfassen.

Brandstetter (ÖVP) 2015 die Wiedereinführung eben dieser. Mikl-Leitner argumentierte, dass die Daten an sich zwar nicht dazu geeignet seien, Terrorattentate zu verhindern, sehr wohl aber bei der *Ausforschung von daran beteiligten Hintermännern* helfen könnten (vgl. Der Standard, 15.04.2015). An die VDS als legitimes Mittel gegen Terrorismus glaubten in dieser Diskusphase auch 56% von 494 Befragten einer Umfrage (Wiener Zeitung 17.04.2015; Der Standard, 17.04.2015). Auch die *Kronen Zeitung* positionierte sich deutlich zugunsten der VDS mit dem aussagekräftigen Titelblatt „*Speichern von Vorratsdaten weiter blockiert: Justiz bremst bei Anti-Terror-Plänen*". Die Zeitung vertrat die Ansicht, dass die Justiz die Terrorbekämpfung behinderte, indem sie der VDS zuvor eine Absage erteilt hatte: „*Schwer nachvollziehende Stellungnahme unseres Verfassungsgerichtshofes: Nur wenige Tage nach den Terrormorden von Paris will der VfGH-Präsident die von Innenministerin Mikl-Leitner als dringlich bezeichnete Vorratsdatenspeicherung von Daten im Kampf gegen Terroristen weiter blockiert wissen*" (Kronen Zeitung, 15.01.2015).

5.2.4. Österreich geht eigenen Weg bei der Vorratsdatenspeicherung

Der öffentliche Diskurs über die VDS lässt sich ab Phase 1 als dieser ablehnend gegenüberstehend beschreiben. Diese Stimmungslage stellte für die Politik keine gute Ausgangslage für die nationale Umsetzung der Direktive dar. Sowohl ÖVP als auch SPÖ lehnten diese zunächst ab. Gleichzeitig waren sich die politischen Entscheidungsträger*innen jedoch auch darüber im Klaren, dass die Maßnahme früher oder später realisiert werden musste. Häufig diskutiert aber lange ungelöst blieb die Finanzierung der VDS. Auch über die Speicherdauer wurde wiederholt diskutiert, bis schließlich eine Speicherdauer von sechs Monaten beschlossen wurde.

Ein zentraler Streitpunkt war das Strafmaß bzw. bei welchen Delikten den Ermittlungsbehörden Datenzugriff gewehrt werden sollte. Die beiden Regierungsparteien hatten diesbezüglich divergierende Positionen.[117] So wollte die ÖVP, dass die Vorratsdaten auch Fahrlässigkeitsdelikten abgefragt werden konnten. Die SPÖ wollte die Zugriffsberechtigung erst bei Delikten ab einer Haftstrafe von einem Jahr vergeben.[118] Mit dieser Position verabschiedete man sich bereits von EU-Minimalvorgabe mit einer Begrenzung der Delikte auf Terrorismus und Schwerkriminalität. Der Streit über das

[117] Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) sah in der VDS ein potenzielle Grundrechtsgefährung. Die Justizministerin Claudia Bandion-Ortner und die Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) wollten hingegen die „kriminalitätsrelevanten Bestimmungen möglichst weit gefasst sehen" (Der Standard, 07.02.2011).

[118] Im Sicherheitspolizeigesetz (StPO) wird geregelt, dass eine schwere Straftat bei Delikten ab einer Freiheitsstrafe von einem Jahr vorliegt (vgl. Der Standard, 15.02.2011).

Strafmaß war auch dann noch nicht gelöst, als das Thema VDS von der neuen Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) wieder aus der Schublade hervorgeholt werden musste, weil ihr Vorgänger Werner Faymann (SPÖ) keine Lösung dafür gefunden hatte. Weil Österreich bereits 2010 von der EU geklagt worden war und eine neuerliche Strafzahlung drohte, galt es nun rasch zu einer Einigung zu kommen. Aufgrund von ideologischen Differenzen zwischen SPÖ und ÖVP kam es allerdings zu einer erneuten Verzögerung. Erst als die SPÖ gegenüber der ÖVP nachgab und einer *„erleichterten Herausgabe von Vorratsdaten an die Polizei und Staatsanwalt“* zugunsten von Zugeständnissen bei Schubhaft und Fremdenrecht zustimmte, einigte man sich auf einen Gesetzesentwurf (Die Presse, 07.03.2011).

Schlussendlich konnte sich die ÖVP mit der Forderung nach einem niedrigeren Strafmaß durchsetzen und die Regierungsparteien einigten sich auf umfangreiche Zugeständnisse für die Polizei. Lediglich Ordnungswidrigkeiten sollten von der VDS ausgenommen werden. Außerdem wurde der Polizei das Recht zugestanden, bei Gefahr in Vollzug ohne vorherige richterliche Genehmigung auf die Daten zugreifen zu dürfen. Als Beispielfälle wurden vermisste Bergsteiger oder Skitourengeher genannt (vgl. Kronen Zeitung, 29.04.2011; Wiener Zeitung, 22.02.2011). Allerdings wurde schlussendlich noch eine strengere richterliche Kontrolle sowie eine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament festgelegt (vgl. Die Presse, 28.04.2011). Ein Fazit des Journalisten Hans Rauscher zu diesem Kompromiss lautete, dass es in Österreich *„nur sehr spärlich vertretenes liberales Denken [gibt], schon gar nicht in der Volkspartei, die das Innenministerium und das Justizministerium in der Hand hat. Hier herrscht der alte Obrigkeitsgeist. Man gibt der Polizei, was sie sich wünscht“* (Der Standard, 26.04.2012).

Am 28. April 2011 wurde die VDS mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ im Nationalrat beschlossen. Als diese schließlich im Frühjahr 2012 in Kraft treten sollte, geriet die Regierung aufgrund des großen Widerstandes gegen die Maßnahme erneut in die Defensive. Für Nervosität sorgte außerdem eine Drohung von *Anonymous Austria*[119] über die Veröffentlichung geheimer Politiker-Emails, die sich im Nachhinein jedoch als Aprilscherz entpuppten. In dieser Phase des Diskurses erhielten die Kritiker*innen der VDS regen Zulauf.

Als im Herbst 2011 zwei Klagen gegen die VDS bei dem österreichischen Verfassungsgerichtshof (VfGH) eingingen, wurde zur gleichen Zeit eine Novelle des Urheberrechts verhandelt. Im Diskurs wurde wiederholt eine mögliche Öffnung der VDS

[119] Österreichischer Ableger des weltweit tätigen Netzwerkes von Computeraktivisten und Hackern.

für Urheberrechtsverletzungen thematisiert. Misstrauen erzeugte auch die mangelhafte Datensicherheit der Vorratsdaten, die publik wurde. Für Unverständnis sorgte hierbei die Aussage, dass die gespeicherten Daten aufgrund eines fehlenden Überblicks nicht ausreichend gesichert waren, weil man *„nicht ständig alles überprüfen“* könne (Der Standard, 23.11.2012).[120]

Nachdem der EuGH die VDS-Direktive für ungültig erklärt hatte, blieb die VDS in Österreich zunächst weiterhin in Kraft. Während sich die Regierung zum EuGH-Urteil insgesamt eher bedeckt hielt und angab, das Urteil erst analysieren zu wollen, sah sich Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) in ihrer persönlichen kritischen Haltung gegenüber der VDS bestätigt (vgl. Wiener Zeitung, 08.04.2014). Die ÖVP beharrte indessen weiter auf die Notwendigkeit der VDS. So sprach sich etwa der Justizminister Wolfgang Brandstetter in der ORF-Pressestunde deutlich für den Fortbestand der VDS-Regelung aus (vgl. ORF, 15.06.2014). Am 27. Juni 2014 hob auch der österreichische VfGH auch die VDS mit sofortiger Wirkung auf. Die Vorschläge zur Wiedereinführung der VDS im Jahr 2015 von der Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) und des Justizministers Brandstetter (ÖVP)[121] wurden vom Koalitionspartner SPÖ mit dem Verweis auf den deutlichen Beschluss des VfGH abgelehnt (vgl. Der Standard, 16.04.2015).

5.2.5. Zweifel an der Effektivität der Maßnahme

Den Diskurs über die VDS begleitete die Frage, ob die Maßnahme tatsächlich auch ein effektives und adäquates Mittel zur Terrorismusbekämpfung sei. In diesem Zusammenhang wurde einerseits hinterfragt, inwieweit Verdächtige tatsächlich anhand eines bestimmten Kommunikationsverhaltens identifizierbar sind. Andererseits wurde in allen untersuchten Diskursphasen auch auf die einfachen technischen Umgehungsmöglichkeiten hingewiesen (vgl. Die Presse 15.02.2007; Kronen Zeitung 03.04.2012; Der Standard 12.01.2015). 2011 zeigte auch eine Studie des Max-Planck-Instituts was viele Diskutant*innen bereits vermutetet hatten: Die VDS ist auch aus empirischer Sicht kein effektives Mittel zur Terrorismusbekämpfung (Albrecht et al 2011; vgl. Die Presse, 30.03.2012).

Nachdem der EuGH die EU-Direktive gekippt hatte, zeigte eine parlamentarische Anfrage von Nationalratspräsidentin Beatrix Karl zu den bisherigen Abfragen der österreichischen VDS, dass die meisten Zugriffe bei eher minderen Verbrechen erfolgt

[120] Bis dato hatte laut Bericht noch keine einzige Überprüfung der Datensicherheit der VDS stattgefunden.

[121] Dazu auch ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka (vgl. Der Standard, 14.01.2015). Es gab jedoch auch Stimmen in der ÖVP die sich gegen eine Wiedereinführung aussprachen, wie Reinhold Mitterlehner (vgl. Der Standard, 25.01.2015).

waren: So waren die meisten Zugriffe auf Diebstahls-, Suchtgift-, Stalking- oder Raubdelikte zurückzuführen (BMJ 2014; vgl. Der Standard, 11.06.2014). Später waren es u.a. diese detaillierten Protokolle über die österreichischen Zugriffe, die den EuGH zu seiner finalen Entscheidung zur VDS bewogen (vgl. Der Standard, 08.04.2014). Im Unterschied zu Österreich hatten andere Länder ihre Zugriffe nicht genau genug protokolliert, um daraus eine Evidenz über die Wirksamkeit der VDS zur Terrorismusbekämpfung ableiten zu können.

2015 wurde in Österreich abermals über die Frage debattiert, ob Daten ein legitimes Werkzeug gegen terroristische Bedrohungen sein können. Abermals hielten dabei jedoch Diskutant*innen fest, dass die Vorratsdaten zwar von Regierenden gerne verwendet würden, wenngleich deren tatsächliche Effektivität jedoch kritisch zu hinterfragen sei. Dazu äußerte sich auch der österreichische VfGH-Präsident Gerhart Holzinger in der öffentlichen Debatte: *„Ich mache nur darauf aufmerksam, dass in Frankreich die Regelungen über die Vorratsdatenspeicherung in einem sehr weiten Umfang bestanden haben, und offenbar hat das auch nicht dazu geführt, dass man diese Terrorakte verhindern konnte“* (Die Presse, 14.01.2015). In der Tat konnte die VDS in Frankreich die Anschläge nicht abwenden, wenngleich sie dennoch Informationen über die Hintergrundmänner lieferte.

5.2.6. Demokratie und Grundrechte

Sehr häufig wurde das Thema VDS im Diskurs im Zusammenhang mit Grundrechtseinschränkungen und demokratischen Fehlfunktionen diskutiert. Zum einen wurde die *Direktive der EU* als Bedrohung bestimmter Grundrechte wahrgenommen. Zum anderen wurde jedoch auch die *nationale Ausgestaltung* in Konflikt mit den in der Verfassung garantierten Rechten gesehen. Insbesondere aufgrund der Zweifel hinsichtlich der Effektivität der VDS gegen Terrorismus wurde der vermeintliche Tausch von Freiheitsrechten gegen ein Mehr an Sicherheit im Diskurs sehr kritisch gesehen.

Kritiker*innen sahen durch die VDS grundlegende Rechte wie das Recht auf die Achtung der Privatsphäre, die Religions- und Meinungsfreiheit sowie das Recht auf die Unschuldsvermutung gefährdet. Auch der Datenschutz wurde von einigen Kritiker*innen als ungenügend empfunden. Wiederholt wurde etwa das Beispiel genannt, dass unschuldige Personen durch die Datenspeicherung rein zufällig zu Verdächtigen werden können, wenn Behörden aus ihrem Kommunikationsverhalten verdächtige Muster ableiten (vgl. Die Presse, 30.03.2012).

Auch wurde argumentiert, dass die Pressefreiheit sowie der Schutz von bestimmten Berufsgruppen gefährdet werde, wenn z.B. einzelne Kontakte exakt dokumentiert und *potenziell* für Dritte nachvollziehbar werden (vgl. Wiener Zeitung, 23.03.2011). Dazu meinte etwa der Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell, dass die VDS zu einer *„Einschränkung des Redaktionsgeheimnisses und der Meinungsfreiheit in Österreich"* beitrug (Der Standard, 09.03.2012). Auch ein vertrauliches Gutachten des Bundeskanzleramts bezeichnete das Vorhaben als *„ernste Gefahr für Privatsphäre, Meinungs- und Pressefreiheit der Bürger"*[122] (Die Presse, 02.03.2011; Der Standard, 03.03.2011).

Allgemein wurde über alle Diskursphasen hinweg von der Vorratsdatenspeicherung als das Szenario eines „Überwachungsstaates" berichtet. Dies wurde damit argumentiert, dass staatliche Behörden sich mit den Gesetzen zur Vorratsdatenspeicherung das Recht erhielten, jederzeit zu wissen, wo sich einzelne Bürger*innen aufhalten und wie ihr Kommunikationsverhalten aussieht.[123]

Als sich viele Österreicher*innen zu der Bürgerinitiative „Stoppt die Vorratsdatenspeicherung" zusammenschlossen, um eine Sammelklage gegen die VDS einzubringen, wurden dieser Verfassungsklage nur geringe Erfolgsaussichten attestiert (vgl. Der Standard 28.11.2012). Die Ursache dafür wurde von einigen Kommentator*innen in den Terroranschlägen von 9/11 gesehen, weswegen die Grund- und Freiheitsrechte sukzessive zu Gunsten der Terrorbekämpfung und der allgemeinen Sicherheit eingeschränkt wurden. Eine zweite Verfassungsklage wurde von der Kärntner Landesregierung eingebracht. Der Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) sagte dazu: *„Wir wollen den Verfassungsgerichtshof einladen, sich das Gesetz anzuschauen und wieder außer Kraft zu setzen. Datenschutz muss über allem stehen"* (Der Standard, 27.03.2012). In diesem Kontext wurde auch mit einer Rechtsgüterabwägung argumentiert, wonach das Recht auf Sicherheit und Schutz der Allgemeinheit gegen die Freiheitsrechte Einzelner aufgewogen wurde.

Der VfGH befand allerdings nach einer eingehenden Prüfung der eingebrachten Klagen, dass die VDS in ihrer damaligen Form in einigen Punkten tatsächlich in einem großen Widerspruch zu den in der Verfassung garantierten Rechten stand. Aus diesem

---

[122] Die Kritik bezog sich in erster Linie auf die vorgesehen Befugnisse der Polizei. Während diese bisher eine „konkrete Gefahr" nachweisen musste, sollten künftig Standortdaten, Namen und sonstige Daten bereits bei „allgemeiner Gefahr" abgefragt werden dürfen, ohne vorher einen Richter oder Staatsanwalt einzubeziehen (vgl. Die Presse, 02.03.2011).

[123] Die Gefahr von Datenmissbrauch kann im Zusammenhang mit digitalen Daten generell nie ausgeschlossen werden, wenngleich bei der Vorratsdatenspeicherung einige Sicherheitsmechanismen wie das Zwei-Augen-Prinzip und die richterliche Zustimmung implementiert wurden.

Grund leitete das Gericht im Dezember 2012 einen Fragenkatalog, der diese Bedenken skizzierte, zur Beantwortung an den EuGH weiter. Als auch der EuGH zu einer ähnlichen Ansicht gelangte, wurde die EU-Direktive zur VDS im April 2014 für EU-rechtswidrig erklärt.[124] Wenige Wochen später strich auch der österreichische VfGH die VDS, weil diese nach den Ansichten des VfGH einen gravierenden Grundrechtsverstoß darstellte. In Österreich wurde sowohl die Entscheidung des EuGH als auch die des VfGH als Entscheidungen für die Demokratie wahrgenommen (vgl. Der Standard, 10.04.2014; Die Presse 27.06.2014). Der Umstand, dass das Thema VDS zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung von ÖVP-Politiker*innen bereits 2015 wieder aufgegriffen und sogar deren Neuauflage gefordert wurde, zeugt von einem eher geringen Respekt vor der Rechtsprechung des VfGH und der österreichischen Demokratie.

5.2.7. Oppositionen und Kritik

Das Vorhaben der VDS wurde ab der ersten Diskursphase kritisiert. Im Zentrum der Kritik stand die wahrgenommene Bedrohung der Grund- und Freiheitsrechte durch das Projekt. Hinzu kamen bereits ab 2007 erhebliche Zweifel an der Effektivität der Maßnahme gegen Terrorismus und Schwerkriminalität. Für zahlreiche Vertreter*innen der Zivilgesellschaft sowie für Verbände und Organisationen waren diese Faktoren wesentliche Gründe, um aktiv gegen die VDS aufzutreten. Bereits 2007 bildete sich dabei eine breite Allianz aus dem Liberalen Forum, der Arge Daten und dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte. Zudem wurden von den Internetbetreibern die hohen Kosten und lange ungelösten Fragen zur Finanzierung kritisiert. Nach dem Gesetzesbeschluss zur VDS wurde 2012 die Bürgerinitiative *„Stoppt die Vorratsdatenspeicherung“* gegründet. Auch die Aktivistengruppe *Anonymous Austria* positionierte sich gegen die VDS.

Beeinflusst wurde die Kritik an der VDS aber auch maßgeblich von dem politischen Geschehen und Entscheidungen: Nachdem es zunächst nicht den Anschein hatte, als ob die VDS tatsächlich umgesetzt werden würde, machte die EU weiterhin Druck zur Umsetzung. Das Argument der Politik, wonach in Österreich lediglich eine „Minimalvariante“ der andernorts viel weitergehenden VDS umgesetzt werden sollte, konnte die Skeptiker nicht beruhigen. Die Befürchtungen der Kritiker*innen reichten von Grundrechtseinschränkungen

[124] Der EuGH war neben der österreichischen Beschwerde noch mit einer weiteren Anfrage des irischen High Court konfrontiert. Die wesentliche Kritik des EuGH bezog sich auf die Nichtvereinbarkeit der VDS mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Auch wurde die Speicherdauer in einigen EU-Staaten als unverhältnismäßig lange angesehen (vgl. Der Standard, 07.04.2014, Wiener Zeitung 07.04.2014; Die Presse 08.04.2014;).

sowie einer Verschärfung des bisherigen Status Quo bis zu totalitären Überwachungsstaat-Szenarios à la George Orwell.

Die Kritik an der VDS wurde auch immer wieder in den öffentlichen Raum getragen und es kam zu mehreren Protesten, die auch in der Berichterstattung aufgegriffen wurden (vgl. Der Standard, 29.04.2011; Der Standard, 27.01.2015). Darunter war eine medienwirksame Demonstration, die von *Anonymous Austria* initiiert wurde, bei der die Privatsphäre symbolisch zu Grabe getragen wurde (siehe *Abb. 4* und *Abb. 5*).



Abb. 4: Demonstration gegen VDS



Abb. 5: Demonstration gegen VDS vor dem Parlament

Die Kritik an der VDS wurde auch von allen in der Analyse berücksichtigten Medien aufgegriffen: Im Leserbriefe-Teil der *Kronen Zeitung* gab es ebenso kritische Stimmen wie in Interviews mit Telekommunikationsbetreibern, Rechtsexpert*innen und Datenschützer*innen. *Die Presse* (30.03.2012) und *Der Standard* (01.04.2012) veröffentlichten sogar Anleitungen zur aktiven Umgehung der VDS.

Auch die politische Opposition trat offensiv gegen das Vorhaben auf. Die Grünen erkannten in der VDS etwa das Wiederaufleben des *„Metternich-Staat“* (28.04.2011). Ferner gab es auch innerhalb der Regierung kritische Stimmen gegen die VDS, vor allem in der SPÖ. Hier war es Doris Bures (SPÖ), die zunächst eine Minimalvariante der VDS befürwortete und deren Ende am hörbarsten öffentlich begrüßte. Auch im SPÖ-Klub gab es Stimmen, die sich gegen die Parteilinie aussprachen (vgl. Die Presse, 07.04.2011). Mit der Kärntner Landeshauptmannschaft ging auch eine amtierende Landesregierung gegen die VDS vor. Dieser Umstand zeigt, dass zu dem Vorhaben auch auf Länderebene keinen Konsens gab. Bei einem Expertenhearing zur VDS im Jahr 2012 fiel auch Gerhard Kunnert vom Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt auf, der die VDS hinsichtlich ihrer Grundrechtsproblematik *„zwischen Tschernobyl und Fukushima“* einordnete (Wiener Zeitung, 29.11.2012).

Nach der Verkündung des EuGH-Urteils meldete sich im österreichischen Diskurs auch der verantwortliche EuGH-Höchstrichter Thomas von Danwitz zu Wort. Er kritisierte

öffentlich den Zugriff auf die VDS bei minderschweren Delikten in Österreich: *„Man nimmt nicht einen Presslufthammer, um eine Nuss zu knacken, wenn ein Nussknacker reicht. Man schießt nicht mit Kanonen auf Spatzen. Es geht darum, Kollateralschäden zu vermeiden"* (Der Standard, 08.04.2014). Neben den Kläger*innen und Medien begrüßten auch Internetbetreiber, Rechtsanwält*innen, Journalist*innen und die Wirtschaftskammer die Entscheidung des EuGHs und des österreichischen VfGHs (vgl. Wiener Zeitung, 27.06.2014).

Zwei wichtige Diskutanten im Diskurs über die VDS in Österreich waren die Juristen Hannes Tretter und Christof Tschohl.[125] Tretter war in das Vorhaben der Vorratsdatenspeicherung mehrfach involviert: Zunächst gestaltete er den Gesetzesentwurf für das Infrastrukturministerium mit. Später unterstütze er die Verfassungsklage gegen die VDS. Bereits ab 2007 kritisierte Tretter die Grundrechtsproblematik wiederholt (vgl. Der Standard, 08.06.2007; Der Standard, 23.03.2011). Das EuGH Urteil 2014 bezeichnete er als *„bemerkenswert, weil es in ungeschminkter Manier die Richtlinie grundrechtlich gleichsam aus den Angeln hebt, wobei sowohl das Recht auf Achtung des Privatlebens als auch das Recht auf Schutz personenbezogener Daten der EU-Grundrechtecharta als Prüfmaßstäbe herangezogen wurden"* (Wiener Zeitung, 24.04.2014). Tschohl war wiederum federführend an der Verfassungsklage der Bürgerinitiative beteiligt und nahm als Diskutant wiederholt an öffentlichen Debatten teil.

5.2.8. Sekundärinteressen

Die VDS wurde sowohl auf EU-Ebene als auch in Österreich mit dem Argument eingeführt, damit ein effektives Ermittlungswerkzeug gegen Terrorismus und Schwerkriminalität zu schaffen. Zu den Zweifeln über die *Wirksamkeit* der VDS gegen Terrorismus gesellten sich jedoch weitere Bedenken. Etwa, dass die VDS für andere Zwecke missbraucht werden könnte. Ursächlich für diese Befürchtung waren Diskutant*innen, welche die Öffnung der Vorratsdaten für andere Zwecke als zur Bekämpfung von Terrorismus und Schwerkriminalität forderten. In dem Kontext dieser Sekundärinteressen wurde die Terrorismusbekämpfung mitunter als eine Art Deckmantel identifiziert, unter dem die Daten für eine viel umfangreichere Verwendung zugänglich gemacht werden würden (vgl. Der Standard, 23.03.2011). Die VDS wurde zwar gestoppt bevor entsprechende Maßnahmen

[125] Beide waren beim *Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte* beschäftigt.

durchgesetzt wurden. Dennoch kann der Diskurs über die Sekundärinteressen als Warnung vor einem zu riskanten staatlichen Umgang mit Daten interpretiert werden.[126]

Ab der ersten untersuchten Diskursphase 2007 wurden Lobbying-Aktivitäten für die Öffnung der VDS für Vergehen nach dem Urheberrecht thematisiert. Bereits 2007 wurde berichtet, dass der Verband der Musikwirtschaft (Ifpi), die Verwertungsgesellschaft Rundfunk und die ORF Generaldirektion sich dafür einsetzen, die Vorratsdaten *„zur Ausforschung von illegalen Nutzern von Musik- und Filmtauschbörsen zu verwenden"*. Zudem forderten diese Diskutant*innen *„unisono eine Senkung der Strafe, mit der Telekom-Anbieter bedroht sind, wenn sie Verbindungsdaten unbefugt an Dritte (etwa Rechte-Verwerter) weitergeben"* (Die Presse, 06.06.2007). Im Frühjahr 2012 gab es auf EU-Ebene eine Debatte über den Zugang zu den Vorratsdaten für ACTA[127]. In der *Presse* zeigte sich eine Diskutantin über die Unterstützung von ACTA durch Kulturschaffenden erstaunt und sie kritisierte deren Bereitschaft, demokratische Freiheiten gegen Verwertungsrechte einzutauschen (vgl. Die Presse, 08.03.2012). Einige Diskutant*innen sahen ihre Befürchtungen hinsichtlich der durch die VDS geweckten „Begehrlichkeiten" abermals durch die Forderung des *Vereins für Antipiraterie (VAP)* nach einer Öffnung der VDS im Zuge der Urheberrechtsnovelle bestätigt (vgl. Der Standard, 14.11.2012).

Bereits ab 2011 wollte auch die ÖVP den Zugriff auf die VDS nicht mehr auf die Verfolgung von Terrorismus und Schwerkriminalität beschränken. Stattdessen forderte die ÖVP die Öffnung der VDS für eine möglichst breites Spektrum an Delikten, wobei sie auch Urheberrechtsdelikte ins Spiel brachte. Die SPÖ warnte indessen davor, *„die Richtlinie als Vehikel dafür zu verwenden, für andere Delikte den Zugriff zu öffnen"* (Wiener Zeitung, 14.02.2011). Kritiker*innen der VDS befürchteten zudem, dass die Daten auf illegalem Weg zur Verfolgung von Straftaten, welche von der Regelung nicht erfasst waren, weitergegeben werden könnten. Dazu schrieb der Journalist Norbert Rief in der Presse (30.03.2012): *„Was heute noch für die Fahndung nach Kinderpornoringen genützt wird, setzt man morgen vielleicht schon für die Jagd nach Haschischkonsumenten ein und übermorgen für Menschen, die das Bundesheer kritisieren."* In diesem Kontext wurde auch der Vorwurf des Etikettenschwindels laut. Viele Diskutant*innen sahen in der Terrorismusbekämpfung lediglich einen Vorwand, um die Daten später für andere Zwecke einsetzen zu können. Im Diskurs wurde dabei wiederholt auf die Erfahrungen des sogenannten *Tierschützerprozess*[128]

[126] Um im großen Stil Daten über Bürger*innen zu erheben, bedarf es einer sensiblen Abwägung zwischen den Grund- und Freiheitsrechten. Dabei rechtfertigt nicht jedes Delikt den Einsatz der VDS.

[127] *Anti-Counterfeiting Trade Agreement*

[128] Der *Wiener Neustädter Tierschützerprozess,* auch *Tierschutzcausa* genannt, war ein von 2010 bis 2011 geführter Strafprozess gegen mehrere Tierschutzaktivisten vor dem Landesgericht Wiener Neustadt. Die

verwiesen (vgl. Die Presse, 02.03.2011; Wiener Zeitung 02.04.2012). Die Befürchtung war, dass die neu geschaffenen gesetzlichen Regelungen willkürlich interpretiert werden würden. Viele Diskutant*innen teilten dabei das Misstrauen gegenüber einem Staat, dem die missbräuchliche Verwendung der VDS zugetraut wurde. Sie bezweifelten, dass das mächtige technische Werkzeug mit Sensibilität und Augenmaß gebraucht werden würde. Dies deckt sich mit politikwissenschaftlichen Erkenntnissen, wonach sich im letzten Jahrzehnt eine „politische Vertrauenskrise" manifestierte und die „Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der politischen Eliten" angezweifelt wurde (vgl. Plasser & Seeber 2017: 358).

5.2.9. Digitale Daten wirken auf die Demokratie ein

Die letzte Kategorie enthält alle Konzepte, die sich mit *durch Daten veränderte Rahmenbedingungen für die Demokratie* befassen, die im Kontext des Diskurses über die VDS verhandelt wurden. Dabei wurde die VDS auch im Zusammenhang mit Digitalisierungsprozessen als allgemeine Herausforderung für demokratische Systeme diskutiert. Nicht immer sind Ursache- und Wirkungsprinzipien im digitalen Zeitalter unmittelbar erkennbar. Ebenso verhält es sich mit der VDS, deren Zweck *Kampf gegen Terrorismus und Schwerstkriminalität* eine grundlegende Aufgabe des Staates ist. Unzureichend reflektiert wurden bei dem Projekt VDS aber die komplexen Auswirkungen des Datensammelns.

Im Kontext der VDS adressierte der deutsche Journalist Stefan Aust den intensiven Austausch zwischen digitalen IT-Konzernen und politischen Akteur*innen: „*In der Zwischenzeit merken wir gar nicht mehr, was alles Rüstungsfirmen sind. Die Googles dieser Welt sind alle in gewissen Sinne Rüstungsfirmen" (ORF, 02.02.2015).* Im selben Beitrag kritisierte auch der deutsche EU-Politiker Malte Spitz[129] dieses *„Zusammenspiel"*. Damit meinte er, *„dass der Staat nicht wirklich eingreift, wenn Unternehmen immer häufiger Daten von uns speichern, immer umfassender, weil er gleichzeitig Interesse daran hat in bestimmten Situationen darauf zuzugreifen" (ORF, 02.02.2015).* Obwohl Kooperationen von privaten und staatlichen Akteur*innen den Diskurs über die VDS nur marginal berührten, wurde dieses Spannungsverhältnis deutlich.[130] Diese Argumente sind an die

Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens wurde wiederholt in Frage gestellt und wird in der öffentlichen Wahrnehmung mit politischer Korruption und Justiz-Willkür assoziiert.

[129] Der deutsche EU-Politiker Malte Spitz (Grüne) sprach im österreichischen Diskurs über die VDS wiederholt über das Thema und publizierte auch ein Buch zu dem Thema (Spitz 2014).

[130] Dabei soll erneut auf die wissenschaftliche Literatur verwiesen werden: Denn von der staatlichen Datenkontrolle zum Autoritarismus ist es nicht weit (siehe *Kapitel 3.4*.).

Postdemokratie-Diskussion[131] anschlussfähig, die es auch in Österreich gibt (vgl. Schaal & Lemcke 2017: 152).

Der VDS wurden auch illiberale bzw. autoritäre Potentiale attestiert. Vor diesen warnte etwa der Journalist Erich Möchel, welche sich ihm zufolge in anderen Ländern deutlicher zeigten als in Österreich:

> *„Die Möglichkeiten liegen zum Beispiel in Ländern, in denen die Staatsanwälte nicht so vehemente Hüter der Verfassung sind wie in Österreich, zum Beispiel in Polen. Von den zwei Millionen gemeldeten Daten zur VDS stammen eine Million aus Polen. Im Falle der ungarischen Regierung ist das Ziel wieder ein anderes: Hier wird die VDS als politisches Werkzeug genutzt"* (Der Standard, 29.04.2011).

Die Presse (30.03.2012) berichtete wiederum, dass *Velcom*[132] in Belarus die Mobilfunkdaten von Demonstrant*innen an die Polizei zu Verfolgungszwecken weitergegeben hatte. Auch hier offenbarte sich eine Kooperation von staatlichen und privaten Akteur*innen unter österreichischer Beteiligung als *illiberale Praxis*.

Bereits 2007 wurde erkannt, dass die VDS das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat fundamental verändern wird und einen Paradigmenwechsel darstellt, weil dadurch sehr viel Macht zentralisiert wird:[133] Die durch die VDS generierten Daten ermöglichte staatlichen Behörden eine relativ exakte Rekonstruktion der Bewegungsmuster und des Verhaltens der Bürger*innen.[134] Auch der deutsche Schriftsteller Ilija Trojanow[135] beschäftigte sich mit diesem Paradigmenwechsel. In einem Interview mit einem Kulturmagazin des ORF verglich der Schriftsteller die VDS mit den historischen Anfängen totalitärer Systeme (vgl. ORF, 22.02.2011). Ähnlich argumentierte auch folgender Leserbrief-Schreiber in der *Kronen Zeitung:*

> *„Heute dient die ‚Terrorbekämpfung' als Vorwand, um die Menschen, die genug von Bevormundung und Fremdbestimmung haben und beginnen, sich aufzulehnen, zu überwachen und etwaige Gefahren für das bestehende (zunehmend autoritäre) ‚Regime EU' rechtzeitig auszuschalten. Wie die Geschichte beweist, ist diese Entwicklung der Beginn des endgültigen Zusammenbruchs jedes politischen Systems, welches nicht auf demokratischen Pfeilern errichtet wurde!"* (Kronen Zeitung, 06.04.2012).

---

[131] In der Postdemokratie wird die Politik anstelle der Bürger*innen von Großunternehmen bestimmt (vgl. Schaal & Lembcke 2017: 142).

[132] Velcom ist ein Tochterunternehmen des österreichischen Mobilfunkbetreibers A1.

[133] z.B. von Hannes Tretter: *„Das ist ein Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat."* (Die Presse, 06.06.2007). Weiters Andreas Wetz in der Presse (07.03.2011) und Christof Tschohl im Standard (29.04.2011)

[134] Dies zeigt eine interaktive Grafik des deutschen Mediums *Zeit Online* am Beispiel von durch Malte Spitz angefragten Vorratsdaten (vgl. Zeit Online 2011).

[135] Trojanow widmete sich gemeinsam mit der Schriftstellerin Juli Zeh in einem Buch den Gefahren des staatlichen Datensammelns (Trojanow/Zeh 2010).

Auch Trojanow verwies auf eine allgemeine *autoritäre Tendenz* innerhalb der EU, wobei er auch das EU-Projekt INDECT[136] erwähnte. Er betonte insbesondere das Gefahrenpotential, das aus der Implementierung von nicht demokratieverträglichen Technologien in demokratische Infrastrukturen entsteht (vgl. ORF, 22.02.2011). Auch von anderen Diskutant*innen wurde das Projekt INDECT im Kontext der VDS thematisiert. Die *Presse* etwa beschrieb dieses:

> *„Unter dem Titel ‚Indect' arbeiten 17 Universitäten und Firmen daran, alle bekannten Überwachungstechnologien zu kombinieren. So sollen etwa Daten aus Polizeicomputern, Internetforen, Blogs und sozialen Netzwerken mit den Bildern von Überwachungskameras verknüpft werden, um die Gefilmten automatisch identifizieren zu können"* (Die Presse, 30.03.2012).

Wiederholt zeigte sich im Diskurs über die VDS auch, dass das Wissen über mögliche Wechselwirkungen von Technologien in der Politik eher bescheiden ist. Dabei wurde auch der Vorwurf laut, dass Politiker*innen grundsätzlich Angst vor dem Internet haben und daher verstärkt versuchten, dieses zu kontrollieren (vgl. Die Presse, 14.12.2012). Laut einigen Diskutant*innen konnte das Projekt der VDS somit auch als eine Reaktion der Hilflosigkeit angesichts der Digitalisierung interpretiert werden. Wie abstrakt das Konzept des Datensammelns von vielen Diskutant*innen wahrgenommen wurde, zeigt die *Heuhaufen*-Metapher.[137] Dabei wurde die Terroristensuche anhand der VDS wiederholt mit der Suche nach einer Nadel im Heuhaufen verglichen (vgl. Die Presse, 26.06.2007, 12.01.2015). Nach dieser Vorstellung bringen größere Datenmengen keine höhere Trefferquote in Bezug auf Terroristen, sondern vielmehr werde es dadurch *schwieriger,* tatsächliche Terroristen zu finden. Angesichts der heutigen Potenziale von Big-Data-Analysen entspricht ein Mehr an Daten aber tatsächlich einer höheren Korrelation. Das eigentliche Problem ist aber ein anderes: Nur weil jemand *das Profil eines Terroristen* erfüllt, macht ihn das noch nicht zum Terroristen, denn es gilt die *Unschuldsvermutung*. Nach den Terroranschlägen in Paris meinte der EU-Politiker Josef Weidenhofer (SPÖ) im Zuge der Debatte über die Wiedereinführung der VDS zurecht, dass Big Data aufgrund dieser Implikationen keine demokratiekonforme Lösung für Terrorismus sein kann (vgl. Der Standard, 13.01.2015).

---

[136] INDECT steht für *Intelligent Information System Supporting Observation, Searching and Detection for Security of Citizens in Urban Environment.* Es handelte sich dabei um ein EU-finanziertes Forschungsprojekt zu „High-Tech-Sicherheitslösungen im Kampf gegen Kriminalität in ganz Europa" (vgl. Europäische Kommission 2022).

[137] Auch in der wissenschaftlichen Literatur wird diese Metapher im Zusammenhang mit Big Data verwendet (Deibert 2015b: 11).

6. Diskussion der Ergebnisse

6.1. Vernetzte Daten im öffentlichen Diskurs

Die österreichischen Diskurse über das Projekt ELGA, die Stopp Corona App und die VDS zeigten, dass die Digitalisierung in Österreich in öffentlichen Bereichen nicht ohne Widerstände vonstatten ging und allen Projekten mit erheblicher Skepsis begegnet wurde. Dabei waren sowohl das Projekt ELGA als auch die VDS von Protesten und Gegenkampagnen begleitet (siehe *Kapitel 5.1.7.* und *Kapitel 5.2.7.*). In allen untersuchten Debatten wurde die Angst vor der Digitalisierung sehr deutlich und potenziellen, negativen Auswirkungen wurde im Diskurs sehr viel Raum gegeben. Auffallend war dabei, dass die Vorteile und Chancen der jeweiligen Projekte im Diskurs wesentlich weniger Aufmerksamkeit erhielten. Diese Skepsis ist einerseits auf die Schnelllebigkeit und abstrakte Beschaffenheit der Digitalisierung zurückzuführen, die in *Abschnitt 2.2.* beschrieben wurde. Andererseits ist sie aber möglicherweise auch Ausdruck einer besonderen *österreichischen Aversion gegen Veränderungen*, die bereits in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft diskutiert wurde (siehe *Kapitel 3.2.2.1.*). Diese Einschätzung wird auch von einer Studie des niederländischen Sozialpsychologen Hofstede bestätigt, der den Österreicher*innen „eine geringe Risikofreudigkeit und eine generelle Abwehr gesellschaftlicher, politischer und kultureller Änderungen“ attestiert (Rathkolb 2015: 160; Hofstede 2022).

Ein weiteres zentrales Element im österreichischen Diskurs über vernetze Daten war der Einfluss von *Globalisierungsprozessen* bzw. die Auswirkungen des *Neoliberalismus*, wenngleich diese nicht immer direkt als solche erkannt oder adressiert wurden. Dieser Einfluss äußerte sich insbesondere in den Ängsten vor der Macht und dem Handeln international agierender Konzerne und deren Interesse an den Daten österreichischer Bürger*innen. Weiter zeigte sich dieser Einfluss auch in der Betonung des internationalen Wettbewerbs in der Berichterstattung österreichischer Medien im Zusammenhang mit den untersuchten Diskursgegenständen (siehe *Kapitel 5.1.5.* und *Kapitel 5.2.2.*). Von Bedeutung war in diesem Kontext auch das Argument, dass alle analysierten Projekte als Maßnahmen der *Effizienz*steigerung und *Evidenz*gewinnung bewertet wurden. Während die E-Health-Angebote zu einer Verbesserung des Gesundheitswesens beitragen sollten, wurde die VDS als potentes Werkzeug für die Ermittlungsarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung konzipiert: Sie sollte einerseits die Ermittlungsarbeit erleichtern und andererseits auch zu einer Verbesserung der öffentlichen Sicherheit beitragen. Laut Schaal & Lembcke (2017:

153) gibt es in Österreich eine ernsthafte Postdemokratie-Diskussion. Diese knüpft an die Entwicklung des Neoliberalismus an und ihre „Krisendiagnose lautet, dass die demokratisch gewählten Institutionen und Verfahren im politischen Entscheidungsprozess an Bedeutung verlieren“, während die Macht von den Bürger*innen auf ökonomische Eliten übergeht (vgl. ebd.: 142). Entsprechende Dynamiken wurden in den Argumenten im Diskurs über vernetzte Daten wiederholt reflektiert (siehe *Kapitel 5.1.6.*).

6.2. Unterschiede in den Diskursen: Gesundheit und Sicherheit im Vergleich

Sowohl die Debatten im Gesundheitsbereich als auch die im Bereich der öffentlichen Sicherheit waren mitunter stark emotionalisiert, wobei wiederholt drastische rhetorische Mittel eingesetzt wurden, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die jeweiligen Anliegen zu lenken (siehe *Kapitel 5.1.4., Kapitel 5.1.7.* und *5.2.7.*). Während ausnahmslos alle untersuchten Projekte als Bedrohungen wahrgenommen und diskutiert wurden, können hinsichtlich ihres tatsächlichen Bedrohungspotenzials allerdings wesentliche Unterschiede festgestellt werden. Während ELGA und die Stopp Corona App unter Einbeziehung von grundrechtlichen Prinzipien konzipiert wurden und den Bürger*innen damit eigentlich unterstützende Angebote gemacht werden sollten, handelte es sich bei der VDS um eine fragwürdige und wahrscheinlich demokratieschädigende Technologie, weshalb die entsprechende EU-Direktive vom EuGH gekippt wurde. Am österreichischen Diskurs war in diesem Kontext allerdings die Tatsache auffällig, dass sehr unterschiedliche digitale Technologien häufig undifferenziert und kollektiv als *gefährlich* diskutiert wurden, wobei sich insbesondere ein großes Misstrauen gegenüber den politischen Motiven manifestierte. Der Mangel an Vertrauen in politische Institutionen und Akteur*innen ist dabei eher ein Phänomen der jüngeren Zeit. So manifestierte sich erst in den letzten Jahren eine „politische Vertrauenskrise, die regierende wie oppositionelle Eliten“ betrifft. Lediglich 22% der Österreicher*innen hatten 2015 noch Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger*innen (Plasser & Seeber 2017: 358). Laut Plasser & Seeber (ebd.) ist im letzten Jahrzehnt „ein politisches Protestklima" entstanden, welches „vergleichbare Phasen des politischen Unmuts und politischer Verdrossenheit in den letzten beiden Jahrzehnten an Intensität und Reichweite deutlich übertrifft“. Eine Befragung des Austrian Corona Panel Project (März 2020 bis April 2021) zeigte wiederum, dass die Corona-Krise das Vertrauen in die Regierung und das Parlament kurzfristig stärken konnte, diese Vertrauenswerte jedoch bereits nach kurzer Zeit wieder unter das Vorkrisenniveau sanken (vgl. Krejca et al 2021b).

Sowohl im Gesundheits- als auch im Sicherheitsbereich wurde auch wiederholt eine zunehmende, *zentralisierte Kontrolle* durch die Digitalisierung thematisiert. Obwohl die Gesundheitstechnologien von Beginn an primär eine Leistung für die Patient*innen bzw. Nutzer*innen sein sollten und diesen zu mehr Kontrolle und Autonomie über ihre Daten verhelfen sollten, war auffallend, dass sowohl ELGA als auch die Stopp Corona App häufig verdächtigt wurden, versteckte *Kontroll- oder Überwachungsinstrumente* der Politik zu sein. Im Sicherheitsbereich erwies sich hingegen die Annahme, dass die VDS ein zu starkes Kontrollinstrument auf staatlicher Ebene darstellen könnte, als durchaus legitim und wurde auch vom EuGH bestätigt.

Wesentliche Unterschiede gab es bei den Gruppen, die gegen die Initiativen vorgingen, zumal es aber vor allem auf politischer Ebene auch Überschneidungen gab. Während sich gegen ELGA besonders die Ärzteschaft im öffentlichen Diskurs gegen das Projekt positionierte, war es bei der Stopp Corona App keine konkrete Gruppe. Auch der Widerstand gegen die VDS war wesentlich heterogener als bei ELGA und umfasste zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen. Auch die Gruppe der Datenschützer*innen argumentierte nicht einheitlich: Während sie sich im Diskurs über ELGA meist deutlich gegen das Vorhaben aussprachen, unterstützte der Großteil die Stopp Corona App. Die VDS wiederum wurde von allen Datenschützer*innen vehement kritisiert. Eigentümlich war auch, dass sich die Ärzt*innen durch das EuGH-Urteil zur VDS in *ihrer Haltung gegenüber ELGA* bestätigt sahen und darauffolgend eine eigene Verfassungsklage ankündigten (vgl. Die Presse, 01.07.2014).

Sowohl im Gesundheitsbereich als auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit wurde im Diskurs die Macht von privatwirtschaftlichen Akteuren sowie Lobbying-Aktivitäten thematisiert. Während im Gesundheitsbereich wiederholt der hohe Wert von Gesundheitsdaten hervorgehoben wurde, wurde im Sicherheitsbereich vor Vorstößen von Lobbyisten zur Öffnung der VDS für Urheberrechtsvergehen gewarnt. Während der Diskurs im Gesundheitsbereich primär von einer *Angst vor Missbrauch* bestimmt war, ließ der der Diskurs im Sicherheitsbereich ebendiese *Angst vor Missbrauch* wesentlich konkreter werden, da politische und andere Diskutant*innen Zugeständnisse in diese Richtung forderten. Eine mögliche Erklärung für den Gesundheitsbereich ist die Veränderung in der Sozialpartnerschaft. Vorstellbar ist, dass die Ärztevertreter*innen dem Vorhaben ELGA auch deshalb so ablehnend begegneten. Die zunehmende Relevanz und Sichtbarkeit *neuer* Diskutant*innen wie Lobbyisten (vgl. Armingeon 2017: 306 f.) wurde hingegen v.a. in den Debatten über die VDS deutlich (siehe *Kapitel 5.2.8*).

Im Diskurs über den Gesundheitsbereich fiel auf, dass die Gegner*innen der Initiativen wiederholt *Falschinformationen* verwendeten, um den Diskurs entsprechend ihren Interessenslagen zu beeinflussen. Bei der Debatte über die VDS 2011 waren es wiederum politische Diskutant*innen, welche die Senkung des Strafmaßes forderten, um damit *vorgeblich* besser gegen Kinderpornografie vorgehen zu können (siehe *Kapitel 5.2.4*.).

Ein deutlicher Unterschied zwischen den Bereichen zeigte sich dadurch, wie stark bestimmte *Ereignisse* die jeweiligen Diskurse beeinflussten. Für den Gesundheitsbereich wurde der Einfluss dieser daher in einem eigenen Kapitel behandelt (siehe *Kapitel 5.1.8.*). Der Diskurs über die VDS wurde hingegen in wesentlich geringerem Ausmaß von Ereignissen bestimmt.

6.3. Digitale Daten und Demokratie: eine österreichische Perspektive

Die Themen Demokratie und Freiheitsrechte wurden sowohl im Gesundheitsbereich als auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit in den meisten Diskursphasen intensiv diskutiert. Ein zentrales Thema war die *Rechtsgüterabwägung*. Im Gesundheitsbereich wurde das *Recht auf Gesundheit (Patientensicherheit, Infektionsschutz) gegen das Datenschutzrecht* aufgewogen. In der Debatte über die Forschungsfreigabe von ELGA wurde zudem die *Freiheit der Wissenschaft* gegen den Datenschutz aufgewogen. Inwieweit von ELGA oder der Stopp Corona App allerdings eine tatsächliche Bedrohung für Grundrechte, wie etwa den Datenschutz ausgegangen ist, ist fraglich. Fest steht allerdings, dass alle Diskursgegenstände im Zusammenhang mit möglichen Grundrechtsverletzungen intensiv debattiert wurden. Im Sicherheitsbereich betraf die Rechtsgüterabwägung wiederum den *Tausch von Freiheitsrechten* (v.a. die Privatsphäre, aber auch Meinungsfreiheit, Unschuldsvermutung und Datenschutz) gegen den *Schutz vor Terrorismus und Kriminalität*. Dieser Tausch wurde insbesondere hinsichtlich der fragwürdigen Effektivität der VDS zur Terrorismusbekämpfung sehr kritisch wahrgenommen. Das EuGH-Urteil 2014 zeigte, dass diese Einschätzung durchaus begründet war und die VDS tatsächlich einen unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff darstellte.

Im Diskurs wurde auch oft die Sorge vor einer *zentralisierten (Daten-)Kontrolle* und einem damit verbundenen politischen Machtmissbrauch geäußert. Deutlich wurde dabei ein Misstrauen gegenüber der Politik und ihren Motiven. Inwieweit die diskutierten Gesundheitstechnologien ein *autoritäres Potenzial* aufwiesen, ist zu hinterfragen, wenngleich entsprechende Fragestellungen wiederholt debattiert wurden. Unbestritten ist jedoch, dass zentralisiert gespeicherte und manipulierbare Daten in den falschen Händen

immer eine Waffe sein können. Dennoch wirkten manche im Diskurs aufgegriffenen Überwachungsstaat-Konzepte im Zusammenhang mit Gesundheitsdaten etwas paranoid. Ganz anders verhält es sich dabei mit der VDS. Sowohl die Technologie an sich als auch deren Gebrauch in Österreich können als *illiberale Praxis* gesehen werden, weil es sich dabei um ein *organisiertes Vorgehen handelte, das die Autonomie und Würde von Individuen beschnitt* (vgl. Glasius 2018: 530). Deswegen kamen auch die europäischen und österreichischen Höchstrichter zu ihren Urteilen, die der Praxis der VDS ein (vorläufiges) Ende setzten. Die österreichische Anwendungspraxis der VDS offenbarte darüber hinaus auch, dass diese nicht mit dem notwenigen Augenmaß und *Respekt für demokratische Prinzipien* verwendet wurde und die Kompetenzen der Ermittlungsbehörden zu weit gefasst waren. Autoritäre bzw. illiberale Tendenzen hatten auch die Forderungen nach der Wiedereinführung der VDS im Jahr 2015, als einzelne politische Diskutant*innen die Urteile zur VDS nicht respektierten (siehe *Kapitel 5.2.6*).

Eine sehr interessante Debatte über vernetze Daten, Demokratie und Freiheitsrechte rückte die *Demokratiekonformität von Technologien* in den Mittelpunkt. Vor allem in der Debatte über die Stopp Corona App im Jahr 2020 wurde dieses Thema wiederholt aufgegriffen. Expert*innen verwiesen dabei auf die grundlegenden Prinzipien *Transparenz* und *Freiwilligkeit*. Dieser Argumentation zufolge muss die Technologie an sich transparent sein, um als demokratiekonform gelten zu können. Das bedeutet, es muss nachvollziehbar sein, *was die Technologie tut und welche Daten sie aufzeichnet* bzw. *mit wem diese Daten geteilt werden.* Dieser Transparenz kann etwa durch die Offenlegung des Source Codes entsprochen werden. Weiter zeigte die Analyse auch, dass die politisch Verantwortlichen in ihrer Kommunikation deutlich sein sollten, indem sie den Sinn und die Zwecke der Projekte erklären. Darüber hinaus sollten die Verantwortlichen auch eine gewisse *Fachkompetenz in technologischen Fragestellungen* mitbringen (siehe *Kapitel 5.1.4.*). Ferner wurde im Diskurs stets betont, dass demokratiekonforme Technologieprojekte auf einer *freiwilligen Teilnahme* basieren sollten.

Ganz zentral zeichnete sich der österreichische Diskurs über vernetze Daten, Demokratie und Freiheitsrechte auch durch die entschieden auftretenden Gegner*innen der jeweiligen Maßnahmen aus. Denn eine lebendige Demokratie zeichnet sich auch durch einen öffentlichen Diskurs aus, der Gegenstimmen zulässt und diese sichtbar macht. In diesem Kontext fiel auch die oppositionelle Haltung einzelner Medien auf (siehe *Kapitel 5.2.7*).

6.4. Ausblick

Das Forschungsthema *vernetzte Daten, Demokratie und bürgerliche Freiheiten in Österreich* erwies sich als äußerst ergiebig und interessant. Dabei wurden die Potentiale dieses Thema im Rahmen dieser Masterarbeit keineswegs ausgeschöpft und die Ergebnisse bieten zahlreiche Anschlussmöglichkeiten. Vorstellbar wäre etwa, die einzelnen Diskursphasen vertiefend zu erforschen. Auch wäre es möglich, die Ergebnisse der Diskursanalyse mit denen anderer Länder zu vergleichen, da es in vielen EU-Staaten vergleichbare Debatten gab. Interessant wäre es auch, die öffentlichen Debatten über andere staatliche Projekte mit ähnlichen Implikationen, wie die in der Diskursanalyse berücksichtigten zu untersuchen. In diesem Kontext sind digitale Technologien wie Gesichtserkennungstechnologien oder Predictive Analytics im Bereich der öffentlichen Sicherheit zu nennen. Auch im Gesundheitsbereich gibt es viele denkbare Anknüpfungspunkte, wenngleich es in diesem Bereich bis dato wesentlich weniger Projekte gibt als im Sicherheitsbereich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich dies in den nächsten Jahrzehnten bedeutend verändern wird. Die Corona-Krise zeigte bereits neue Konfliktlinien auf. So ergaben etwa Befragungen im Rahmen des Projekts *Corona Panel Austria* hohe Zustimmungswerte zwischen 73% und 66% zu den von Regierenden implementierten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung (Kittel et al 2020: 335). Umso mehr erstaunt, dass gerade *digitale Maßnahmen* im Unterschied zu anderen Freiheitseinschränkungen besonders kritisch beurteilt wurden (Krejca et al 2021a). Auch dieses Verhältnis könnte in weiteren Forschungsvorhaben untersucht werden.

7. Quellenverzeichnis

7.1. Primärquellen

BMJ (2014): 1179/AB vom 11.06.2014 zu 1292/J (XXXV.GP). Online unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_01179/imfname_353625.pdf [abgerufen am 03.04.2022].

BMWVK (1996): Information und Kommunikation: Schlußbericht des Bundesministers für Wissenschaft, Verkehr und Kunst im Rahmen der Initiative der Bundesregierung „Österreichs Weg in die Informationsgesellschaft.“. Wien: BMWVK.

Borrus, Michael, Oliver Rathkolb und Maria Mesner (1999a): Editorial. In: Michael Borrus, Oliver Rathkolb und Maria Mesner (Hg.): *The Hidden Agenda of the Information Society. Global Trends and Local Choices.* Innsbruck: Studien Verlag, S. 7.

Borrus, Michael, Oliver Rathkolb und Maria Mesner (1999b): The European Austrian Debate. In: Michael Borrus, Oliver Rathkolb und Maria Mesner (Hg.): *The Hidden Agenda of the Information Society. Global Trends and Local Choices.* Innsbruck: Studien Verlag, S. 89-96

Bundespressedienst (1994): *Arbeitsübereinkommen zwischen der SPÖ und der ÖVP*. November 1994. Wien.

Clinton Administration (2001): The Clinton Presidency: Unleashing the New Economy – Expanding Access to Technology. Online unter: https://clintonwhitehouse5.archives.gov/WH/Accomplishments/eightyears-09.html [abgerufen am 03.04.2022].

Der Standard (2021): Blattlinie. Online unter: https://about.derstandard.at/redaktion/blattlinie/ [abgerufen am 03.04.2022].

Der Standard (2007-2020). *[Für genauere Angaben siehe Anhang A].*

Die Presse (2021): Blattlinie. Online unter: https://www.diepresse.com/613276/die-presse-blattlinie [abgerufen am 03.04.2022].

Die Presse (2007-2020). *[Für genauere Angaben siehe Anhang A].*

ELGA (2022): Wissenswertes. Online unter: https://www.elga.gv.at/faq/wissenswertes-zu-elga [abgerufen am 03.04.2022].

Europäische Kommission (1989): Grünbuch über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte. Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Brüssel, Luxemburg: EGKS-EWG-EAG. Online unter: https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/c06e1c7c-ce88-43bd-ba8c-b10bf5079af7/language-de/format-PDFA1B [abgerufen am 03.04.2022].

Europäische Kommission (1994): Europa und die globale Informationsgesellschaft: Empfehlungen für den Europäischen Rat. Online unter: https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/31a0bebe-4bc6-4f31-a319-7b7799e45d86/language-de/format-PDFA1B [abgerufen am 03.04.2022].

Europäische Kommission (1995): Grünbuch Teil 2: Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze. Online unter: https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/514bd8ec-dc47-477e-b620-9af1ba3b3c73/language-de [abgerufen am 03.04.2022].

Europäische Kommission (2004): Mitteilungen der Kommission an den Rat: Elektronische Gesundheitsdienste. Online unter: https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2004:0356:FIN:DE:PDF [abgerufen am 03.04.2022].

Europäische Kommission (2021): Digital Economy. Online unter: https://ec.europa.eu/jrc/en/research-topic/digital-economy [abgerufen am 03.04.2022].

Europäische Kommission (2022): Intelligent Information System Supporting Observation, Searching and Detection for Security of Citizens in Urban Environment. Online unter: https://cordis.europa.eu/project/id/218086/de [abgerufen am 03.04.2022].

Europäischer Gerichtshof (2014): Urteil des Gerichtshofs: Elektronische Kommunikation. Online unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62012CJ0293&from=DE [abgerufen am 03.04.2022].

Europäische Union, Europäisches Parlament und Europäischer Rat (2006): Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG. Online unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006L0024&from=DE [abgerufen am 03.04.2022].

Futurezone.at (2007-2021). *[Für genauere Angaben siehe Anhang A]*.

Generalsekretariat der Europäischen Union (2019): Working Paper: Data retention – Situation in Member States. Online unter: https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/06/VDS-EU-Stand-Umsetzung.WK-3103-2019-INIT.pdf [abgerufen am 03.04.2022].

Knoll, Norbert G. (1997): Austria's Way to the Information Society. In: Michael Borrus, Oliver Rathkolb und Maria Mesner (Hg.): *The Hidden Agenda of the Information Society. Global Trends and Local Choices*, S. 79- 8.

Kronen Zeitung (2007-2020). *[Für genauere Angaben siehe Anhang A]*.

Leo, Hannes, Michael Peneder, Norbert Knoll, Firitz Ohler, Michael Latzer (1994): *Telekommunikation im Umbruch: Innovation – Regulierung – Wettbewerb*. Wien: WIFO.

OECD (1988): *New Technologies in the 1990s: A Socio-Economic Strategy.* Paris: OECD.

ORF (2007-2020). *[Für genauere Angaben siehe Anhang A].*

Rotes Kreuz (2022): Datenschutzerklärung. Online unter: https://www.roteskreuz.at/datenschutzerklaerung-stopp-corona-app [abgerufen am 03.04.2022].

Togsverd, Tom (1997): The European Austrian Debate: Tele Danmark. In: Michael Borrus, Oliver Rathkolb und Maria Mesner (Hg.): *The Hidden Agenda of the Information Society. Global Trends and Local Choices.* Innsbruck: Studien Verlag, S. 93.

Weltbank (2016): Digital Dividends. Washington DC: The World Bank. Online unter: https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/23347/210671EnSum.pdf [abgerufen am 03.04.2022].

Wiener Zeitung (2007-2020). *[Siehe Anhang A].*

Wörgötter, Andreas (1997): The European Austrian Debate: Beitrag "Taming the Hidden Agenda: The choices for Vienna and Austria" – Institut für Höhere Studien, Ökonomie. In: Michael Borrus, Oliver Rathkolb und Maria Mesner (Hg.): *The Hidden Agenda of the Information Society. Global Trends and Local Choices.* Innsbruck: Studien Verlag, S. 94.

WTO (1998): Press Brief - Fiftieth Anniversary of the multilateral Trading System. Online unter: https://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min96_e/chrono.htm [abgerufen am 03.04.2022].

Zeit Online (2011): Verräterisches Handy. In: *Zeit Online*. Online unter: https://www.zeit.de/datenschutz/malte-spitz-vorratsdaten [abgerufen am 03.04.2022].

7.2. Sekundärquellen

Abbate, Janet (2000): *Inventing the Internet*. Cambridge, London: MIT Press.

Albrecht, Hans-Jörg, Phillip Brunst, Els De Busser, Volker Grundies, Michael Kilchling, Johanna Rinceanu, Brigitte Kenzel, Nina Nikolova, Sophie Rotino, Moritz Tauschwitz (2011): Gutachten der kriminologischen Abteilung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht im Auftrag des Bundesamtes für Justiz zu möglichen Schutzlücken durch den Wegfall der Vorratsdatenspeicherung. Freiburg: Max-Planck-Institut.

Apel, Karl-Otto (1988): *Diskurs und Verantwortung: das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral*. 1. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Arendt, Hannah (1963): *Über Die Revolution*. München: Piper.

Armingeon, Klaus (2017): Interessensgruppen und Interessenvermittlung: Internationale Gemeinsamkeiten und österreichische Besonderheiten. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 287-314.

Barker, Chris und Dariusz Galasinski (2001): *Cultural studies and discourse analy sis: A dialogue on language and identity.* London: Sage.

Bauer, Kurt (2018): Der Anfang vom Ende: Österreich 1933/34. In: Heinz Fischer, Andreas Huber, Stephan Neuhäuser (Hg.): *100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018*. Wien: Czernin.

Beck, Klaus (2013): Informationsgesellschaft. In: Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius, Otfried Jarren (Hg.): *Lexikon der Kommunikations- und Medienwissenschaften*. 2. Aufl., Wiesbaden: Springer, S. 122-123.

Behrens, Maria (2005a): Global Governance: eine Einführung. In: Maria Behrens (Hg): *Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität*. 1. Aufl., Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-26.

Behrens, Maria (2005b): Divergierende Modelle von Global Governance in der Welthandelspolitik. In: Maria Behrens (Hg): *Globalisierung als politische Herausforderung Global Governance zwischen Utopie und Realität*. 1. Aufl., Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 247-267.

Berger, Peter L. und Thomas Luckmann (1987): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Berghel, Hal (2018): Malice domestic: The Cambridge analytica dystopia. In: *Computer*, 51. Jg., Nr. 5, S. 84-89.

Berlin, Leslie (2008): From the dot-com attic, lessons of survival. In: *New York Times*. Online unter: https://www.nytimes.com/2008/11/23/business/worldbusiness/23iht-23proto.18065000.html?searchResultPosition=3 [abgerufen am 03.04.2022].

Bermeo, Nancy (2016): On democratic backsliding. In: *Journal of Democracy*, 27. Jg., Nr. 1, S. 5-19.

Beskow, David und Kathleen Carley (2020): Characterization and Comparison of Russian and Chinese Disinformation Campaigns. In: Kai Shu Suhang, Wang Dongwon, Lee Huan Liu (Hg): *Disinformation, Misinformation, and Fake News in Social Media. Lecture Notes in Social Networks.* Cham: Springer, S. 63-81.

Boesch, Joseph, Rudolf Schläpfer und Hans Utz (2014): *Weltgeschichte: Von 1500 bis zur Gegenwart*. Zürich: Orell Füssli.

Bradshaw, Samantha und Philip N. Howard (2018): The global organization of social media disinformation campaigns. In: *Journal of International Affairs*, 71. Jg., Nr. 1.5, S. 23–32.

Brynjolfsson, Erik und Andrew McAfee (2014): *The Second Machine Age. Work, Progress, and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies*. New York, London: Norton.

Bundeszentrale für politische Bildung (2014): 10 Jahre Terroranschläge in Madrid. Online unter: https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/180328/10-jahre-terroranschlaege-in-madrid [abgerufen am 03.04.2022].

Bundeszentrale für politische Bildung (2021a): Neoliberalismus. Online unter: https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus [abgerufen am 03.04.2022].

Bundeszentrale für politische Bildung (2021b): New Economy. Online unter: https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20153/new-economy [abgerufen am 03.04.2022].

Bunz, Mercedes und Graham Meikle (2018): *The Internet of Things*. Cambridge, UK: Polity.

Brouillette, Amy und Joost van Beek (2012): Hungarian media laws in Europe: An assessment of the consistency of Hungary's media laws with European practices and norms. Center for Media and Communication Studies.

Corrales, Javier (2015): The authoritarian resurgence: Autocratic legalism in Venezuela. In: *Journal of Democracy,* 26. Jg., Nr. 2, S. 37-51.

Cortada, James W. (2012): *The Digital Flood: The Diffusion of Information Technology Across the U.S., Europe, and Asia*. Oxford: Oxford University Press.

Computer History Museum (1973): Networking. Online unter: https://www.computerhistory.org/revolution/networking/19/375/2062 [abgerufen am 03.04.2022].

Carpenter, Brian, Francois Fluckinger, John M. Gerard, David Lord und Ben Segal (1987): Two Years of Real Progress in European HEP Networking: A CERN Perspective. In: *Computer Physics Communications,* Nr. 45, S. 83-92.

Chandler, David und Rod Munday (2020): *A Dictionary of Media and Communication,* Publisher: Oxford University Press.

Creemers, Rogier (2017): Cyber China: Upgrading propaganda, public opinion work and social management for the twenty-first century. In*: Journal of contemporary China*, 26. Jg., Nr. 103, S. 85-100.

De Choudhury, Munmun, Meredith Ringel Morris und Ryen W. White (2014): Seeking and sharing health information online: comparing search engines and social media. In: *Proceedings of the SIGCHI conference on human factors in computing systems*, S. 1365-1376.

Deibert, Ronald und Rafal Rohozinski (2010): *Access controlled: The shaping of power, rights, and rule in cyberspace.* Cambridge, Mass. [u.a.]: MIT Press.

Deibert, Ronald (2015a): Authoritarianism goes global: Cyberspace under siege. In: *Journal of Democracy*, 2015, 26. Jg., Nr. 3, S. 64-78.

Deibert, Ronald (2015b): The geopolitics of cyberspace after Snowden. In: *Current History*, 114. Jg., Nr. 768, S. 9-15.

Demokratiezentrum (2021): Parteien. Online unter: http://www.demokratiezentrum.org/bildung/angebote/lernmodule/das-politische-system/parteien [abgerufen am 03.04.2022].

Der Spiegel (2021): Internes Papier: Das sind die Wünsche der EU-Staaten zur Vorratsdatenspeicherung. In: *Der Spiegel*. Online unter: https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/vorratsdatenspeicherung-internes-papier-zeigt-was-sich-die-eu-staaten-wuenschen-a-8ba7be94-2ecd-41d5-8ae4-aad12a7b1325 [abgerufen am 03.04.2022].

Dodge, Martin und Rob Kitchin (2004): Flying through code/space: the real virtuality of air travel. Environment and planning A, 36. Jg., Nr. 2, S. 195-211.

Dodge, Martin und Rob Kitchin (2007): The automatic management of drivers and driving spaces. Geoforum, 2007, 38. Jg., Nr. 2, S. 264-275.

Drosdowski, Günther (1989): Demokratie. In: *Duden „Etymologie“: Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache.* Mannheim, Wien, Zürich: Dudenverlag.

Duchkowitsch, Wolfgang (2014): *Medien: Aufklärung – Orientierung – Missbrauch: Vom 17. Jahrhundert bis zu Fernsehen und Video*. Wien, Berlin: Lit-Verl.

DWDS (2021): Fake News. Online unter: https://www.dwds.de/wb/Fake%20News [abgerufen am 03.04.2022].

Fairclough, Norman (1995): *Critical discourse analysis*. London: Addison.

Ferretti, Luca, Chris Wymant, Michelle Kendall, Lele Zhao, Anel Nurtay, Lucie Abeler-Dörner, Michael Parker, David Bonsall, Christophe Fraser (2020): Quantifying

SARS-CoV-2 transmission suggests epidemic control with digital contact tracing. In: Science. 368. Jg., Nr. 6491.

Foucault, Michel (1974): *Die Ordnung der Dinge*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1973): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main.: Suhrkamp.

Fowler, Geoffrey A. (2019): What does your car know about you? We hacked a Chevy to find out. In: *Washington Post*. Online unter: https://www.washingtonpost.com/technology/2019/12/17/what-does-your-car-know-about-you-we-hacked-chevy-find-out [abgerufen am 03.04.2022].

Freedom House (2021): Austria – Country Report. In: Freedom of the World 2021. Online unter: https://freedomhouse.org/country/austria/freedom-world/2021 [abgerufen am 03.04.2022].

Fritzsche, Karl-Peter (2016): *Menschenrechte: Eine Einführung mit Dokumenten*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.

Fröhlich, Michael (2009): *Zeitgeschichte*. Konstanz: UVK.

Fuchs, Christian (2018): *Digital Demagogue: Authoritarian Capitalism in the Age of Trump and Twitter*. London: Pluto Press.

Fukuyama, Francis (1992): *The end of history and the last man*. London: Hamish Hamilton.

Gabler Wirtschaftslexikon (2021): Keynesianismus. Online unter: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/keynesianismus-38052#references [abgerufen am 03.04.2022].

Glasius, Marlies und Marcus Michaelsen (2018): "Illiberal and Authoritarian Practices in the Digital Sphere". In: International Journal of Communication, 12. Jg., S. 19.

Glasius, Marlies (2018): "What authoritarianism is … and is not: a practice perspective". In: International Affairs, 94. Jg., Nr. 3, S. 515-533.

Goode, Walter (2020): Dictionary of Trade Policy Terms. 6. Aufl., Cambridge University Press.

Google Books Ngram Viewer (2022a): Informationsgesellschaft. Online unter: https://books.google.com/ngrams/graph?content=Informationsgesellschaft&year_start=1990&year_end=2019&corpus=26&smoothing=3&direct_url=t1%3B%2CInformationsgesellschaft%3B%2Cc0 [abgerufen am 03.04.2022].

Google Books Ngram Viewer (2022b): Information Society, Big Data. Online unter: https://books.google.com/ngrams/graph?content=Information+Society%2C+Big+Data&year_start=1990&year_end=2019&corpus=26&smoothing=3&direct_url=t1%3B%2CInformation%20Society%3B%2Cc0%3B.t1%3B%2CBig%20Data%3B%2Cc0 [abgerufen am 03.04.2022].

Habermas, Jürgen (1991): *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Harley, David (2007): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.

HDGÖ (2021): Die Diktatur der vielen Namen. Online unter: https://www.hdgoe.at/diktatur_der_vielen_namen [abgerufen am 03.04.2022].

Heinisch, Reinhard (2017): Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus: Modellfall Österreich?. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 449-478.

Hilbert, Martin (2015): Quantifying the Data Deluge and the Data Drought. Online unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2984851 [abgerufen am 03.04.2022].

Hobbes, Thomas (1651): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens*.

Hofstede, Geert: Country Comparison: Austria. Online unter: https://www.hofstede-insights.com/country-comparison/austria [abgerufen am 04.04.2022].

Huntington, Samuel P. (1991): Democracy's Third Wave. In: *Journal of Democracy*, 2. Jg., Nr. 2, S. 12-34.

Huvila, Isto, Gunilla Myreteg und Åsa Cajander (2013): Empowerment or anxiety? Research on deployment of online medical E-health services in Sweden. *Bulletin of the American Society for Information Science and Technology*, 39. Jg., Nr. 5, S. 30-33.

Innes, Martin (2001): Control creep. Sociological Research Online, 6. Jg., Nr. 3, S. 13-18.

Jäger, Siegfried (1999): *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung.* 2. Aufl., Duisburg: Diss.

Jørgensen, Marianne W. und Louise J. Phillips (2002): *Discourse analysis as theory and method*. London: Sage.

Kajetzke, Laura (2008): *Wissen im Diskurs: Ein Theorienvergleich von Bordieu und Foucault*. 1. Aufl., Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

Karlhofer, Ferdinand (2007): Filling the Gap? Korporatismus und neue Akteure in der Politikgestaltung. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36. Jg., Nr. 4, S. 389-403.

Karl, Terry L (1995): The Hybrid Regimes of Central America. In: *Journal of Democracy*, 6. Jg., Nr. 3, S. 72-86.

Keller, Reiner (2008): Diskurse und Dispositive analysieren: die wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. In: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, S. 73-107.

Keller, Reiner (2013): Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Reiner Keller und Inga Truschkat (Hg.): *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1. Interdisziplinäre Perspektiven*, Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27-68.

Keohane, Robert O. und Joseph S. Nye (1977): *Power and Interdependence: World Politics in Transition.* Boston, Mass.: Little, Brown and Comp.

Kitchin, Rob (2014a): *The Data Revolution, Big Data, Data Infrastructures & their Consequences*. Los Angeles, London, New Delhi: Sage.

Kitchin, Rob (2014b): Big Data, new epistemologies and paradigm shifts. In: *Big Data & Society*, 1. Jg., Nr. 1.

Kittel, Bernhard, Sylvia Kritzinger, Hajo Boomgaarden, Barbara Prainsack, Jakob-Moritz Eberl, Fabian Kalleitner, Noëlle S. Lebernegg, et al (2020): The Austrian Corona Panel Project: Monitoring Individual and Societal Dynamics Amidst the COVID-19 Crisis. In: *European Political Science,* 20. Jg., Nr. 2, S. 318-344.

Kleinsteuber, Hans J. (2013): Digitalisierung. In: Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius, Otfried Jarren (Hg*.): Lexikon der Kommunikations- und Medienwissenschaften*. 2. Aufl., Wiesbaden: Springer, S. 62.

Kolb, Birgit (2011): *Vorratsdatenspeicherung: unter Berücksichtigung der TKG-Novelle 2011*. Wien: Sramek.

Konrad, Helmut (2008): *Der Rest ist Österreich: Das Werden der Ersten Republik 2.* Wien: Gerold.

Krejca, Felix, Julia Partheymüller und Sylvia Kritzinger (2021a): Der Grüne Pass: Mehrheit will ihn sich sofort besorgen, aber Ungewissheit in Sachen Datensicherheit. In: *Austria Corona Panel Project*. Online unter: http://bit.ly/corona-blog119 [abgerufen am 13.04.2022].

Krejca, Felix, Julia Partheymüller und Sylvia Kritzinger (2021b): Wem die Bürger*innen in der Corona-Krise (noch) vertrauen. In: *Austria Corona Panel Project*. Online unter: http://bit.ly/corona-dynamiken29 [abgerufen am 13.04.2022].

Landwehr, Achim (2001): *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse*. Tübingen: edition diskord.

Lee, Mary, Benjamin Boudreaux, Ritika Chaturvedi, Sasha Romanosky und Bryce Downing (2020): The Internet of Bodies: Opportunities, Risks, and Governance. RAND Corporation. Online unter: https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR3200/RR3226/RAND_RR3226.pdf [abgerufen am 03.04.2022].

Leidinger, Hannes und Verena Moritz (2008): *Die Republik Österreich 1918 / 2008: Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung*. Wien: Deuticke.

Lorberg, Daniel (2018): *Digitale Revolution, Fordismus und Transnationale Ökonomie: Eine politökonomische Betrachtung zur Genese und Gegenwart der globalen Ökonomie*. Wiesbaden: Springer VS.

Lutterbeck, Ernst (1972): Totale Information – totaler Staat?. In: *Die Zeit*. Online unter: https://www.zeit.de/1972/34/totale-information-totaler-staat [abgerufen am 03.04.2022].

Lyon, David (2003): Airports as data filters: Converging surveillance systems after September 11th. In: *Journal of Information, Communication and Ethics in Society*, 2003.

MacKinnon, Rebecca (2010): Liberation Technology: China's" Networked Authoritarianism". In: *Journal of Democracy*, 2011, 22. Jg., Nr. 2, S. 32-46.

Mansell, Robin (2012): *Imagining the Internet: Communication, Innovation, and Governance*. Oxford: Oxford University Press.

Marschall Stefan (2013): *Demokratie*. Stuttgart: UTB.

Matusiewicz, David (2021): Electronic Health. In: *Gabler Wirtschaftslexikon.* Online: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/electronic-health-54124 [abgerufen am 03.04.2022].

Mayer-Schönberger, Viktor und Kenneth Cukier (2013): *Big Data. Die Revolution, die unser Leben verändern wird*. München: Redline.

McGovern, George (1977): The Information Age. In: *The New York Times*. Online: https://www.nytimes.com/1977/06/09/archives/the-information-age.html?searchResultPosition=4 [abgerufen am 03.04.2022].

Merkel, Wolfgang, Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant, Claudia Eicher und Peter Thiery (2003): *Defekte Demokratie*. *Band 1: Theorie*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

Moe, Hallvard (2012): Who Participates and How? Twitter as an Arena for Public Debate about the Data Retention Directive in Norway. In: *International Journal of Communication*, 2012, 6. Jg., S. 23.

Müller-Jentsch, Walther (2017): *Strukturwandel der industriellen Beziehungen*. *‚Industrial Citizenship‘ zwischen Markt und Regulierung*. 2. Aufl., Wiesbaden: Springer.

Mueller, Wolfgang (2018): Staatsvertrag und Neutralität (1955). In: Heinz Fischer, Andreas Huber, Stephan Neuhäuser (Hg.): *100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018*. Wien: Czernin, S. 130-143.

Muir, Hugh und Rosie Cowan (2005): Four bombs in 50 minutes – Britain suffers its worst-ever terror attack. In: *The Guardian*. Online unter: https://www.theguardian.com/uk/2005/jul/08/terrorism.july74 [abgerufen am 03.04.2022].

Murakami Wood, David (2017): The Global Turn to Authoritarianism and After. In: *Surveillance & Society,* 15. Jg., Nr. 3/4, S. 357-370.

ÖAK/Österreichische Auflagenkontrolle (2013): Auflagenliste 1. Halbjahr 2013. Wien: ÖAK.

Olechowski, Thomas (2018): Das Bundes-Verfassungsgesetz (1920). In: Heinz Fischer, Andreas Huber, Stephan Neuhäuser (Hg.): *100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018*. Wien: Czernin, S. 44-55.

Park, Minwoo (2021): Seoul using AI to detect and prevent suicide attempts on bridges. In: *Reuters*. Online unter: https://www.reuters.com/world/asia-pacific/seoul-using-ai-detect-prevent-suicide-attempts-bridges-2021-06-30 [abgerufen am 03.04.2022].

Pelinka, Anton (2017): Die demokratiepolitische Reformagenda im Vergleich. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 527-546.

Plasser, Fritz und Günther Pallaver (2017): Medien und politische Kommunikation in komparativer Sicht. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 315-336.

Plasser, Fritz und Gilg Seeber (2017): Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 337-364.

Pöttker, Horst (2013): Diskurs. In: Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius, Otfried Jarren (Hg.): *Lexikon der Kommunikations- und Medienwissenschaften*. 2. Aufl., Wiesbaden: Springer, S. 62-63.

Pollack, Andrew (1989): America's Answer to Japan's MITI. In: *New York Times*. Online unter: https://www.nytimes.com/1989/03/05/business/america-s-answer-to-japan-s-miti.html?searchResultPosition=1 [abgerufen am 03.04.2022].

Pollak, Johannes und Sonja Puntscher Riekmann (2017): Die Europäisierung der demokratischen Institutionen Österreichs im EU-Vergleich. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 423-448.

Rastl, Peter und Christian Oggolder (2019): *Die Geschichte des Internets als technische Infrastruktur*. In: Matthias Karmasin und Christian Oggolder (Hg.): *Österreichische Mediengeschichte.* Wiesbaden: Springer, S. 277-290.

Rathkolb, Oliver (2015): *Die Paradoxe Republik: Österreich 1945 Bis 2015*. Wien: Zsolnay.

Rathkolb, Oliver, Martina Zandonella und Günther Ogris (2017): NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich. Online unter:

http://www. zukunftsfonds-austria.at/download/SORA_13069_Pressepapier_Geschichtsbewusstsein_autoritaere_Einstellungen.pdf [abgerufen am 03.04.2022].

Rathkolb, Oliver (2017): Demokratiegeschichte Österreichs im europäischen Kontext. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 71-104.

Rebhan, Hanno (2014): *Entwicklung zur Demokratie in Österreich: Verfassung, Kampf um Gleichstellung und Demokratiedebatten in der Habsburgermonarchie (1867–1918)*. Wien: Tectum-Verlag.

Rebhan, Hanno (2018): *Demokratie Ohne Demokraten?: die Demokratieverständnisse in den Politischen Parteien der Ersten Republik Österreich 1918-1933/34: Eine Begriffsgeschichtliche Analyse.* Wien, Univ.-Diss.

Sartori, Giovanni (1992): *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.

Schaal, Gary S. und Oliver W. Lembcke (2021): Perspektiven zeitgenössischer Demokratietheorie. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 129-162.

Scherrer, Christoph und Caren Kunze (2011): *Globalisierung.* 1. Aufl., Stuttgart: UTB.

Schlögl, Rudolf (2021): Mentalitätengeschichte. Online unter: https://www.uni-konstanz.de/FuF/Philo/Geschichte/Tutorium/Themenkomplexe/Grundlagen/Forschungsrichtungen/Mentalitatengeschichte/mentalitatengeschichte.html [abgerufen am 03.04.2022].

Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien: Eine Einführung*. 5. Aufl., Wiesbaden: Springer.

Shahbaz, Adrian (2018): Freedom on the Net 2018: The Rise of Digital Authoritarianism. Online unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2018/rise-digitalauthoritarianism [abgerufen am 03.04.2022].

Shahbaz, Adrian und Allie Funk (2019): Freedom on The Net 2019: The Crisis of Social Media. Online unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2019/crisissocial-media [abgerufen am 03.04.2022].

Siegel, Eric (2013): *Predictive analytics: The power to predict who will click, buy, lie, or die*. Hoboken, New Jersey: Wiley.

Siepermann, Markus (2022): Open Source. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*. Online unter: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/open-source-43032/version-266368 [abgerufen am 03.04.2022].

Sonar, Thomas (2011): *3000 Jahre Analysis: Geschichte, Kulturen, Menschen*. Heidelberg, Dordrecht, London, New York: Springer.

Spiekermann, Sarah und Wolfie Christl (2016): *Networks of Control: A Report on Corporate Surveillance, Digital Tracking, Big Data & Privacy.* Wien: Facultas.

Spinnler, Thomas (2019): Was von der Dotcom-Blase blieb. In: *Tagesschau*. Online unter: https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/dotcom-blase-101.html [abgerufen am 03.04.2022].

Stickel, Eberhard (1997): *Gabler-Wirtschaftsinformatik-Lexikon*. Wiesbaden: Gabler.

Strauss, Anselm und Juliet Corbin (1996): *Grundlagen Qualitativer Sozialforschung.* Wennheim: Psychologie Verlags Union.

Szczepański, Marcin (2020): Is data the new oil? Competition issues in the digital economy. Europäisches Parlament. Online unter: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/646117/EPRS_BRI(2020)646117_EN.pdf [abgerufen am 03.04.2022].

The Economist (2017): The world's most valuable resource is no longer oil, but data. In: The Economist. Online unter: https://www.economist.com/leaders/2017/05/06/the-worlds-most-valuable-resource-is-no-longer-oil-but-data [abgerufen am 03.04.2022].

Ther, Philipp (2015): Neoliberalismus, eine Einführung. In: Gerfried Sperl (Hg.): *Neoliberalismus*. Wien: Czernin, S. 9-40.

Tschiggerl, Martin (2018): Digitale Zeitgeschichte: Digitale Wissensrevolution und Quellenexplosion. Präsentation zur Vorlesung „Einführung in den Master Zeitgeschichte und Medien".

Tschohl, Christof (2011): *Datensicherheit bei der Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung in Österreich.* Wien, Univ.-Diss.

Turner, Karen (2016): The Internet of Things has a child privacy problem. In: *Washington Post.* Online unter: https://www.washingtonpost.com/news/the-switch/wp/2016/06/06/the-internet-of-things-has-a-child-privacy-problem [abgerufen am 03.04.2022].

Uhl, Heidemarie (2018): „Anschluss" 1938. Geschichte und Gedächtnis. In: Heinz Fischer, Andreas Huber, Stephan Neuhäuser (Hg.): *100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018*. Wien: Czernin. S. 89-101.

Wachter, Sandra (2015): *Die digitale Welt als überwachter Lebensraum: Vorratsdatenspeicherung und das Demokratiebild des EGMR*. Wien, Univ.-Diss.

Walker, Christopher; Shanthi Kalathil und Jessica Ludwig (2020): The Cutting Edge of Sharp Power. In: *Journal of Democracy,* 31. Jg., Nr. 1, S. 124-137.

Warnke, Martin (2011): *Theorien des Internet zur Einführung*. Hamburg: Junius.

Weber-Fas, Rudolf (2008): *Lexikon Politik und Recht. Geschichte und Gegenwart.* Stuttgart: UTB.

Weltbank (2021): Individuals using the Internet (% of population). Online unter: https://data.worldbank.org/indicator/IT.NET.USER.ZS [abgerufen am 03.04.2022].

Wenninger, Florian und Lucile Dreidemy (2013): *Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933 - 1938: Vermessung eines Forschungsfeldes*. Wien [u.a.]: Böhlau.

Wetherell, Margaret (1998): Positioning and interpretative repertoires: Conversation analysis and post-structuralism in dialogue. In: *Discourse & Society*, 1998, 9. Jg., Nr. 3, S. 387-412.

Wineroither, David M. und Herbert Kitschelt (2017): Die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Österreich im internationalen Vergleich. In: Ludger Helms und David M. Wineroither (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 251-286.

Wohltmann, Hans-Werner (2022): Daten. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*. Online unter: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/daten-30636#head3 [abgerufen am 03.04.2022].

WTO (2021): Austria and WTO. Online unter: https://www.wto.org/english/thewto_e/countries_e/austria_e.htm [abgerufen am 03.04.2022].

Zakaria, Fareed (1997): The Rise of Illiberal Democracy. In: *Foreign Affairs*, 76. Jg., S. 22-43.

Zuboff, Shoshana (2015): Big other: surveillance capitalism and the prospects of an information civilization. In: *Journal of Information Technology*, 30. Jg., Nr. 1, S. 75-89.

7.3. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1, S. 57: Österreichische Ärztekammer (13.11.2011): „ELGA stellt Sie vor anderen bloß“. In: *Kronen Zeitung*.

Abb. 2, S. 57: Österreichische Ärztekammer (26.11.2011): „ELGA stellt Sie vor anderen bloß“. In: *Kronen Zeitung.*

Abb. 3, S. 57: Österreichische Ärztekammer (04.11.2011): „ELGA kostet Sie Ihr letztes Hemd“. In: *Kronen Zeitung*.

Abb. 4, S. 71: Dapd/Roland Zak (01.04.2012): R.I.P. Privatsphäre: Proteste gegen die Vorratsdatenspeicherung. In: *Die Presse*. Online unter: https://www.diepresse.com/745341/rip-privatsphaere-proteste-gegen-die-vorratsdatenspeicherung?from=rss#slide-4 [abgerufen am 03.04.2022].

Abb. 5, S. 71: Dapd/Roland Zak (01.04.2012): R.I.P. Privatsphäre: Proteste gegen die Vorratsdatenspeicherung. In: *Die Presse*. Online unter: https://www.diepresse.com/745341/rip-privatsphaere-proteste-gegen-die-vorratsdatenspeicherung?from=rss#slide-6 [abgerufen am 03.04.2022].

STOPP CORONA APP

Datum	Medium	Titel	Offene Kodierung / Konzepte
2020 (GP6)			
30.04.20	Wiener Zeitung	Corona-App mittlerweile Open Source	Schrems: App ist sehr sicher & gut gemacht; SPÖ (Vollath): fordert Privatsphäre, EU-Vorgaben, Verfallsklauseln, keine Verpflichtung, viele Apps nicht DSGVO konform
28.04.20	Der Standard	Israel ist kein Vorbild: Grüne gegen Überwachungs-Apps	Hintergrundgespräche: Projekt App gescheitert; Fußfessel-Tracking-App aus Israel neues Vorbild f ÖVP; In Israel kommt Technologie f Terrorbekämpfung zum Einsatz in Pandemie
27.04.20	TV	Konkret: Ulltraschall-Kommunikation	*Siehe Transkript ORF*
27.04.20	Wiener Zeitung	Arbeitsrechtliche Folgen bei Corona-App völlig offen	Rechtliche Rahmenbedingungen der App ungeklärt (App als staatliches Tool ohne Rahmen); Verpflichtung muss verhindert werden; Verpflichtung durch "die Hintertür" vermeiden
24.04.20	Der Standard	Endlich Open Source: Quellcode der "Stopp Corona"-App ab sofort im Netz verfügbar	Quellcode d App auf Github einsehbar; aktiver Aufruf für Verbesserungsvorschläge
22.04.20	Der Standard	"Stopp Corona": Codeanalyse offenbart App-Defizite, Entwickler reagieren mit Update	Misstrauen gegenüber der App: Kritiker, fehlende Transparenz; gutes Zeugnis von Datenschützern; Statistikfunktion wird deaktiviert da in Microsoft Cloud gelagert;
22.04.20	Wiener Zeitung	Rotes-Kreuz-App wird zu Open Source	Freiwilligkeit/hoher Nutzen der App=Grundlage f Verwendung; Code wird Open Source; App= Zeitvorsprung vor Virus; Vertrauen d Menschen Grundlage; Transparenz schafft Vertrauen; Accenture= Ö erste App Europas/"Europameister"
20.04.20	Der Standard	Coronavirus-App: EU-Kommission will einzelne Anwendungen nicht bewerten	EU-Vorgaben f Apps: DSGVO-konform, Freiwilligkeit, zeitliche Limitierung; Leitfaden wird bereitgestellt; EU-Kom: Apps als Ausweg aus Ausgangsbeschränkungen; EU-weite Kooperation f besseren Datenschutz (PEPP-PT); Zentrale oder lokale Speicherung
20.04.20	Der Standard	Corona-App – Forscher mahnen Datenschutz und Privatsphäre ein	Forscher warnen vor Einhaltung v Datenschutz & Privatsphäre; Systeme bergen Gefahr in Überwachungssysteme zu führen; Bluetooth vorzuziehen gegenüber GPS-Peilung; gefährliche Praxis; Vertrauensverluste möglich; keine zentrale Speicherung darf erfolgen; Open-Source forcieren
20.04.20	Der Standard	Weiter Unmut über Corona-Monopol des Roten Kreuzes	Proporz; Kritik an Alleingang des Roten Kreuzes; Rotes Kreuz = ÖVP nah; UNIQA= ÖVP nah;

20.04.20	Wiener Zeitung	Forscher mahnen Datenschutz und Privatsphäre bei Corona-App ein	Forscher warnen: Einhaltung v Datenschutz & Privatsphäre; Systeme bergen Gefahr in Überwachungssysteme zu führen; Bluetooth vorzuziehen gegenüber GPS-Peilung; gefährliche Praxis; Vertrauensverluste möglich; keine zentrale Speicherung darf erfolgen; Open Source

17.04.20	Der Standard	Corona-App: SPÖ verlangt gesetzliche Regelung	SPÖ: fordert gesetzliche Regelung (Ausschluss von Datenweitergabe/Freiwilligkeit); fehlende Transparenz seitens Regierungsmaßnahmen; Diskriminierungsschutz, Garantien d Nichtweitergabe; Verbot d Verarbeitung f andere Zwecke; zeitliche Befristung;
17.04.20	Der Standard	"Stopp Corona"-App: Quellcode soll nächste Woche veröffentlicht werden	Automatisierter Handshake nur bei Android vollumfassend; Verpflichtung kommt nicht = wäre nicht umsetzbar (technisch); Rotes Kreuz "hat es nicht nötig persönliche Daten zu erheben"; UNIQA erhält keine Daten; Politische Diskussion verursacht Misstrauen; App sollte nicht vom Staat betrieben werden (Misstrauen)
16.04.20	Der Standard	"Stopp Corona"-App: FPÖ bringt Anzeige bei Datenschutzbehörde ein	FPÖ: App veranlasst zu massiven datenschutzrechtlichen Bedenken (Datensicherheit/Missbrauch); Risiko: Datenabfluss an Konzerne wie Google; zweifelhafter Nutzen der App = falsche Sicherheit; App = Weg in Überwachungsstaat; Vernetzung verschiedener Daten = Überwachungsstaat; Kritik: Korruption;
16.04.20	Der Standard	EU-Kommission gegen Nutzung von Standortdaten durch Anti-Corona-Apps	EU: pro APP-Entwicklung ABER Datenschutz; Bewegung v Personen soll NICHT ermittelt werden; Schieder: Augenmerk auf Datenschutz & Grundrechte & EU-weite Standards; Schieder: möglicher Einstieg in Überwachungstechnologie;
16.04.20	Der Standard	Das türkis-grüne Netzwerk hinter Rotkreuz-App und Kampagne	Korruption; undurchsichtige, parteinahe Kampagnenvergabe; Vorwurf zu starker persönlicher Verbindungen mehrerer Akteure (Kampagnen, App)
16.04.20	Der Standard	Es ist ein steiniger Weg zur Normalität	App= Ungeeignet zur Kontaktverfolgung, da sie unzuverlässig ist; Technologie unausgereift; Apple & Google Initiative als Hoffnung;
16.04.20	Der Standard	Rotes Kreuz ärgert Kritik an "Stopp Corona"-App	Opposition gegen Stopp-Corona-App; Kritik v ARGE Daten: fehlende Praxistauglichkeit; Basis zukünftig v Apple & Google; Forgo: Verpflichtung=unverhältnismäßig
16.04.20	Wiener Zeitung	"Corona-App als Ergänzung"	App = Ergänzung zu bestehender "manueller" Verfolgung; App = Unterstützung; kein Tracking d Gesundheitsministeriums/Ämter; wenn positiv=Kontakte v Behörden nachverfolgt; aus der Nutzung entsteht keine Verpflichtung; App nur sinnvoll wenn Nutzerzahl über 60%; Verpflichtung/keine Verpflichtung; technische Fehlfunktionen noch nicht behoben; App soll beworben werden
16.04.20	Die Presse		Max Schrems: App = sinnvoll; ARGE Daten: App = nicht praxistauglich; Aussendung Zeger; Korruptionsvorwürfe bei Inseratenvergabe
15.04.20	Der Standard	Die Big-Data-Revolution im Gesundheitswesen hat begonnen	Handy als Tool gegen Pandemie und für Überwachung; erfolgreiches Pandemie-Management in autoritär agierenden Ländern; digitale Geräte = Chance f bessere Gesundheitsversorgung; Big Data im Gesundheitswesen=alternativlos; Staat sollte sich damit befassen, sonst haben nur Konzerne Daten

15.04.20	Der Standard	Coronavirus: Diese Apps sollen die Infektionsketten unterbrechen	Politiker/Experten: Überwachung=Rückkehr z Normalität; Initiative v Google & Apple als Überraschung; Konzerne: Planen API-Lösung die verschiedene Apps interoperabel machen soll; Marktbeherrschung (99% aller Smartphones)

15.04.20	Der Standard	"Stopp Corona" wird wohl auf Apples und Googles Lösung für Tracking-Apps setzen	Gespräche mit Google/Apple; technische Probleme bei eigener Entwicklung (fehlendes Know-How);
15.04.20	Der Standard	Rotes Kreuz vor türkisem Hintergrund: Kritik an enger Kooperation	Rotes Kreuz=Organisation mit ÖVP-Nähe; Kritik, dass die Organisation zu sehr mit Regierung verbandelt ist
15.04.20	Wiener Zeitung	Überwachung als neue Normalität	Privatsphäre/Datenschutz als Gegenteil zur Gesundheit konstruiert; Grundrechte als Hindernisse f Gesundheit; Implementierung v Überwachungstechnologien; Gesundheit nimmt die Stelle von Sicherheit ein; Soziale Effekte d App= Verzerrung; Technologien = einfache Antworten; Zwang untergräbt Vertrauen; Medienkompetenz ausschlaggebend f Privatheitsbewusstsein; Wissen über Daten erforderlich; Zeitliche Limitierung/Wirksamkeit/Verhältnismäßigkeit; Firmensitz in USA - was nützt uns die Digitalisierung?
15.04.20	Die Presse	"Nicht praxistauglich": Kritik an Corona-App	ARGE Daten: fehlende Praxistauglichkeit; geringe Trefferquote; App als "Lösung aller Probleme" verkauft
14.04.20	Kronen Zeitung	Datensicherheit	drohender Überwachungsstaat; anonyme Nutzung v Gesundheitsdaten ist grundsätzlich möglich; Pandemie offenbart Potenziale der Digitalisierung
14.04.20	Der Standard	"Contact Tracing"-Apps gegen Covid-19: Technische Probleme, unklarer Nutzen	Erwartung: Totalüberwachung wird in westl. Demokratien verworfen; Betonung v Contact Tracing; Politik/Virologen: Datenmaterial f Erforschung d Virus; Erfolg lt Daten fraglich; Südkorea: Totalüberwachung (Bewegungsprofile, Gesichtserkennung, Videoüberwachung, Kreditkartendaten); Praxis in Ö: funktioniert nur eingeschränkt/technische Hürden; Zusammenarbeit von Apple und Google hebelt staatliche Bemühungen aus
13.04.20	Wiener Zeitung	Wirtschaft oder Leben	Wirtschaftlicher Paradigmenwechsel durch Pandemie (Neoliberalismus); Idee d. "Gläsernen Menschen"; Komplexe Überwachung in Asien; Mehr Preisgabe durch Freiwilligkeit= öffentlicher das Innerste d. Menschen
12.04.20	Kronen Zeitung	Neue App für Afrika kämpft gegen das Virus	Österreichische Organisation hilft Afrika gegen technologischen Rückstand mit App die Wissen zur Covid-Bekämpfung enthält
10.04.20	TV	ZIB Spezial: Sondersendung Coronavirus	
10.04.20	Der Standard	Corona-Apps: Eine Frage des Vertrauens	Technologien ermöglichen "Good Governance"; Furcht vor Missbrauch der Pandemie zur Überwachung etc.; falsche Partner mit falscher Technologie; Mangel an Transparenz; unbesonnene Art d Einführung
10.04.20	Der Standard	"Stopp Corona" ist kein Allheimittel	App = Werkzeug kein Allheilmittel; Privacy by Design; Vorgehensweise d Roten Kreuz vorbildlich; ÖVP sabotierte das Vertrauen in die App mit Überlegung zur Verpflichtung; Zwang vermindert Wille

10.04.20	Der Standard	Entwickler klären auf: So funktioniert die "Stopp Corona"-App, das sind die Probleme	Automatisierte Scannung bei Apple Geräten nicht möglich (Sicherheitsbeschränkung); Vertrauen in die App soll durch Freiwilligkeit und detaillierte Einblicke geschaffen werden; lokale Speicherung (Public Key); Ausnahmen v lokaler Speicherung; Google-Technologie als Basis f aut. Scanning; Accenture: Wechsel zu europ. Tech. wünschenswert; Finanzierung = UNIQA Stiftung = Skepsis gegenüber Projekt
10.04.20	Der Standard	Google und Apple kooperieren bei Bekämpfung von Covid	Zusammenarbeit v Google & Apple (!): gemeinsame Techn f Contact-Tracing; Staat in Konkurrenz m Konzernen; Open Source = vertrauensbildende Maßnahme; enge Kooperation m Regierungen = weltweite Kraft d Technologie
10.04.20	Die Presse	Wie der Alltag mit der App aussehen wird	Modell-Studie bestätigt Wirkung von Tracing-Apps in Pandemie-Bekämpfung; zu wenige Menschen nutzen App; App-Pflicht-Debatte war kontraproduktiv f Erfolg; nur statistische Daten werden erhoben;
09.04.20	Der Standard	Ist Überwachung gegen die Verbreitung des Coronavirus überhaupt sinnvoll?	Regierungen weltweit setzen auf Apps = internationaler Trend; Verpflichtung oder Freiwilligkeit; Virologin: Schwierigkeit sich die Funktion vorzustellen; Virologin: keine geeignete Maßnahme f Viruseindämmung; App = falsche Sicherheit (zu viele Kontakte); APP= Mittel f; Freiwilligkeit= unproblematisch; Wahrscheinlichkeitsermittlung;
08.04.20	Der Standard	Coronavirus: Wie Europas Staaten ihre Bürger überwachen	Politik: Apps helfen bei Pandemiebekämpfung; EU plant einheitliche Standards f Apps; unterschiedliche Zielsetzungen: Cotact Tracing, Überwachung v Quarantänemaßnahmen; Verknüpfung m Gesichtserkennung (Polen); Standorterkennung=zu ungenau; Ö= setzt auf weniger invasive Maßnahmen; APP (Ö)= Contact Tracing; Pflicht; Involvierung v Interfaces v Google & Co
08.04.20	Der Standard	"Stopp Corona"-App des Roten Kreuzes erhält neue Funktionen	Automatisierte Scannung ermöglicht; Pseudoanonymisierung; Verpflichtung (ÖVP erwog diese, scheiterte am Widerstand der Grünen); Einbeziehung d Opposition (inkl eigener Experten); Kampf gegen das Virus=Überwachung; EU will Datenschutzüberprüfungen verpflichtend machen; erhebliche Unterschiede zwischen EU-Ländern (APPS);
07.04.20	TV	Report: Corona App	
07.04.20	Der Standard	Handy-App gegen die Infektion: Sollen wir Bürger mitmachen?	Technologie als legitimes Mittel zur Pandemiebekämpfung; Software in Beta-Version Alltag; potentielle Verortung von Infizierten würde Menschen ausgrenzen (=GPS Lösung); bestehende App=Privacy bei Design/unbedenklich; Open Source = Grundvoraussetzung f Vertrauen; Einbezug von US-amerikanischen Cloud-Betreibern ist problematisch;
07.04.20	Der Standard	Welche Neugerungen die "Stopp Corona"-App ab Donnerstag erhält	Digitales Händeschütteln wird durch Update automatisch; weiterhin Freiwilligkeit
07.04.20	Der Standard	Novid 20: Österreichische Corona-App für Georgien, Code als Open Source veröffentlich	Export v österreichischer Software nach Georgien; Vorbild asiatische Tracking-Apps mit europäischem Datenschutz; Quellcode als Open Source

07.04.20	Der Standard	Was bringen Apps im Kampf gegen Corona?	Kurz: App nur freiwillig; keine Übernahme von Methoden aus Diktaturen; mehr Nutzer erforderlich um effektive Maßnahme zu erhalten; Sobotkas Vorschlag sorgte f Kritik; keine Vorteile f App-Nutzer*innen; Teilnahme erfordert Smartphone; App=Fußfessel (andere Länder); Überwachung durch Mobilfunkbetreiber = zu ungenau
07.04.20	Der Standard	EU-Kommissions-Vizepräsidentin Jourova: Apps können Krise eindämmen	Apps= Hilfe bei Krisenbekämpfung; zeitliche Begrenzung d Anwendung essenziell; Missbrauch soll hohe Strafen nach sich ziehen
07.04.20	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Corona-App	App entgegen bisherigem vernünftigen Handeln d Regierung; zu wenige Österreicher haben Smartphone;
07.04.20	Wiener Zeitung	Österreichische Corona-App für Georgien und als Open Source	Export v österreichischer Software nach Georgien; Vorbild asiatische Tracking-Apps mit europäischem Datenschutz; Quellcode als Open Source
06.04.20	Der Standard	Die notwendige Entmündigung	App = elektronische Fußfessel (SPÖ); Pandemie macht Entmündigung notwendig
06.04.20	Der Standard	Gesundheitsministerium will Palantir-Angebot wohl ablehnen	Palantir: Software soll Gesundheitssystem effizienter machen; App=Nachvollziehbarkeit d Kontakte
06.04.20	Der Standard	Corona-App: Internet-Provider begrüßen Umstellung auf Open Source	Open Source=Transparenz=vertrauensbildend; Open Source=neutrale Kontrolle=angstmindernd bei Überwachungsängsten
06.04.20	Kronen Zeitung	Viel Lärm um eine App	App sorgt f Aufregung; Maßnahmen erinnern manche an beginnende Überwachungsmethoden; Begriff Big Data damit assoziiert; App-Pflicht; Schrems: Big Data anders als App; Vergleich Atomkraft m Fahrraddynamo; Selbsttracking; Daten in falschen Händen = Inferno; Anonymisierung d Daten wichtig; Demokratie: Gefahr geht nicht v Staat aus sondern v Konzerne; neue Persönlichkeitsrechte erforderlich
06.04.20	Der Standard	Grüne Klubchefin Maurer zu Coronavirus-App: "Es wird keine Verpflichtung geben"	Maurer: App: keine Verpflichtung geplant;
06.04.20	Wiener Zeitung	Eine App für die EU sinnvoller als Einzellösungen	EU: Zentralisierung=eine App anstelle v nationalen Lösungen; Open Source=Transparenz=Vertrauensbildung; Transparenz ermöglicht Kontrolle & somit Ängsten zu begegnen; Freiwilligkeit
05.04.20	TV	Im Zentrum	*Siehe Transkript ORF*
05.04.20	TV	Hohes Haus: Schaltung Wolfgang Sobotka	Ziel d Politik = "alle Maßnahmen zu setzen, die Ausbreitung der Pandemie verhindert"; Wirtschaft soll wieder losgehen; App = "digitaler Händedruck", Freiwilligkeit soll bleiben;
05.04.20	Der Standard	Rotes Kreuz gegen App-Pflicht: "Zwang ist ein schlechter Motivator"	Uneinigkeit in Regierung über App-Pflicht; Verpflichtung vs Freiwilligkeit (ÖVP vs. Grüne); Opposition gegen Zwang; Fraglich ob App Erkrankte zum "Outing" bewegt; Rotes Kreuz: Transparenz/Vertrauen schaffen;
05.04.20	Kronen Zeitung	"Ich lade mir die App sicher nicht herunter"	Freiwilligkeit: Sobotka spricht sich f Verpflichtung aus - Bewegungseinschränkungen drohen andernfalls; Hacker: App= Überwachungsstaat, Daten sind Goldschatz für Konzerne;

05.04.20	Der Standard	Sobotka: "Stopp Corona"-App soll doch nicht verpflichtend sein	Viel Kritik f Sobotkas App-Pflicht; Opposition geschlossen dagegen; Innovation im Wettbewerb mit anderen Staaten (vgl. EU); Rotes Kreuz: Freiwilligkeit= Grundpfeiler d Roten Kreuz
05.04.20	Der Standard	Datenschutz: Wachsam bleiben	Sobotka: App soll verpflichtend werden/doch nicht; Kurz: technische Lösung=Heilsbringer; Datenschutz & Privatsphäre egal; Prüfung durch unabhängige Experten
05.04.20	Die Presse	Ein freiwilliges Kontakt-Tagebuch	App soll bei Öffnung helfen; Verwirrung über Verpflichtung: Wolfgang Sobotka (ÖVP); digitaler Handshake; Kurz spricht von Tracking; Opposition kritisiert App; Kickl (FPÖ): totalitäre Anwandlungen; Meinl-Reisinger (NEOS): Einschränkung Grund- und Freiheitsrechte & Schaffung Überwachungs- und Polizeistaats; Deutsch (SPÖ): elektronische Fußfessel; Nehammer (ÖVP): Innenministerium hat nichts mit App zu tun = KEINE Überwachung
04.04.20	Der Standard	Nationalratspräsident Sobotka: "Stopp Corona"-App kann mit Verpflichtung noch mehr helfen	Sobotka: App-Pflicht=größere Hilfe; zeitlich begrenzte Pflicht wäre DSGVO & verfassungskonform; Rotes Kreuz: Zwang=motiviert nicht; Grüne: keine zentrale Speicherung & lokale Anonymisierung; "Safe Tracking": Weg zu totalitärem Überwachungsstaat; SPÖ: Verfassungsänderung; Forgo: Information/Einwilligung/Freiwilligkeit Benutzerfreundlichkeit; irritiert, Finanzierer: UNIQA Privatstiftung, Accenture
04.04.20	Die Presse	Transparenz ist den Menschen zumutbar	Politik sollte transparent über Pläne kommunizieren; Verunsicherung Verpflichtung / Freiwilligkeit der App; Sobotka argumentierte f Verpflichtung; Verwirrung d Bürger; Freiwilligkeit ist zentral
03.04.20	Der Standard	140.000 Personen luden "Stopp Corona"-App aufs Handy	Digitales Händeschütteln; manuelle Durchführung erforderlich; automatisches Pairing scheitert (noch) am Datenschutz; Auswertung v Handydaten=Kontroverse; gefährdet Grundrechte
03.04.20	Der Standard	"Stopp Corona": Rotes Kreuz will automatisiert scannen und schmiedet neue Kooperationen	Automatisierte Scannung soll ermöglicht werden; App-Ziel=Ausbreitung d Pandemie durch Kontakt-Dokumentation; Novid20-Initiative; Situation erfordert Zusammenarbeit (Accenture & Rotes Kreuz); technische Umsetzung noch offen; Betonung d Freiwilligkeit
03.04.20	Die Presse	Der diskrete Financier der Corona-App	Spende der UNIQA-Stiftung; keine Kontakte z Kurz-Regierung; Ziel: Förderung d Gesundheitswesens; Hilfsleistung
02.04.20	TV	Talk 1: Big Data, Max Schrems	
02.04.20	TV	Talk 1: Big Data O-Töne	
02.04.20	Der Standard	Corona-Überwachung: Datenschutz, basta!	Tweet ÖVP: Datenschutz oder Menschenschutz; Datenschutz keine große Hürde; Dammbruch bei Überwachung möglich; vgl. Polen
02.04.20	Der Standard	Europäische Initiative will Coronavirus mit datenschutzkonformen Apps eindämmen	Überwachungstechnologien=weltweite Diskussion; Technologien die Datenschutz gewähren; Freiwilligkeit; Angst vor Überwachung/Einschnitt in Privatsphäre wächst; App=falsches Gefühl von Sicherheit (Vertrauen in Technik)

02.04.20	Kronen Zeitung	Handydaten	Kurz will Einsatz v Big Data; Handy-Positionsdaten reichen nicht aus; Positionsbestimmungen mittels App; eigene Regierungsapp; Schrems: solche App praktikabel; Tschohl & Schrems: Nutzung v Handydaten bereits rechtlich gedeckt; Beispiele aus anderen Ländern (Polen; Südkorea; Taiwan; Singapur; Israel); Russland)
01.04.20	Der Standard	Gesundheitsministerium prüft Dienste von umstrittener Big-Data Firma Palantir	Software-Angebot v US-Firma an Ö: Software=Effizienzsteigerung im Gesundheitssystem; Big Data = Suche im Heuhaufen; Vorhersagen zu Kapazitätsgrenzen; App=Überwachung; Freiwilligkeit; keine Praxistauglichkeit; Datenschutz als Blockade f Automatisierung; Pseudonymisierung statt Anonymisierung; Überwachung= beschneidet Grundrechte/Menschenrechte
01.04.20	Wiener Zeitung	Big Data gegen die Pandemie	App-Einsatz=effektives Mittel gegen Pandemie (China, Südkorea); öst App= Kontakttagebuch m "Handshake"; Eingriff in Persönlichkeitsrechte / Datenschutz ist gerechtfertigt gegen Freiheitsbeschränkung als Alternative; Kanzleramt betont Freiwilligkeit; Lücken gefährdend Rückverfolgung; DATENSCHUTZ VOR PARADIGMENWECHSEL; Datenschutz des Einzelnen vs Wohl der Gesamtbevölkerung; anonymisierte Analysen v Bewegungsströmung durch A1; Anonymisierung=Datenschutz; Kur: Big Data=Maßnahmenlockerung; Bachinger: Auswertung ELGA zur Bekämpfung d Pandemie
31.03.20	ORF	Report	
31.03.20	Der Standard	ÖVP will sich nicht eindeutig zu Datenschutz und Überwachung äußern	Datenschutz vs Freiheit; Big Data= Überwachung; Datenschutz vs. Leben retten; Big Data schwammige Verwendung; Vorbild andere Länder (Israel); Kritik v Datenschützern; Maurer: Keine Überwachung á la China; Opposition: Eingriff i Grundrechte
31.03.20	Der Standard	"Stopp Corona"-App: User zweifeln an Praxistauglichkeit	Mangelhafte Umsetzung (Praxistauglichkeit/Benutzerfreundlichkeit); Datenschutz behindert Verwendung (Handshake automatisch); Veröffentlichung d Sourcecodes gefordert; Datenschutz-Bedenken
31.03.20	Der Standard	Massenüberwachung: Die Privatsphäre als Opfer des Coronavirus	Weltweite Zunahme d Überwachung aufgr v Pandemiebekämpfung; Menschenrechte durch Maßnahmen bedroht; Verpflichtete Verwendung v Tracking (Polen); Privatsphäre & Meinungsfreiheit werden bedroht; Snowden: Maßnahmen könnten Pandemie überstehen; Harari: Wendepunkt Geschichte d Überwachung; Stopp Corona = Vorgehen gegen d Virus; Überwachung=Gewöhnungseffekt;
30.03.20	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Debatte um Handy-Daten	Menschenleben vs. Datenschutz; Südkorea = erfolgreiche Pandemie-Bekämpfung; Identifizierung & Auswertung v Bewegungsdaten, Massentests; Shutdowns verhinderbar
30.03.20	Der Standard	Schrems zu Big Data: Datenverarbeitung "mit Maß und Ziel" erlaubt	App=legitimes Mittel im Kampf gegen Pandemie; DSGVO: Lebensschutz geht vor Datenschutz; Kampf gegen Pandemie; Vorgehen anderer Länder (Israel, Bulgarien); Informatiker= technischen Möglichkeiten nicht überschätzen

30.03.20	Der Standard	Wie es weitergehen könnte mit Handel, Schulen und Überwachung	Öst Wissenschaftler empfehlen Handytracking z Pandemiebekämpfung; Kontrolle v Bewegungsprofilen; Vorbilder: Israel, China, Taiwan, Südkorea, Hongkong; App=Eingriff in Grund- & Freiheitsrechte lt SPÖ, FPÖ & NEOs; Überwachung=China; Leben retten VS Datenschutz; zeitliche Begrenzung essentiell; App=Kontakttagebuch;
30.03.20	Die Presse	Datenschutzexperte Schrems: Verwendung von Big Data im Kampf gegen Virus "legitim"	DSGVO: sieht Datenverarbeitung im Pandemiefall vor; Ausnahmebestimmungen in DSGVO (Artikel 6 & 9); Raum zwischen Totalüberwachung & Informationsauswertung; Freiwilligkeit; DSGVO: Datenverarbeitung im Pandemiefall; Mayer-Schönberger: Leben retten vor Datenschutz; Löschung der Daten nach Pandemieende; digitaler Ausweis in China; Asiatische Länder kontrollieren Bewegungsprofile; Israel: Geheimdienst übernimmt Pandemie-Überwachung; ÖVP schlägt Big Data Nutzung vor; Opposition ist alarmiert; Grund- und Freiheitsrechte als bedroht wahrgenommen; Jörg Leichtfried (SPÖ): Krisensituation rechtfertigt Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte nicht; Warnung vor autoritärer Wende wie in Ungarn
30.03.20	Die Presse	Staatliche Tracking-App bei Bedarf denkbar	Big Data (Bewegungsdaten) bei Ebola-Seuche erfolgreich; Sicherheitsforscher kritisieren Datenübermittlung an das Rote Kreuz; Freiwilligkeit; Auswertung v personenbezogenen Daten in China & Slowakei; EU: EMRK = Wahrung d Verhältnismäßigkeit, geeignetes Mittel, gelindestes Mittel f Zweckerreichung;
28.03.20	Der Standard	Was nun? Wie sich Österreich aus der Quarantäne bewegen könnte	Vorbild Südkorea: Location-Daten als Mittel zur Pandemie-Bekämpfung; Freiwilligkeit
28.03.20	Kronen Zeitung	Handys können Bewegungsdaten aufzeichnen	Ganig: Big Data = Helfer z Bewertung v Notfallmaßnahmen; Zeger: Big Data= viel Zeit & Geld, Virus lässt sich damit nicht Eindämmen
28.03.20	Der Standard	Österreich es tun könnte	Smartphone-Überwachung wurde in Ö erwogen; Ö Instrumente am besten mit Israel
27.03.20	Der Standard	Experten attestieren "Stopp Corona"-App Datensicherheit	App datenschutzrechtlich ok; Datenübertragungen nur sparsam & zweckgerichtet, Schutz der Privatsphäre steht im Vordergrund; Google Nearby wird verwendet;
27.03.20	Wiener Zeitung	Erst testen - und dann rückverfolgen	Kurz: Asien ist Vorbild f Pandemiebekämpfung; Nutzung v Big Data als österreichische Lösung; Asien: Akzeptanz von Überwachung;
25.03.20	Wiener Zeitung	Rotes Kreuz startete "Stopp Corona"-App	Rotes Kreuz veröffentlicht App zur Unterbrechung d Infektionskette; App=Kontakt-Tagebuch mit automatischer Benachrichtigung; keine personenbezogenen Daten verwendet; Kontakte nur auf Endgerät gespeichert; Vertrauen/Hoffnung, dass Menschen mitmachen (RK); Datenschutz vor Paradigmenwechsel; Finanzierung: Uniqa Privatstiftung; Umsetzung: Accenture Österreich

24.03.20	Der Standard	Coronavirus: Datenschutz vor gesellschaftlichem Paradigmenwechsel	Pandemie = Paradigmenwechsel f Datenschutz; Rechte des Einzelnen treten zum Wohle aller in den Hintergrund; Einsatz von Apps zulässig, wenn die Nutzung freiwillig ist; Rechtsgutsabwägung; Stopp Corona App: Kontakttagebuch; NOVID20 (weitere App)

ELGA

Datum	Medium	Titel	Offene Kodierung / Konzepte
Jahr 2018 (GP5)			
18.05.18	Radio	Matrix	
12.05.18	futurezone.at	Max Schrems: Regierung schützt Google und Facebook	
10.05.18	Der Standard	Elga-Abmeldungen als "Spitze des Eisbergs der Verunsicherung"	Freigabe staatl. Daten f Forschung; Debatte = Abmeldungen v ELGA; Verlust v ELGA = Nachteil f Bürger; hohe Investitionskosten v ELGA; Realisierung technisch derzeit nicht möglich; Beunruhigung und Verunsicherung d Bevölkerung; inhaltliche Lücken
08.05.18	futurezone.at	Warum Big Data für die Forschung wichtig ist	Self-Tracking; Potentiale d Digitalisierung; Qualitätssicherung schwierig; Big Data= Schlüsseltechnologie f Forschung; Qualitäts- und Sicherheitsaspekte
07.05.18	ORF	Konkret	
07.05.18	Wiener Zeitung	Wirkliche Verbesserungen kann nur erzielen, wer genau hinschaut	Fehlender Einbezug d Bevölkerung in ELGA-Debatte
06.05.18	Wiener Zeitung	Tausende Abmeldungen von ELGA	Debatte Freigabe = Abmeldungen v ELGA; Öffnung v ELGA ist technisch derzeit nicht möglich (zweckwidrig); Dezentralität/Struktur; Verunsicherung in Bevölkerung; Fehlende Einbeziehung d ELGA GmbH
06.05.18	Der Standard	5.000 Elga-Abmeldungen wegen Forschungsdaten-Debatte	Debatte Freigabe = Abmeldungen v ELGA; Öffnung v ELGA ist technisch derzeit nicht möglich (zweckwidrig); Dezentralität/Struktur; Verunsicherung in Bevölkerung; Fehlende Einbeziehung d ELGA GmbH
06.05.18	Die Presse	Elga: 5000 Abmeldungen nach Datendebatte	Debatte Freigabe = Abmeldungen v ELGA; Öffnung v ELGA ist technisch derzeit nicht möglich (zweckwidrig); Dezentralität/Struktur; Verunsicherung in Bevölkerung; Fehlende Einbeziehung d ELGA GmbH
03.05.18	Der Standard	Elga gehört den Bürgern – lasst sie mitreden!	Daten sind wertvolles Gut; Gesundheitsdaten = Heilung v Krankheiten/Diskriminierung v Gesellschaftsgruppen; im Umgang mit Daten bedarf es Sensibilität; ursprüngliche Intention v ELGA verletzt; ELGA als Projekt langjähriger Verunsicherung; Selbstbestimmungsrechte der Patienten; Vertrauensverlust; breite Debatte und bessere Kommunikation verlangt; Schreckensbild Cambridge Analytica/Facebook; Mindestmaß ist Einverständnis d Bürger; Austritt= Resultat d Verunsicherung;
25.04.18	Radio	Digital.Leben	

20.04.18	Wiener Zeitung	Daten-Weitergabe vor Beschluss	Nationalratsabstimmung; Datenfreigabe f Forschung; Verunsicherung von Patienten und Ärzten; Anonymisierung d Daten; was ist ein wissenschaftlicher Zweck?; NEOS: mangelhafter Datenschutz

20.04.18	Der Standard	Regierung beschließt Überwachungspaket mit Bundestrojaner	Freigabe staatl. Daten f Forschung; Verunsicherung v Patienten und Ärzten; mangelhafte Kommunikation d Vorhabens; Fraglich was wissenschaftlicher Zweck ist; NEOS: mangelhafter Datenschutz
20.04.18	Der Standard	SPÖ protestiert mit Slips und Kondomen gegen Überwachung	Abstimmung i Nationalrat: Überwachungspaket & Forschungsgesetz; Weitergabe v staatl. Daten an Forschung; Anonymisierung; mangelhafte Kommunikation d Vorhabens; Verunsicherung d Bevölkerung; NEOS: Mangelhafter Datenschutz
20.04.18	futurezone.at	Verwendung von ELGA-Daten für Forschungszwecke genehmigt	
20.04.18	futurezone.at	Nationalrat verabschiedet Überwachungspaket	
19.04.18	Der Standard	Zugriff auf Elga: Erklärt doch bitte, warum meine Daten gebraucht werden	Registerforschung im öffentlichen Interesse; Freigabe von staatl. Daten f Forschung; Freigabe d Date = Verrat an Bürgern; Registerforschung als übliche und effektive Forschungspraxis in GB; Registerforschung = Früherkennung v Krankheiten/Medikamentennebenwirkungen; Sinnhaftigkeit d Freigabe f private Industrie je nach Forschungszweck; mangelhafte Kommunikation in Öffentlichkeit
19.04.18	Der Standard	Hartinger will Elga-Daten aus Datengesetz entfernen	Gesundheitsministerin: Fordert Herausnahme d ELGA-Daten aus Datengesetz; Gesetz soll ELGA ausschließen
19.04.18	Der Standard	Neos beschweren sich bei EU-Kommission über Datenschutzgesetz	Forschungsgesetz = Verstoß gegen EU-Vorgaben (Neos); Anonymisierung d Daten nicht ausreichend & Reidentifizierung möglich; Keine Löschung d Daten möglich;
17.04.18	Der Standard	Elga-Abmeldungen durch Datendebatte verdoppelt	ELGA-Abmeldungen steigen an; ELGA=Patientensicherheit KEIN Forschungsregister; Freigabe staatl. Daten f Forschung; Debatte ursächlich f Abmeldungen; Vertrauenskrise d neue Regelung; Infrastrukturminister (Hofer) verantwortet Zugang zu Daten; ELGA-Verwendung zweckwidrig
17.04.18	Der Standard	Faßmann rechnet nicht mit Freigabe der Elga-Daten	Bedingungen f Forschungsfreigabe wurden nicht genug kommuniziert; Qualitätssicherung; Votum Wissenschaftsminister & Gesundheitsministers erforderlich; es wurde ein falsches Bild d Vorhabens vermittelt
17.04.18	Der Standard	Hartinger-Klein kommentiert mögliche Elga-Freigabe nicht	Gesundheitsministerin könnte Gesetz noch sperren, äußerte sich jedoch nicht; Lobbying v Universitäten/Forschungseinrichtungen/Wirtschaft; Anonymisierung; Faßmann: ELGA-Datenfreigabe unwahrscheinlich
17.04.18	Der Standard	Gelockerte Regeln für Elga- und Registerdaten passierten Ausschuss	Regeln f Forschungsfreigabe wurden i Nationalrat vereinbart; ELGA Daten sind in Gesetz inkludiert; Loggying v Pharmaindustrie/Universitäten/Forschungseinrichtungen; Anonymisierung; ohne Einwilligung d Datenschutzbehörde aber Diskriminierungsverbot/Geheimhaltungsgebot/Protokollierungspflicht; Kritik v Datenschutzrat im Justizministerium

17.04.18	Die Presse	Faßmann: Keine Freigabe der Elga-Daten	Falsches Bild i Öffentlichkeit getragen; Einblicke in Krankenakte nicht für Jedermann; Qualitätssichernde Maßnahmen; Fehler in der Kommunikation; Zugriffsberechtigung erforderlich
17.04.18	futurezone.at	Datenschutz: Faßmann rechnet nicht mit Freigabe der ELGA-Daten	
16.04.18	Die Presse	Datenschutz: Gesundheitsakte wird doch für Forschung geöffnet	ELGA-Daten sollen doch f Forschungszwecke verwendet werden; DSGVO (EU); Krankengeschichte d Bürger als riskanteste Datenkategorie; Abänderungsantrag d Gesundheitsministerin kam nicht; Fehlende Widerspruchsmöglichkeit wird kritisiert;
15.04.18	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Raus aus ELGA	Einführung v ELGA mit Kritik v Datenschutzexperten & Verfassungsjuristen verbunden; Hausärzte Kampagne "Raus aus ELGA" wurde falscher Panikmache bezichtigt; Öffnung f Missbrauch; Austritt einziger Schutz vor Zugriff; Regierung geht leichtfertig mit Daten d Bürger um
15.04.18	Der Standard	Wo das Forschungs- das Datenschutzgesetz aussticht	Neues Gesetz z Registerforschung; Freigabe staatlicher Daten f Forschung; Zugang zur Registerforschung soll erleichtert werden; DSGVO (EU); mangelhafte Anonymisierung; Bestellung eines Datenschutzbeauftragten; Verwendung d Daten nicht voraussetzungslos; keine Genehmigung des Datenschutzbehörde
15.04.18	Der Standard	Gesundheitsdaten: IT-Rechtler Hötzendorfer warnt vor Grundrechtseingriff	Registerforschungsvorhaben=Grundrechtseingriff; mangelhafte Anonymisierung; Kennzeichen erhöht Identifizierbarkeit; ELGA= Datenmissbrauch ermöglichend; Datenschutzbeauftragter muss f jedes Forschungsprojekt beigestellt werden; Daten unterliegen immer Risiko; Forschung = legitime Anwendung f Datenforschung
15.04.18	futurezone.at	Gesundheitsdaten: "Forschung ist bestes Beispiel einer legitimen Anwendung"	ELGA=gefährliche Technologie; Grundrechte Wissenschaft & Datenschutz & Informationsfreiheit im Konflikt; Diskussion um Freigabe = falsch, da Anwendung f Forschung legitim
13.04.18	Wiener Zeitung	Daten, der Schlüssel zu Wissen	Verunsicherung d Bevölkerung d Camebridge Analytica Skandal; Androsch: Forschung benötigt Daten als Ressource; Gesetzesentwurf soll persönliche Rechte und Forschungsbedürfnisse ausgleichend behandeln; Datenfreigabe = essenziell f österreichische Wirtschaft; Daten wichtig f europäische Vergleiche
13.04.18	Der Standard	Gesundheitsministerin fordert Eignungstest für Kassenfunktionäre	ELGA Freigabe f Forschung: ausweichende/wechselhafte Argumentation d Ministerin;
13.04.18	Der Standard	Datenschutz: Ministerium verteidigt Pläne, Elga-Freigabe offen	Freigabe staatl. Daten f Forschung; Beobachtung einzelner Pers f Wissenschaft notwendig; Daten=Evidenz; stärkere Anonymisierung nicht ausreichend f Forschung; Cambridge Analytica i Österreich nicht möglich = Organisation i Österreich kein Status v Forschungsorganisation; breite Unterstützung des Forschungsrates
13.04.18	Der Standard	Datenschutz: Patientenanwalt für Nutzung der Elga-Daten	Daten f Forschung = grunds wünschenswert; Anonymisierung statt Pseudonymisierung; Ausschluss d Pharmaindustrie/Versicherungen; Ausschluss v ELGA=Wettbewerbsnachteil; Diskussion=plump, undifferenziert; Beschränkung auf Ärzte/Patienten um ELGA DURCHZUBRINGEN

13.04.18	Der Standard	Datenschutz: NEOS wollen Änderung und erinnern an Bifie-Skandal	Pseudonymisierung nicht ausreichend; stärkere Betroffenenrechte gefordert; Eingriff in die Rechte d Betroffenen
13.04.18	futurezone.at	Patientenanwalt für wissenschaftliche Nutzung der ELGA-Daten	
12.04.18	Kronen Zeitung	Regierung will unsere Datenflut freigeben	Cambridge Analytica Skandal; offiziell zu Forschungszwecken; Gesundheitsdaten sind mehr wert als Kreditkartendaten; Datenschützer & Ärztekammer gehen auf Barrikaden; Zugriff a Gesundheitsdaten = Tabu; Anonymisierung nicht ausreichend; WIFO: Öffnung d Daten kommt Allgemeinheit zugute; Veröffentlich d Daten kann Krebspatienten helfen; Hartinger-Klein rudert nach ausbleibendem Veto zurück
12.04.18	Wiener Zeitung	"Daten können Leben retten"	Daten f Forschung; Absage v Hartinger-Klein; Lebenslange Speicherung = mehr Wissen/Behandlungsoptionen; Daten = Lebensrettung; Missbrauch vs. Gesundheit (welcher Preis?); ÖÄK: System nicht benutzerfreundlich/Evaluationsbedarf
11.04.18	Wiener Zeitung	Ärztekammer-Vizepräsident empfiehlt ELGA-Austritt	Ärztekammer-Vize empfiehlt Austritt aus ELGA; ELGA Daten könnten Forschung zugänglich gemacht werden; Zweck v ELGA: nur f Ärzte; Gesetz soll geändert werden;
11.04.18	Wiener Zeitung	Wer hat Zugriff auf Gesundheitsdaten?	Freigabe staatl. Daten f Forschung; Ausschluss Justiz u Strafregister; keine Freigabe v ELGA Daten; Ärztekammer empfiehlt Austritt a ELGA; Kennzeichen soll Namen ersetzen; Anonymisierung nicht ausreichend; weiter Kreis an Zugangsberechtigten
11.04.18	Wiener Zeitung	Welche Informationen der Staat speichert	Staat speichert sensible Daten; Freigabe staatlicher Daten f d Forschung; Anonymisierung nicht ausreichend; großer Kreis an Zugriffsberechtigten; ELGA Zugang;
11.04.18	Wiener Zeitung	Regierung will Bürgerdaten für Forschung freigeben	Freigabe staatl. Daten f Forschung; Gesetzesnovelle; Registerforschung; Minister müssen ihre Datenbanken zur Verfügung stellen; weiter Kreis an Zugriffsberechtigten; Skandalfirma Cambridge Analytica = Schutz vor Datenmissbrauch erforderlich; Dokumentation d Forschung erforderlich; kein Einspruch f Bürger möglich; Datenschutzbehörde nicht eingebunden; keine Interessensabwägung zwischen Grundrechten Datenschutz und Freiheit d Wissenschaft; Massiver Missbrauch möglich; Freigabe d Daten = Hilfe f österreichische Wirtschaft
11.04.18	Der Standard	Weitergabe von Gesundheitsdaten entzweit Regierung	Regierung will Daten f Forschung freigeben; weiter Kreis an Zugriffsberechtigten; Einverständnis d jeweiligen Ministeriums erforderlich; ELGA soll nicht f Forschung freigegeben werden; Koalitionsstreit; große Datensätze = Suche nach statistischen Zusammenhängen; ELGA-Daten=Suche nach effektiven Medikamenten; mangelhafte Anonymisierung d Daten; Ökonomisches Interesse an Daten;
11.04.18	Der Standard	Elga-Nutzung für die Forschung: Daten können Leben retten	Daten können Leben retten; Facebook-Datenskandal= Unbehagen bzgl. Daten; Big Data = Grundlage moderner Gesundheitspolitik; anekdotische Erfahrung vs. statistischer Auswertung; ELGA= Datenschatz; ELGA= effizienterer Einsatz medizinischer Ressourcen; DSGVO (EU); Vorenthaltung d Daten ist moralisch falsch

11.04.18	Der Standard	Zugriff auf Elga: Hartinger-Klein will Forschungsgesetz ändern	Einführung v "Registerforschung; NEOS: Problem ist großer Kreis an Zugriffsberechtigten (Industrie), mangelnde Anonymisierung die Reidentifikation erlaubt; NEOS: Gesetz sei schwammig formuliert; Ärztekammer: Zugriff nur f Ärzte & Patienten, Datenschutz nicht gegeben; FPÖ (Gesundheit): ELGA-Daten werden ausgeschlossen (Abänderungsantrag)
11.04.18	Der Standard	Weitergabe von Gesundheitsdaten entzweit Regierung	Freigabe staatl. Daten f Forschung; großer Kreis an Zugriffsberechtigten; große Datensätze ermöglichen Suche nach statistischen Zusammenhängen; Effekitvitäten bei Medikamenten; Anonymisierung = nicht ausreichend; Risiko eines ökonomischen Missbrauchs d Daten; keine Widerspruchsmöglichkeit
11.04.18	Der Standard	Regierung will Daten der Bürger für Forschung freigeben	Freigabe staatlicher Daten f Forschung; Gesundheitsdaten aus ELGA; Universitäten/Industrie begrüßen die Öffnung; Datenschützer verweisen auf Facebook-Skandal; großer Kreis an Zugriffsberechtigten (Industrie); Zugriff aus In- und Ausland; geplante Anonymisierung nicht ausreichend; Konflikt Grundrechte Freiheit d Wissenschaft und Datenschutz (konkurrierende Grundrechte); EU-DSGVO; Datenschutzbehörde/Arbeiterkammer: uneingeschränkter Zugriff = unverhältnismäßig
11.04.18	Die Presse	Regierung will Daten der Bürger für Forschung freigeben	Freigabe staatl. Daten f Forschung; Gesundheitsdaten aus ELGA; Missbrauch wird möglich (vgl. Cambridge Analytica); Zugriff a ELGA erweitert; Konflikt Grundrechte Freiheit d Wissenschaft & Datenschutz; keine Interessensabwägung im Entwurf; großer Kreis an Zugangsberechtigten; Datenfreigabe = notwendig f "wettbewerbsfähige" Forschung; Kritik d Arbeiterkammer
11.04.18	Die Presse	Elga: Was die Gesundheitsakte über uns verrät	Freigabe staatlicher Daten f d Forschung; Gesetzesentwurf nicht öffentlich kommuniziert; großer Kreis an Zugriffsberechtigten (Industrie); Konzept v ELGA; Datenschützer kritisierten ELGA seit Einführung; Regierung verwies stets auf dezentrale Speicherung
11.04.18	Die Presse	Ärztekammer empfiehlt "Patienten, aus Elga auszutreten"	Freigabe staatlicher Daten f d Forschung; großer Kreis an Zugriffsberechtigten (Industrie); geringe Zugangshürden; Datenschutzversprechen werden nicht gehalten - Vertrauensbruch; Gesetz unklar formuliert - Spielraum f Missbrauch; Unzureichender Schutz v Gesundheitsdaten
11.04.18	Die Presse	Wenn die Regierung mit persönlichen Daten jongliert	Datenaffären bei Facebook, Camebridge Analytica; Daten als ökonomisches Gut; U-DSGVO; Novelle d Forschungsorganisationsgesetzes: Freigabe v staatlichen Daten f Forschung; keine Möglichkeit z Zustimmung oder Ablehnung; Schüler-Test-Daten-Leaks 2012: Fehlende staatliche Kompetenz bei Datenschutz
11.04.18	Die Presse	Welche Daten der Staat weitergibt	Regierung will Daten f Forschung freigeben; Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ab Mai (EU); Gesetzesnovelle wurde nicht kommuniziert obwohl Begutachtung schon stattfand; Ausschluss v ELGA-Daten nicht vorgesehen; großer Kreis an Zugriffsberechtigten (auch Industrie); Anonymisierung ermöglicht Reidentifizierung
11.04.18	Die Presse	Szekeres: "Gesundheitsdaten wertvoller als Kreditkartendaten"	Gesundheitsdaten = wertvollste Daten; Freigabe d Daten für die Forschung; ökonomischer Wert von Daten; Zustimmung zur Verwendung persönlicher Daten erforderlich; Anonymisierung oder Pseudoanonymisierung

11.04.18	futurezone.at	Kritik an Weitergabe von persönlichen Daten an Forschung	
11.04.18	futurezone.at	Regierung will persönliche Daten für Forschung freigeben	
07.04.18	Der Standard	Patientenwohl?	Stakeholder; Smartphone und Computer die Gesundheitsassistenten der Zukunft; Information &
02.04.18	Der Standard	Wie wir in Zukunft von Krankheiten geheilt werden	Zukunft der Medizin; Auswertung von großen Datenmengen essenzielles Tool; Auswertung von epidemiologischen Daten zu chronischen Krankheiten; statistische Relevanz ist nicht gleich klinische Relevanz; Neue medizinische Forschung in Konflikt mit Datenschutz; Forschung ODER Datenschutz
Jahr 2014 (GP4)			
24.03.14	Der Standard	Hausärzteverband: Kleine Gruppe mit lauter Stimme	Hausärzte gegen ELGAG; Ökonomisierung d Gesundheitssystems;
18.03.14	Der Standard	Elga: "Befundmappen im Plastiksackerl"	Kampagne d Hausärzte; ELGA = Verbesserung f Patienten oder totale Überwachung; ELGA = verfassungswidrig; Ärzte empfehlen Patienten Abmeldung; ELGA=Ökonomisierung d Gesundheitswesens; ELGA=Schaden f Arzt-Patienten-Beziehung
12.03.14	Kronen Zeitung	Weiter Kritik an ELGA	Wechselberger: Politik soll einlenken & freiwillige Teilnahme
12.03.14	futurezone.at	Hausärzteverband: "ELGA rettet kein Leben"	
10.03.14	Der Standard	Ertrunken in Klarheit	ELGA TV-Diskussion; ELGA=Bürokratisches Monster; Hacker sehen ELGA als indifferent an; ELGA = höchster Stand bei Datensicherheit; ELGA=Einblicke in Gesundheitsdokumente
09.03.14	TV	Im Zentrum: Elga wer, Elga wie? Der Streit um die Patientenakten	*Siehe Transkript ORF*
07.03.14	Die Presse	Ärztekampagne erregt Seniorenchefs: „E-Banking ist riskanter als ELGA“	E-Banking enthält mehr sensible Daten als ELGA; ELGA v.a. f Senioren viele Vorteile; System zur Wechselwirkungsprüfung; Desinformationskampagne der Ärzte: Instrumentalisierung d Patienten
05.03.14	Kronen Zeitung	Stöger kritisiert Ärzte	Ärzte missbrauchen Vertrauen; Ärzte drängen Patienten z Ausstieg
04.03.14	Wiener Zeitung	Nächster Angriff auf Elga	Hausärzte: Kampagne "Raus aus ELGA"; Stöger: Ärzte instrumentalisieren Patienten; Opt-Out=verfassungswidrig; Herbek; Sicherheit ist nicht immer gleich Bequemlichkeit; ARGE Daten: Datenleck (Bifie) verspricht Nachtteile von ELGA; Absage der Wechselwirkungsprüfung aufgrund technischen Versagens
04.03.14	Der Standard	ELGA - Stöger kritisiert Kammer-Kampagne	Gesundheitsminister kritisiert ÄK-Kampagne; ELGA=Recht auf Befunde/Chance
04.03.14	Die Presse	Datenleck nicht gefunden? "Genauer suchen!"	Datensammlungen haben immer ein Risiko; der Staat muss seine Partner gut wählen; ELGA = gute Datensicherheit; Zentralisierung = größeres Ziel f Hacker; Dezentralität: mehr Ziele/mehr Schutz; Big Data= Werkzeug= Missbrauchspotential; Big Data in Behördenhänden am gefährlichsten; Big Data = verbesserte Behandlung; Missbrauchsmöglichkeiten einschränken

02.03.14	futurezone.at	"Jeder kann durch ein Datenleck zum Opfer werden"	Datenschutzverein Quintessenz; jeder Datenaustausch = Verlustrisiko; Datenleck = Opfer; IT-Sicherheit kulturelles Tabu; Bsp Uganda= Outing v Homosexuellen; Datenpraxis = Geld "in Plastiksackerln"; beides schlecht: zentrale/dezentrale Speicherung; Datenzugriff=Datenmissbrauch; Lebensdokumentation=Gefahr; Transparenz=Gefahr
01.03.14	Der Standard	Krankenschein forever	NSA-Skandal: Angst um Datensicherheit; ELGA = Direkte Betroffenheit/große Resonanz; Angst um Datensicherheit; Fehlendes Vertrauen in staatliche Datenschutzstandards (Bifie-Datenleck); 2% aller ELGA-Nutzer (140.000)
01.03.14	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Datenleck bei Schülerdaten / Datensicherheit? / Raus aus ELGA / Datenleck als Warnnung	Datenleck bei Schülertests: gibt ELGA-Skeptikern recht, Abmeldung = Schutz vor Hackern; ELGA soll überdacht werden, Datengaus zu befürchten (Bifie), Auslagerung an ausländische Firma (sensible Daten), ausbleibende Reaktion d Ministerin, Verantwortlichkeit; Datenleck b Schülertests weckt Misstrauen bzgl. ELGA, Politiker entweder unwissend oder absichtliche Täuschung; weltweite Verbreitung eigener Krankengeschichte; Datenleck legt Austritt aus ELGA nahe
28.02.14	Kronen Zeitung	Das freie Wort: ELGA	viele ELGA-Skeptiker im Bekanntenkreis; Ausweglosigkeit; öffentliche Umfrage d ELGA-GmbH behauptet Zustimmung v 80% - Ergebnis muss gefälscht sein
28.02.14	Der Standard	E-Medikation kommt ohne Wechselwirkungsprüfung	Keine Wechselwirkungsprüfung da System versagt; mangelhafte Umsetzung eines Projektes; Pilotversuch gescheitert; Hauptargument für ELGA entkräftet;
28.02.14	Die Presse	Wie (un-)sicher sind Bürgerdaten in den Netzen der Republik?	Datenleck bei Wissenstests (Bifie); sensible Daten in Verwaltung aufwändig geschützt; ELGA=Vernetzungsinfrastruktur; Datenlecks immer möglich; Bundesrechenzentrum; Innenministerium; Bundesheer
27.02.14	Der Standard	Nicht unknackbar	Es gibt keine absolute Datensicherheit; Datenleck bei Schülertests; Abmeldungen von ELGA
26.02.14	Der Standard	Probleme der "Schatten-EDV"	Datenleck bei Schülertests; Vorschau auf Probleme mit ELGA; ELGA=intransparent; ARGE Daten (Zerger): Sicherheitsprobleme programmatisch
26.02.14	TV	Pressestunde	
25.02.14	Der Standard	Big Brother einmal die Meinung sagen	EU-Projekt "Surprise" über Angst vor Überwachung (Institut für Technikfolgenabschätzung); Skepsis gegenüber ELGA; Missbrauchspotential von Technologien; Sicherheit & Überwachung
24.02.14	Der Standard	Immer mehr Elga-Skeptiker	Zahl der Abmeldungen steigt; Team Stronach & FPÖ raten zu Abmeldung; Mehrzahl der Österreicher f. ELGA
23.02.14	Der Standard	Bereits 140.000 wollen sich von ELGA abmelden	Zahl der Abmeldungen steigt; Team Stronach & FPÖ raten zu Abmeldung; Mehrzahl der Österreicher f. ELGA
19.02.14	Der Standard	RH: Testprojekt zu E-Medikation wenig aussagekräftig	Evaluierung E-Medikation zu wenig aussagekräftig
19.02.14	Die Presse	Familie, E-Medikation, Heer: Prüfer üben Kritik	Kritik v Rechnungshof; Pilotprojekt E-Medikation zu teuer; Hauptverband: Schuld bei Ärztekammer;

16.02.14	Kronen Zeitung	350.000 Euro Kosten pro Tag: Streit um ELGA weitet sich aus	hohe Kosten; Szekeres: Datensicherheit kann nicht garantiert werden; Homepage fehleranfällig; ungeklärte Haftungsfrage; Ärztekammer sieht unzumutbare Haftungsklagen
15.02.14	Die Presse	Big Data	ELGA liefert Daten f. Zukunft
11.02.14	Der Standard	Kritik der Ärztevertreter an ELGA hält an	Kritik der ÄK; verfassungsrechtliche Prüfung; Problem Opt-Out-Regelung ;
10.02.14	Der Standard	Elga - Hartes Match zwischen Gegnern und Befürwortern	Kampagne ÄK (Raus aus ELGA); Probleme bei Abmeldung; Arbeiterkammer: Nutzen des Systems muss stärker hervorgehoben werden; ELGA= Transparenz/Nachvollziehbarkeit
10.02.14	futurezone.at	ELGA: Hartes Match zwischen Gegnern und Befürwortern	
09.02.14	Wiener Zeitung	"ELGA bringt eher den gläsernen Arzt als den gläsernen Patienten"	Ärzte instrumentalisieren Patienten; Angst-Kampagne d Ärzteschaft; Sorgen vor Führerscheinwegnahme; Umfragen: Mehrheit d Österreicherinnen f ELGA; Desinformationskampagne
09.02.14	Der Standard	Elga: Appell an den Bauch fehlt	Mehrheit d Österreicher sieht ELGA positiv; ELGA=Fortschritt; ELGA=Komplexität (schwer zu begreifen); Desinformationskampagne; PR-Desaster (fehlende Kommunikation); Ärzte haben Themenhoheit; schwache Kommunikation d Politik
09.02.14	Der Standard	Österreicher sind mehrheitlich Elga-Fans	Mehrheit d Österreicher sieht ELGA positiv; Protest d Ärzte negativ; Motiv d Ärzte = Datensicherheit; knappe Mehrheit hat keine Angst um Datensicherheit (Übertreibung); wenig Wissen über ELGA (=Komplexität)
09.02.14	Der Standard	ELGA: 88 Prozent wollen dabei bleiben	Mehrheit d Österreicher sieht ELGA positiv; Protest d Ärzte negativ; Motiv d Ärzte = Datensicherheit; knappe Mehrheit hat keine Angst um Datensicherheit (Übertreibung); wenig Wissen über ELGA (=Komplexität)
09.02.14	Die Presse	Mehr ELGA-Abmeldungen als gedacht	große Skepsis gegenüber ELGA; Kampagne d Hausärzteverbandes; ELGA = Transparenz/Kontrolle; ELGA = Kontrolle d Ärzte; Kampagne = Angstmache
09.02.14	futurezone.at	Viele Abmeldungen, aber Großteil will ELGA behalten	Großteil der Bevölkerung f ELGA; (90% ELGA = Fortschritt vs. 9% ELGA=Gefährdung); Ärzte: 1/4 f Proteste; wenig Wissen über ELGA/Gesundheitsdaten; Ärzteschaft=Angstmache
05.02.14	Der Standard	Volksanwaltschaft ortet Mängel bei ELGA-Abmeldung	Abmeldung: Volksanwalt sieht zu große Hürden; ARGE Daten will Volksanwaltschaft aktivieren; Volksanwaltschaft: ELGA grunds positiv aber Abmeldung zu bürokratisch; FPÖ: ELGA = Skandal, Abmeldung=Schikane
05.02.14	Die Presse	Die Ärztekammer und ihre "Alles ist in Ordnung"-Annahme	ELGA= Transparenz/Kontrolle f Patienten; Probleme b Qualitätssicherung;
01.02.14	TV	Bürgeranwalt	
01.02.14	TV	Bürgeranwalt	
31.01.14	Der Standard	Das Herz schlägt per Handy bis ins Krankenhaus	Hochschulen entwickeln ELGA-kompatible Software-Lösungen; Lösungen können einfach "eingehängt werden": Monitoring f chronische Erkrankungen

30.01.14	Die Presse	ELGA: Ältere besonders kritisch	Abmeldung=Ältere Patienten; Gründe Abmeldung: Scham wegen Mehrfachbesuchen/Kampagne d HÄV; Junge Menschen: gesund/keine Angst vor Veröffentlichung/keine Angst v Hacking; insgesamt wenig Abmeldungen
28.01.14	futurezone.at	Verein quintessenz lädt zu ELGA-Diskussion	
22.01.14	Wiener Zeitung	Irrtümer bei der Debatte um die elektronische Gesundheitsakte	Drei Ebenen: System/Versorgung/Behandlung; ELGA Teil der Versorgungsebene und nicht der Systemebene; Verwechslung Politiker; Information = Behandlungserfolg nicht Steuerung(=Kontrolle)
22.01.14	Die Presse	Wundermittel Transparenz?	Internetbasierte Anmeldesysteme; lange Wartezeiten; Ökonomische Interessen d IT-Lobby (vgl. ELGA)
21.01.14	Radio	Digital.Leben	
14.01.15	Kronen Zeitung	Handysignatur, Internet, Anruf: Drei Wege führen aus ELGA-Aktet	Hotline f Austritt a ELGA überlastet; Flucht aus ELGA; Auflistung d Ausstiegsmöglichkeiten
11.01.15	Kronen Zeitung	Hausärzte boykottieren Pläne: Gründe für denn ELGA-Austritt!	Behörden sehen ELGA als "Wunderwerk"; Hausärzte: Datenmissbrauch zu befürchten; Euler: ELGA bedeutet mehr Zeitaufwand f Ärzte; Hausärzte: ELGA= unnötig & hoher bürokratischer Aufwand; ELGA= Längere Wartezeiten; ELGA= Geldverschwendung; Einsparungen bei Patienten; gescheiterte Versuche in anderen Ländern;
11.01.14	Der Standard	Obfrau des Gesundheitsausschusses meldet sich von ELGA ab	FPÖ-Gesundheitssprecherin meldet sich v ELGA ab; ELGA = Datenmissbrauch; FPÖ unterstützt Bürger bei ELGA-Ausstieg
10.01.14	Kronen Zeitung	Austritte, Boykott: Aufstand der Ärzte gegen ELGA	Hausärzte ELGA-feindlich; Hans Zeger gegen ELGA: Bürgerverwaltungsmonster; Behörden: PR-Blabla; Hausärzte haben keine Angst vor Hackern; Angst vor Verwendung durch den Staat; bis zu 100.000 Personen haben Zugriff; Missbrauch kann nicht ausgeschlossen werden; Informationskampagne d Hausärzte startet;
09.01.14	Der Standard	Hausärzte starten Kampagne für ELGA-Austritt	Ärzte starten neue Informationskampagne; ELGA = Datenmissbrauch; ELGA = Kosten; ELGA = Bürokratiemonster; ELGA = Ende d Vertraulichkeit/Schweigepflicht; ARGE Daten: Usability, ELGA = Vorratsdatenspeicherung; ELGA = Experiment mit Gesundheitsdaten; ELGA= verfassungswidrig; Stöger: ELGA= steigende Qualität/ Sicherheit/Zeitersparnis/bessere Kommunikation; Desinformationskampagne; Abmeldung = Gesundheitsgefährdung; Usability; FPÖ: Ausstieg
09.01.14	futurezone.at	Warum Hausärzte den ELGA-Austritt empfehlen	
09.01.14	TV	Heute leben	
08.01.14	Der Standard	Elga und Otto-Normal-Patient	Informationskrieg; Kriegsrhetorik; ÄK-Kampagne (2012); Abmeldung von ELGA; neue Informationskampagne geplant; Überzeugungsarbeit; Umsetzung ELGA nur langsam; Ärzte = Hoheit in Gesundheitsfragen

05.01.14	Kronen Zeitung	"Sind absichtliche Hürden"	ELGA= medizinische Revolution oder Seelenstriptease; Datenschützer gegen ELGA; Big Brother; Austritt ist schwierig; ELGA= gläserner Patient; jeder Apotheker kann "spielend" zugreifen; Elga-Verfechter: Vermeidung v Fehlmedikationen; Informierte wollen austreten; Raunig ärgert sich über schwierigen Ausstieg, ELGA= Experiment, absichtliche Hürden bei Ausstieg
03.01.14	Der Standard	Elektronische Gesundheitsakte gestartet	ELGA = Katapult ins 21. JH; Gesundheitsminister empfiehlt Teilnahme; Abmeldung möglich; ELGA = Überblick über Krankengeschichte; ELGA = bessere Diagnosen und Behandlungen; ELGA = Transparenz; Hausärzte empfehlen Opt-Out
03.01.14	futurezone.at	ELGA-Portal erhitzt Gemüter schon zum Start	
02.01.14	Der Standard	Mit Elga per Mausklick Schluss machen	Abmeldung v ELGA per Bürgerkarte/Handysignatur/Brief/Telefonat; Einrichtung Wiederspruchstelle; Austritt vor Eintritt; Kopplung d Krankenhäuser nach und nach; Verwendungsrecht f Ärzte
02.01.14	Die Presse	Neues Portal: Hindernislauf zur Gesundheitsakte	Inbetriebnahme vor Datenbefüllung; Abmeldung mit hohem Bürokratieaufwand; ELGA = Informationssystem mit Krankengeschichte; Zugriff f bestimmte Einrichtungen; Ausschluss bestimmter Einrichtungen; zeitlich begrenzter Zugang; Betriebnahme stufenweise ab Herbst; ELGA = Kostensenkung & Steigerung der Behandlungsqualität; Errichtungskosten n 1 Jahr wieder hereingespielt; ELGA = Verwaltbarkeit der Daten auch f Patienten; Abmelden telefonisch, online; Ärzte: Zeitaufwand/Angst vor Transparenz/Protokollierung/Nachvollziehbarkeit
01.01.14	Die Presse	Gesundenakte: Einspruch ist ab heute möglich	Inbetriebnahme; einzige Funktion Abmeldung/Einspruch; ELGA = Überprüfbarkeit v Patientendaten; Abmeldung schriftlich/telefonisch; Einrichtung Widerspruchsstelle SV; ab 2014 eigene Ombudstellen; Seniorenorganisationen f ELGA; ÄK gegen ELGA: Usability/Mehraufwand/Behinderung
Jahr 2012 (GP3)			
31.12.12	Der Standard	Wiener Ärztekammer gibt Gutachten über ELGA in Auftrag	ÄK lässt verfassungsrechtliches Guthaben verfassen;
27.12.12	TV	Heute Konkret	
27.12.12	futurezone.at	Datenschutz: 3 Beamte für 16.000 Akten	
12.12.12	Die Presse	Gesundheitsreform: Stögers Gespür fürs Séparée	Gesundheitsreform allgemein
11.12.12	Die Presse	Gesundheitsrefom: Wie ein krankes System gesunden soll	Gesundheitsreform allgemein; FPÖ: Empfehlung Opt-Out
10.12.12	Der Standard	Patientenanwalt: "Genügend Geld da, das unnötig ausgegeben wird"	Gesundheitsreform allgemein; ELGA = Sicherung der Versorgung durch Information; schlechter Informationsstand der Bevölkerung; Desinformationskampagnen; Informationsoffensive notwendig;

08.12.12	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Gesundheit an erster Stelle! / Gesundheitsreform	Krampustag als gutes Datum f Gesundheitsrute; Ärzte informieren Bevölkerung über Gesundheitsreform; f EMS sei genug Geld vorhanden aber bei Gesundheit wird gespart; / Ärzteschaft operiert mit Kettensägen, Gedicht gegen Ärzteprotest
06.12.12	Kronen Zeitung	Gesundheitsreform: Ärzte verschärfen Protest	Ärzte kritisieren die Gesundheitsreform allgemein; Einsparungen; Bachinger sieht Reform überfällig; Stöger: Falschinformationen; Karikaturen
06.12.12	Wiener Zeitung	"IT betrifft uns alle"	Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche; Information & Kapital = globalisiert; ELGA = Trägheit eines notwendigen Projekts; ELGA= Einsparungspotential in Verwaltung; Technologie = Bedrohung/Unverständlich
30.11.12	Der Standard	Hypokratisches Possenspiel	Ärzte verweigern technischen Fortschritt; Vermögensdaten längst digitalisiert; Korruption im Gesundheitswesen; ELGA= Effizienzsteigerung & gesünder f Psyche d Ärzte;
29.11.12	Die Presse	"Hausärzte sollen an Wochenenden zur Verfügung stehen"	Gesundheitsreform allgemein
28.11.12	Wiener Zeitung	Elga: Ärztekammer beschließt Prüfung	ELGA = verfassungswidrig; Information = mündiger Patient
28.11.12	Der Standard	ELGA: Wiener Ärztekammer will verfassungsrechtliche Prüfung	ELGA = verfassungswidrig;
28.11.12	futurezone.at	Stöger: App soll Patientensicherheit steigern	
27.11.12	Die Presse	Die auffällige Einäugigkeit der Ärztekammer-Funktionäre	Desinformationskampagne; Schreckensszenarien; fehlende Information = negativ f med Behandlung; Ärzte sind keine IT-Spezialisten (Datenschutz); E-Medikation: hohe Wechselwirkungsanzeigen = Systeme effizient; Manipulation; Gegenposition
25.11.12	TV	Im Zentrum	
22.11.12	Kronen Zeitung	Ärzte drohen mit weiteren Kampfmaßnahmen	Kampagne v Ärzten gegen Gesundheitsreform; Einsparungen als Hauptkritik;
22.11.12	Wiener Zeitung	Hauptverband stellt Forderungen an Ärzte	Gesundheitsreform allgemein
21.11.12	Kronen Zeitung	Ärzte protestieren gegen die Gesundheits-Politik	Gesundheitsreform allgemein; Einsparungen; Demonstration im Wiener Museums Quartier; Ärzte kritisieren fehlende Mitsprache bei Reform; Szekeres: Kritik an geplanter ELGA: zu großer zeitlicher Aufwand f Ärzte; Stöger: Verunsicherung durch Ärzte, Reform sei Versorgungssicherheit, Gewährleistung v Qualität; Wegfallen v teuren Mehrfachuntersuchungen; Pilz wirft ÄK Angstmache vor, Ärzte fürchten um Machtposition;
21.11.12	Der Standard	Elf-Milliarden-Paket als Weihnachtsüberraschung	Gesundheitsreform allgemein

20.11.12	Die Presse	Iatrogene Hysterie	Desinformationskampagne; Mobilisierung für eigene Sache; Machtpolitik; Ausschluss der ÄK aus wichtigen Entscheidungen

19.11.12	Der Standard	Gesundheitsreform: Seh ich weg von dem Fleck, ist die Ärztekammer weg?	Desinformationskampagne; Mobilisierung für eigene Sache; Machtpolitik; Ausschluss der ÄK aus wichtigen Entscheidungen
16.11.12	Der Standard	Podiumsdiskussion: eHealth ist mehr als ELGA	ELGA = bessere Position f Patienten; ELGA = effizientere Organisation & Hilfe; Molekularbiologie & Informationstechnologie = Zukunft des Gesundheitswesens
14.11.12	Kronen Zeitung	ELGA beschlossen	ELGA beschlossen; Ärztekammer wettert gegen ELGA
14.11.12	Der Standard	Strenger Datenschutz gilt nicht in allen Ländern	ELGA = Machtwerkzeug der Politiker; besserer Datenschutz als bei Datenschutzgesetz; Föderalismus stellt Probleme für Datensicherheit in Spitälern
14.11.12	Der Standard	Patientenanwältin Pilz: "Die jetzige Situation ist um nichts sicherer"	Patienten durch ELGA gestärkt; derzeitige Datensicherheit verbessert sich durch ELGA (rechtlicher Rahmen); ELGA = Machtverschiebung hin zu Patienten
13.11.12	TV	Heute Leben: Elga - Studiogespräch	
13.11.12	Wiener Zeitung	Leserforum: Elga, Tierschutz, Politikergehälter	
13.11.12	Der Standard	ELGA im Nationalrat beschlossen	ELGA im Nationalrat beschlossen; ÖVP & SPÖ dafür; Opposition dagegen; ELGA = mehr Qualität; Risiken: Datenschutz; FPÖ: Daten werden EU-weit einsehbar;
13.11.12	Der Standard	Nationalrat beschließt heute ELGA	Informationssystem = Zugang; Opt-Out; Dezentralität; limitierter Datenzugriff; Möglichkeit zum Verändern durch Patienten
13.11.12	futurezone.at	Nationalratsbeschluss: ELGA kommt Ende 2013	
12.11.12	Wiener Zeitung	Tagesordnung	Programm für Nationalratstagung
11.11.12	Die Presse	Marathonwoche: Nationalrat bringt ELGA auf den Weg	Nationalratsbeschluss; Kritik von Ärzten und Datenschützern
10.11.12	Kronen Zeitung	Kein ELGA ohne Zustimmung: Schon 100.000 Unterschriften	100.000 Personen unterschrieben Protestliste gegen ELGA d ÄK; ÄK: Missbrauch v Persönlichen Daten zu befürchten, ELGA= enorme Kosten f Steuerzahler, Arzt hat weniger Zeit f Patienten; 28.532 Personen protestierten in Wien gegen ELGA; Szekeres: große Ängste & Sorgen d Patienten; ELGA soll freiwillig, datensicher & kostengünstig sein
09.11.12	Der Standard	Wehsely: Kein Verständnis für Ärztekammer-Kritik an Gesundheitsreform	ÄK resistent gegen Veränderungen; Lobbying; Desinformationskampagne
04.11.12	Die Presse	Faymann sollte sich "der Verantwortung stellen"	Vorsicht vor Facebook & ELGA; ELGA = Internetkonzerne (?!); Korruptionsproblem in Österreich; Datensammlungen (VDS) problematisch, auch ELGA; leichtfertiger Umgang mit Daten;
02.11.12	Der Standard	Ärztekammer sammelte mehr als 100.000 Unterschriften gegen ELGA	Unterschriftenaktion der ÄK gegen ELGA; Volksbegehren erwogen; VfGH-Klage erwogen; Definition von Gesundheitsdaten hinterfragt
28.10.12	TV	Hohes Haus: Zeger	
28.10.12	TV	Hohes Haus	

28.10.12	TV	Hohes Haus	
28.10.12	Radio	Matrix	
25.10.12	Der Standard	Big Brother Awards für Google und absenten Parlamentarier	ELGA erhält Publikumspreis bei Big-Brother-Awards
25.10.12	Der Standard	Zweifel an Datenschutz: ÖVP-Abgeordnete Hakl stimmte gegen ELGA	keine Datenverschlüsselung
25.10.12	Radio	Digital.Leben	
24.10.12	Der Standard	Hearing im Gesundheitsausschuss vor Abstimmung	Freiwilligkeit; Opt-Out; Benutzerfreundlichkeit; Österreich wird zum europäischen Vorbild; ELGA = Weg in das 21. Jahrhundert;
24.10.12	futurezone.at	ELGA passiert Gesundheitsausschuss	
22.10.12	futurezone.at	Web-Portale können den Arzt nicht ersetzen	
22.10.12	Radio	Radiodoktor	
12.10.12	Kronen Zeitung	Das freie Wort: ELGA	Freiwilligkeit v Ärzten / Patienten führt Intention v ELGA ad absurdum; Politik will Techno- und Bürokratenmediziner; Ärzte sollen Zeit in Anamnese & Untersuchung investieren; ELGA wird Menschen v Arztbesuch abhalten; Geld sollte Patienten anstelle v EDV-Firmen zugute kommen
10.10.12	Wiener Zeitung	Ärztekammer will Elga-Baustellen richten	ÄK hegt weiterhin Bedenken; Forderung eines Experten-Hearings
10.10.12	Der Standard	Ärztekammer fordert Änderungen und Expertenhearing	ÄK hegt weiterhin Bedenken; Forderung eines Experten-Hearings
10.10.12	Der Standard	Patientenanwalt: Ärzte bei ELGA-Verweigerung für Behandlungsfehler haftbar	Datensicherheit ein Ding der Vergangenheit; ELGA = höchste Datenschutzstandards; Ökonomische Interessen an Daten; ELGA = bessere & bequemere Behandlung; ELGA = mehr Empowerment und Patientenmündigkeit; Fall des ärztlichen Informationsmonopols; ELGA = ungerichtete Kommunikation; sensible Gesundheitsdaten verstecken; ELGA = mehr Transparenz; Scheitern und Gelingen von vergleichbaren E-Health-Angeboten
10.10.12	Die Presse	Elektronische Gesundheitsakte: Ärzte fordern Expertenhearing	ÄK fordert Änderungen; hohe Komplexität d Systems; Mangel an Benutzerfreundlichkeit; Kritik: keine Freiwilligkeit;
09.10.12	Wiener Zeitung	Patient nicht mehr "Datenträger"	ARGE DATEN: Kostenexplosion; Patient nicht mehr Datenträger; Zugriff nur für bestimmte Gruppen; Österreicher*innen f. ELGA (Umfrage)
09.10.12	Der Standard	"Das steht eh in der Elga, schauen Sie bitte nach"	ELGA = Informationen zu eigener Gesundheit; relevante vs. irrelevante Daten; Handschriftliches arbeiten vs. Arbeiten am Computer; mangelnder Informationsstand zu ELGA
09.10.12	Der Standard	Ministerrat beschließt ELGA	ELGA = mehr Qualität im Gesundheitswesen; ELGA = Kostensenkung

09.10.12	Der Standard	Steinhauser: "Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ELGA geknackt wird"	ELGA = ermöglicht Missbrauch; ELGA = System für Bürokraten; ELGA = Datenverfügbarkeit; ELGA = zu teurer Speicher f. Krankenhäuser; zentrales Portal = Risiko für Missbrauch; ELGA = Goldgrube für Pharmaindustrie/Kriminelle; Sicherheitskonzepte sind zu teuer; ELGA = ersetzt mangelnde Sachkenntnis nicht (Wechselwirkungen)
09.10.12	Die Presse	Krankenakte: Ärztekammer weiterhin unzufrieden	ELGA = Geldverschwendung; ELGA = keine Freiwilligkeit; Patient*innen sehen die Reform als dringend (Umfrage)
09.10.12	Die Presse	Sinnvolle Erpressung	ELGA unverhinderbar; ELGA = verringerter Verwaltungsaufwand, mehr Wissen, besserer Datenschutz; Ärzte-Haftung; ELGA = höhere Effektivität d. Gesundheitssystems
09.10.12	Kronen Zeitung	Politische Einigung über ELGA	Entscheidung nach langem Gezerre; ELGA= digitale Speicherung v Gesundheitsdaten; Behandlung im Ministerrat; Datenzugriff erfordert Berechtigung; Patienten sehen jeden Zugriff; Ärzte müssen Daten nicht speichern; Befundspeicherung möglich; Kosten werden durch Ersparnisse wieder hereingebracht;
09.10.12	futurezone.at	Regierung segnet ELGA ab	
08.10.12	Wiener Zeitung	Ein Segen für die Patienten	ELGA = Dokumentation; hohe Kosten f. Einrichtungen; Datenmenge f. Ärzte nicht zu bewältigen; ELGA = Einsparungen im Gesundheitssystem; Patienten befürchten Missbrauch (Arbeitgeber); Mehrwert für Patienten - schnelleres "Gesamtbild"
08.10.12	Wiener Zeitung	Elga kommt ab 2014	ELGA = Patientensicherheit; Schwierigkeit des Projektes; Verpflichtungen für Ärzte; "Facebook-Regelung" = uneingeschränkter Zugang zu Daten (ARGE DATEN); ELGA= Mündigkeit für Patienten
08.10.12	Wiener Zeitung	ELGA ruft gemischte Gefühle hervor	Wirtschaft sieht ELGA positiv; ELA = Transparenz & Kostensenkung; FPÖ: Korruption; ÄK: Patientenrechte & Datenschutz vernachlässigt; BZÖ: Grundrechte verletzt & Missbrauchsermöglichung; Grübe: Missbrauchsermöglichung & bedrohte Bürgerrechte
08.10.12	Wiener Zeitung	ELGA kommt ab 2013 in die Arzt-Praxen	ELGA = elektronische Speicherung; ELGA = bessere & sicherere Behandlung, ELGA = garantierte Verfügbarkeit von Dokumenten; ELGA = Haftung der Ärzte bei Fehlern; Opt-Out; Usability nachgebessert; Verhandlungserfolg Wirtschafts- und Gesundheitsministerium
08.10.12	Wiener Zeitung	Wissen: Was steckt hinter ELGA	ELGA = Zugänglichkeit; Zugriff = limitiert; ELGA = Transparenz (nachvollziehbar); Teilnahme = freiwillig; Ärzte - größere Haftung bei Nichtbeachtung; Befunde ausblendbar (Abtreibung; Viagra); ELGA =Standardisierung; Ausschluss von Arbeitgebern etc.
08.10.12	Wiener Zeitung	"Elga darf kein Datenfriedhof werden"	Sinnhaftigkeit des systemischen Aufbaus ist zu überprüfen; Metadaten sind einzubeziehen; Management von großen Datenmengen im System; Scheitern des Systems in England aufgrund falschen Aufbaus; Positivbeispiele Dänemark & Australien
08.10.12	Der Standard	Elga, eine typische Österreicherin	ELGA = Patient erhält Datenhoheit; Verwendungsrecht; schwammiges Gesetz (Ärzte weniger Verpflichtung/Verantwortlichkeit); gescheiterte E-Health-Projekte andere Länder; ELGA = Informationshoheit/Vergleichbarkeit/Kostensenkung

08.10.12	Der Standard	Fragen und Antworten zu ELGA	ELGA = Kommunikation (Informationsfluss), Verschiebung der Verantwortung (Patient -> Einrichtung), ELGA = Einsparungen, Ort der Speicherung; ELA = Vernetzungssystem, Ausschluss von Betriebsärzten/Arbeitgebern/Behörden/Versicherungen/Kassenchefärzte, keine 100% Sicherheit; Profit = Ausschreibungsregelung
08.10.12	Der Standard	Ärztekammer kann sich weiter nicht mit ELGA anfreunden	ELGA = mehr Patientensicherheit & weniger Fehler, fehlende Freiwilligkeit, ökonomisches Interesse an Gesundheitsdaten gefährlich, FPÖ: Korruption, BZÖ: Verletzung der Grundrechte
08.10.12	Der Standard	Stöger und Rasinger präsentieren ELGA-Entwurf	Freiwilligkeit basiert auf Opt-Out, ELGA = bessere & sichere Behandlungen, Haftung für Ärzt*innen - Garantie d. Behandlung nach Forschungsstand, Möglichkeit einzelner Streichungen (Viagra), schwieriger politischer Prozess (=Schwangerschaft und Geburt)
08.10.12	Der Standard	Die wichtigsten Fragen und Antworten zu ELGA	Automatische Teilnahme, gesteigerte Zugänglichkeit von Daten (z.B. Befunden), Wahlärzte auf Patientenwunsch, graduelle Zugangsbeschränkungen, kein Zugang für Arbeitgeber*innen/Behörden/Versicherungen/Betriebsärzt*innen
08.10.12	Der Standard	Gesundheitsakte ELGA nicht für alle Ärzte verpflichtend	Beteiligungspflicht; Verwendungsrecht; Arzthaftung; Volltextsuche erforderlich; Opt-Out (Patient);
08.10.12	Die Presse	ELGA: Patienten dürfen sich abmelden	finales Ergebnis zäher Verhandlungen; ELGA = gesundheitl. Lebenslauf; Dezentrale Speicherung; beschränkter Zugang; Ausschluss bestimmter Akutere, Zwangscharakter; Zweifel bei Datensicherheit; hohe Investitionskosten
08.10.12	futurezone.at	ELGA-Ministerratsentwurf ist fertig	
04.10.12	Wiener Zeitung	ELGA auf der Zielgeraden	Freiwilligkeit bleibt für Patienten, nicht jedoch f. Ärzte, Nachschärfung beim Datenschutz, Verbesserung der Usability (Ärzte)
04.10.12	Der Standard	ELGA-Verhandlungen stehen vor Abschluss	Freiwilligkeit bleibt für Patienten, nicht jedoch f. Ärzte, Nachschärfung beim Datenschutz, Verbesserung der Usability (Ärzte)
03.10.12	Die Presse	Koalition sucht jetzt Kompromiss bei Gesundheitsakte	Verhandlungen, Verpflichtende Einführung, Selbstverwaltung der Daten durch Patient*innen, Datenschutzrechtliche Änderungen
30.09.12	Der Standard	ELGA: Reformieren auf österreichisch	Verhandelnde Parteien sind selbst Ärzte, ELGA = Revolution im Gesundheitsbereich, Med. Einrichtungen wird Kommunikation ermöglicht, Kontrolle für Patienten, Kostenfrage, Ärzte= medienhoheitliche Instanz
20.09.12	Der Standard	Regierungsverhandlungen zu ELGA starten	
19.09.12	Der Standard	Gesundheitsreform: ELGA, das unbekannte Wesen	Informationskampagne zu ELGA erforderlich, Ärzte nutzen ihre Autoritär für Desinformation, Vorteile sind einfach zu erklären, Unwissenheit in Bezug auf ELGA
19.09.12	Der Standard	Ärzte zeigen Sparwillen - bei Spitälern	Informationskampagne vor ELGA-Einführung notwendig, Wissen zu ELGA & Gesundheitsdaten sehr beschränkt, Patient*innen hoffen auf Vorteile von ELGA, Angst vor unerlaubten Zugriffen (Arbeitgeber)

19.09.12	Der Standard	Ärztekammer: Einspar-Potenzial von 320 Mio. bei Ambulanzentlastung	Verhandlungen mit ÄK erfolglos, ELGA bedeutet massives Chaos bei Einführung und stört den Betrieb

18.09.12	Wiener Zeitung	Eine Revolution namens Elga	ELGA =technische Revolution des Gesundheitssystems, Einblicke und Entscheidungsmöglichkeiten für Patienten, ELGA führt zu Verzögerungen wegen schlechter Struktur, Zwangscharakter, Datenschutz und Datensicherheit, Dezentralität, Organisation in Indexform, Regelungsmöglichkeiten des Zugriffs, Massendatenabfragen unmöglich
18.09.12	Wiener Zeitung	"Die technische Infrastruktur für ELGA steht"	Betreuung der Patientenstammdaten durch ITSV, Überprüfungsverfahren für Zugang zu Daten, Freigabe der Daten durch Patient*innen, gesetzliche Sicherheitsmaßnahmen, geregelter Zugang zu unterschiedlichen Daten, Massendatenabfragen unmöglich, höchste Vorkehrungen gegen Missbrauch, hohe Investitionskosten wieder hereingespielt, Kosteneinsparungen durch Mehrfachhandlungen, mehr Patientensicherheit
Jahr 2011 (GP2)			
30.12.11	Die Presse	Mit „Trick 17“ gescheitert	E-Mediakation als Pilotprojekt, Korruptionsfall (Auftrag ohne Ausschreibung vergeben), ELGA ist probates Mittel zur Effizienzsteigerung
30.12.11	Die Presse	E-Medikation: Neue 10.000-Euro-Strafe für Hauptverband	E-Mediakation als Pilotprojekt, Korruptionsfall (Auftrag ohne Ausschreibung vergeben), ELGA ist probates Mittel zur Effizienzsteigerung
26.12.11	Wiener Zeitung	Der mündige Patient	Problem der Doppelbefunde & falschen Medikamente, fehlende Transparenz verhindert Heilung, Kosten für Gesundheitssystem, ELGA = bessere Daten = bessere Behandlung, Allgemeinmediziner dagegen wegen Vertrauensverhältnis (Rolle gefährdet), ärztliches Gespräch verliert an Bedeutung, Datenschutz, kein Zugriff für Betriebsärzt*innen, neudefinierte Rolle des Arztes (Vertrauen durch Wissen und Empathie)
26.12.11	Wiener Zeitung	Mitterlehner will Ärztekammer im Elga-Boot wissen	Verzögerung des Gesetzes, Kammernwahl (ÄK) als Hindernis, Einbezug der Ärzte wichtig, Probleme mit Datenschutz und Kosten, Wirtschaftsministerium sieht ELGA positiv
26.12.11	Der Standard	Mitterlehner rechnet bei ELGA mit weiterer Verzögerung	Verzögerung des Gesetzes, Kammernwahl (ÄK) als Hindernis, Inserate der ÄK vor Gesprächen, ELGA: Speicherung von ges. Dokumenten & abrufbar f Patienten, Opt-Out-Regelung geplant, Wirtschaftsministerium sieht ELGA positiv
26.12.11	Die Presse	ELGA: Elektronischer Gesundheitsakt verzögert sich	Datenschützer & Ärzte gegen ELGA, Verzögerung des Gesetzes aufgrund d Widerstandes, Wirtschaftsministerium sieht ELGA positiv, Inseratenkampagne (ÄK) vor Gesprächen, keine zentrale Speicherung lediglich Verknüpfung, Gefahr des Datendiebstahls
20.12.11	Der Standard	Wem schadet Elga?	Fall von Doppelbefundung, Nutzen von ELGA für Patient*innen würde überwiegen, finanzielle Interessen der Ärzte vermutet, Datenschutz muss Priorität haben, Nutzen von ELGA überwiegt Risiken
20.12.11	Der Standard	Verschwörungstheorien aus der Fabelwelt	Feindbild Ärzteschaft generiert, Patienten besitzen Patientendaten, Wissenszuwächse durch industriegewollte Megaprojekte bedeuten keinen Patientenhoheit über Daten, Verschwörungstheorien über Ärzteschaft

19.12.11	Die Presse	In der ELGA-Debatte braucht es Sachlichkeit, keine Polemik	ELGA soll Öffentlichkeit "aufrütteln", ELGA ist gesellschaftspolitisch brisant, Bedenken der ÄK werden ignoriert, Gesetzesentwurf aufgezwungen, ELGA nimmt Zeit die Ärzte für andere Aufgaben benötigen (Dokumentation), Freiwilligkeit wichtig,
18.12.11	Der Standard	Elektronische Gesundheitsakte heuer nicht mehr im Ministerrat	ELGA soll medizinische Daten vernetzen und für alle abrufbar machen, Kritik von Datenschützern und Ärzten, Kosten sollen wieder hereingespielt werden, Sensible Daten ausgeschlossen
18.12.11	futurezone.at	"Feinjustierungen" verzögern ELGA-Gesetz	
12.12.11	Die Presse	Streit um ELGA: Keine Angst, die Patienten bleiben angezogen	Desinformationskampagne, Angst vor digitaler Vernetzung, ELGA bedeutet Effektivität, Evidenz und bessere Versorgung,
11.12.11	Der Standard	"Patienten können selbst entscheiden"	Bürger für ELGA, wenig Wissen über ELGA, Vernetzung bedroht Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient, Datenschutz zentrales Anliegen, ELGA soll als staatliches Angebot betrachtet werden, Zugriff soll reglementiert werden (nicht jeder darf alles sehen), mobile Lösungen (USB) besser als vernetzte, Gefahr des Hackings (Datensicherheit), Kosteneinsparung vs. Investitionskosten
09.12.11	Der Standard	Die Ärztekammer vertritt die Interessen der Ärztekammer	Widerstand gegen ELGA als Ablenkung von anderen Problemen d. ÄK (Medizinermangel), zwei zentrale ELGA-Probleme: Datensicherheit (Hacking) und Zugriff auf sensible Daten durch (private) Krankenversicherungen
01.12.11	Die Presse	Die Furcht der Ärzte vor der Elektronischen Gesundheitsakte	die Haltung der ÄK verärgert, Abwehr gegen neue Effizienz & Digitalisierung, Haftbarkeit eigentliches Motiv der ÄK, ARGE Daten sieht "Eingriff in die Grundrechte", Datenschutzproblematik
01.12.11	futurezone.at	Hausärzteverband: „Wollen ELGA nicht“	
30.11.11	Die Presse	Gesundheitsakte: Ärzte fürchten neuen „Skylink“	Hohe Investitionskosten von ELGA (ÄK-Kritik), Geld wäre andernorts besser verwendet
30.11.11	futurezone.at	„E-Medikation ist ein Rohrkrepierer“	sehr unterschiedliche Positionen zu ELGA, Finnland als Vorbild (finnischer E-Health-Experte), ELGA als Kontrollinstrument der SV, Überwachung d. Ärztinnen, mehr Berechtigungen der Patient*innen, Vertrauen in d. staatl. System,
28.11.11	Der Standard	Auf dem Land fehlen junge Ärzte	ELGA von Bevölkerung positiv wahrgenommen, Desinformationskampagne der ÄK, Transparenz wird positiv bewertet, Misstrauen gegenüber Motive d. Ärzt*innen, geringes Wissen um elektronische Gesundheitsdaten
28.11.11	Der Standard	E-Health - Bevölkerung laut Umfrage zu 80 Prozent dafür	ELGA von Bevölkerung positiv wahrgenommen, Desinformationskampagne der ÄK, Transparenz wird positiv bewertet, Misstrauen gegenüber Motive d. Ärzt*innen, geringes Wissen um elektronische Gesundheitsdaten
28.11.11	Der Standard	80 Prozent für Elektronische Gesundheitsakte	ELGA von Bevölkerung positiv wahrgenommen, Desinformationskampagne der ÄK, Transparenz wird positiv bewertet, Misstrauen gegenüber Motive d. Ärzt*innen, geringes Wissen um elektronische Gesundheitsdaten
26.11.11	TV	Bewusst Gesund	

26.11.11	Kronen Zeitung	ELGA kostet Sie Ihr letztes Hemd!	Bild einer nackten Frau; E-Health-Projekt in Großbritannien gescheitert; ELGA kostet viel und funktioniert nicht; Geld wäre besser f Kranke verwendet; Steuerzahler wird zur Kasse gebeten
25.11.11	Der Standard	Ärztevertreter stimmte grundsätzlich für ELGA	Umschwenken der ÄK, Bekenntnis zu E-Health-Technologie-Nutzung, Modernisierung des österreichischen Gesundheitswesens, derzeitiger Entwurf abgelehnt
24.11.11	Der Standard	Der Kampf um die Kontrolle im Netz	Daten sind wertvolles Gut, Daten sind stets bedroht (Hacker), ELGA dennoch positiv
23.11.11	Wiener Zeitung	Elga kommt - auch gegen Widerstand der Ärztekammer	ELGA als zerstörender Faktor, ELGA = Kontrolle der Ärzteschaft, Investitionskosten sollen wieder hereingespielt werden, Datensicherheit, durch ELGA erhalten Unbefugte Zugriff auf sensible Daten, Doppelbefundungen Opt-Out-Möglichkeit, ELGA = weniger Vertrauen, mehr Verwaltung, Patient erhält mehr Kontrolle über seine Daten
23.11.11	Der Standard	Kämmerliche Gesundheitsalarmisten	Vergleich mit Dänemark (besitzt ähnliches Modell) bringt Hoffnung, Desinformationskampagne der ÄK, ELGA ermöglicht Qualitätskontrolle & Transparenz auch für Patient*innen
23.11.11	Der Standard	Die "rosa" Sicht auf Elga	Wolfgang Sobotka für die ELGA
21.11.11	Die Presse	ELGA: Die Stasi lässt grüßen	ELGA führt zu totalitärem Überwachungsstaat, vernetzte Daten sind anfällig für Missbrauch durch Dritte (Hacker, …), WikiLeaks-Kontext, kein elektronisches Speichermedium ist sicher, Papierform bleibt die sicherste Form
18.11.11	TV	Konkret	
17.11.11	Der Standard	Kritik an Elga und Pensionserhöhungen	ELGA bedeutet Fortschritt, Information = bessere Behandlung,
16.11.11	Der Standard	Elga und die Angst vor dem ärztlichen Machtverlust	Ärzte fürchten Machtverlust, Desinformationskampagne, verletztes Vertrauensverhältnis, Fall eines "Informationsmonopols", Machtverhältnisse verändern sich
16.11.11	Der Standard	ELGA: Ärztekammer verschärft Gangart	Informationsaustausch wichtig, Freiwilligkeit bei Teilnahme gefordert, Vertrauensverhältnis & Verschwiegenheitspflicht untergraben
16.11.11	Die Presse	E-Medikation: Hauptverband droht weitere Geldstrafe	E-Medikation-Pilotprojekt widerspenstig
16.11.11	TV	Club 2	*Siehe Transkript ORF*
14.11.11	Kronen Zeitung	Stöger verteidigt ELGA	Stöger verteidigt ELGA; Etablierung moderner Kommunikation im Gesundheitswesen; Elga= bessere Qualität; Elga= mehr Transparenz; Datenschutz vs Menschenschutz; Opposition übt massive Kritik an Elga; ÄK: Minister ignoriert Privatsphäre
13.11.11	Wiener Zeitung	Stöger für mehr Kontrollen	ELGA = mehr Transparenz und Effizienz, Datenschutz steht im Vordergrund, Datenschutz und Menschenschutz im Konflikt, Wechselwirkungen, Zugang zu Daten geregelt, ELGA soll bundesweite Regelung sein (Verantwortlichkeit zentral), Datenschutz als Grundrecht verletzt, Privatsphäre wird ignoriert
13.11.11	Der Standard	Stöger hält an Plänen zu ELGA fest	Datenschutz vs. Menschenschutz, mehr Transparenz und Effizienz, Medikamentenwechselwirkungen & vermeidbare Krankenhausaufenthalte, Einheitlichkeit österreichweit

13.11.11	Kronen Zeitung	ELGA stellt Sie vor anderen bloß!	Bild einer nackten Frau; Patienten werden gläsern; mehr als 100.000 Personen erhalten Zugang z Krankenakte; Daten gelangen leicht zu Arbeitgeber
13.11.11	TV	Pressestunde	
08.11.11	Wiener Zeitung	Elga: Das Chaos soll Gesetz werden	Inseratenkampagne ÄK, ELGA bedeutet negative Transparenz, ELGA ist Folge eines internationalen Trends (Stöger), Vorteile wurden nicht gut kommuniziert (Gesetz unverständlich formuliert), Stellungsnahmen im Begutachtungsverfahren, Land Salzburg gegen den Entwurf aufgrund Kosten & fraglichen Nutzen, generelle Kritik von ÄK & Datenschützern
07.11.11	futurezone.at	Ärztekammer setzt Kritik an ELGA fort	
05.11.11	Kronen Zeitung	ELGA kostet Sie Ihr letztes Hemd!	Bild eines nackten Mannes; Zwangsverpflichtung; hohe Kosten; Geld fehlt in Pflege
04.11.11	Der Standard	Elga soll sich nach nur einem Jahr rechnen	Dringlichkeit des politischen Projekts, Kosteneinsparungen durch ELGA, Vermeidung von Doppelbefundungen, falscher Medikation, Datenschutz vs. Menschenschutz, Innovation: "Quantensprung", gegenseitige Transparenz, Angst vor Kontrolle ("Haftungsfrage"), ÖVP dagegen
04.11.11	Der Standard	ELGA soll Kosten in einem Jahr wieder hereinspielen	Kosten werden wieder hereingespielt, Vermeidung von Spitalseinweisungen, Limitierter Zugang, Datensicherheit wird priorisiert, Einziger Gegner ist ÄK, Bedrohung durch System: finanzielle Motive wegen Einsparungen,
04.11.11	Die Presse	Online-Krankenakte: Befunde zehn Jahre lang im Netz	Dringlichkeit des politischen Projekts, Gefahr durch Hacker (Kontext: WikiLeaks, Anonymus) verstärkt Zweifel an Projekt, Geheime psychiatrische Daten (z.B. Kindesmissbrauch), keine zentrale Speicherung - Aufteilung auf mehrere vernetzte Datenbanken
04.11.11	Die Presse	Gesundheitsakte verschlingt 130 Millionen Euro	Kosten werden wieder hereingespielt, Vermeidung von Doppelmedikationen und Befunden, Opposition der ÄK & ÖVP
04.11.11	futurezone.at	ELGA soll 130 Millionen Euro kosten	
03.11.11	Der Standard	Heftiger Widerstand aus der Opposition	Zentralisierte Kontrolle, hohe Kosten, Gesetzesentwurf nicht akzeptabel
02.11.11	Der Standard	ELGA: Ärztekammer warnt vor "Datenklau"	ELGA ist eine Bloßstellung der Patienten, Inseratenkampagne, Finanzielle Mittel könnten für andere medizinische Leistungen verwendet werden, hohe Kosten, Datenklau wird ermöglicht
02.11.11	Die Presse	Kampagne gegen Gesundheitsakte: Ärzte warnen vor ELGA	ELGA ermöglicht Datenmissbrauch, Verlust der Privatsphäre
02.11.11	futurezone.at	ELGA für Ärztekammer "Datenmoloch"	
Jahr 2007 (GP1)			
23.05.07	Wiener Zeitung	Speicherung nur freiwillig	Stimmung für ELGA in der Bevölkerung positiv, Freiwilligkeit
13.05.07	Der Standard	Detailplanungen für Elektronische Gesundheitsakte können beginnen	
07.05.07	Der Standard	E-Card als "Erfolgsstory" präsentiert	Angst vor dem "gläsernen Menschen", Gläserne Mensch der Zukunft,

07.05.07	Der Standard	Ärzte fürchten "Big Doctor"	Risiken: Stigmatisierung, Verwendung der Daten durch unautorisierte Personen*gruppen, Informationskontrollen in wessen Händen (Ärzte vs. Sozialversicherungen), Gläserner Patient wichtiger als toter Patient
04.05.07	Der Standard	Start für ELGA-Pläne	ELGA als staatliches Projekt, Innovationsprojekt, Bessere Information = Bessere Behandlung, Lebensrettung, Transparenz,
03.05.07	Der Standard	Widerstand gegen ELGA	Zustimmung zu ELGA bei den Bürger*innen, ÄK: Führt in totalitären Überwachungsstaat, Datenvernetzung bedeutet zu viel staatliche Kontrolle, Freiwilligkeit extrem wichtig
04.05.07	Die Presse	Protest der Ärzte: Wahnsinn ohne zu wissen, was es kostet	Wiener Ärztekammer bekämpft ELGA; hohe Kosten; Ärzte sollen Daten verwalten; Datenmissbrauch; gestörtes Vertrauensverhältnis;
02.05.07	Der Standard	Der gläserne Patient	Forcierung durch privatwirtschaftliche Akteur*innen (lukratives Geschäft), Technik nicht Selbstzweck, Komplexität des Systems verursacht Ängste, Individuelle Gesundheitsprobleme vergleichbar/nicht vergleichbar, Datenschutz (sensible Daten), Folge eines internationalen Trends (alternativlos)
28.03.07	Die Presse	ELGA: Man muss Ärzte an Bord holen	Weltgesundheitskongress zu E-Health; Erfolg von Österreich im internationalen Vergleich; Kritiker: Datensicherheit; Kriminalität lässt sich nicht verhindern; Widerstand gegen E-Health ist zwecklos
17.03.07	Der Standard	"Daten elektronisch besser geschützt"	Datenschutz durch digitale Speicherung verbessert (vgl. Papier - wer kann es einsehen), weniger Verluste von Befunden (Kontrolle), Einführung einer Standardisierung
15.03.07	Der Standard	Elektronische Patientenakte: "Rat mal, wer Intimstes abrufen darf?"	Datenschutz, Effizienzsteigerung (weniger Wege, Aktenordner), Systemvergleich mit Google, Folgen eines internationalen Trends, EU-forciert, Forcierung durch privatwirtschaftliche Akteur*innen, Effizienzsteigerung, hohe Kosten
08.03.07	Wiener Zeitung	Gläserne Patienten, Ärzte und Spitäler	Nutzen: Detaillierte Erfassung der medizinischen Vorgeschichte, beidseitige Transparenz & Kontrolle (wer greift zu), besserer Datenschutz, Schnellere & effizientere Abwicklung, Kosten unklar, Vorbild Dänemark
08.03.07	Der Standard	Elektronische Patientenakte: Hauptverband gegen zentrale Speicherung	Keine zentrale Speicherung (Index), Widerstand gegen Rezept in Papierform, elektronische Medikation um Wechselwirkungen zu vermeiden
07.03.07	Der Standard	EDV "von der Wiege bis zur Bahre"	Nutzen: Detaillierte Erfassung der medizinischen Vorgeschichte, beidseitige Transparenz & Kontrolle (wer greift zu), besserer Datenschutz, Schnellere & effizientere Abwicklung, Kosten unklar, Vorbild Dänemark
07.03.07	Der Standard	Neuregelung im Datenschutz nötig	Administrativer Aufwand, Opt-Out-Möglichkeit soll geschaffen werden, Mehrwerte von ELGA, Qualitätssicherung, Aktivitäten der Patient*innen, finanzielle Prozesse, Beobachtung des Gesundheitswesens und Ausbreitung von Krankheiten, Wissenschaft und Forschung, hohe Kosten, unklarer Nutzen
07.03.07	Der Standard	Erste Phase kostet niedrigen, zweistelligen Millionen-Betrag	Hohe Kosten, Forcierung durch privatwirtschaftliche Akteur*innen, hohe Sicherheitsstandards (Fingerprint, Personen-Erkennung), sicherer als bestehende Systeme, keine zentrale Speicherung

28.02.07	Wiener Zeitung	"Elga ist noch nicht geboren"	Gefahr der zentralen Speicherung, Nutzen: Arzneimittelwechselwirkungen, Lebenslange Datenspeicherung
01.03.07	Die Presse	Datenschutz: Die Super-E-Card und ihre Folgen	Hauptverband will Zugriff nur für Experten; gesamteuropäischer Plan; "Vier-Augen-Prinzip"; Zugriffsberechtigung als große Frage; Johannes Steinhart (Ärztekammer-Vize) warnt vor Gefahren: Diskriminierung kranker Menschen, bei beruflicher Karriere behindern
22.02.07	Der Standard	Aufregung über Weitergabe von Gesundheitsdaten durch das AMS	Weitergabe v Gesundheitsdaten an Dritte (AMS); ÄK = Zusammenhang m ELGA; Praxis = Bedrohungsszenario d Zukunft; Daten als Druckmittel (Arbeitslosengeld)
22.02.07	TV	ECO	
22.02.07	TV	Gut beraten Österreich	bessere Behandlung oder Gefahr f Datenschutz; gläserner Patient wird Realität; sämtliche Gesundheitsdaten werden zentral vernetzt & abrufbar; Vorteil: bessere, schnellere Therapien; Kritik: Datenmissbrauch, Kontrolle; Österreich folgt anderen europäischen Staaten; ständige Zugänglichkeit; optimalere Therapie soll gewährleistet werden; Behandlungsfehler minimieren; Bürokratiekosten senken; Skeptiker: Datenmissbrauch befürchtet, Kontrolle & Überwachung; Eingriff i Vertrauensverhältnis Arzt & Patient; Experte Dr. Wachinger: Elga als eines d wichtigsten Gesundheitsprojekte d nächsten Jahre; betrifft alle Gesundheitsdienstanbieter; ; auf Einhaltung d Datenschutz & Verschwiegenheit muss genau geachtet werden; Kritische Betrachtung d Projektes ist angebracht, Panik & vollständige Ablehnung ist nicht angebracht; Mehrwert f Patienten: Datenschutz auf höherem Niveau als derzeit; mehrere Kernanwendungen sind geplant: E-Medikationsdatenbank (Zentralisierung z.B. Wechselwirkungen, Mehrfachverschreibungen), E-Patientenbrief, Portal, Befunde ständig abrufbar = bessere Behandlungsqualität f Patienten; Zugriff f Arbeitgeber & Versicherungen grundsätzlich ausgeschlossen; Opt-Out vorgesehen = massiv schlechtere Behandlungsqualität; Patientin: Mehrwert weniger Krankenordner/Infos um die sich d Patient selbst kümmern muss; Patient: AMS darf sämtliche Gesundheitsdaten abrufen, führt zu Problemen bei Arbeitssuche, Experte: derzeitige Situation ist so, dass AMS zugreifen darf, in ELGA aber ausgeschlossen; Daten werden nur f Behandlungszwecke weitergegeben
16.02.07	Die Presse	Datenschutz: SPÖ sorgt sich um den Umgang mit Patientendaten	SPÖ: es braucht besonderen rechtlichen Rahmen; sachwidrige Übermittlung von Daten ist auszuschließen; Event: Weitergabe von Gesundheitsdaten; Zugriffsfrage = große Datenschutzrechtliche Bedenken; restriktive Handhabung: Zugang zu den Daten nur für medizinische Zwecke, Ausschluss: Arbeitsgeber, Amtsärzte, Banken & Versicherungen; EU-Richtlinie; Datenschutzrat zu wenig konsultiert
13.02.07	Der Standard	Weitergabe von Gesundheitsdaten	Weitergabe von Gesundheitsdaten an Dritte (AMS), Zugriffsrechte, Bedrohungsszenario der Zukunft: unkontrollierte Datenweitergabe, Datenhoheit bedroht
08.02.07	Der Standard	Gesundheitsministerin beruhigt	Angst vor Transparenz, Unterschied digitale Daten vs. analoge Daten, Zugriffsrechte, Ärztekammer

07.02.07	Der Standard	"Rat mal, wer Intimstes abrufen darf?"	Datenschutz, Effizienzsteigerung (weniger Wege, Aktenordner), Systemvergleich mit Google, Folgen eines internationalen Trends, hohe Kosten, Forcierung durch privatwirtschaftliche Akteur*innen, Datenaustausch, Effizienzsteigerung gegen Schutz von Persönlichkeitsrechten, Erpressungsrisiko, Vertraulichkeit, Investitionskosten, Macht der Bürger*innen, Mehrwert abstrakt,
08.02.07	Die Presse	Gegoogelte Patienten	dauernde Verfügbarkeit der Krankenakte; Zugriffsfrage: wer darf zugreifen?; Clemens Auer ist Projektleiter; ELGA = europaweit forciertes Projekt; Ärzte sind nicht an Verhandlungen beteiligt, wünschen sich Beteiligung; Gefahr einer unvollständigen Akte
02.02.07	Der Standard	Heikles Projekt: Elektronische Gesundheitsakte	Folge eines internationalen Trends, Forcierung durch privatwirtschaftliche Akteur*innen, Beteiligung der Nutzergruppen, Datenschutz-Problematik, Ärztekammer, Komplexität, Unterstützung des Gesundheitswesens, Wirtschaftliche Interessen seitens der Industrie, Vergleichbarkeit von Gesundheitsproblemen (Datenvergleich), Datenschutz, Internationaler Druck (Aufholjagd)
28.01.07	Der Standard	Elektronische Gesundheitsakte: Daten-Projekt extrem heikel	Folge eines internationalen Trends, Forcierung durch privatwirtschaftliche Akteur*innen, Beteiligung der Nutzergruppen, Datenschutz-Problematik, Ärztekammer, Komplexität, Unterstützung des Gesundheitswesens

VORRATSDATENSPEICHERUNG

Datum	Medium	Titel	Offene Kodierung / Konzepte
Jahr 2015 (SP6)			
28.04.15	Der Standard	Dementi: Kein neuer EU-Vorschlag zu Vorratsdaten	EU-Innenkommissariat plant keine neue VDS; Günter Öttinger (Digitales Kommissariat) erklärte VDS-Möglichkeit f 2016
23.04.15	TV	ZIB	
19.04.15	Die Presse	Rechtsanwälte: "Ein schwarzes Schaf macht viel kaputt"	Auer: VDS= trügerischer Tausch Freiheit gegen Sicherheit, Staat ist ausreichend geschützt
17.04.15	Wiener Zeitung	Spiel mit der Angst	Umfrage: 56% d Österreicher f Wiedereinf. d VDS; FPÖ Wähler & ältere Menschen f Wiedereinf d VDS; in Deutschland wird VDS erneut diskutiert; ÖVP: VDS kann Anschläge nicht verhindern aber aufklären; SPÖ gegen neue VDS; Maier: Umfragen stets nach Attentaten durchgeführt, Terroranschläge wurden dadurch nie verhindert, VDS= Zuviel an Daten, VDS Erfolge bescheide, Grund VDS= Kampf gegen Terror/ org. Verbrechen, tatsächlich aber gegen kleine Delikte; Maier: Öffentlichkeit wird manipuliert, Quick-Freeze-Verfahren als Alternative; Missbrauch auch durch Polizei denkbar; Maier: VDS = nicht mit Grundwerten d EU vereinbar
16.04.15	TV	ZIB	
16.04.15	Die Presse	Vorratsdaten: Stöger kontert Mikl-Leitner	Mikl-Leitner sieht Zeitpunkt für neue nationale Regelung zu VDS gekommen; VDS = sicherheitspolitische Erkenntnis; Alois Stöger verweist auf klares Urteil des VfGH; VfGH: VDS ist Verstoß gegen Grundrechte; in DE wird VDS erneut diskutiert
15.04.15	TV	ZIB	
15.04.15	Radio	Digital.Leben	
01.04.15	Die Presse	Staatsschutz: Einsatz von V-Leuten "besonders brisant"	Mikl-Leitner möchte VDS erneut einführen & Diskussion dazu führen; nationaler Alleingang denkbar; VDS = Vorteile f Ermittlungsarbeit; in DE wird VDS erneut diskutiert
05.03.15	Die Presse	Strafverfolgung: Weiter Zugriff auf Handydaten	OGH beschäftigt sich mit für Verrechnungszwecke gespeicherte Daten; Nutzung f Staatsanwälte weiterhin zulässig; Entscheidung: Zugriff erlaubt, aber Gericht muss Verhältnismäßigkeit prüfen
04.03.15	Die Presse	Sensible Daten: Staat will Zugriff auf Handysender	Funkzellenabfragen hilfreich bei polizeilichen Ermittlungen; Unschuldige können in Raster geraten; Zugang zu Funkzellenabfragen soll neu geregelt werden
27.02.15	Die Presse	Verfassungsschutz: BVT-Gesetz im Herbst	Angesichts d Terrorismus ist Erneuerung d BVTs notwendig; VDS kein Bestandteil d neuen BVTS: keine totale Überwachung aber Zeitungsartikel seien nicht genug
22.02.15	Der Standard	Telekommunikationsbranche spricht sich gegen Vorratsdaten aus	Telekommunikationsbranche sieht keinen Bedarf f neue VDS; Kein Nutzen in Bekämpfung von Schwerstkriminalität;

21.04.15	Der Standard	Mikl-Leitner wirbt im Ministerrat für neue Vorratsdatenspeicherung	Mikl-Leitner präsentierte im Ministerrat d Leitlinien d deutschen Justizressorts z dortigen VDS; SPÖ äußerte erneut Ablehnung; Innenministerin: VDS m knapperer Speicherfristen überlegenswert; Alois Stöger: angesichts VfGH-Entscheid ist neue VDS nicht möglich
17.04.15	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Knappe Mehrheit für Wiedereinführung	56% f Neuauflage d VDS; 29% dagegen; besonders hohe Zustimmung bei Älteren & FPÖ-Wählern; 500 P befragt;
16.04.15	Der Standard	Brandstetter fordert erneut Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung	Brandstetter bekräftigt in Menschenrechtsausschuss d NR abermals Wunsch n VDS: Vergleich m Kontodaten, die jahrelang gespeichert bleiben = VDS ist kein Generalverdacht
16.04.15	Der Standard	Vorratsdaten: Stöger gegen Nachfolgeregelung - Grünen wollen klagen	SPÖ-geführtes Infrastrukturministerium lehnt Wiedereinf. d VDS strikt ab; Stöger: Klares Urteil d VfGHs sei zu akzeptieren; NEOs: Vorschlag d Innenminister bedenklich und zurückzuweisen, Unverständnis über Festhalten d ÖVP a VDS;
15.04.15	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Mikl-Leitner will Nachfolgeregelung	Innenministerin bekräftigt Wunsch zu Nachfolgeregelung z VDS; sie möchte Erkenntnis, das Nachfolgeregelung notwendig ist; in DE gibt es neuen Entwurf; auch Justizminister sprach sich für neue VDS aus;
13.02.15	Die Presse	Datenschutz: EU stimmt für mehr Überwachung	Überwachungsstaat; Orwells Visionen; Fluggastdatenspeicherung (PNR); PNR soll nach Terroranschlag vorangetrieben werden; EU: vehemente Gegner (Sozialdemokraten & Liberale) gaben Blockade auf; Grüne beharren auf Veto; EVP will PNR unbedingt einführen: Regelung schützt Freiheit
01.04.15	Der Standard	Vorratsdaten: Mikl-Leitner liebäugelt mit Wiedereinführung	Innenministerin Mikl-Leitner ist f eine Wiedereinf d VDS auch ohne EU-Regelung; sie sieht Vorteile f Ermittlungsarbeit; Neuauflage d VDS wurde auf EU-Ebene Absage erteilt;
02.02.15	TV	Kulturmontag: Big Brother im trauen Heim	*Siehe Transkript ORF*
30.01.15	Der Standard	Brandstetter erwartet Vorschlag zu Vorratsdaten bis März	v.a. Ö & DE fordert Wiedereinf d VDS auf EU-Ebene; Brandstetter: Neue Richtlinie z VDS wäre auch f VfGH verbindlich; Brandstetter: VDS in Ö sollte auf schwerste Verbrechen beschränkt werden, alte Regelung zu weitreichend;
29.01.15	Der Standard	Mikl-Leitner: Fluggast- und Vorratsdaten könnten künftige Anschläge verhindern	EU-Innenminister: Attacke in Belgien in letzter Minute verhindert - Dringlichkeit f Maßnahmen; staatliche Umgehungsmöglichkeiten v Verschlüsselung sollen gesucht werden; Dringender Abschluss d FDA (PNR); Mikl-Leitner: FDS & VDS würden helfen
29.01.15	Der Standard	Datenschutzrat: Quick-Freeze statt Vorratsdatenspeicherung	Datenschutzrat warnt v diskutierter FDS & VDS, FDS nur andere Form d VDS; Alternative ist Quick-Freeze-Verfahren
29.01.15	Wiener Zeitung	Wie gläsern muss der Fluggast sein?	EU-Innenminister wollen europ. Fluggastdatenabkommen (PNR), Speicherung sämtlicher Personen f 5 J; Mikl-Leitner: FGD & VDS können helfen Anschläge zu verhindern; Mikl-Leitner will zudem Wege finden, damit Behörden Verschlüsselungen umgehen können

29.01.15	Die Presse	Terrorismus: EU streitet um Flugdaten und Schengen	Union muss nach Terror v Paris enger zusammenarbeiten; Treffen d Ressortchefs in Riga; drei zentrale Maßnahmen: Monitoring v extremistischen Inhalten im Internet, das Fluggastdatenabkommen & strengere Schengen-Regeln; FDS soll schnellstens umgesetzt werden, hat aber noch Diskussionsbedarf; Widerstand gegen d FDS v.a. i EU-Parl: Dauerüberwachung keine Lösung; Wiedereinf d VDS unwahrsch, kein neuer Vorschlag
28.01.15	Wiener Zeitung	Zeigt her eure Daten	Streit um VDS &FDS auf EU-Ebene: Kampf gegen Terror oder Gefahr f Bürgerrechte; Weber (CSU): Daten = Geld und Macht, Ausschluss d Staates= Blindheit, Mitgliedsländer sollen mehr Daten an Behörden schicken; Sozialdemokraten & Grüne: besser Geld f Koordinierung d Polizei- und Ermittlungsarbeit anstelle d Aufgabe d Freiheit; österreichische Regierung will auf neuen Vorschlag d EU-Kommission warten
28.01.15	Die Presse	Datenschutzrat gegen Rückkehr zu Vorratsdaten	EU-Datenschutzrat warnt vor VDS & FDS; FDS= eine andere Form d VDS; Maier (SPÖ): Überwachung d Europäer schwer möglich; es braucht ein neues Datenschutzgesetz; Maier: Qucik-Freeze-Verfahren als Alternative
27.01.15	Der Standard	Demo gegen Überwachung: "Ich bin ein Terrorist?!"	AK Vorrat demonstrierte am Dienstag v Innenministerium gegen die Wiedereinführung d VDS; Spruch "Bin ich Terroristin?!" "Je suis Terroriste?!";
27.01.15	Wiener Zeitung	AK Vorrat mit Aktion gegen Wiedereinführung	AK Vorrat demonstrierte am Dienstag v Innenministerium gegen die Wiedereinführung d VDS; Spruch "Bin ich Terroristin?!" "Je suis Terroriste?!"
25.01.15	TV	Hohes Haus: Sicherheit in Brüssel	*Siehe Transkript ORF*
25.01.15	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: ÖVP-Chef Mitterlehner ist "vorsichtig"	v.a. die Innenminister konservativer Parteien plädieren f VDS; alle Parteien in Ö gegen VDS (SPÖ, FPÖ, Grüne, Neos, TSt); ÖVP: Innen- & Justizressort f Wiedereinführung, Mitterlehner skeptisch, Klubobmann Lopatka positiv; Mitterlehner Interview Kleine Zeitung, plädiert f europäischen Gleichklang
24.01.15	Der Standard	Wortkunde: Daten	Daten sind "eine begehrte Ware" die auch Staaten haben wollen
23.01.15	Der Standard	Weidenholzer kritisiert "Geisterfahrer" nach Anschlägen von Paris	Anschläge v Paris sollten nicht weitere Bürgerrechte beschneiden; Situation werde von Trittbrettfahrern (Le Pen) genutzt; statt ein Mehr an Daten brauche es mehr Personal
22.01.15	Der Standard	Staatliche Hintertüren: Zwölf Antworten zum Verschlüsselungsverbot	Politiker wollen Verschlüsselung verbieten, bei der es um die gezielte Inhaltsüberwachung von konkreten Verdächtigen geht; Verbot findet bei US-Präsident & EU-Politikern Anklang; am ehesten Vergleichbar mit "großen Firewall" v China oder Zensurversuchen v Syrien oder Iran
22.01.15	Der Standard	CCC fordert Ausstieg aus unverschlüsselter Kommunikation	CCC: alle Pläne zur "Totalüberwachung des Internets" sollen beiseitegelegt und stattdessen die "Ahnungslosigkeit" der Politik beseitigt werden; neben VDS soll auch Verschlüsselung verboten werden
22.01.15	Der Standard	Snowden: Anschläge von Paris "trotz Massenüberwachung"	Snowden: Frankreich habe "eines der tiefgreifenden und umfassendsten Überwachungsgesetze" in Europa & konnte Anschlag trotzdem nicht verhindern; auch US-Geheimdienste konnten trotz Datensammlungen Anschlag auf Boston Marathon (2013) nicht verhindern; Massenüberwachung= zu viele Daten zu wenig Übersicht;

21.01.15	Der Standard	VfGH-Präsident: "Vorratsdaten werden Problem nicht lösen"	EU-Innenminister wünschen sich die Wiedereinführung d VDS zur Terrorbekämpfung; Innen- und Justizminister in Ö; Holzinger (VfGH): Terror lösen Panik & Angst aus aber VDS sorgen nicht f mehr Sicherheit, besser Ressourcen verstärken; Alois Stöger (Infrastruktur Minister): Skeptisch gegenüber neuen Überwachungsmethoden

21.01.15	TV	heute Mittag	
21.01.15	Wiener Zeitung	"Militärstruktur bei Terrorbekämpfung bewährtes Mittel"	Leiter BKA Lang: Sympathien f VDA Wiedereinführung erkennbar obwohl "an die derzeitige Rechtslage gebunden" und daher keine Meinungsäußerung; VDS= Vorteil f Polizei b Kinderpornografie & Fassen d "Pink Panther"-Räuber
19.01.15	Wiener Zeitung	Brandstetter spricht sich für Vorratsdatenspeicherung aus	Brandstetter: gekippte Regelung z VDS soll wieder in Kraft treten wegen Terrorakte;
19.01.15	Die Presse	Brandstetter lehnt Ehe für Homosexuelle ab	Brandstetter: VDS-Regelung macht f best Zeitraum Sinn f Schwerstkriminalität & Terror
19.01.15	Die Presse	ÖVP-Klausur: „Der Islam ist Teil unserer Gesellschaft“	ÖVP-Klausur: Mitterlehner schmetterte Stimmen seiner Partei zu VDS ab, man halte sich an die internationalen Regelungen d Datenspeicherung
19.01.15	Der Standard	Pro und Kontra zur Rückkehr der Vorratsdatenspeicherung in Österreich	PRO VDS: gleichwertige Ziele Sicherheit & Überwachung, Polizeiarbeit wird vereinfacht, vorübergehende automatische Speicherung verletzt Privatsphäre nicht, Missbrauch wird durch Rechtsstaat verhindert; CONTRA VDS: Intime Details über Leben d Bürger, Urteil d Höchstgerichte ist zu akzeptieren, Missbrauchsmöglichkeit stets gegeben VDS wurde f andere Verbrechen verwendet
19.01.15	Der Standard	Justizminister bekräftigt Wunsch nach Vorratsdaten	Justizminister Brandstetter wünscht Neuauflage d VDS: bei Schwerstkriminalität & Terrorismus; EU-weite Lösung; EU-Innenkommissar: Arbeit an neuer VDS bereits vor Anschlägen; Angst vor Terror gibt neuer VDS Aufwind - in DE kippt Stimmung Richtung Überwachung; Effektivität d VDS wird v Experten bezweifelt; Infos zu Netzwerken werden v Providern ohnehin 5 Monate gespeichert; VDS = massiver Grundrechtseingriff, Neuauflage nur m großen Einschränkungen & Ausnahme v Berufsgruppen denkbar
15.01.15	Der Standard	Steuern und Sicherheit Themen bei ÖVP-Klausur in der Steiermark	Lopatka lässt Holzingers Argumente nicht gelten: Flugbewegungen / VDS Infos können zu Hintermännern führen & somit Anschläge abgewendet werden; VDS = eingeschränkt auf Terrorbekämpfung; einheitliche EU-Regelung;
15.01.15	Die Presse	Vorratsdaten aller wieder speichern? Kaum möglich	Innenministerin & Justizminister wollen Wiedereinführung d VDS; Tschohl: nicht möglich, aber Quick Freeze Alternative; Quick Freeze= Speicherung nur von Verdächtigen; Lohninger (AK-Vorrat): Befürchtung, dass Politik erneut Grundrechte missachtet; alte Vorratsdatenspeicherung in meisten EU-Staaten noch in Kraft;
15.01.15	Kronen Zeitung	Justiz bremst bei Anti-Terror-Plänen	Brandstetter wünscht sich Zugang z Vorratsdaten; Regelung zu weit gegangen; Justiz behindert Terrorbekämpfung; VDS hilft bei Terrorismusbekämpfung
14.01.15	TV	ZIB	
14.01.15	Radio	Digital.Leben	
14.01.15	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung: Richterchef warnt Politik	Holzinger: VDS= falsche Antwort auf Terrorismus; Innen- und Justizminister wollen d VDS wieder einführen; Faymann sieht keinen Grund f VDS; Überwachung würde Verbrechen wie in Fr nicht verhindern; Verweis auf bestehende VDS;

14.01.15	Der Standard	ÖVP-Klubobmann Lopatka fordert neue Vorratsdatenspeicherung	ÖVP-Clubchef Lopatka fordert i Aussendung Ausdehnung d Befugnisse d Sicherheitskräfte gegen Terror / VDS sollen wegen Terror wieder eingeführt werden, VDS = NICHT zur Verhinderung v Anschlägen SONDERN Beitrag zur Ausforschung d Mittelsmänner; Holzinger (VfGH): gegen VDS; keine Antwort auf Terror die Gesellschaft unfreier macht / Überwachung kann Anschläge nicht verhindern; VDS = Abrücken v Grundrechten & Rechtsstaatlichkeit; Holzinger: VDS in Frankreich konnte Terrorakte nicht verhindern
13.01.15	Der Standard	Anschläge überschatten Debatten im EU-Parlament	Sitzung d EU-Parlaments: Renzi (IT): Freiheit = Bedingung f Sicherheit, keine Verschanzung in Festungen - Renzi f besonnenes Vorgehen bei Überwachung v Bürgern / Grundrechte / Haltung wird v Mehrheit d Abgeordneten vertreten; Josef Weidenholzer (SPÖ): Datensammeln, Big Data = NICHT Lösung d Problems - Bewusstseinsveränderung wie nach d 9/11 in Europa erwartet; Forderung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik
13.01.15	Der Standard	Die Innenministerin probt die Aufrüstung, Klug bietet Unterstützung an	neues Anti-Terrorpaket soll in Ö beschlossen werden; Zugang zu Datenbanken anderer Länder erforderlich; EU-Kommission drängt auf Abkommen zu Flugpassagierdate
13.01.15	Der Standard	Mehr Überwachung bringt nicht zwingend mehr Sicherheit	Debatte zur Einführung eines Fluggastdatenabkommens; Vgl. mit Erfolg v Datamining (z.B. automatisches Aufspüren v Kreditkartenbetrug; Studie d Psychologieprofessors Floyd Rudmin: Profil v Terroristen identifiziert 94 Unschuldige pro ertappten Terroristen
13.01.15	TV	ZIB	
13.01.15	Wiener Zeitung	Die Rückkehr der Vorratsdatenspeicherung	in DE gibt es eine heftige Debatte z Wiedereinführung d VDS; dt. Justizminister dagegen; Aussendung d österreichischen Innenministeriums: mediale Fehlinterpretationen, Zweck d VDS= nachträgliche Strukturermittlung d Netzwerke, VDS nicht von Polizei gespeichert, sondern v Telekommunikationsanbietern
12.01.15	Kronen Zeitung	EU-Grernzkontrollen verstärken, Geheimdienste mehr vernetzen	Antiterrormaßnahmen auf EU-Ebene; DE drängt auf Fluggast-Abkommen
12.01.15	Der Standard	Der Terror in Paris und die Irrwege der Überwachung	Vorratsdatenspeicherung respektiert Freiheits- und Menschenrechte nicht; VDS kann gründlichere, qualitätsvollere Polizeiarbeit nicht ersetzen; VDS als am schnellsten beschlossene Richtlinie d EU als Antiterrormaßnahme; VDS = oft als illusionsgetrieben dargestellt
12.01.15	Der Standard	Vorratsdaten: Von Regierungen begehrt, laut Experten kaum wirksam	Treffen d Innenminister i Paris: Maßnahmen z Terrorprävention= Wiedereinführung d VDS; EuGH: VDS= schwerwiegender Eingriff i Grundrechte; Frankreich hat aktive VDS - Prävention hat versagt; Verbindungsdaten dürfen in Ö auch bei Verbrechen wie Jihadismus abgefragt werden (+1 J Freiheitsstrafe); einfaches Umgehen d VDS (zB m Whatsapp); Geheimdienste haben kein Informationsdefizit: Attentäter waren auf Terror-Beobachtungsliste TIDE; Snowden: VDS= Suche nach Nadel in Heuhaufen / Zuviel an Information
12.01.15	Der Standard	Mikl-Leitner kündigt Sicherheitsoffensive an	Treffen d Innenminister i Paris: Thema VDS= Ausarbeitung eines neuen Vorschlags; Mikl-Leitner: Problem, dass Daten b Beobachtung v Jihadisten nach 9 Monaten wieder gelöscht werden müssten; Ö in "Alarmbereitschaft", mehr Geld f Polizei, Mikl-Leitner: Terroristen dürfen nicht unsere Demokratie in Frage stellen

12.01.15	Die Presse	Sicherheit: Neuer Angriff auf persönliche Daten	VDS: In Frankreich hilfreich f Offenlegung v Netzwerken d Attentäter; Angela Merkel: von Ablehnung zu Zustimmung z stärkerem Datenaustausch; Mikl-Leitner f Wiedereinf d VDS; Treffen d EU-Innen- und Justizminister zu neuem Anlauf f Engmaschige Datenkontrollen; Wiederstand zu Plänen aus EU-Parlament (v.a. v Sozialdemokraten & Grünen); EuGH-Urteil werde ignoriert; Wiedereinf. d VDS & Smart-Border-Paket sind grundrechtswidrig; Effizienz & Kooperation d Polizeiarbeit d VDS nicht erhöht s nur "Heuhaufen vergrößert"
12.01.15	Die Presse	Österreich: Rüsten gegen den Terror	Ö Verfassungsschutz fehlen Experten f Analyse, Sprachen und digitale Informationsbeschaffung; Mikl-Leitner (Innenminister) & Brandstetter (Justiz) wollen VDS f Schwerstkriminalität wieder einführen; Mitterlehner erwartet von EU-Kommission neuen Anlauf z VDS, kein Alleingang Österreichs geplant; Fluggastdaten-Überwachung soll wieder eingeführt werden, obwohl EU-Parlament diese im Widerspruch zu Grundrecht auf Privatsphäre sieht
10.01.15	Die Presse	Bewacher, Ausstattung: Mikl-Leitner rüstet auf	nach Terroranschlag in Paris will Innenministerium in d EU erneut f VDS werben; verstärkte Sicherheitsmaßnahmen in Ö durch Polizei; Mikl-Leitner reist zu Anti-Terror-Gipfel nach Paris; Vorstoß f Nachfolgeregelung f gekippte VDS (auch andere Innenminister seien dafür)
Jahr 2014 (SP5)			
01.07.14	Die Presse	ELGA: Ärzte fühlen sich bestätigt	
30.06.14	TV	ZIB	
27.06.14	Kronen Zeitung	Aus für Daten-"Schnüffelei"!	VDS wird beendet; VDS widerspricht Grundrecht a Datenschutz & Artikel 8 der EMRK; VfGH: Bürger werden automatisch Straftaten verdächtigt; ungenügende Regelung über Speicherung, Sicherung, Löschung, Wiederherstellung; Erfolg f Beschwerdeführer; Regierungsvertreter enttäuscht: Mordfall Larissa nur dank VDS aufklärbar
27.06.14	TV	ZIB	
27.06.14	Wiener Zeitung	Viel Beifall für den VfGH	Internetbetreiber, WK, Rechtsanwälte & Journalisten begrüßen d Aufhebung;
27.06.14	Wiener Zeitung	VfGH hebt Vorratsdatenspeicherung auf	VfGH hebt VDS mit sofortiger Wirkung auf; keine Frist zur Reparatur wird gewährt; VDS ist mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen; VDS = gravierender Eingriff i Grundrechte & nicht mit EMRK vereinbar; VDS diene nicht d Bekämpfung schwerer Verbrechen; Innenministerium und Justizministerium wollen nach Alternativen suchen; Brandstetter: obwohl Entscheidung "selbstverständlich zu akzeptieren" sei müsse weiter der "Rückgriff auf gespeicherte Telekommunikationsdaten" ermöglicht werden bei schwerer Kriminalität; Bures (SPÖ): gut, dass VDS "vom Tisch" sei; VDS= kein Mittel zur Bekämpfung schwerer Verbrechen, neue Lösungen seien v Justiz & Inneres zu entwickeln; Bures sieht sich in ihrer Skepsis bestätigt; ISPA begrüßt Ergebnis; ISPA setzte sich stets f grundrechtsschonende Lösung ein;

27.06.14	Wiener Zeitung	Nach Vorratsdatenspeicherung kommt nun Quick Freeze-Verfahren?	JM Pilnacek: Quick Freeze Verfahren wird als Alternative z VDS besprochen, schriftliche Entscheidung d VfGH soll abgewartet werden; Pilnacek hofft weiter auf "Anknüpfung"

27.06.14	Die Presse	Vorratsdaten zu Fall gebracht	Jurist (Tschohl) der Gesetz selbst geschrieben hat, brachte es auch zu Fall (!); VfGH sieht einen gravierenden Grundrechtseingriff; Antrag v Tschohl und eines Freundes (Mitarbeiter einer Telekommunikationsfirma) war ausschlaggebend f Entscheidung; Antrag d Kärntner Landesregierung wurde wegen Antragsfehlern abgelehnt; VfGH-Präsident Holzinger: VDS= gravierender Eingriff in die Menschenrechte = nicht vereinbar m EMRK (Verfassungsrang i Ö); Ab heute soll VDS außer Kraft sein & BK muss dies verpflichtend kundzumachen; mögliche Alternative ist Quick Freeze Verfahren; Infrastrukturministerium begrüßte Aufhebung; Justiz- und Innenministerium suchen nach Alternativen; VDS auch f Zukunft ausgeschlossen
27.06.14	Die Presse	Ein Urteil als Lebenszeichen der Demokratie	VfGH streicht VDS ersatzlos; VfGH beweist funktionierende Gewaltenteilung; VfGH schärft den Sinn f Bürgerrechte, Freiheit; Souverän darf nicht als präventiv Verdächtiger betrachtet werden; Entscheidung d VfGH= "kräftiges Lebenszeichen der Demokratie"
27.06.14	Kronen Zeitung	Vorratsdatenspeicherung vor Aufhebung	Höchstgericht hebt VDS überraschend auf; Justiz & Exekutive schlagen Alarm; Aufhebung=Erschwerung d Verfolgung v Straftaten; Aufklärung d Mordes a Larissa B. mittels VDS
26.06.16	Der Standard	Vorratsdaten: Das blöde Gefühl bleibt	Datensammlungen lösen stets Unbehagen aus; Datensammlungen könnten eines Tages zum Verhängnis werden; Datensammlungen d verhängnisvoll sein könnten: Pensionskonto, Elga, VDS, alle sind irgendwann verdächtig;
28.06.14	Der Standard	IT-Jurist: "Eingriffe in Grundrecht schlimmer als Terrorattacken"	Tierschützerprozess & Statistik d Delikte d VDS zeigen: Bild d terroristischen Bedrohung ist Schein; auf 9/11 folgende Grundrechteingriffe sind schlimmer als Terror; Überwachung = Hilflosigkeit auf neue Mobilität; Datenschutzbehörde = massiv unterfinanziert; auch Bundesheer wollte anfangs Zugriff auf VDS = Daten sind sehr begehrt
29.06.14	Der Standard	Vorratsdaten: Engagement lohnt sich	Ende d VDS= Sieg & Stärkung d Bürgerrechtsbewegungen in Europa; Vertreter d Ministerien: VDS verteidigt wegen "Ebay-Betrugs" und "Cyberkriminalität"; Terrorismusprävention ist schon lange kein Thema mehr
30.06.14	Der Standard	Justizministerium: Quick Freeze-Verfahren vielleicht Alternative	Pilnacek: Quick Freeze als mögliche Alternative z VDS; Hoffnung m neuer Regelung anknüpfen zu können
01.07.14	Der Standard	Justizminister Brandstetter will weiterhin auf gespeicherte Daten zugreifen	Brandstetter: Justiz & Strafverfolgung brauchen VDS;
03.07.14	Der Standard	Jubel über Urteil des Höchstgerichts	SPÖ: Jarolim: SPÖ habe Richtlinie immer schon kritisch gesehen; Bures: war noch nie glühende Verfechterin, VDS in dieser Form v tisch; Grüne: Erfolg f Grundrechte & Hoffen auf Trendumkehr i Mainstream-Politik; Strache: Sieg f d Bürgerinnen und Bürger, vgl. m NSA-Skandal - Ende d "Überwachungswahn"; Neos: Ähnliches muss dauerhaft Vergangenheit angehören; ÖRAK: alle Regeln seit 9/11 evaluieren
26.06.14	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: VfGH verkündet Entscheidung am Freitag	VfGH verkündet die Entscheidung über VDS bereits am Freitag, überraschende Urteilsverkündung, Entscheidung wurde erst im Herbst erwartet;

20.06.14	Der Standard	Grüne kritisieren Datenschutzbehörde: Kein Mitarbeiter mit technischer Ausbildung	Unabhängigkeit d neugeschaffenen Datenschutzbehörde wird in Frage gestellt; Datenschutzbehörde fehlen Mitarbeiter mit technischer Ausbildung, Budget f Zukauf entsprechender Leistungen nur 1000 Euro
19.06.14	Der Standard	Terrorismus als Vorwand	irisches Höchstgericht leitet Beschwerde v Max Schrems an EuGH weiter; Charta d Grundrechte mit US- Vorgehen nicht kompatibel; Spiegel veröffentlichte Dokumente, die beweisen, dass NSA deutsche Bürger ausspionierte; Brandstetter will VDS aus Effektivitätsgründen beibehalten
16.06.14	Der Standard	Vorratsdaten: Justizminister Brandstetter will Speicherung beibehalten	Brandstetter in Pressestunde: VDS= Effektivität i Verbrechensbekämpfung; Österreich setzt VDS moderat ein; Brandstetter f Beibehaltung d VDS
15.06.14	TV	Pressestunde: Justizminister Wolfgang Brandstetter	*Siehe Transkript ORF*
15.06.14	Die Presse	Minister: Vorratsdaten sollen bleiben	Brandstetter: Justiz & Sicherheitsbehörden brauchen VDS; Ende VDS= "Verlust an Effektivität bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität"
12.06.14	Der Standard	VfGH: Vertreter der Regierung verteidigen Speicherung von Vorratsdaten	Verhandlungssaal war dicht befüllt bei öffentlicher Verhandlung d VfGH; Regierung versuchte VDS zu retten: Argument d schonenden Überwachung; Spitzenbeamten versuchten VDS zu verteidigen; hellhörige Richter: Christian Singer vom Verkehrsministerium: Whatsapp-Überwachung
12.06.14	Die Presse	Vorratsdaten: WhatsApp stellt Speicherung infrage	Verhandlungssaal war dicht befüllt bei öffentlicher Verhandlung d VfGH; Regierung versuchte VDS zu retten: Argument d schonenden Überwachung; Spitzenbeamten versuchten VDS zu verteidigen; hellhörige Richter: Christian Singer vom Verkehrsministerium: Whatsapp-Kommunikation könne nicht aufgezeichnet werden - "die NSA weiß alles, aber der Betreiber nichts"
12.06.14	Die Presse	Regierungsvertreter verteidigen Zugriff auf Vorratsdaten	VfGH verhandelte VDS öffentlich: Urteil wird erst im Herbst erwartet; VDS= Beitrag zur Deliktaufklärung fraglich; Pilnacek (Justizministerium): Verhältnismäßigkeit wird gewahrt & Speicherfrist festgelegt; Zugriffe a VDS v.a. bei Diebstahl
11.06.14	Der Standard	Vorratsdaten: Im letzten Jahr 354 Zugriffe, keiner wegen Terrors	Justizministerium veröffentlichte aufgrund parlamentarischer Anfrage Statistiken zu VDS-Zugriffen: 2013: 354 Zugriffe, bei mehr als d Hälfte kein Beitrag zur Aufklärung; Diebstahl und Raum als Delikte;
11.06.14	Der Standard	Vorratsdaten: Sammelantrag fast ganz zurückgewiesen	Sammelantrag bis auf Erstantrag zurückgewiesen, da Betroffenheit nicht ausreichend dargestellt wurde
09.06.14	TV	ZIB	
04.06.14	Der Standard	Bures weiterhin gegen Vorratsdatenspeicherung	Bures ist nach wie vor gegen VDS; Bundeskanzleramt schickte "rein formelle" Stellungnahme an VfGH
		ORF.at	Regierung sieht keine Veranlassung zur Abschaffung d VDS;
30.05.14	Wiener Zeitung	"Datenschutzverordnung würde 90 Prozent der Probleme lösen"	Schrems: Datenschutzordnung erforderlich; EuGh-Urteil = extrem positiv, Frage nicht wie sich d Einzelne schützen kann.

22.05.14	Der Standard	Verfassungsgericht entscheidet über österreichische Vorratsdatenspeicherung	VfGH lädt die Antragsteller zu einer öffentlichen Verhandlung zur Vorratsdatenspeicherung ein; die österreichische Entscheidung zur VDS soll bis Herbst fallen
18.05.14	Die Presse	Rupert Wolff: "Der VfGH kann auch in Dornbirn sein"	Wolff: die VDS sollte komplett abgeschafft werden; Terrorbekämpfung: Zugriffe betrafen nur kleine Delikte
12.05.14	Radio	Digital.Leben	
24.04.14	Wiener Zeitung	Sicherheit durch Freiheit	Innenministerien d EU unisono f VDS & sahen es als effizientes Mittel gegen Terrorismus (Evaluierungsbericht 2011: beschönigend); VDS wurde meistens gegen weniger schwere Straftaten eingesetzt (nur 1 Terrorverdacht); Frage Balance zwischen öffentlicher Sicherheit und Eingriffen in Freiheitssphäre; Freiheit ist auch Rechtssicherheit (vs Lebenssicherheit); EuGH: VDS= beeinflusst Meinungs- und Informationsfreiheit = Grundvoraussetzungen jeder demokratischen Gesellschaft; wird dürfen nicht zu "digital bewegten Menschen" werden (vgl. Diktaturen, Ausrichtung am nicht abgehört/überwacht werden); Urteil d EuGH= Meilenstein "Abwehr überbordender, freiheitsbedrohender Überwachungsfantasien und Sicherheitsphobien
15.04.14	Der Standard	Ministerin Bures: "Wir brauchen die Vorratsdatenspeicherung nicht"	Bures: VDS wurde aufgrund aus reiner Pflicht umgesetzt; Entscheid d VfGH wird erwartet; Bures: Daten unbescholtener Bürger sollen nicht auf Vorrat gesammelt werden;
11.04.14	Wiener Zeitung	Gesetze müssen auf den Prüfstand	Datenschutzrat will sofortige Überprüfung d VDS & Korrektur; sofortige Reaktion d Ministerien gewünscht; TKG, SPG & StPO betroffen;
11.04.14	Der Standard	Datenschutzrat: Ministerien sollen Vorratsdatenspeicherung sofort prüfen	Datenschutzrat will sofortige Überprüfung d VDS & Korrektur; sofortige Reaktion d Ministerien gewünscht;
10.04.14	Der Standard	EuGH-Entscheid "könnte Ende der Hysterie nach 9/11 bedeuten"	Tschohl: kein Spielraum f VfGH f andere Entscheidung, v Anfang gegen VDS (wie Bures); Vf-Jurist Tretter (LBI): Gläserne Mensch wurde abgewendet, massenhafte Datenspeicherung hat Auswirkungen auf Verhalten & Demokratie (!); AK Vorrat/Krisch: Verwendung d VDS f Bagatelldelikte, aber nie gegen Terrorismus, Roll-Back d Hysterie v 9/11; Quick-Freeze als Alternative; NSA-Massenüberwachung - Digitale Rechte
09.04.14	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung: „Datenschutz wäre Standortvorteil“	wenig Spielraum f Neuregelung d VDS; NSA-Skandal zeigt Europa das mehr Datenschutz = Standortvorteil; Fehlende Vertraulichkeit = Manko;
09.04.14	Kronen Zeitung	EU kippt die Datenspeicherrung	österreichisches Gericht brachte den Anstoß f Fall d VDS; EuGH hebt VDS wegen Grundrechten auf; Brandstetter: maßvolle Umsetzung i Österreich; Balance zw. Öffentlicher Sicherheit & Privatsphäre; Aus v VDS= Erschwerung d Polizeiarbeit
08.04.14	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung gekippt: Nur noch bei Verdacht	EuGH kritisiert, dass VDS häufiger "wegen Pimperldelikten abgefragt" werden, besonders Zahlen a Ö zeigen dies; EuGH-Richter in ihrer Entscheidung überdeutlich & bestätigen d Vorwurf d Datenschützer;

08.04.14	Der Standard	"Besonders schwerer Eingriff in Privatsphäre"	EuGH-Richter von Danwitz: VDS= Presslufthammer um Nuss zu knacken - Vorwurf an Ö Regierung (!); Ö verwendete d VDS f minderschwere Delikte (!); Mikl-Leitner (ÖVP): Urteil sei zu akzeoptieren, Regelung bleibt in Kraft & ist "sehr maßhaltend umgesetzt";
08.04.14	Der Standard	Die Gier nach Daten bleibt	es wird sich erst zeigen, wie d ö VfGH im Herbst entscheidet; Hans Zeger (=Österreichs bekanntester Datenschützer) ist skeptisch: er hält die EU-Richtlinie f einen "Vorwand" mit dem Innen- und Justizministerium ihre eigene Gier nach Informationen über Bürger bemänteln; Reaktionen in den Ressorts eher verhalten; Bures: fühlt sich bestätigt;
08.04.14	Der Standard	Jubel über EuGH-Entscheidung, Regierung "will analysieren"	Bures Aussendung: Bestätigung, dass kritische Haltung gegenüber VDS richtig war; Mikl-Leitner: Polizeiarbeit ohne VDS nicht einfacher; Grüne: Antrag f Abschaffung bei nächster Plenarsitzung; AK Vorrat: historisches Urteil;
08.04.14	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung erklärt	im Jahr 2013 gab es keine Abfrage wegen des Verdachts auf "terroristische Vereinigung"; Diebstahl (113), 59 Drogendelikte; 52 Raub; restliche: Verfolgung, Betrug und Drohung;
08.04.14	Der Standard	Wegen welcher Delikte Österreich bisher auf Vorratsdaten zugreift	Bericht d Justizministeriums zu "Besondere Ermittlungsmaßnahmen"; verfügbare Daten zur VDS nur aus d J 2013 (v JM Beatrix Karl); primäre Taten i VDS: Diebstahl, Raub, Stalking, Suchtgifthandel; je einmal: "Ausspähung von Staatsgeheimnissen", "geheimer Nachrichtendienst zum Nachteil Österreichs" und "terroristische Vereinigung" haben je einmal dazu geführt, dass VDS abgerufen wurden; Terror = Abfrage f anderen EU-Staat;
08.04.14	Der Standard	EuGH kippt Vorratsdatenspeicherung	Regelung z VDS ungültig; EuGH: R z VDS ist ein besonders schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte auf Achtung d Privatlebens und auf d Schutz personenbezogener Daten; Bures fühlt sich in ihrer kritischen Haltung bestätigt; in Ö ist j d VfGH am Zug und eine Rücknahme d Regelung vorstellbar; Einsatz i Ö: Stalking, Diebstahl, Raub, Tabakwarenherstellung & Suchtgifthandel; VDS lt Kritikern wenig effektiv
08.04.14	TV	ZIB	
08.04.14	Radio	Digital.Leben	
08.04.14	Wiener Zeitung	"Ein Befreiungsschlag für die Bürgerrechte"	Regelung z VDS ungültig; EuGH: R z VDS ist ein besonders schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte auf Achtung d Privatlebens und auf d Schutz personenbezogener Daten; Beifall im EU-Parlament bei Grünen und FDP; Bures fühlt sich in ihrer kritischen Haltung bestätigt; in Ö ist j d vfGH am Zug und eine Rücknahme d Regelung vorstellbar; Telekommunikationsbranche freut Urteil; Urteil d EuGH = historisches Urteil; Verstoß gegen Artikel 7 und 8 d EU Grundrechtecharta; Urteil bedeutet f Österreich "einen Sieg auf ganzer Linie" (Aussendung AK)
08.04.14	Wiener Zeitung	Regierung will Urteil erst analysieren	Österreichs Regierung will Urteil analysieren; Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) soll sich ansehen "ob und wie wir betroffen sind" sagte Faymann (SPÖ) nach Ministerrat; Faymann: Ö kurze Umsetzung 6 M; Justizminister (ÖVP): maßvolle Regelung & keine negativen Erfahrungen, Balance gefunden; Bures (SPÖ, Verkehrsministerin): erfreut über Urteil, Ö habe auf Rat d BIM Minimalvariante umgesetzt; Bures: Rücknahme d Regelung vorstellbar; Mayer (Vf-Jurist): neue Richtlinie wird kommen & Ö ein Gesetz ausarbeiten; EU-Kommission will analysieren; EU-Kommission will "Kampf gegen Verbrechen und Terror verpflichtet bleiben aber Bürgerrechte garantieren

08.04.14	Wiener Zeitung	Stichwort: Vorratsdatenspeicherung	in Ö wird VDS im Telekommunikationsgesetz (TKG), Inn der Strafprozessordnung (STPO) und dem Sicherheitspolizeigesetz geregelt; in DE wurde die VDs nicht mehr umgesetzt, auch Schweden musste Strafe bezahlen
08.04.14	Die Presse	Reaktionen: "Ein Befreiungsschlag für die Bürgerrechte"	EU-Parlament: Albrecht (Grüne): Befreiungsschlag f d Bürgerrechte; Liberale: keine neuen "Überwachungsmonster" nach NSA-Vorbild; Ö VfGH zufrieden, dass EuGH ihren Bedenken gefolgt ist; TKG muss geprüft werden
08.04.14	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung: Umstrittene Maßnahme zur Terrorismus-Bekämpfung	in Ö wird VDS im Telekommunikationsgesetz (TKG), in der Strafprozessordnung (STPO) une dem Sicherheitspolizeigesetz geregelt; in DE wurde die VDs nicht mehr umgesetzt, auch Schweden musste Strafe bezahlen
08.04.14	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen EU-Recht	VDS= Ziele verfehlt; der österreichische VfGH prüft n EuGH-Urteil d österreichische Telekommunikationsgesetz; laut EuGH VDS= genaue Rückschlüsse auf Gewohnheiten, Aufenthaltsorte, Tagesrythmus, Ortsveränderungen, Tätigkeiten, soziale Beziehungen/Umfeld; VDSP schwerwiegender Eingriff i Grundrechte
08.04.14	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung: „VfGH muss die Regelung aufheben“	Tschohl: der VfGH muss VDS auch in Ö kippen; bei Neuregelung: objektiviertes Material erforderlich, warum zur Aufklärung welcher Straftaten d VDS im Einzelnen benötigt wird; Grünen, FPÖ, Neos & SPÖ erfreut
08.04.14	Die Presse	Terrorismus als Geburtshelfer: Wie die EU uns in die Irre führte	Grundrechtsbeschneidung wurde mit Terrorbedrohung argumentiert; jeder Bürger ist potenzieller Terrorist; auch in Regierungskreisen: Vorhaben d EU nicht mit selbstbestimmten Bürgern und Ländern vereinbar; VDS = dreiste Irreführung d Bürger = Argumentation v Ministerrat, Kommission & Parlament: Terror, Spione & Pädophilenringe; USA ließ Arbeit v NSA durchführen, EU: Abtausch gegen Freiheit; heute: Bedrohung d VDS rechtfertigt gibt es nicht; Ö Variante als Verdienst, da genaue Aufzeichnungen f Zweck erfolgten - mindere Verbrechen; Google f Journalisten = VDS f Polizei (stattdessen: ordentliche Ermittlung)
08.04.14	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung ist exzessiv: EU-Gerichtshof kippt Richtlinie	EuGH hat die VDS aufgehoben; ohne Reparaturfrist mit sofortiger Wirkung aufgehoben; Gründe: Verletzung d EU Grundrechtecharta, Ziel schwerer Straftaten, org Kriminalität und Terror zu bekämpfen begrenzt sich nicht auf das Notwendige; Ö: ursprüngl. stimmte Justizministerin Gastinger (BZÖ) zu, Infrastrukturministerium sollte sie umsetzen; Prüfung d Richtlinie folgte auf Ersuchen des irischen High Court & dem ö VfGH; der Richtlinie fehlen objektive Kriterien f Beschränkung a Notwendigste & Speicherfrist v 24 M zu lang; Tschohl: der VfGH muss VDS auch in Ö kippen; bei Neuregelung: objektiviertes Material erforderlich, warum zur Aufklärung welcher Straftaten d VDS im Einzelnen benötigt wird
07.04.14	Der Standard	Sammlung von Telefondaten: NSA und Vorratsdatenspeicherung	NSA sammelt Daten über Amerikaner (vgl. VDS); Vergleich v VDS & NSA; Obama möchte, dass Daten künftig von Providern gespeichert werden & nicht mehr v NSA, damit d Privatsphäre d Bürger besser geschützt ist

07.04.14	Der Standard	EuGH könnte Vorratsdatenspeicherung zu Fall bringen	Generalanwalt EuGH Dezember 2013: kritisierte die Unvereinbarkeit der VDS mit Charta d Grundrechte (EU); Generalanwalt: VDS= Eingriff i Privatleben d Bürger & VDS= Kartografie d Verhaltensweisen / privater Identität kann erzeugt werden, Gefahr VDS= Akkumulation an unbestimmten Orten & Verwendung zu heimtückischen Zwecken; EuGH-Generalanwalt: Mängel sollen repariert werden (Speicherfristen & Abwälzung d Verantwortung an EU-Staaten); Ö: Rechtsanwaltskammer & Technikfolgen-Institut erleichtert

07.04.14	Wiener Zeitung	EuGH könnte Vorratsdatenspeicherung zu Fall bringen	Generalanwalt EuGH Dezember 2013: kritisierte die Unvereinbarkeit der VDS mit Charta d Grundrechte (EU); Generalanwalt: VDS= Eingriff i Privatleben d Bürger & VDS= Kartografie d Verhaltensweisen / privater Identität kann erzeugt werden, Gefahr VDS= Akkumulation
06.04.14	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: EuGH verkündet Urteil am Dienstag	EuGH Dezember 2013: VDS widerspricht EU-Recht; VDS wird auf EU-Ebene fallen; DE-Innenminister: VDS ist zur Bekämpfung schwerer Verbrechen weiter nötig; in Ö bleibt die VDS weiter in Kraft
Jahr 2012 (SP3 & SP4)			
18.12.12	TV	ZIB	
18.12.12	Wiener Zeitung	Vorratsdaten: Höchstgericht schaltet EU-Richter ein	Österreichische VfGH sieht Recht auf Datenschutz laut EU-Grundrechtscharta durch die VDS gefährdet; Fragenkatalog wird an EuGH zur Beantwortung geschickt; hohes Missbrauchsrisiko; Antrag d Kärntner LR, eines Angestellten eines TKU & 11.000 Privatpersonen
18.12.12	Wiener Zeitung	Der Europäische Gerichtshof entscheidet über Österreichs Vorratsdaten-Speicherung	Österreichische VfGH sieht Recht auf Datenschutz laut EU-Grundrechtscharta durch die VDS gefährdet; Fragenkatalog wird an EuGH zur Beantwortung geschickt; Möglicher Widerspruch zu EU-Grundrechtscharta; Entscheidung d VfGH rundum begrüßt; ÖJC: Schade, dass Gesetz nicht vorläufig außer Kraft gesetzt werden darf
18.12.12	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Mutiges Höchstgericht	Trotz bisheriger Zurückhaltung Österreichs in Sachen VDS wird es nun ein ö Höchstrichterspruch sein, der EU-weit Klarheit bringen wird; VfGH zeigt in der Angelegenheit großen Mut; Möglichkeit, dass EuGH sich zugunsten d Binnenmarkes entscheidet
18.12.12	Der Standard	Vorratsdaten: Entscheidung des VfGH rundum begrüßt	Einschaltung des EuGH lässt Hoffnung wachsen; Bures: wird zeigen, ob EU-Richtlinie m EU-Grundrechtcharta vereinbar seii; OJC bedauert, dass das umstrittene Gesetz nicht vorläufig außer Kraft gesetzt wird, wie in DE
18.12.12	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung wackelt: Verfassungsrichter haben Bedenken	Österreichische VfGH sieht Recht auf Datenschutz laut EU-Grundrechtscharta durch die VDS gefährdet; Fragenkatalog wird an EuGH zur Beantwortung geschickt; hohes Missbrauchsrisiko;
18.12.12	Die Presse	Vorratsdaten könnten EU-Grundrechte verletzen	Österreichische VfGH sieht Recht auf Datenschutz laut EU-Grundrechtscharta durch die VDS gefährdet; Fragenkatalog wird an EuGH zur Beantwortung geschickt; VDS betreffe nicht Terroristen sondern Personen die keinen Anlass f Datenspeicherung geben; Hans Zeger Kommentar; ISPA-Sprecher: Vorsicht vor Begehrlichkeiten die geweckt werden, wenn Datenpools erst mal vorhanden sind
14.12.12	Die Presse	Das Internet bleibt so (un-)frei wie es ist	ITU-Konferenz in Dubai ist gescheitert; einige westliche Länder wie Österreich boykottieren d Abkommen; Autoritäre Staaten wollten erreichen, Internetzensur von UNO absegnen zu lassen; VDS= Auch in Europa ist das Internet nicht so frei, wie es Regierungen darstellen (vgl. Acta, Indect)
14.12.12	Die Presse	Netzgemeinde gegen Staatsgewalt	Das Internet hat Mensch s Fall d Kommunismus stark verändert; Mächtige reagieren mit Panik a Internet; Überwachungs- und Kontrollwahn; Staatsgewalten bedrohen den "freien" Westen
12.12.12	Die Presse	Urheberrecht neu: "Übliche Verdächtige" pochen auf Vorratsdaten	Anstatt auf VDS sollen Rechteinhaber bald auf Providerdaten zugreifen dürfen; VDS bisher 188 Mal abgerufen

12.12.12	Der Standard	Offener Urheberrechtsdialog: Offensive statt Bekämpfung gefordert	"Urheberrechtsdialog" als Gegenveranstaltung zur Diskussion im Justizministerium; Dementierung im Justizministerium wird als rhetorische Finte gesehen;
11.12.12	Der Standard	Justizministerium: Keine Ausweitung der Vorratsdaten auf Urheberrecht	Kritisiert wurde an der Diskussion über die Urheberrechtsnovelle, dass Vertreter d Verhaltungsindustrie eingeladen wurden aber der Dialog m d zivilen Bevölkerung abgelehnt wurde; laut BMJ-Sprecher ist das Gerücht über die Ausweitung d VDS auf das Urheberrecht falsch; Ausschluss v AKVorrat wurde mit Platzproblem begründet; Gegenveranstaltung im Depot
10.12.12	Die Presse	Film-Downloads „ohne Konsequenz“	Experten diskutieren Novelle zum Urheberrecht unter Ausschluss v Gegnern; Entrüstung (Shitstorm) der Internetgemeinde in Ö; Novelle soll nicht Private strafen, die Filme herunterladen sondern jene die urheberrechtlich geschütztes Material anbieten
10.12.12	Der Standard	Vorratsdaten: Rechtsanwälte attestieren Justiz "Fieber"	Rechtsanwälte: es geschieht eine schleichende Aushöhlung der Grund- und Freiheitsrechte seit 9/11; Die Öffnung d VDS f Urheberrechtsdelikte ist ein weiterer Schritt; Wolff wünscht sich mehr Transparenz im Gesetzgebungsverfahren;
05.12.12	Die Presse	Vorratsdaten: Mögliche Ausweitung auf Urheberrecht rückt näher	
05.12.12	Der Standard	Zugriff auf Vorratsdaten auch bei Urheberrechtsdelikten	Justizministerium lehnt Dialog im Zusammenhang m Urheberrechtsnovelle m Bürgern ab; Justizministerium bestätigt, dass VDS künftig auch auf Urheberrechtsverletzungen ausgeweitet werden soll; Bürgerbedenken werden nicht nur ignoriert sondern VDS wird sogar ausgeweitet;
30.11.12	Die Presse	Urheberrechtsgesetz: Filesharing im Visier	30 Organisationen diskutierten im JM über die Urheberrechtsnovelle; vorrangig Verwertungsgesellschaften (z.B. Austro Mechana) und auch VAP pochten auf Öffnung d VDS f Urheberrecht; Justizministerium tat Ablehnung kund; Filmregisseure: Preis sei zu hoch; AK auch dagegen; stattdessen Verkehrsdaten d Provider = VD; aufgrund d diametralen Positionen ist nicht bald m Einigung auf Novelle zu rechnen
29.11.12	Radio	Digital.Leben	
29.11.12	Wiener Zeitung	Vorratsdatenspeicherung: Viel Skepsis bei Hearing im Justizausschuss	Justizausschuss: 13 Experten & Ministerin; Ergebnis d Anhörung f Initiative enttäuschend; mehrere Experten äußerten sich kritisch z VDS; Studie Max-Plack-Institut; EU-Evaluierungsstudie nutzlos; Tschohl/Hirsch: unverhätlnism Grundrechtseingriffe; Änderung
28.11.12	Der Standard	Vorratsdaten: Bisher 188 Abfragen durch Behörden in Österreich	Justizausschuss: 13 Experten & Ministerin; Ergebnis d Anhörung f Initiative enttäuschend; mehrere Experten äußerten sich kritisch z VDS; Studie Max-Plack-Institut; EU-Evaulierungsstudie nutzlos; Tschohl/Hirsch: unverhätlnism Grundrechtseingriffe; Änderung d Richtlinie unwahrscheinlich da einige EU-Staaten Widerstand leisten: Polen verwendet VDS exzessiv; Entschließung: Bundesreg wird aufgefordert, Erkenntnisse d EuGH & d VfGH z VDS rasch umzusetzen; scharfe Kritik an angedachter Ausweitung a Urheberrecht; bisherige Abfragen; 19 Fälle aufgeklärt; keine Zugriffe wegen Terrorismus;

28.11.12	Der Standard	Justizministerin zu Vorratsdaten: "Maßvolle Anwendung in der Praxis"	Justizausschuss Resümee v Justizministerin: VDS= maßvolle Praxis streng richtlinienkonform; Verhältnismäßigkeit wird gewahrt; Kritiker: Justizausschuss unter Ausschluss d Öffentlichkeit= Sittenbild f Umgang m Transparenz
28.11.12	Der Standard	Justizausschuss zur Vorratsdatenspeicherung	Justizausschuss behandelte VDS; unzulässige Veröffentlichungen aus VDS= Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr; Malmström: EU will Richtlinie anpassen und auf Terror und schwere Verbrechen beschränken
28.11.12	Wiener Zeitung	Vorratsdaten: Karl spricht von "maßvoller Anwendung in der Praxis"	Justizausschuss Resümee v Justizministerin: VDS= maßvolle Praxis streng richtlinienkonform; Verhältnismäßigkeit wird gewahrt; Kritiker: Justizausschuss unter Ausschluss d Öffentlichkeit= Sittenbild f Umgang m Transparenz
28.11.12	Wiener Zeitung	Experten üben bei Hearing Kritik an Datenspeicherung	EU-Abgeordneter: Debatten ü VDS wurden unter Ausschluss d Öffentlichkeit geführt & die totale Kontrolle d Bürger beschlossen; Hearing im Justizausschuss d Parlaments; Max-Planck-Institut: keine einzige Studie die Nutzen d VDS belege; Tschohl (BIM): Grundrechtseingriffe; Justizministerium: VfGH DE sieht VDS nicht per se als grundrechtswidrig; Klärung eines Mordfalls mit Handyraub; keine Missbrauchsfälle bekannt; maßvolle Anwendung; Reform d Richtlinie a EU-Ebene: Beschränkung a Terrorismusbek
23.11.12	Der Standard	Schutz der Vorratsdaten: "Man kann nicht ständig alles überprüfen"	Veröffentlichter Bericht der Initiative f Netzfreiheit zeigt gravierende Missstände bei VDS in Ö auf; Datensicherheit war zu keiner Zeit gewährleistet; ausbleibende Überprüfungen der Sicherheit bei Providern; technische Infrastruktur wurde nicht überprüft; fehlende Ressourcen f entsprechende Aufgabe; Datenschutzkommission bestätigt, dass noch keine Kontrollen durchgeführt wurden, weil es noch keine Beschwerden gegeben habe(!); Kontrolle wurde "geistig vorgemerkt" (!); Ursache: mangelnde Ressourcen, fehlender Überblick
22.11.12	Der Standard	AKVorrat warnt vor "Vorratsdatenspeicherung 2.0"	AKVorrat warnt vor Urheberrechtsnovelle vor missbräuchlicher Verwendung d VDS; VDS Begründung= Terrorprävention; Daten-Zugriff bei Urheberrechtsverfahren= problematischer Präzedenzfall; Einzug in Zivilverfahren= Öffent Tür bei anderen Themen z.B. Scheidungen, Verkehrsdaten;
14.11.12	Der Standard	Verein für Anti-Piraterie will auf Vorratsdaten zugreifen	Verein f Anti-Piraterie (VAP) hat bei Pressekonferenz Zugriff auf VDS gefordert; VAP: Verluste durch Piraterie=30-42 Millionen Euro; 20% Verluste bei Einnahmen; VAP: Jugendliche sehen illegalen Download als Kavaliersdelikt an; Gesetzesnovelle d Urheberrechts soll bereits 2013 in Begutachtung gehen;
09.11.12	Der Standard	Initiative gegen Vorratsdatenspeicherung landet im Justizausschuss	am 28. Nov gibt es ein Hearing im Justizausschuss d Parlaments der Bürgerinitiative "Stoppt die Vorratsdatenspeicherung"; Initiative: VDS= Verletzung des verfassungsverankerten Schutzes d Privatsphäre;
04.11.12	Die Presse	Faymann sollte sich "der Verantwortung stellen"	Korruption: Politikverdrossenheit in Ö ein Problem; es gelingt mittlerweile (neue Parteien, Interessensgruppierungen) in Ö zu zeigen, wenn bei Gesetzesentwürfen Probleme bestehen z.B. bzgl Grund- und Freiheitsrechten; Vergleich v ELGA m VDS-Problematik: überall wo Daten gesammelt werden, können diese verloren gehen (ELGA, Facebook); Vorsicht im Umgang m Daten sei prinzipiell angeraten; Ö sind beim Thema Datenschutz nicht sehr sensibilisiert: Sensorium der Bürger soll f Datenschutz geschärft werden

29.04.12	Der Standard	Bericht: Neue EU-Richtlinie zu Vorratsdaten im Sommer	EU-Kommission will im Sommer einen neuen Entwurf f d Direktive z VDS vorlegen; nahe zu alle EU-Länder haben Nutzen d VDS bestätigt; Bereich des Schutzes d Daten und der Datensicherheit sollen überarbeitet werden
26.04.12	Der Standard	Fleißaufgabe	DE erwartet EU-Klage wegen VDS; Ö: nur sehr spärliches liberales Denken; am wenigsten liberales Denken bei ÖVP: Polizei-Wünsche werden erfüllt; VDS-Direktive wackelt nun auch auf EU-Ebene
26.04.12	Radio	Journal Panorama	
25.04.12	Der Standard	Verein für Anti-Piraterie will Vorratsdaten auch gegen Filesharer einsetzen	Verein f Anti-Piraterie (VAP)begrüßt das EuGH-Urteil und fordert die Herausgabe v Vorratsdaten zur Identifizierung v Filesharern
25.04.12	Die Presse	Vorratsdaten: VAP will Auswertung bei Filesharing	Verein f Anti-Piraterie (VAP) begrüßt das EuGH-Urteil und fordert die Herausgabe v Vorratsdaten zur Identifizierung v Filesharern
24.04.12	Der Standard	Die Tyrannei der Transparenz	Transparenz wird zum Fetisch der digitalen Gesellschaft und das Gut Privatsphäre zu geringgeschätzt; Groteske, dass digitale Menschen am lautesten nach Persönlichkeitsrechten rufen; Nicht der Staat ist der Bösewicht sondern Google, Amazon, Facebook; Digitale Revolution = Neuvermessung d Privatsphäre
24.04.12	TV	ZIB	
20.04.12	Die Presse	Raubkopien: EU erlaubt Identifizierung mit Vorratsdaten	EuGH: Herausgabe v VDS zur Identifizierung v Filesharern widerspricht nicht EU-Recht; Verschärfungen im nationalen Recht steht damit nichts im Wege; Unterschreiben v ACTA wird wegweisend;
20.04.12	Der Standard	EuGH: Vorratsdaten dürfen auch gegen Filesharer eingesetzt werden	EuGH: Herausgabe v VDS zur Identifizierung v Filesharern widerspricht nicht EU-Recht; Verschärfungen im nationalen Recht steht damit nichts im Wege; Begehrlichkeiten seitens d Industrie; Ursache: Rechtsstreit aus Schweden wo auf die Herausgabe der Daten eines Users geklagt wurde
19.04.12	TV	ZIB	
19.04.12	Die Presse	Der gläserne Fluggast wird Realität	Daten von Flugpassagieren, die von EU in USA reisen sollen 15 J gespeichert werden; Abkommen m USA; es dürfen keine Profile z Rasterfahndung erstellt werden; Vergleich m Vorratsdatenspeicherung
18.04.12	Der Standard	Web-Pionier Berners-Lee kritisiert Vorratsdatenspeicherung	Tim Berners-Lee: VDS in GB ist "Zerstörung von Menschenrechten"
13.04.12	Der Standard	Verwirrung um Vorratsdatenspeicherung	Anfragen an Service-Provider häufen sich;
13.04.12	Die Presse	100.000 Unterschriften gegen Vorratsdatenspeicherung	Initiative AK Vorrat ist sehr erfolgreich mit Kritik an Überwachungsmaßnahmen(=VDS); bereits 17.000 Unterschriften
13.04.12	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung - Vorarlberger Kulturhäuser legen Protesttag ein	Kulturhäuser in Vorarlberg beteiligen sich an Protest gegen VDS; sie sehen darin einen Eingriff in Freiheitsrechte

13.04.12	Der Standard	100.000 gegen die Vorratsdatenspeicherung	Über 100.000 Personen unterzeichneten die Bürgerinitiative gegen die VDS; Klares Signal an Politik; EU-Politik muss sich mit VDS auseinandersetzen; weiteres Vorhaben v AK Vorrat ist die Verfassungsklage zur Aufhebung der VDS; Zeger: böses Omen f d Rechtsstaat
11.04.12	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Gespeicherte Daten	Gejammere/Hysterie wegen Datenspeicherung; f gewöhnliche Bürger nicht v Belang; Schutz durch richterliche Genehmigung; höhere Aufklärungsquote v Verbrechen Anlass z Freude f "unbescholtene Bürger"; VDS= effiziente Prävention; Proteste sind nicht glaubwürdig
10.04.12	Die Presse	Warum die EU-Agentur für Grundrechte eine wichtige Rolle spielt	Forderung Schließung d EU-Agentur f Grundrechte ist eine Ungeheuerlichkeit; Zeitgeist= Überwachungsstaat zur vermeintlichen Terrorismusbekämpfung wird schamlos ausgeweitet=VDS
09.04.12	Wiener Zeitung	Vorratsdatenspeicherung: Ein Schein-Skandal	Kommentar Handl: Verwechslung v Ursache & Wirkung; Einäugigkeit vieler Zeitgenossen: sie übersehen, dass sich Hunderttausende Schutz vor Terrorakten wünschen & eine Vorsorge gegen Kinderpornografie, sowie Rauschgift und Drogen wünschen; Erinnerung an die 1970er & 1980er: anarchisches Gedankengut d Jugend löste Rückzug d Polizei an wodurch die Kleinkriminalität (Handtaschendiebstähle) anstieg; Medien schüren Panik v Abbau bürgerlicher Freiheiten; sie sollten Politik "Rückendeckung" geben
06.04.12	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Kärntner Antrag landete beim VfGH	Kärntner Verfassungsbeschwerde bei VfGH eingelangt; Beschwerde hat beinahe 40 Seiten Umfang; Beschwerde: Missachtung d Privatsphäre, Aushöhlung d Fernmeldegeheimnisses, Beschränkung d Rechts auf freie Meinungsäußerung, fortgesetzte Missbrauchsgefahr, Pervertierung d Unschuldsvermutung
06.04.12	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Die Vorratsdatenspeicherung	Propaganda v Regimen d vergangenen Jahrhunderts; Freiheitseinschränkungen durch Regime; Terrorbekämpfung als Vorwand f Überwachung; autoritäre EU bzw. undemokratische EU
05.04.12	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Orwells Visionen	Roman 1984 v G Orwell; jeder Mensch wird potenzieller Verbrecher oder Terrorist; elektronische Bespitzelung; Erinnerung an Nationalsozialismus & Kommunismus; Menschen werden sich bald Chips einsetzen lassen; Aufwachen bevor zu spät
05.04.12	Der Standard	Verfassungsklage gegen VDS: Mehr Mitkläger als erhofft	Bereits 13.000 sind Mitkläger d AK Vorrat Verfassungsklage; Klage hat geringe Chancen auf Erfolg
04.04.12	Radio	Digital.Leben	
04.04.12	Kronen Zeitung	Das freie Wort: Vorratsdatenspeicherung	VDS= gravierender Einschnitt i Privatsphäre; Aufzeichnung nur bei Verdächtigen sinnvoll; gläserner Mensch; Kniefall vor EU; VDS= Beginn einer Diktatur; Überwachung von Krankenakten als nächster Schritt; Menschen werden zu Marionetten; Menschen teilen Informationen auf Sozialen Medien; Handy bestimmt das Leben vieler;
03.04.12	Radio	Digital.Leben	

03.04.12	Der Standard	Klage hat nur geringe Erfolgschancen	Verfassungsklagen haben geringe Erfolgschancen; Verfassungsrechtler: obwohl es an Menschenrechts-Konformität erhebliche Zweifel gibt kann nicht ausgeschlossen werden, dass VDS bei Verbrechensaufklärung hilft; Verfassungsgerichtshof gibt idR EU-Recht Vorrang; EuGH bearbeitet bereits eine Klärung des irischen High Court - dieses werden die ö Verfassungsrichter abwarten; BIM/Tschohl: Kippung durchaus möglich; Abgehen v Direktive wäre ein Präzedenzfall; österreichisches Verfassungsgericht sei nicht so politisch wie das deutsche; Verfassungsklage v AK Vorrat soll am 25. Mai eingebracht werden
03.04.12	Kronen Zeitung	Datenspeicherung: "Gauner können sich leichtschützen"	Überwachung wie bei George Orwell; Zeger: Bürger leicht an falschem Ort; Unschuldige können in Visier d Ermittler geraten; Verbrecher können VDS einfach umgehen; extensiver Gebrauch d VDS in Polen
02.04.12	TV	Heute in Österreich: Vorratsdatenspeicherung	
02.04.12	TV	ZIB	
02.04.12	Radio	Rudi	
02.04.12	Radio	Digital.Leben	
02.04.12	Wiener Zeitung	Vorratsdaten, Protest und ein Aprilscherz	Initiative "Vorratsdatenspeicherung jetzt abschaffen "hat beinahe 10.000 Absichtserklärungen; 500 Teilnehmer bei Protestdemonstrationen gegen VDS; weniger Protestteilnehmer als erhofft;
02.04.12	Wiener Zeitung	Überwachungsstaat	Instrumentalisierte Terrorhysterie führte zu Klima der Aufgabe v Grundrechten = Ausweis d demokratischen Verfasstheit Europas; Sicherheit gegen Grundrechte ausgespielt; Wertewandel bzgl. Rolle d Staates und seiner Bürger; Bürger=unter Generalverdächtiger Untertan; in anderen Bereichen (Finanzen) wird nicht überwacht; Justiz & Polizei haben in Ö Vertrauen verloren (Operation Spring & Tierschützerprozess; EU-Regeln allgemein zu weitgehend & freiheitsberaubend (Rauchverbote, Kennzeichnungspflicht im Lebensmittelhandel, Impressumspflicht); historische Vergleiche: DDR, NS-Zeit, Sowjetunion - Sicherheitsmaxime führe zu Staatsterrorismus; Europa = Bündnis v Polizeistaaten; Vergleich mit Orwells Big Brother;
02.04.12	Kronen Zeitung	Anonymous - Viel Lärm um gar nicht!	Anonymous legte Österreich herein; Drohung d Datenveröffentlichung stellte sich als Aprilscherz heraus; Aufmerksamkeit sollte auf VDS gelenkt werden; Angstmache; PitDog= Grubenhund= Zeitungsente
01.04.12	Der Standard	Zu ängstlich und zu angepasst	Österreichs Regierung waren die Grundrechte d österreichischen Bürger kein Anliegen; Regierung hätte Strafzahlung in Kauf nehmen sollen; Generalverdacht gegenüber den europ. Bürgern =Ungeheuerlichkeit; ein ermittlungstechnisches Profil f jedermann; VDS leicht zu umgehen, daher Wirksamkeit fraglich; einziges Argument ist nur die Sparsamkeit m Steuergeld
01.04.12	Der Standard	Was man über die Vorratsdatenspeicherung wissen muss	VDS kann mit TOR umgangen werden; Klage d AK Vorrat wird vorbereitet
01.04.12	Radio	Matrix	
01.04.12	Die Presse		

01.04.12	Die Presse	AnonAustria: Aprilscherz statt Enthüllungen	"Operation Pitdog" entpuppte sich als Aprilscherz
01.04.12	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung löchrig wie Emmentaler	Kriminelle können VDS einfach umgehen, eingeschränkt wird d unbescholtene Bürger; Umgehung d VDS ist legal; VDS: Ziel = Abbildung v Beziehungsnetzwerken; alle kommerziellen Netzwerke sind v VDS erfasst, nur nicht Server v Privatpersonen, Firmen, Parteien oder Organisationen; Umgehung d VDS mittels VPN möglich; Standard empfiehlt Barbezahlung v Kommunikationsdiensten, das Aufsuchen v Telefonzellen oder Restaurant-Telefons (bei Vermeidung v Überwachungskameras)
01.04.12	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Ein potemkinsches Dorf	VDS ist in Kraft getreten; 2 Verfassungsanträge a Aufhebung (Kärnten & Akvorrat); Verfassungsrecht ist nicht absolut, Rechte werden gegeneinander abgewogen: Zweifelhaft ob VDS einen Gewinn an Sicherheit bringt; Verlust an Sicherheit wenn vertrauliche Kommunikation kompromittiert wird; Menschen werden sich scheuen Unterstützung v Psychologen, etc zu suchen; hohe Kosten f Steuerzahler; Eingriff in Privatsphäre nur schwer zu rechtfertigen, wenn VDS zur Zielerreichung ungeeignet ist; Kritiker: Opposition, Journalisten, Ärzte, Sozialberufe, Datenschützer, Bürger; Unterstützer: Innenministerium, Teile d Polizei, Geheimdienste, Lieferanten v Überwachungstechnologie, Bürger, Unterhaltungsindustrie (verfolgt eigene Ziele)
31.03.12	Der Standard	Österreichweite Proteste gegen Vorratsdatenspeicherung	Zu Demonstration "Farewell Privacy" kamen in Wien 500 Personen; auch in Linz, Salzburg, Innsbruck und Graz gab es Demonstrationen;
31.03.12	TV	ZIB	
31.03.12	Wiener Zeitung	Demonstrationen gegen Vorratsdatenspeicherung	Zu Demonstration "Farewell Privacy" kamen in Wien 500 Personen; auch in Linz, Salzburg, Innsbruck und Graz gab es Demonstrationen;
31.03.12	Die Presse	Die Angst der Politiker vor der Generation Netz	Politisierung v jungen Menschen ü VDS-Debatte; vgl. Zwentendorf / Hainburger Au; in SPÖ & ÖVP dominieren die Alten, die nicht sehr internetaffin sind; Kompetenzen in Parteien unklar; ÖVP z VDS: Sicherheit ist wichtiger als Datenschutz; ACTA; Grünen beschäftigen sich am meisten m Thema Internet; Grüne, BZÖ & FPÖ stimmten gegen ACTA & VDS; Harald Vilimsky: Internet als reines IT-Experten-Thema missverstanden; Kampf um digitale Grundrechte; Zögern d Politik: Ja z Internet '= Ja zu Transparenz & Partizipation; Verlust d Themenführerschaft; Sebastian Kurz kennt Bedeutung d Digitalisierung; Politik hat Angst vor Internet wegen Bürgerbeteiligung
31.03.12	Die Presse	Countdown zur "Erschütterung Österreichs"	Anonymous Austria droht mit Veröffentlichung v Dokumenten aus Politik und Exekutive; eigene Website f Countdown eingerichtet; Initiativen gegen VDS; Klage b VfGH; geteilte Meinungen über Erfolg d Klagen; VDS wurde in anderen EU-Ländern bereits gekippt;
31.03.12	Kronen Zeitung	Klagen & Co: Massenansturm gegen die Datenspeicherung	Demonstrationen in Städten; VDS klingt wie Aprilscherz; Bürgerauflehnung in Massen; Idee klingt gut; tatsächlich nur geringe Aufklärungsquote; Wolff: Bürger unter Generalverdacht; hohe Kosten; größter Gegner: Hackergruppe Anonymous Austria; AA droht mit Leaks; Homepage zur Einbringung von Klagen
30.03.12	Der Standard	Verdächtig auf Vorrat	Akvorrat sammelte Unterschriften f Verfassungsklage; Ausgang der Klage ungewiss; EU besteht auf Direktive trotz Zweifel, on VDS mit Europarecht vereinbar ist

30.03.12	Der Standard	Verfassungsklage gegen Vorratsdatenspeicherung	VDS-Direktive eine der umstrittensten in der EU-Geschichte; Regelung v einigen Verfassungsgerichten gekippt; Verfassungsklage in Österreich von AKVorrat; Ursache: VDS= schwerer Grundrechtseingriff;
30.03.12	TV	ZIB	
30.03.12	Wiener Zeitung	Der Sturm 2.0	Widerstand gegen die VDS ist hartnäckig und wird weiterhin bestehen; ACTA nach Aufschrei auf Eis gelegt; Politische Akteure können m Internet nicht umgehen;
30.03.12	Wiener Zeitung	"Anonymous" legt Politiker-E-Mails offen	AA will am 1. April die geheimen Emails von Politikern veröffentlichen
30.03.12	Die Presse	Mit ACTA erhält Musikindustrie die Vorratsdaten	ACTA soll Zugang zu Vorratsdaten f Rechteinhabern zu VDS ermöglichen bei Urheberrechtsvergehen; ISPA: Provider werden zu "Hilfssheriffs staatlicher Aufgaben".
30.03.12	Die Presse	Der Staat hat sich unser Misstrauen verdient	Bsp. Weißrussland: Lukaschenko ließ sich 2010 v Velcom (A1 Tochter) Mobilfunkdaten geben um gegen Tsd.e Demonstranten auf Oktoberplatz i Minsk vorzugehen; Dem Staat ist nicht zu trauen: Argumente f Fahndung nach Kinderpornoringen werden morgen vlt f kleinere Delikte missbraucht; VDS= erleichtert Polizei d Eingrenzen d Verdächtigen; Problem: Staatsanwalt verwendet lose Kontakte f Bestimmung v Mittäterschaft; Tierschützer-Justizskandal; Vergleich mit Orwell &Stalin
30.03.12	Die Presse	In Deutschland verfassungswidrig, in Österreich nicht	"Arbeitskreis Vorrat" (Grüne, BZÖ, Tsde Bürger) will vor d VfGH gegen VDS klagen; 82.000 Bürger haben Petition unterschrieben; VDS sei massiver Eingriff i Grundrechte; BIM: Speicherung personenbezogener Daten alleine verletzt Menschenrechte;
30.03.12	Die Presse	Wie man etwas verbirgt, auch wenn man nichts zu verbergen hat	Argument v Politikern: Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten; Presse: Berufsgruppen die Vertraulichkeit unterliege; Privatpersonen die das Grundrecht auf Privatsphäre behalten möchten; Lösung: Presse empfiehlt Methoden zur Identitätsverschleierung
30.03.12	Die Presse	Daten: Der überwachte Staatsbürger	Cobra stürmte am 26.1 die Wohnung eines Mannes weil Polizei ihn f Mitglied v AA hielt; harmlose Daten können Menschen unter Verdacht bringen; Indiz: Arbeitsweg v 15 Minuten wie d tatsächliche Gesuchte; Bereits jetzt: Rasterfahndung, Lauschangriff, Spionagesoftware sowie Verbindungsdaten; Umstritten ob VDS Fahndungserfolge bringen wird; Max-Planck-Studie (2010): VDS hat keine positive Auswirkung a die Strafverfolgung; Datenmengen sind kein Problem ABER DIE KOMBINATION VON DATEN;
30.03.12	Die Presse	Vorratsdaten: Wer ab 1. April was wann wie wissen darf	Grüne und BZÖ unterstützen Verfassungsklage gegen VDS; Daten lassen Rückschlüsse a Inhalte zu (Ärzte oder Hotlines kontaktiert); zwei Seiten d a VDS zugreifen: Staatsanwaltschaft im Rahmen v Strafverfolgung (=StPO) & Sicherheitsbehörden (SPG); Polizei darf bei akuten Gefahrensituationen auf VDS zugreifen (mit Protokoll)
29.03.12	Der Standard	ARGE Daten: Vorbereitung der Vorratsdatenspeicherung ist chaotisch	Arge Daten: Durchleitstelle des BMVIT wurde nicht zeitgerecht bei der Datenschutzstelle z Genehmigung gemeldet; Arge fordert Stopp d VDS
29.03.12	Der Standard	Anonymous Austria startet Countdown für Operation Pitdog	AA startet Countdown z Veröffentlichung der Dokumente auf eigener Website (Datum 1.April)

29.03.12	Der Standard	Datenschutz und Recht: Grazer ETC sucht bundesweit Erfahrungsberichte	Studie über Rechtsbehelfe gegen Datenschutzverletzungen d Uni Graz wird durchgeführt; Angst zum gläsernen Menschen zu werden, wenn Daten unrechtmäßig veröffentlicht werden; Thema Informationsgesellschaft und Datenschutz als Thema d EU-Grundrechteagentur in Wien (2012);
29.03.12	Der Standard	Vorratsdaten: Was wird gespeichert?	Auflistung v gespeicherten Daten
29.03.12	Der Standard	Ab 1. April wird gespeichert	VDS-Richtlinie wird in Ö seit langem massiv kritisiert; Zugriff f Ermittlungsbehörden grundsätzlich möglich: Ausheben v Stammdaten benötigt ein Ersuchen des Staatsanwaltes oder der Kripo; Zugang zu Zugangsdaten (Telefonnummer/IP-Adresse) reicht eine schriftliche Anordnung d Staatsanwaltschaft (Vier-Augen-Prinzip); Zugang zu Verkehrsdaten braucht es eine richterliche Genehmigung; Voraussetzungen: Verdacht eines Delikts mit Strafe v mehr als 1 J; Bürger sollen informiert werden (=Rechtsschutz) wenn Daten abgefragt werden
29.03.12	Die Presse	CONTRA: Vorratsdaten? Wehe, wenn die Hacker kommen	VDS= wenig f Zweck geeignet laut Experten; VDS= leichte Umgehungsmöglichkeiten f richtige Verbrecher; VDS= Umkehr d Unschuldsvermutung; VDS weckt Begehrlichkeiten bei Unternehmen (Musik); DE: VDS gekippt; VDS= Ermittlung v Beziehungsnetzwerken
29.03.12	Die Presse	PRO: Vorratsdaten-Regelung bringt Rechtssicherheit	König: VDS Vorteil f Bürger= Rechtssicherheit bei Datenspeicherung; VDS f Strafverfolgung essenziell; Löschung wird verpflichtend; Zugriffe werden protokolliert; Bürger werden informiert; VDS= dient Tatrekonstruktion; Befreiung v möglichem Verdacht; Urheberrechtsverletzungen sind ausgeschlossen; Zugriff in Frankreich und Großbritannien f 1 Jahr; Ungarn: Zugriff f Ermittler ohne Angaben v Gründen
28.03.12	Die Presse	Was die Vorratsdatenspeicherung kostet	hohe Kosten d VDS; Bund trägt 80%, Provider 20%
27.03.12	TV	ZIB	
27.03.12	Wiener Zeitung	Der Staat hört ab 1. April mit	In DE gibt es Streit bzgl. VDS; DE: VDS= verfassungswidrig & außer Kraft; vielbeachtete interaktive Grafik: Verbindungsdaten v Malte Spitz= lückenloses Bewegungsprofil; Kritiker: VDS= Ende der Unschuldsvermutung; Studie Max Planck Institut (umstritten)= VDS kaum Einfluss auf Aufklärungsrate; Justiz: VDS= essenziell f Ermittlungen; Innenministerium: Zugriff nur bei "Gefahr f Leben, Gesundheit u Freiheit"; VDS auf der Straße demn. sichtbar bei "Trauermärschen"
27.03.12	Wiener Zeitung	FPÖ will wegen Vorratsdaten klagen	FPÖ: VDS geht bei Überwachung zu weit = Bürgerrechte werden "mit Füßen getreten" (Strache); FPK= absolute Mehrheit im Landtag
27.03.12	Der Standard	Kärnten hat Verfassungsklage eingebracht	Kärnten bringt Verfassungsklage ein; Beschluss folgte aufgrund der FPÖ-Kärnten, SPÖ & ÖVP dagegen; VDS= Erstellung v Bewegungsprofilen, Erstellung v Beziehungsgeflechten; SPK: VDS= Hilfe i Kampf gegen Terror, bestehender Schutz gegen Missbrauch aufrecht; Grüne bereiten eigene Klage vor; FPK: VDS=Datenschutz muss über allem stehen!

27.03.12	Der Standard	Ministerien verteidigen Vorratsdatenspeicherung	Hintergrundgespräch: Beamte beteuern bestmöglichen Schutz v Missbrauch; VDS= essenziell f Ermittlungen; Innenministerium: Exekutive greift nur bei "akuter Gefahr f Leben, Gesundheit und Freiheit" auf VDS zu; Abfragen nach Sicherheitspolizeigesetzlichen Verhältnismäßigkeiten; länge blieb Ö der EU die VDS schuldig;

27.03.12	Der Standard	Protestaktionen sollen Vorratsdatenspeicherung stoppen	AA kündigt Protestmärsche in Österreich an; AA kündigt Leaks an; Bürgerinitiative gegen die Unterwanderung d Unschuldsvermutung; Kärntens LH will bei VfGH klagen
27.03.12	Die Presse	Überwachtes Österreich: Was schon ohne Vorratsdaten erlaubt ist	politische Methoden= ähnlich DDR/Stasi (2007!); VDS= Überwachungsinstrument; Profile können auf Basis d VDS erstellt werden; optische & akustische Überwachung v Personen (Strafprozessordnung 1997/§136); Überwachung auch bei "kriminellen Organisationen" & "terroristischen Vereinigung" - Tierschützerprozess; Rasterfahndung; Erweiterte Gefahrenforschung; Computer-Überwachung (Spionagesoftware); Biometrische Daten im Reisepass; Verbindungsdaten die für Verrechnungszwecke gespeichert werden
26.03.12	Die Presse	Kärnten will Vorratsdatenspeicherung bekämpfen	Landesregierung Kärnten will VDS-Gesetz vor VfGH bekämpfen; Dörfler: VDS= unverhältnismäßiger Grundrechtseingriff; in DE ist die VDS bereits gefallen
	Zeit Online	Verräterisches Handy	
26.03.12	Die Presse	Vorratsdaten: Was Provider in sechs Monaten speichern	VDS= ermöglicht Erstellung detaillierter Profile; VDS= ermöglicht Offenlegung d persönlichen Beziehungsgeflechts; Politiker Malte Spitz (DE) fragte seine VD bei Telekom an: Auswertung zeigt komplexes Profil; A1 schließt Herausgabe von VD aus
26.03.12	Der Standard	Kärnten bringt Verfassungsklage ein	Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) bringt Antrag auf Aufhebung d VDS bei VfGH ein; FPK: VDS= unverhältnismäßiger Eingriff in Grundrechte; Vorbild: andere Länder in denen VDS f verfassungswidrig erklärt wurde
24.03.12	Kronen Zeitung	Seit Monaten	Anonymous Austria droht
23.03.12	Wiener Zeitung	Vorratsdaten - Anonymous will aus Protest Österreich "erschüttern"	Anonymus Austria protestiert gegen den Start d VDS m Drohung der Veröffentlichung brisanter Dokumente; Operation Pitdog=Überwachung v Mail-Accounts ö Politiker; am Vortag der Einführung soll es zu; Protestaktionen kommen, an denen die Privatsphäre symbolisch zu Grabe getragen wird
23.03.12	Die Presse	Enthüllung: Anonymous will "Österreich erschüttern"	Anonymus Austria protestiert gegen den Start d VDS m Drohung der Veröffentlichung brisanter Dokumente; Überwachung v Mail-Accounts ö Politiker;
23.03.12	Der Standard	Anonymous Austria will brisante PolitikerIn-nen- Mails veröffentlichen	Anonymus Austria protestiert gegen den Start d VDS m Drohung der Veröffentlichung brisanter Dokumente; Operation Pitdog=Überwachung v Mail-Accounts ö Politiker; AA fordert zur Teilnahme an der Demonstration "Fairwell Privacy" auf
11.03.12	Der Standard	Rechtsanwalts-Chef Wolff will mehr Transparenz bei Gesetzen	Präsident d ö Rechtsanwaltskammertages Wolff ist über die Änderung d Strafprozessordnung erzürnt; Änderung gefährdet die Arbeit v Journalisten etc.; Wolff: Seit 9/11 werden immer mehr Grundrechte eingeschränkt, dabei sollten diese Maßnahmen auch wieder diskutiert und fallweise zurückgenommen werden; DE: Evaluierung d VDS habe gezeigt, dass diese keinen Mehrwert bringe
11.03.12	Der Standard	Noch bis 12. März gegen Vorratsdatenspeicherung unterschreiben	65.000 Unterschriften wurden bisher gegen die VDS gesammelt; am Montag wird d Bürgerinitiative gegen die VDS im Nationalrat behandelt; Verein AKVorrat sammelt d Unterschriften und initiierte d Bürgerinitiative; seit Oktober werden im Rahmen d Bürgerinitiative "Stoppt die Vorratsdatenspeicherung" Unterschriften gesammelt

09.03.12	Der Standard	Hausjell: Neue Strafprozessordnung "direkter Angriff"	Hausjell: neues Sicherheitspolizeigesetz bedroht die Verschwiegenheit v Journalisten etc.; VDS (+weitere Neuerungen)= Einschränkung d Redaktionsgeheimnisses & d Meinungsfreiheit; Schaffung z Möglichkeit journalistischer Arbeit; neues Sicherheitspolizeigesetz (geltend ab Juli 2012) wurde beschlossen; große Einwände v Journalistenvertretern; StPO-Änderung ermöglicht Verfassungsschutz die Überwachung Einzelner, wenn diese "gefährliche" Kenntnisse haben; zentrales Problem: StPO-Novelle
08.03.12	Die Presse	Der seltsame Wunsch von Autoren nach dem Überwachungsstaat	Forderungskatalog von ACTA fordert Zugriff auf Daten d VDS, Überwachung d Internets, Abmahnungen und Internetsperren; viele Kulturschaffende unterstützen ACTA, weil sie Urheberrechtsverletzungen geahndet sehen wollen
Jahr 2011 (SP2)			
29.04.11	Der Standard	"Vorratsdaten gefährden Ihre Privatsphäre"	Nationalrat beschloss VDS am Do; VDS= Widerspruch zu europ Datenschutzgesetzen; Aufklärungsquote soll sich um 0,07% erhöhen; VDS= Paradigmenwechsel; Verhältnismäßigkeit; Polen: VDS Hälfte aller gemeldeten VDS-Daten; Ungarn: nutzt VDS als politisches Werkzeug; Verbrecher können damit nicht gefasst werden: technisches Wissen ist zu groß; strenges Zugriffs-Regime; Kinderpornografie als Totschlagargument
29.04.11	Der Standard	"Grundsätzlich gegen dieses Gesetz"	Gesetzesvorlage zur VDS entstand in d letzten Monaten nach veritablen Debatte nach der EU-Direktive von 2006; zwei Fronen bildeten sich: Gegner: Datenschützer, Bürgerrechtler, Oppositionspolitiker später auch Journalisten, Anwälte und Ärzte; die Befürworter: aus den Reihen d Regierungsfraktionen, Copyrightlobby; wenig zu Wort meldeten sich die Mobilfunk sowie Internetbetreiber; A1 Telekom Austria speicherte bereits bisher die Daten fü 6 Monate; Provider müssen Infrastruktur teilweise bezahlen, obwohl sie nichts davon haben;
29.04.11	Kronen Zeitung	"EU-Spionage" bei Handydaten	EU-Bürokraten zwingen Österreich zu Überwachung; VDS= Spionage-Idee aus Brüssel; VDS= angepriesen als Waffe gegen Verbrechen; keine Inhalte erfasst = Beruhigung; VDS = notwendiges Werkzeug z Verbrechensbekämpfung; FPÖ: gläserner Mensch droht; BZÖ: Angriff auf Grund- und Freiheitsrechte;
28.04.11	TV	ZIB	
28.04.11	Der Standard	Überwachungsstaat: Eckpunkte der Vorratsdatenspeicherung	Abwartende Haltung Österreichs zT wegen Gesprächen über VDS in Brüssel; Polizei darf ohne richterl Beschluss auf VDS zugreifen bei allgemeinen Hilfeleistungen & Gefahrenabwehr (zB. verunglückte Tourengeher);
28.04.11	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Wien bekräftigt Ablehnung	SPÖ Wien: Ablehnung d VDS, Gesetz geht über die bedenkliche EU-Richtlinie hinaus; Berufsgruppen (Ärzte, Seelsorger, Journalisten) werden im Berufsgeheimnis bedroht; vorhandene Daten=unkontrollierbare Verwendung; Terroristen/Kriminelle können VDS einfach umgehen, übrig bleibt Durchschnittsbürger
28.04.11	Wiener Zeitung	Vorratsdatenspeicherung im Parlament beschlossen	Ö-Rechtsanwaltskammer: VDS= massiver Grundrechtseingriff; VDS= Gefährdung d Berufsgeheimnisse;
28.04.11	Die Presse	Kurz im Nationalrat: "Geben Sie mir eine Chance"	VDS beschlossen

28.04.11	Die Presse	Vorratsdaten: Rückschritt zum "Metternich-Staat"?	FPÖ: VDS= Bürgerüberwachung; Grüne: VDS= Metternich-Staat; BZÖ: "Bunga-Bunga-System (Berlusconi); VDS-Gesetz=Paradigmenwechsel i d Strafverfolgung; Verdachtsunabhängige Speicherung; Kontrolle wurde noch verbessert: Berichtspflicht; Vieraugenprinzip; BIM: Giftzähne gezogen aber VDS= grundrechtlich fragwürdig; EU: VDS soll Terror & Schwerkriminalität bekämpfen; Ö: VDS=Zugriff d Polizei bei Verdacht auf "allgemeine Gefahr"
26.04.11	Die Presse	Vorratsdaten: Kontrolliert nun doch ein Richter?	Laut APA soll f IP-Abfragen richterlicher Beschluss erforderlich sein; EU ist selbst nicht m von Direktive überzeugt; SPÖ fordert Berichte über Abfragefrequenz
19.04.11	Der Standard	Die dubiosen Segnungen der EU-Kommission	EU schadet sich selbst durch das "Durchpeitschen" fragwürdiger Maßnahmen; bisherige Erfolge d VDS sind spärlich laut einem Evaluierungsbericht; VDS= ermöglicht Missbrauch d Daten
19.04.11	Der Standard	Weiter Journalisten-Kritik an Vorratsdatenspeicherung	ÖJC: VDS= Angriff a d Pressefreiheit; Passus zu Redaktionsgeheimnis sei unklar definiert=Grauzone; VD werden nach wie vor ausnahmslos gespeichert & Behörden zugänglich gemacht
18.04.11	Der Standard	EU will Vorratsdatenspeicherung überarbeiten	EU will VDS-Richtlinie bearbeiten; VDS v Verfassungsgerichten in DE, CZ & RO wieder gekippt; Speicherfrist soll auf max 2 Jahre limitiert werden; Erfolge der VDS (=Ausforschung eines internationalen Pädophilen-Rings)
18.04.11	Wiener Zeitung	Chaos bei der Datenfahndung	EU-Kommission will VDS-Direktive überarbeiten; Beibehaltung da VDS ihren Zweck erfülle; Chaotische Umsetzung i Mitgliedsstaaten; teilweise VDS von Verfassungsgerichten wieder gekippt; keine nationalen Regelungen in Österreich und Schweden; Ursache f Österreich Verzögerung= Kompetenzgerangel zwischen Innen- und Verkehrsministerium;
17.04.11	Die Presse	Datenschutz: Internetprovider zu Auskunft verpflichtet	Internetprovider in bestimmten Fällen auch vor richterlicher Bewilligung zu Auskunft verpflichtet
16.04.11	Der Standard	EU will Vorratsdatenspeicherung überdenken	EU will VDS-Richtlinie bearbeiten; gravierende Mängel: zu viel Spielraum bei Aufbewahrung und Umgang m Daten; fehlender Datenschutz f Bürger
14.04.11	Der Standard	Netzaktivisten machen gegen Vorratsdatenspeicherung mobil	In DE, RU, BUL, CZ wurde die VDS als verfassungswidrig erklärt; parteiunabhängige Initiative GegenVDS ruft zu Demonstration gegen TKG-Novelle auf
07.04.11	Die Presse	Vorratsdaten: Mehr Kontrollen bei Justiz und Polizei	Parlament Schweden lehnt VDS wegen Grundrechtsbedenken ab; Skeptiker auch in SPÖ; Neuerung: alle Anfragen sollen dokumentiert werden; jährlicher Bericht d Protokollierungsstelle an Parlament; Begründung erforderlich (inkl. Verdacht); Verhinderung, dass Kinderporno als Vorwand benutzt wird; DSK soll Einsicht nehmen dürfen; Vieraugenprinzip b Staatsanwälten; Missbrauch soll nicht nur dienstrechtlich sondern auch strafrechtlich geahndet werden; Bedenken Experten nicht ausgeräumt; Berufsstände sorgen sich um Schutzwürdigkeit
27.03.11	TV	Hohes Haus	
24.03.11	Der Standard	"Natürlich ist der Missbrauch der Daten zu befürchten"	Bürger verändern ihr Kommunikationsverhalten aufgrund von Überwachungsangst; Überwachungsängste sind legitim (Bsp deutsche Telekom); unbescholtene Bürger haben Recht a Privatsphäre; Umkehrung d Unschuldsvermutung; andere, effektive Möglichkeiten zur Verfolgung v Straftaten i Internet; manche Politiker sehen in digitaler Kommunikation die Möglichkeit v Überwachung und Kontrolle;

23.03.11	Der Standard	Vorratsdaten: Umstrittene Novellen passierten Justizausschuss	Begleitgesetze passierten Justizausschuss d NR; Änderungen d Sicherheitspolizeigesetz (SPG) durch Regierungsparteien beschlossen, Opposition geschlossen dagegen; BIM: massive Kritik; DSR: Kritik; Kritik: Experten-Rat werde überhört
23.03.11	Der Standard	Grüne streamten vertrauliche Diskussion ins Internet	Grüne: VDS als Einstieg in "Spitzelgesetzgebung"; Live-Stream v nicht-öffentlicher Sitzung; Vorwurf d Etikettenschwindels
23.03.11	Die Presse	"Paradies für Kinderpornos" - oder neues Gesetz	Fekter: Datenschutz=Täterschutz; ohne VDS=Paradies f Kinderporno-Ringe; Grüne: Problem d generellen Überwachung; Einfallstor=Gefahr im Vollzug/"allgemeine Gefahr"; Grüne streamten vertrauliche Sitzung
13.03.11	Der Standard	Vorratsdaten: Kritik der Journalistengewerkschaft	Journalistengewerkschaft: VDS= Ende d Redaktionsgeheimnisses, Verdacht reicht f Zugriff d Polizei auch bei "allgemeinen Gefahren"; schwammige Formulierung=Freibrief f Überwachung d Staatsbürger; TKG -Änderung m Stimmen d Regierungsparteien beschlossen
08.03.11	TV	Mediabase: Web 2020	
07.03.11	Kronen Zeitung	Leserbriefe zum EU-Theater: Regierung setzt EU-Richtlinie durch!	Justiz will Zugriff in zivilrechtlichen Fällen; Totalüberwachung d Staatsbürgers droht; Aufgabe d Politik sollte Dienst an Bevölkerung sein
07.03.11	Kronen Zeitung	Regierung setzt EU-Richtlinie durch!	
07.03.11	Die Presse	Vorratsdaten: Weshalb der Hut brennt	VDS= bürgerrechtlicher Paradigmenwechsel; VDS= Erleichterung d Verfolgung v Whistleblowern und Misstandsaufzeigern; insbesondere Justiz & Inneres drängen z Umsetzung; innerhalb d SPÖ gibt es kritische Stimmen; SPÖ hat Tragweite d Problems nicht erkannt & nicht ernst genommen; aufgrund d Eile (EU) drückt man ein Auge zu auf Kosten d Grundrechte; Faymann: anfangs Ignoranz dann Verzögerungstaktik; Tauschhandel zwischen SPÖ & ÖVP: Zugeständnisse bei Fremdenrecht (Schubhaft) gegen Erleichterte Herausgabe v Vorratsdaten f Polizei; Kritik werde nicht mehr gehört
03.03.11	Der Standard	Kanzleramt-Bericht warnt vor Vorratsdatenspeicherung	Kanzleramt hat massive Bedenken bei VDS geht aus internem Bericht hervor; VDS= ernste Gefahr f Privatsphäre, Meinungs- und Pressefreiheit d Bürger; Besonders die Veränderung d Sicherheitspolizeigesetzes sei bedenklich= Ausweitung d Polizei-Befugnisse; Zugriff ohne Staatsanwalt/Richter bei "Abwehr allgemeiner Gefahr"
03.03.11	Der Standard	Filesharing in Zeiten der Vorratsdatenspeicherung	Argument f VDS war Kampf gegen Terror; nun mischen sich auch Vertreter d Musik- & Filmindustrie in die Debatte ein und wünschen Zugriff auf VDS; Staatsanwalt kann bei geringerem Strafmaß (Filesharing ?!) Herausgabe v IP-Adressen veranlassen; offizielles Argument: Kinderpornografie; Seit Beginn d VDS-Direktive Lobbying d Industrie;
02.03.11	Die Presse	Verdächtige auf Vorrat züchten	vgl. mit Anti-Terror-Maßnahmen in der USA: hinwegsehen über Grundrechte; umfassende Zugeständnisse an Polizei; Datenschutzrat schlägt Alarm

02.03.11	Die Presse	Sicherheit: Kanzleramt "zerlegt" Vorratsdaten	Vertrauliches Gutachten aus BKA: Polizeibefugnisse=Gefahr f Freiheit d Bürger; vertrauliche Dokumente widersprechen offiziellen Darstellung; Kleine Delikte reichen aus, damit die Polizei VDS einsehen darf (radikale Tierschützer); ausgenommen lediglich Ordnungswidrigkeiten (Verkehrsdelikte); IP-Adressen ohne richterliche Genehmigung; ÖVP war über Gutachten verärgert;

27.02.11	TV	Pressestunde	
26.02.11	Der Standard	Vorratsdaten - Grüne verlangen Hearing im Justizausschuss	Grüne: im Bereich d Straffprozessordnung geht die VDS viel zu weit; Grüne fordern parlamentarisches Expertenhearing
23.02.11	Wiener Zeitung	Pressefreiheit unter Druck	VDS: Berufsgeheimnisträger nicht ausgenommen= Pressefreiheit unter Druck; VDS-Gesetz stellt Wert d Grundrechte i Gesellschaft in Frage; investigativer Journalismus wird bedroht (Quellen- und Informantenschutz nicht mehr gewährleistet ; VDS-Gesetz aufgrund d Problematik ergänzt um Recht zur Aussageverweigerung (Zeugnisverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen); Wenn Journalist "Aussage verweigert" darf die Verbindung nicht ausgewertet werden; aus Datenschutzgründen ist es nicht möglich bestimmte Berufsgruppen auszunehmen; Verfassungsjurist Mayer: Missbrauch möglich, Informanten werden offen gelegt
23.02.11	Der Standard	T-Mobile begrüßt "Minimal-Umsetzung" bei Vorratsdaten	T-Mobile sieht Rechtssicherheit im VDS-Gesetz gewährleistet; Verkehrsministerium habe erreicht, Begehrlichkeiten abzuwehren
23.02.11	Der Standard	Telekom Austria sieht "akzeptable Lösung" bei Vorratsdaten	Aufteilung d Kosten
22.02.11	Der Standard	Internet-Wirtschaft will nicht zahlen	Internet-Wirtschaft kritisiert Kostenbeteiligung an VDS-Investitionen mit 20%; ISPA: Betroffene sollen informiert werden & grundrechtliche Auswirkungen sollen stärker in den Blick genommen werden
22.02.11	Der Standard	Grüne bekräftigen Kritik	Grüne: VDS-Gesetz=Einstieg in Spitzelgesetzgebung; Grüne: Einsatz d Regierung f Änderung in Brüssel gewünscht; Grüne: präventive Speicherung problematisch, Ö: überschießende Umsetzung d EU-Richtlinie, VDS sollte nur f schwere Straftaten gelten
22.02.11	Der Standard	Beispiele für Datensammlung	Datenspuren sind im Alltag schwer vermeidbar; VDS=gesetzliche Festschreibung v systematischen Sammeln und Speichern; angesurfte URLs werden nicht gespeichert (=Inhalt)
22.02.11	Der Standard	Die Eckpunke des Abkommens	Ausnaheregelungen bei VDS zB bei Stalking, Kinderporno; Standortdaten-Zugriff b gefährdeten Personen wie Vermisste oder Entführte; Rechtsschutz: nachträgliche Informierung d Betroffenen
22.02.11	Der Standard	Regierung mit Kompromiss bei Vorratsdaten zufrieden	SPÖ: Missbrauchssicherheit; ÖVP: Bekämpfung v Cyberkriminalität; Kompromiss; Verfassungsrechtlichkeit gewährleistet; Spö stimmte d erleichterten Weitergabe zur Cyberkriminalitätsbekämpfung zu
22.02.11	Der Standard	Fremdenpaket und Vorratsdatenspeicherung im Ministerrat beschlossen	VDS wurde im Ministerrat beschlossen; VDS= 6 Monate Speicherung, Strafdaten mit Rahmen v 1 Jahr; richterliche Zustimmung erforderlich, Ausnahme: Gefahr im Verzug
22.01.11	Der Standard	Regierung einigt sich auf Vorratsdatenspeicherung	VDS wurde im Ministerrat beschlossen; VDS= 6 Monate Speicherung, Strafdaten mit Rahmen v 1 Jahr; richterliche Zustimmung erforderlich, Ausnahme: Gefahr im Verzug
22.02.11	TV	Report: Durchleuchtete Bürger	*Siehe Transkript ORF*
22.02.11	TV	ZIB	
22.02.11	TV	ZIB	
22.02.11	Kronen Zeitung	Datenspeicherung	Regierung einigt sich auf Umsetzung d VDS i Österreich; Details im Ministerrat besprochen

22.02.11	Wiener Zeitung	Regierung bei Vorratsdaten einig	VDS-Einigung: Kostenfrage geklärt, 6 Monate m richterlichem Beschluss, IP-Adressen abfragen ohne Richter jederzeit (kein Strafrahmen) (Kinderpornografie); Erleichterungen bei allgemeinen Hilfeleistungen oder Abwehr v Gefahren (z.B. vermisste Bergsteiger, Abwehr v Entführungen)
22.02.11	Die Presse	Telekom-Daten: 892 Abfragen jährlich	VDS=Neuregelung bereits bestehenden Gesetzes; Abfrage v IP Adressen zukünftig bei kleinen Delikten; 2009 griff Polizei 776x auf Standortdaten zu
22.02.11	Die Presse	Vorratsdaten gegen Fremdenrecht: Basar im Kanzleramt	VDS -Einigung: Übermittlung auch bei leichteren Strafdaten an Justiz; EU: nur schwere Straftaten; SPÖ gab nach; bei Delikten mit 1 J Haft darf man auf Daten zugreifen; zwischen 6 M und 1 Jahr darf man zugreifen, wen einer d Betroffene zustimmt; Bsp Stalking; IP-Adressen-Abfragung ohne Mindeststrafandrohung & Richter dafür Staatsanwalt; Opposition: Gesetz gefährdet Freiheit d Bürger / kritisiert Leichtfertigkeit
21.02.11	Der Standard	Offenbar Einigung bei Vorratsdatenspeicherung	Einigung bzgl VDS konnte in Koalition erzielt werden;
21.02.11	Radio	Digital.Leben	
21.02.11	Wiener Zeitung	Fremdenpaket und Vorratsdatenspeicherung bereit für Ministerrat	VDS wird im Ministerrat behandelt
20.02.11	Der Standard	Bures erwartet Vorratsdaten-Beschluss am Dienstag	Bures: EU-Linie muss umgesetzt aber Missbrauch muss ausgeschlossen werden; drei Gesetze müssen f VDS geändert werden: TKG, StPO, SPG
20.02.11	Kronen Zeitung	Leserbriefe zum EU-Theater: "Letzte Mahnung an Österreich!"	EU-Kommissarin droht Österreich mit Verfahren; EU hält sich selbst nicht an Verträge; Reding hält uns f Terroristen; Aufzwingen seitens EU; EU= nordkoreanische Zustände;
20.02.11	TV	Pressestunde	
18.02.11	Der Standard	Auch Österreich hält EU-Grundrechte nicht ein	EU-Warnung wegen Verzögerung; Kritik an VDS von Grünen
18.02.11	Der Standard	Vorratsdaten: Experten sehen Kosten als einen der Knackpunkte	ISPA & BIM: Kostenübernahme und zivilrechtliche Ansprüche ungelöst; zivilrechtliche Ansprüche=Copyrightverletzungen; Ermittler im Innenministerium sind besorgt wegen möglicher Verschlechterung d Ermittlung (Kinderporno)
18.02.11	Der Standard	EU: Österreich muss Vorratsdatenspeicherung umsetzen	EU: öst. Debatte kein Grund f Verzögerung; Ö hat EU-Direktive zu befolgen; Verweis auf die Verurteilung des EUGH; Reding legt grundrechtschonende Umsetzung nahe;
18.02.11	Der Standard	Innenministerium widerspricht Warnung der Grünen	Innenministerium: es sollen Rechtsschutzbeauftragte eingebunden werden; Vorsorglicher Zugriff der Polizei bei konkreten Gefahren (Pilz=Überwachungsermächtigung) nur in seltenen Fällen(=Kinderporno); ÖVP-Sicherheitssprecher: Pilz= linker Aktionismus nimmt Kinderporno in Schutz
18.02.11	Der Standard	Vorratsdaten: Grüne befürchten "Stasi-Gesetz"	Grüne: Spitzelmonopol f Polizei entstehe; ÖVP will urheberrechtliche und zivilrechtliche Straftaten inkludieren; VDS= Gefahr f Redaktionsgeheimnis; VDS soll laut Pilz auch f präventive Zwecke eingesetzt werden; VDS=menschenrechtswidrig

18.02.11	Der Standard	AK: Vorratsdaten dürfen nicht zur Verfolgung von Filesharern genutzt werden	Medienindustrie möchte VDS zur Verfolgung von Filsharern einsetzen; AK-Konsumentenschützer treten f Begrenzung a Schwere Straftaten ein; AK: Mittel f Zweck d Terrorismusbekämpfung zweifelhaft; AK fordert Informationspflicht
18.02.11	TV	ZIB	
18.02.11	TV	ZIB	
18.02.11	Wiener Zeitung	Reding: Umsetzen oder Bezahlen	VDS= v europäischen Regierungen beschlossen und nun umzusetzen; Reding verweist auf Möglichkeit einer grundrechtsschonenden Umsetzung; vorsorglicher Zugriff laut Innenministerium nur bei seltenen Fällen, z.B. Kinderpornografie; Grüne: Vergleich mit Stasi; FPÖ: VDS= Generalverdacht aller Bürger; Reding: Ö hat sich an EU zu orientieren
18.02.11	Die Presse	EU zu Österreichs Vorgehen: "So geht's nicht"	EU-Justizkommissarin kritisiert Ö. Verzögerung; Vertragsverletzungsgefahren droht ;
18.02.11	Die Presse	„Also so geht's nicht“: Reding rügt Österreich	EU-Justizkommissarin kritisiert Ö. Verzögerung; Vertragsverletzungsgefahren droht ;
15.02.11	Der Standard	Politik der Abstoßung	lange Verhandlungsphase bleibt aufgrund politischer Differenzen ergebnislos
15.02.11	Der Standard	Die strittigen Punkte im Entwurf zur Vorratsdatenspeicherung	ÖVP: Mindeststrafe von 1 Jahr zu lang; Problem Kinderpornografie: Strafmaß zu kurz (?); BIM: "vorgeschützte Debatte" seitens ÖVP;
15.02.11	Der Standard	Fekters Beamte ohne Kritik an Vorratsdatenspeicherung	Bericht d Kuriers wonach derzeit unsauber mit Telekommunikationsdaten umgehe; Beamten (IBM) sehen keine Kritikpunkte bei VDS;
15.02.11	Der Standard	Boltzmann-Institut unterstützt Bures bei Vorratsdatenspeicherung	Boltzmann-Institut unterstützt Bures (SPÖ); Vorwürfe von Justizressort seien "unhaltbar"; BIM: Ermittlungen z Kinderpornografie werden nicht eingeschränkt; SPÖ: Missverständnis=bester Fall; Zeger: Polizei versuche Provider unter Druck zu setzen um Daten
15.02.11	Der Standard	Kampf gegen den "digitalen Untergrund"	Bures präferiert strenge Variante d VDS (Terror/richt. Anordnung); Strafzahlung droht (EGH); ISPA: hohe Kosten/Vorverdacht/fragliches Mittel f Zweck d Terrorabwehr; Fekter: Internetbetrug ist zunehmendes Problem; Ohnlie-Fahnung
15.02.11	TV	Konkret	*Siehe Transkript ORF*
15.02.11	TV	ZIB	
15.02.11	Wiener Zeitung	Uneins bei Datenspeicherung	Boltzmann-Institut unterstützt Bures (SPÖ); Vorwürfe von Justizressort seien "unhaltbar"; BIM: Ermittlungen z Kinderpornografie werden nicht eingeschränkt; SPÖ: Missverständnis=bester Fall; Zeger: Polizei versuche Provider unter Druck zu setzen um Daten zu erhalten;

15.02.11	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung: Wie schwer muss ein Delikt sein?	ÖVP: lehnt aktuellen VDS-Entwurf ab, da Bestimmung anfechtbar seien Widerspruch schwere Straftat und Mindeststrafe 1 Jahr (?); ÖVP: kein Zugang f Ermittler bei bestimmten Delikten; bisher war Zugriff schon bei Freiheitsstrafe v 6 Monaten möglich; Kinderp.: bis zu einem Jahr; SPÖ: wenn vom Staatsanwalt angeordnet, ist Zugang unabhängig v Regeln möglich; SPÖ: ÖVP möchte eigentlich auch bei zivil- oder urheberrechtlichen Straftaten Zugriff, SPÖ da klar dagegen

15.02.11	Die Presse	Datenspeicher für alle Bürger kommt	VDS=mehr Rechtssicherheit f Überwachte und Überwacher; Analyse d IP nur nach Kontrolle d Staatsanwalt/Rechtsschutzbeauftragten möglich; VDS= Rückschlüsse z politischer Orientierung, Gesundheit, Kommunikationsverhalten; VDS= Ermöglicht Erstellung umfassender Täterprofile; Ursache sind Terror v New York (2001) & Madrid (2004); Österreichs Grund f Verzögerung ist NICHT DAS GESTEIGERTE INTERESSE der Regierung an Bürgerrechten; Faymannn war VDS kein Anliegen, Nachfolgerin kümmerte sich darum; politische Streitereien sind Verzögerungsursache; Umgehungsmöglichkeiten sind einfach
14.02.11	TV	Hohes Haus: Vorratsdatenspeicherung	
14.02.11	Der Standard	"Wir steuern einem Paranoiastaat entgegen"	Zeger hält Österreicher f "autoritätsgläubig" die sich einfach arrangieren; Gefahr von Verurteilung aufgrund "verdächtiger Muster"; Verfassungswidrigkeit; Zugang der JUSTIZ UNGEKLÄRT; Datensammlungen werden für Missbrauch verwendet; Politiker werden von Unternehmen aus Entscheidungsposition gedrängt; Weg vom aktuellen Überwachungsstaat zum Präventivstaat
14.02.11	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung nicht im Ministerrat	ÖVP sieht bestehende Möglichkeiten zur Bekämpfung v Internetkriminalität mit Vorschlag zur VDS eingeschränkt (???); Kampf gegen Kinderpornografie werde durch das Gesetz erschwert (Delikte); SPÖ: will Rechtschutzgarantie und sieht KP nicht betroffen; SPÖ plädiert f Strafrahmen v 1 Jahr (KP inklusive); SPÖ: VDS darf nicht zum Vehikel zur Öffnung f andere Delikte werden;
14.02.11	Der Standard	EU will stärkeren Datenschutz für Private	EU-Justizkommissarin zweifelt an VDS / Datensammelwut; EU: Datenminimierung als wichtiges Prinzip; EU erkennt zunehmend die Relevanz von Datenschutz / es geht nicht um ein "Wettrennen um Technologien";
14.02.11	Wiener Zeitung	Der Kampf um die Daten	ÖVP: Wunsch nach Zugriff auch bei Delikten mit geringem Strafmaß ab einem Jahr Haft; 3 Monate lange Verwendung f Klärung v Copyright-Verletzungen (ÖVP); Datenschutzkommission: Überwachung ohne Terrorverdacht ist bedenklich; Unstimmigkeit bzgl. VDS auch auf EU-Ebene - Wahrung der Grundrechte wird bezweifelt
14.02.11	Wiener Zeitung	Keine Einigung bei Vorratsdatenspeicherung	SPÖ schildert Kostenfrage als offen, ÖVP möchte Internet-Kriminalität bekämpfen; Bekämpfung v Kinderpornografie werde erschwert/verunmöglicht; Delikte mit Strafmaß ab 1 Jahr Gefängnis; SPÖ wart vor Missbrauch der VDS als Vehikel f andere Delikte; SPÖ: ÖVP schummelt bei der "Verpackung" und soll eigenes Gesetz machen;
11.02.11	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Regierung vor Einigung	keine Einigung Infrastrukturministerium & Innen- bzw. Justizministerium; Streitpunkt: Schwere der Delikte; ÖVP will auch Copyright-Verletzungen mit VDS bekämpfen, SPÖ will nur Minimalumsetzung; massive Kritik v Bürgerrechtlern seit Bestehen
10.02.11	TV	ZIB	
10.02.11	Die Presse	Vorratsdaten ante portas	Justiz soll Zugriff auf VDS zur Bekämpfung "schwerer Verbrechen" haben; Mahnung d EU wird befürchtet, wenn Vorhaben weiter verzögert wird; Uneinigkeit bei Delikten; Evaluierung d EU in anderen Ländern ergab Grundrechts-Eingriffe; Grüne: man leiste der Erpressung Folge; Grüne: neue Verurteilung solle in Kauf genommen werdenum ein Zeichen f Bürgerrechte zu setzen

07.02.11	Der Standard	Österreich und die Angst vor der Millionenstrafe	Ö droht hohe Strafe von EU wegen fehlender VDS; Überwachungsstaat vs. legitimes Mittel zur Verbrechensbekämpfung; Bures sieht VDS kritisch: Gefährdung d Grundrechte; Fekter/Bandion-Ortner (ÖVP) wollen kriminalitätsrelevante Bestimmungen mögl. breit gefasst; zwei offene Frage: Was ist eine schwere Straftat & muss die Polizei Betroffene informieren; 2010 wurde Österreich wegen d Nichtumsetzung der Linie verurteilt; zähe Verhandlungen & ideologische Differenzen
29.01.11	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Umstrittene Umsetzung von EU-Richtlinie in Griffweite	Dringlichkeit der Umsetzung eines österreichischen Gesetzes zu VDS; Speicherung begrenzt auf 6 Monate
28.01.11	Der Standard	"Facebook verhält sich nicht vorbildlich"	EU: Regierungen können nicht frei Datensammeln, es gibt strenge Datenschutzgesetze; Vertrag von Lissabon betont Grundrechte; Überwachung durch Staaten nimmt in der EU ab, EU-Parlament setzt sich am stärksten f Grundrechte ein und ist gestärkt; Überwachungsvorhaben v.a. nach 9/11.
20.01.11	Radio	Digital.Leben	
Jahr 2007 (SP1)			
26.06.07	Die Presse	Vorratsdatenspeicherung vertagt	Ein Mehr an Daten = NICHT mehr Chancen etwas zu finden; Nadel im Heuhaufen Metapher; Ursache f VDS=Terror v Madrid & London; 90 kontroverse Stellungen z VDS; DSR: keine Wahrung d Verhältnismäßigkeit; Anwalt: kein Grundrecht auf Anonymität/Datenschutz darf nicht der Verschleierung v Kriminalität dienen; Geschäftsführer Musikwirtschaft: Urheberrecht in Opposition zum Datenschutz; Terrorbekämpfung als Vorwand für rechtswidrige Musikdownloads; Missbrauch der Daten ist äußerst wahrscheinlich
08.06.07	Der Standard	Piratenpartei ruft zu Demo gegen Vorratsdatenspeicherung auf	Piratenpartei veranstaltet am 7.6.07 eine Demonstration gegen VDS; Motto: Freiheit statt Angst; VDS= Bürger unter Generalverdacht; VDS=Ständige Überwachung; VDS=verhindert demokratisches Engagement; VDS=beschneidet Rechte v Berufsständen
08.06.07	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Neue Allianz sieht Bedenken Faymanns	Allianz gegen VDS aus LIF, Arge Daten & Ludwig Boltzmann Institut; Zach: am Ziel vorbei / kein geeignetes Mittel zur Terrorismusbekämpfung; LBI: grundrechtliche Problematik=generelle, verdachtsmäßige Speicherung v Daten
08.06.07	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Kritik von europäischen Experten	Europäische Experten: Österreichische Variante d VDS= beträchtliches Eingriffspotential/Bedroht Grundrechte; Verstoß gegen EMRK; Vergehensspektrum zu groß
06.06.07	Die Presse	Staat spioniert Telefon-Daten: Ablehnungsfront der Experten	ORF & Verwertungsgesellschafen wollen SENKUNG d Strafe wenn VDS unbefugt zur Verfolgung v Urheberrechtsverstößen verwendet werden; Datenschutzrat, Datenschutzkommission, österreichische Rechtsanwaltskammertag haben Bedenken: Grundrechtskonformität; Hannes Trettner (BIM) hat massive Grundrechtsbedenken; Trettner: VDS= Paradigmenwechsel zw. Bürgern und Staat
05.06.07	Wiener Zeitung	Bedenken gegen Datenspeicherung	Allianz gegen VDS aus LIF, Arge Daten & Ludwig Boltzmann Institut; Zach: am Ziel vorbei / kein geeignetes Mittel zur Terrorismusbekämpfung; LBI: grundrechtliche Problematik=generelle, verdachtsmäßige Speicherung v Daten

05.06.07	Der Standard	Google + antirassistische Tätigkeit = Hausdurchsuchung + DANN-Abnahme	Ein Bsp aus DE zeigt, was VDS sein könnte: VDS als "Überschrift"; Verfolgung bei falschen Google-Suchen; Untersuchung G8-Gegner in DE
03.06.07	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Verkehrsminister Faymann reagiert auf Kritik der Datenschützer	Faymann: Ö soll nur Mindestnorm umsetzen; Gesetz= 6 Jahre Speicherung, Einsatz auch bei geringeren Delikten (Fahrlässigkeitsdelikte); Wirtschaft fordert Kostenersatz für Telekom-Unternehmen
03.06.07	Der Standard	Innenministerium will schärfere Vorratsdatenspeicherung	Innenminister Platter will eine Verschärfung d VDS; Daten sollen länger als 1 J gespeichert werden; Platter: Internationale Dimension v Terrorismus= mehr Zeit erforderlich; Datenschützer sehen Verstoß gegen EMRK; Zeger: Totalüberwachung, Pauschalverdacht
03.06.07	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: SPÖ gegen Verschärfung	Innenminister Platter will eine Verschärfung d VDS; SPÖ dagegen: Überwachungsstaat; 9/11 / Terror die Ursache NICHT einfache Kriminalitätsbekämpfung; Verstoß gegen EMRK
30.05.07	Der Standard	Vorratsdatenspeicherung: Faymann kündigt Evaluierung an	Kritiker: Datenschützer/AK/WKO: ö Entwurf geht über EU-Vorgaben hinaus; Verkehrsminister Faymann lässt VDS-Pläne evaluieren; Vorbild: andere Länder; Ö nur Mindestnorm realisieren und kein "Musterschüler" werden;
29.05.07	Der Standard	Experten warnen weiter vor geplanter Vorratsdatenspeicherung	Kritik: SPÖ-Konsumentenschutzsprecher & AK: Widerspruch zu europäischen Datenschutzrecht; Unverhältnismäßigkeit d Delikte; DSR: lehnte VDS 2x einstimmig ab; verfassungsrechtliche Bedenken; anhaltlose Speicherung = fehlende Evidenz f Wirksamkeit d VDS
29.05.07	Der Standard	Geplante Vorrats-Datenspeicherung stößt Datenschützern sauer auf	Kritik: VDS soll bei geringen Delikten eingesetzt werden (illegale Musik-Downloads); Kosten-Frage ungeklärt; Umsetzung "auf niedrigst möglichem Niveau"; Frage: welche Aktivitäten sind zu Internet-Aktivitäten zu zählen?
23.05.07	Der Standard	Speicherung von Telefon- und Internetdaten geplant	LIF: "Grundrechts- und politischer Dammbruch"; keine Inhalte jedoch sehr wohl wer mit wem/Ort/Zeit; bisher: Erfassung nur mit konkretem Verdacht; Zukunft= Speicherung auf Verdacht; technischer Fortschritt=ermöglicht Bekämpfung v Straftaten; nachträglicher Zugang f Ermittlungsbehörden; Unabhängigkeit d Medien gefährdet; keine Ausnahmen f Berufsgruppen (Ärzte, Kirchenvert., Journalisten,...); die Unschuldsvermutung wird aufgehoben
23.05.07	Wiener Zeitung	Überwachungsgesetz: Kommt Entschärfung?	Stellungsnahmen werden evaluiert; Verkehrs- und Justizminister: nur Mindestnorm erfüllen; keine Gesprächsinhalte erfasst; Zweck= Zugriff bei Verdacht auf Straftat; Zeger: Mittel nicht f Zweck geeignet; es gibt zahlreiche Möglichkeiten d Speicherung zu umgehen; Verstoß gegen die EMRK unverhältnismäßig; Ludwig-Bolzmann-I.: Nur bei Vorliegen von Verdachtsmomenten gerechtfertigt; Ö: Umsetzung geht zu weit= Strafniveau zu niedrig=Amtsmissbrauch, Stalking, Fahrlässigkeitsdelikte;

22.05.07	Wiener Zeitung	Sturmlauf gegen Datenspeicher	EU: alle Daten müssen gespeichert werden; Ö: Lösung wird kritisiert; VDS= flächendeckende & verdachtsunabhängige Speicherung; Entwurf= Minimalvorgaben aus Brüssel; ISPA-Präsident: massiver Grundrechtseingriff; Ö: inkludiert auch Fahrlässigkeitsdelikte; erheblicher Eingriff in Grundrechte; Ö wird zur Zurückhaltung bei Umsetzung geraten; Verstoß gegen EMRK; Zweifel an Eignung des Verfahrens zur Bekämpfung schwerer Straftaten;

21.05.07	Der Standard	AK übt Kritik an geplanter Vorratsdatenspeicherung	AK: Österreichs Novelle des TKG schießt über EU-Ziele hinaus; VDS=teuer & gefährdet d Privatsphäre; EU: Beschränkung auf Terror, Ö: Erweiterung um Delikte m 1 Jahr Haft; Gefahr=zufällig zu Opfer von Ermittlungen zu werden; EU verlangt Umsetzung bis September 07; VDS= Verbrechensbekämpfung erleichtern; Telefon- und Internetdaten müssen 6 Monate aufgehoben werden; richterlicher Beschluss f Zugriff erforderlich; Gesetz=Aufklärung schwerer Straftaten (org. Kriminalität); Ö: Erweiterung d Vorgaben (?); Ursache= Terrorakte v London und Madrid
19.05.07	Die Presse	Auf dem Weg zum Überwachungsstaat?	VDS= Überwachungsstaat, fragliche Zweckmäßigkeit, Finanzierung, Österreicher zahlen eigene Überwachung; VDS= Gefährdung d Privatsphäre, Terrorabwehr als Deckmantel, Missbrauch f andere Zwecke, einfaches Umgehen, Überwachungsstaat; VDS= Verstoß gegen d Menschenrechte (EMRK), fraglich f Zweck; Überwachung der Unschuldigen, Gesetz sei lächerlich
17.05.07	Wiener Zeitung	Angst vor einem Überwachungsstaat	Begutachtungsfrist f VDS endet; ÖVP & SPÖ stehen VDS ablehnend gegenüber, müssen sie aber umsetzen; Gefahr einer zum umfangreichen Speicherung; Terror-Delikte im Vordergrund; viele offene Fragen v.a. die Finanzierung; "niedrigstmöglicher Standard"; VDS= Bekämpfung organisierter Kriminalität & Terrorismus;
15.05.07	Die Presse	Telefon, Internet: Gläserne Kunden? Terror-Eldorado?	Datenspeicher trifft Bürger und nicht Terroristen; Grundrechts-Experten und IT-Experten kritisieren VDS: einfache Umgehung, Dabrowski: Einfache Umgehung; Justizministerin Berger: VDS kann Terror nicht verhindern aber aufklären; Zach: gigantisches Missbrauchspotential; Strafe in Brüssel soll in Kauf genommen werden; Internetprovider sehen fraglichen Nutzen
14.05.07	Die Presse	Unterwegs zum Überwachungsstaat	VDS= Weg in Überwachungsstaat; Grundrechtseingriffe (EMRK / 8); Nutzen f Terrorbekämpfung fraglich; Speicherung kann umgangen werden; Daten lassen detaillierte Rückschlüsse zu; Entwicklungen in anderen EU-Ländern sollen abgewartet werden; Inklusion v Fahrlässigkeitsdelikten ist nicht nachvollziehbar
14.05.07	Die Presse	Wir müssen um zehn Prozent mehr Rufdaten speichern	Telekom & Provider sehen sich als Opfer (Finanzierung)
14.05.07	Die Presse	Telekom-Daten: Lizenz zum Speichern	Verkehrsministerium setzt Gesetzesentwurf f VDS um; Richtlinie 2006 beschlossen während Ö. EU-Ratspräsidentschaft; Terror v London & Madrid; dient Terrorbekämpfung; Daten gegeben detaillierte Einblicke in Orte d Kommunikation; verdachtsunabhängige Speicherung; Zentrum f E-Conmerce & Internetrecht hat grundrechtliche Bedenken; einfache Umgehungsmöglichkeiten; Österreichs Entwurf umfasst auch Fahrlässigkeitsdelikte;

4P1

Elga - Kategorien / Konzepte i Diskurs

- Folge eines internationalen Trends ////
  Forcierung d. privatw. Akteure ////
  Beteiligung d. Nutzergruppen
  Datenschutz-Problem ////
  hohe Komplexität //
  Elga = Umstrukturierung d. Gesundheitswesens /
- Industrie hat hohes Interesse a Elga
- Elga = Vergleichbarkeit v. Gesundheitsprobleme
- Internationaler Druck / Aufholjagd
- Elga = hohen Effizienz ////
- Systemvergleich m Google /
- Elga = hohe Investitionskosten //// //
  Elga = Datenaustausch
- Elga = Konflikt Effizienz vs. Schutz v. Persönlichkeitsrechten //
- Elga = Erpressungsrisiko /
- Elga = mehr Macht f. Bürgerinnen
- Elga = abstrakt / schwer zu verstehen //
  Transparenz verursacht Ängste
  ~~Unsicherheit~~ Transparenz = positiv /
- Frage: wer darf zugreifen / Zugriffsrechte ////
  Ergebnis: Weitergabe v. Gesundheitsdaten durch ÄMS //
- Elga = Bedrohung der unkontroll. Datenweitergabe //
- Elga = Gefährdet Datensicherheit
- Elga = Lebenslage / lebenslagenbezogen ///
- Elga = EU-konform

- Elga = präsenter Patient
- zentrale Vernetzung - dauernde Verfügbarkeit
- Elga = bessere Behandlung / Therapie #
- ~~Elga~~ Kritik: Elga eingeschränkt Datenmissbrauch
- Elga = Kontrolle
- Elga = bessere Gesundheit
- Elga = weniger Behandlungsfehler
- Elga = Einsparung Verwaltung
- Elga = Überwachung
- Elga minimiert Vertrauensverh. zw. Arzt & Patient
- Elga = Pilotprojekt d. Politik
- Elga = einheitlicher Datenschutzstandard als derzeit
- Zugriff f. Arbeitgeber / Versicherungen ausgeschlossen
- Opt-Out = schlechtere Behandlungsqualität
- Elga = Vereinfachung f. Patienten
- Elga = Schnelligkeit erhöht
- Kritik: Ärztekammer
- Gesundheitsdaten = Kriminalgut
- Ausfall = zentrale Speicherung
- Elga = Qualitätsüberprüfung / Beobachtung d. GW
- Elga = f. wissenschaftl. Forschung nützlich
- Elga = gegenseitige Transparenz
- Vorbild Dänemark
- Elga = Einführung Standardisierung Freiwilligkeit
- mehr Information = bessere Behandlung

Internationaler Trend

→ Internationaler Trend z. Digitalisierung
→ Anschlussfähigkeit
→ EU-forciert E-Health-Projekte
→ Dänemark als Vorbild

privatw. Akteure

→ Industrie hat großes Interesse an Projekt
→ Frage: wer hat Zugriffsrechte
→ → Angst vor Datenweitergabe
→ Gesundheitsdaten sind Wirtschaftsgut
→ wertvoll f. Forschung & Industrie
→ Missbrauchsgefahr durch Zugriff
[Impuls z. Effizienzsteigerung neoliberaler Zeitgeist]

Datenschutz

→ was früher Papier war wird digital
→ Projekt bedeutet Datensicherheit
→ zentrale Speicherung als Gefahr
→ Frage: Wer hat Zugriff
→ Gefahr d. Datenmissbrauchs
→ Elga soll höheren Datenschutzstandard bieten, als derzeit
→ Datenleaks bedingen Erpressungsrisiko
→

Verbesserung d. Gesundheitswesen

- zu hab Ideen: mehr Information führt zu besserer Behandlung
→ Durch Datenverfügbarkeit werden Gesundheitsprobleme vergleichbar
→ senkt Kosten durch Elimination von Verwaltungskosten und Ineffizienzen
→ Vermeidung v. Fehlern = Bessere Gesundheit
→ Spannung zwischen Effizienzsteigerung & dem Schutz von Persönlichkeitsrechten
→ f. Forschung wichtig

Transparenz ist Kontrolle

→ Transparenz vermindert Ängste
→ Transparenz ist Programm der Zukunft
→ gegenseitige Kontrolle / Macht

Digitalisierungsprojekt ist zu abstrakt / komplex

→ Projekt ist hoch-komplex
→ hohe Investitionskosten bei unklarem Nutzen
→ abstrakte Bedrohung (Datenhoheit, Expressionsrisiko) Datenweitergabe

EVENT ▶ Weitergabe v. Gesundheitsdaten durch das AMS.

GP2 = ermöglicht Datenmissbrauch
| Event: Verursacht ÄK
|||| hohe Investitionskosten
= Kontrolle (zentralisiert)
||| = langfristige Kosteneinsparnisse
||| = Vermeidung Doppeluntersuchungen / Spitalseinweis.
| = politisches Prestige-Projekt
|| ||| = Gefahr f. Datenleaks
• | = Komplexität / schwieriges Verstehen (fragl. Nutzen)
zentrale Speicherung soll nicht kommen
Datenschutz sensibler Daten
||| ||| Zugangs-Frage
• | = höhere Datensicherheit
• ÄK wird d. EDA bedroht (finanzielle Motive)
• | Datenschutz <-> Menschenschutz
||| ||| gegenseitige Transparenz
| • ||| Angst vor Kontrolle
• = Folge eines internationalen Trends
• = mangelhafte Kommunikation
• Kritik v. ÄK & Datenschützern
• ||| = Qualitätssteigerung i Gesundheitswesen
• |||| Verlust d. Vertrauensverhältnis zw. Arzt & Patient
- Wirtschaftl. Interessen d. EDV-Industrie
|||| = Effizienzsteigerung
| = Einheitlichkeit / Standardisierung
• | - verbesserter Datenschutz
• Grundrechtsverletzung (Datenschutz)
• Privatsphäre wird geschützt

GP2

- |||| = mehr Autonomie / Selbstbestimmung f. Patienten
- = Vgl. mit anderen sensiblen Daten (Konto)
- || = gläserner Arzt
- Mangelndes Vertrauen in techn. Systeme
- Teilnahme soll freiwillig sein
- | = Machtverlust d. Ärzte
- |||| Desinformationskampagne Ärk
- | = Fortschritt
- Information = bessere Behandlung
- || = Überwachung
- Papier ist sicherer als digitale Speicherung
- - Vorbild Dänemark
- = Verlust v. Vertrauen
- Daten sind ein wirtschaftlich wertvolles Gut
- = gläserner Patient
- |||| wenig Wissen in Bevölkerung
- | Gefahr f. sensible Daten
- Angst vor Datenmissbrauch
- ||| Misstrauen gegenüber Motiven d. Ärzte
- - Finnland als Vorbild
- f. ELGA braucht es Vertrauen in das politische System
- gegen ELGA = gegen Digitalisierung
- Grundrechtsproblematik
- Zugriff a. Daten durch private Versicherungen
- = bessere Versorgung
- = mehr Evidenz
- sensible Daten können ausgeschlossen werden

GPZ

- = aufgezwungene Lösung
  Event: Widerstand führt zu Verzögerung d Gesetzes
  = ~~Get~~ Messe Daten = bessere Behandlungs-Qualität
- Gespräch m Patienten verliert an Bedeutung
- = neue Rolle d. Arztes: Vertrauen durch Wissen
- Event: Homunculusfall

QP2

internationaler Trend

- es gibt einen internationalen Trend zu E-Health-Initiativen
- Vorbilder f. Österreich: Dänemark & Finnland

privatw. Akteure

- EDV-Industrie hat wirtschaftliches Interesse an E-Health-Initiativen
- Gesundheitsdaten sind wertvolle Güter
- D. Zugang zu Daten durch wirtschaftliche Akteure wird gefördert (Arbeitgeber, Privat Versicherungen)

Datenschutz & Grundrechte

- Grundsatzfrage: Wer darf wann auf ELGA-Daten zugreifen?
- Gesundheitsdaten sind sensibel und bedürfen eines besonderen Schutzes
- Abwägung verschiedener Rechte (Datenschutz, Privatsphäre, Freiwilligkeit, Gesundheit)
- Missbrauch kann nicht ausgeschlossen werden

Verbesserung des Gesundheitswesens

- Effizienz: System soll längerfristig Kostenersparnisse bringen
- Doppelbehandlungen / Spitalseinweisungen sollen reduziert werden
- d. Projekt soll Qualität im Gesundheitswesen verbessern
- durch bessere Information soll mehr Evidenz & bessere Behandlungen entstehen

Transparenz / Kontrolle

- Das System schafft gegenseitige Transparenz
- Metapher des gläsernen Menschen / Patienten
- Metapher des gläsernen Arztes
- mehr Transparenz erzeugt Angst vor Kontrolle
- Vertrauen als zentrale Grundlage f. Transparenz (Frage: Vertrauen in Politik?)

Digitalisierung → komplex / abstrakt

- das Wissen über ELGA in der Bevölkerung ist gering
- Zahlreiche Ängste werden ausgedrückt (Datenmissbrauch, Verlust d. Vertrauens zw. Patienten - Ärzten, Digitale Daten allgemein gefährlicher als Analoge, Datenleaks
- Systemischer Umbruch: Änderung des Arztberufs - bzw. Selbstverständnisses
- Vertrauen in Experten / Politiker ...

bisher Opposition

- Ärzteschaft (Kammer) sieht sich durch ELGA bedroht (drohender Machtverlust)
- Datenschützer (Haus Zeger?) über Kritik an ELGA
- Informationskampagne d. Ärztekammer

EVENT: Informations-Kampagne d. Ärztekammer
EVENT: Verzögerung d. Projektes (Widerstand)
EVENT: Korruptionsfall (Ausschreibung)

GP3

- Zugangsfrage
- mehr Autonomie/Selbstbestimmung f. Patienten
  - Massendatenabfragen unmöglich
  - hohe Datenschutzstandards
- längerfristige Kosteneinsparnisse
- = mehr Sicherheit f. Patienten
- = technische Revolution im Gesundheitssystem
- = aufgezwungenes System
- Dezentralität schützt vor Missbrauch
- wenig Wissen zu ELGA
- mehr Infos erforderlich
- Ärzte missbrauchen Autorität
- = politisches Prestigeprojekt
- = Kontrolle
  = gesundheitlichen Lebenslauf
- hohe Investitionskosten
- mehr Haftung f. Ärzte
  - mehr Evidenz
- Freiwilligkeit
- ökonom. Interesse an Gesundheitsdaten = Gefahr
- Verletzung d. Grundrechte
  - = Verletzung d. Information
  - - E Health - Projekte anderer Länder gescheitert
  - Dänemark & Australien als Vorbilder
- mehr Transparenz
- = ermöglicht Missbrauch
- = E Inzidenzsteigerung
- = Qualitätssteigerung i. Gesundheitswesen

GP 3

- I = Komplex, schwer zu verstehen
- = wenige Kontrolle d Ärzte
- sammelu v Gesundheitsdaten ist öffentliche Aufgabe

III Event: ELGA erhält Publikumspreis b. BB Awards

- I Gefahr von Daten leaks
- II mehr Information = bessere Behandlung
- Skepsis in allen Parteien
- III Desinformationskampagne d ÄK
- Ärzte sind keine IT-Spezialisten
- II = verfassungswidrig
- Fortschrittsresistenz
- Korruption im Gesundheitswesen
- Technologie = unverständlich, komplex

GP3

internationaler Trend

- nationale E-Health-Initiativen anderer Länder waren nicht immer erfolgreich
- Dänemark & Australien erfolgreiche Projekte

private Akteure

- Gesundheitsdaten sind v. hohem ökonom. Wert, z. B. für Versicherungen = Gefahr
- zentral, dass privaten Akteuren Zugang verwehrt wird

Datenschutz & Grundrechte

- Grundsatzfrage: Wer darf auf ELGA-Daten zugreifen?
- Dezentrale Speicherung / Vernetzung schützt vor Missbrauch
- sensible Gesundheitsdaten erfordern besonderen Schutz
- verfassungsrechtl. Diskussionen bzgl. evtl. Grundrechtseingriffe
- Freiwilligkeit zur Teilnahme zentral

Verbesserung des Gesundheitswesens

- Effizienz: Langfristige Kosteneinsparnisse
- ELGA ist 'technische Revolution' im Gesundheitswesen
- Qualitätssteigerung, mehr Evidenz, mehr Information, mehr Sicherheit

Transparenz / Kontrolle

- Projekt ermöglicht den Patienten mehr Autonomie & Selbstbestimmung
- Kontrolle & Transparenz in Spannungsverhältnis
- Ärzte verlieren Datenhoheit
- Korruption im Gesundheitswesen offenlegen

Digitalisierung ⇒ komplex, abstrakt

- wenig Wissen in Bevölkerung zu ELGA
- diverse abstrakte Gefahren (Missbrauch, Datenleaks, Technologie als Black-Box)
- Ärzte übernehmen Themenführerschaft, trotz fehlender IT-Expertise
- in allen(!) Parteien gibt es ELGA-Skeptiker

GP3

Kritiker / Opposition

- Ärzte empfinden System als aufgezwungen
- Ärzte: Informationskampagne gegen Projekt
- Kritik zu Ärzte-Haltung: Fortschritts-resistenz, Missbrauch von Autorität, Kontrollverlust
- ELGA-Skeptiker in allen Parteien

EVENT: ELGA erhält Publikums-Preis "Big Brother Award"

→ es ist staatliche Aufgabe Gesundheits-daten zu sammeln

GP4

- ||||/||| Schwierigkeiten bei Abmeldung
  - ÄK agitiert weiterhin gegen ELGA
- || Zugriffsrechte
  - langwierige Kosten einsparnisse
- ||| = bessere Behandlungsqualität
- || = mehr Autonomie / Selbstbestimmung f. Patienten
- |||| = Transparenz
- | Ärzte haben Angst vor Transparenz
- | = technische Revolution im Gesundheitswesen
- |||| |||| Desinformationskampagne d Ärzte
  - Hoheit d Ärzte in Gesundheitsfragen
  - | = Datenmissbrauch
  - | = hohe Investitionskosten
  - | = Ende d Vertraulichkeit
  - = experimenteller Charakter
  - | = verfassungswidrig
  - Opt Out - gesundheitsgefährdung
  - = mehr Patientensicherheit
  - = aufgezwungene Digitalisierung
  - ökonom. Interessen d. IT-Lobby werden ignoriert
- | = Kontrolle
- Hochschulen entwickeln Applikationen
- = untergräbt Vertrauensverhältnis zw. Arzt & Patienten
- = digitales Teufelszeug
- ||| wenig Wissen über ELGA / Gesundheitsdaten
- | PR-Desaster
- |||| Diskussionsbereit d Ärztekammer

GP4

- Zu wenig Information durch Politik
  = Komplex, schwer zu verstehen
- verfassungsrechtl. Bedenken (Ärzte)
- Daten f. Zukunft
- Event: Datenleck b. Schülertests
- Wechselwirkungscheck versagt
- Angst um Datensicherheit
- Event: NSA-Skandal
- fehlendes Vertrauen in Staat f. Datenschutz
- Datenleaks immer möglich
- Zentrale Speicherung
- Datenzugriff = Datenmissbrauch
- Transparenz = Gefahr
- Daten = Mittel f. Machtmissbrauch
- Ökonomisierung des Gesundheitssystems

GP4

privatw. Akteure

- Vorwurf, Projekt diene den ökonom. Interessen der IT-Lobby
- Elga als Ökonomisierung des Gesundheitswesens

Datenschutz / Grundrechte

- Zugriffsrechte
- Ärzte haben verfassungsrechtliche Bedenken
- fehlendes Vertrauen in staatlichen Datenschutz & Datensicherheit

Verbesserung des Gesundheitswesens

- Wesentlichkeitsprüfung hat versagt
- ELGA ist techn. Revolution im Gesundheitswesen
- bessere Behandlungsqualität, Sicherheit
- Daten werden im Gesundheitswesen d. Zukunft benötigt
- Hochschulen entwickeln Applikationen f. ELGA

Transparenz / Kontrolle

- ELGA bringt Transparenz (positiv oder negativ konnotiert) ~~/ Kontrolle~~
- mehr Autonomie / Selbstbestimmung f. Patienten
- Kontrolle: Daten als Mittel f. Machtmissbrauch
- fehlendes Vertrauen in Staat

Opposition / Kritik

- Ärzte "informieren" wieder (Desinformationskampagne)
- Wechselwirkungsprüfung geschultert
- Berichtet wird von zu großen Hürden bei Abmeldung (Opt-Out)
- Ärzte haben Diskurshoheit während Regierung PR-Desaster sieht

Digitalisierung komplex/abstrakt

- wenig Wissen zu ELGA in Gesamtbevölkerung
- Vorwurf: System untergräbt Vertrauens-verhältnis Gesundheitsdaten
- Ängste (Datenmissbrauch, Datenleaks, Datensicherheit)
- "PR-Desaster": Mangel an Information zu System durch Politik
- ELGA als Teufelszeug / Experiment
- fehlendes Vertrauen in Politik

(1) EVENT Datenleck bei Schultertests
EVENT NSA-Skandal

GPJ

Daten sind d Zukunft d Medizin

Forschung oder Datenschutz (Kontrollierende Angriffe)

neue Technologien = Kontrollinstrumente / Macht-Zentralisierung

Information / Datenmenge bedeutet nicht mehr Wissen

Ö braucht forcierte Digitalisierung

Ö Rückständig bei Digitalisierung

Gesundheitsdaten haben hohen öffentl. Wert

Freigabe d. Elga-Daten f Forschung

Anonymisierung

manipulierte Information / Kommunikation

Zugriffsberechtigung

Event: Datenaffäre Cambridge Analytica

Zustimmung nicht gegeben

fehlendes Vertrauen in staatl. Datenschutz

Versprechen gebrochen – Vertrauensbruch

Gesetz bietet Spielraum f Missbrauch

Missbrauchspotentiale

Wettbewerbsfähigkeit d Forschung

Unverhältnismäßigkeit d. umfass. Zugriffs

= Effektivitäten bei Medikamenten

Daten = Leben Retten

1 = Datenschutz

= Effizienzsteigerung

Freigabe = Hilfe f. öst. Wirtschaft

Politiker müssen zustimmen

Lebenslange Speicherung = mehr Wissen / bessere Behandlung

GPS

- |||| Daten f Forschung wünschenswert/legitim
- Pharmafirmen & Versicherungen sollen ausgeschlossen werden
- Diskussion ist undifferenziert
- || Daten = Evidenz
- = gefährliche Technologie
- Freigabe = Grundrechtseingriff
- | strenge Regeln bei Verwendung
- |||| ELGA Abmeldungen steigen an wegen Verunsicherung
- ~~Frei~~
- |||| Öffnung technisch derzeit nicht möglich (Dezentralität)

hohe Investitionskosten

GPS

internationaler Trend

- Österreich muss d. Digitalisierung aufholen
- Österreichs Forschung wird durch Daten Wettbewerbsfähiger

privatw. Akteure

- Industrie lobbiert f. Datenöffnung f. Forschung
- Gesundheitsdaten sind von hohem ökonom. Wert
- Zugriffsfrage: Wunsch, dass Pharmaunternehmen & Versicherungen ausgeschlossen werden
- Datenfreigabe als "Wirtschaftshilfe"

Datenschutz / Grundrechte

- Konkurrierende Grundrechte (Forschung & Datenschutz) / Leben retten)
- Zugriffsfrage erhält neue Dimension
- Anonymisierung / Pseudonymisierung ungenügend → Reidentifizierung mögl.
- strenge Zugangsregeln: Minister muss zustimmen

Verbesserung d. Gesundheitswesens:

- Die Forschung benötigt Gesundheitsdaten
- Daten schaffen Evidenz
- mehr Daten = Verbesserung der Behandlung
- Effektivitäten v. Medikamenten feststellen
- Zukunft d. Medizin = Relevanz v. Daten

Transparenz / Kontrolle

- neue Technologie als Kontrollinstrumente
  → Zentralisierung der Macht
- Zustimmung f. Forschungsöffnung nicht gegeben
- Versprechen d. Politik gebrochen = massiver Vertrauensbruch
- Zugang z. Daten unverhältnismäßig
- Verunsicherung verursacht Abmeldungen
- Verabsäumte Kommunikation / Information (Politik)

Opposition / Gegnerschaft

- Abmeldungen als Reaktion
- Ärzte sehen ihre Ansichten bestätigt

Digitalisierung = komplex / abstrakt

- Missverständnisse schüren Ängste
- Angst vor Datenmissbrauch durch Industrie & Pharmaunternehmen
- Betreiber klärt auf, dass Öffnung aufgrund d. Dezentralität (Architektur) derzeit schwierig ist.

EVENT Datenaffaire Cambridge Analytica
EVENT Öffnung ELGA f. Forschungszwecke

GPG

- Pandemie ist Paradigmenwechsel f. Datenschutz
- individuelle Rechte treten zugunsten d. Kollektivs zurück
- Freiwilligkeit Grundlage f. Apps
- Abwägung von Rechtsgütern
- App = Kontakttagebuch
- App soll Infektionskette unterbrechen
- Datenschutz: Keine personenbez. Daten
- Speicherung nur auf Endgerät
- Vertrauen
- Auftraggeber & Auftrag (UNIQA, Accenture)
- *Asien als Vorbild bei Pandemiebekämpfung
- Big Data als Ausweg aus Lockdown
- Datensparsamkeit: Speicherung f. best. Zweck
- Implementierung von (Google) Technologie
- Handy ermöglicht Überwachungsstaat
- Ö. kaum mit Israel vergleichbar
- DSGVO: Schutz d. Grundrechte
- Wissenschaftler empfehlen Handy-Tracking als Mittel z. Pandemiebekämpfung
- *Südkorea App = Eingriff i. Grund- und Freiheitsrechte
- Leben retten vs Datenschutz
- Zeitliche Befristung = essentiell
- Überwachung nimmt weltweit zu
- Pandemiebekämpfungsmaßn. bedroht Menschenrechte
- Zukunft: Ausdehnung d. Überwachungsstaates
- Gewöhnung an Überwachung (Dammbruch)
- Mangelhafte Umsetzung / Praxistauglichkeit
- Open-Source = Vertrauensbildend

GPG

- App ermöglicht schnelle Information
  Selbstbestimmtheit
- //// Anonymisierung / Pseudonymisierung
  ELGA - Ausweitung als Beitrag in Pandemie
- Software - Angebote aus USA an Regierung
  Haufen - Metapher f Big Data
- //// //// Angst vor Überwachung / Missbrauch
- //// App schafft falsche Sicherheit
- //// Vertrauen in Technik
- //// Tracking vs Tracing
- /// Digitaler Handshake
- //// //// //// App - Pflicht (Sobotka)
- /// zentrale Speicherung nicht gewollt
- //// Innovation im Wettbewerb m anderen Staaten (Trend)
- Demokratiekompatibilität v. Technik
- // EU-weite Lösung / Standards
- //// Transparenz schafft Vertrauen / Kontrolle
- App = elektron. Fußfessel (SPÖ)
- Strafen bei Missbrauch
- Methoden aus Diktaturen
- // Privacy by Design
- Worte wirken Bedrohlich (Tracking / Big Data)
- Zweifel an Effektivität d Maßnahme
- //// Kooperation Google & Apple
- //// Staat in Konkurrenz m Konzernen
- Public - Privat - Partnership
- Gläserner Mensch
- Gesundheit nimmt Stelle d. Sicherheit ein

GPG

- ÖVP-Nähe d. Roten Kreuzes
- Überwachung ermöglicht Rückkehr z. Normalität
- Digitalisierung als Chance f. besseres Gesundheit
- Big Data i Gesundheitswesen unverzichtbar
- Opposition gegen App
- Korruption
- Technologie aus Terrorkampf f. App i Israel

GP6

Internationaler Trend

- Überwachung nimmt global zu
- Methoden zur Pandemiebekämpfung werden aus anderen Ländern "importiert" (Asien als Vorbild in der Pandemie-Bekämpfung, Israel)
- Gefahr der Übernahme von Technolog. aus autoritären Regimen (Methoden)
- Pandemie-Maßnahmen stehen im Wettbewerb m. anderen Nationen
- Forderung nach EU-weiten Standards

Privatwirtsch. Akteure

- Staat bei Pandemie-Bekämpfung in Konkurrenz / Abhängigkeit v. Konzernen (Google-Apple-Tech.)
- Modell Public-Private-Partnership
- Staat erhält Software-Angebote aus USA
- Private Geldgeber & Umsetzungen rufen Kritik hervor

Datenschutz & Grundrechte

- Grundrechte-Konflikt: (Freiheit, Gesundheit, Lebensrettung, Datenschutz)
- DSGVO: Lebensschutz v. Datenschutz
- Demokratiekonformität v. Technik
- Datensparsamkeit / Privacy-by-Design

Verbesserung d. Gesundheit / Pandemie

→ App soll Infektionskette durch Information unterbrechen
→ App soll Freiheit / Selbstbestimmtheit ermöglichen
→ Digitalisierung / Daten als Chance f. bessere Gesundheit
→ Big Data im Gesundheitswesen alternativlos
→ Zweifel an Effektivität d. Maßnahme

Transparenz / Kontrolle

- Vertrauensfrage rückt ins Zentrum: besonders relevant: Verpflichtung / Freiwilligkeit
- Open-Source = Transparenz, welche Vertrauensbildend wirkt
- Gesundheit rückt an Stelle d. Sicherheit
- Eingrenzung wichtig: Zeitl. Limit, lokale Speicherung, Anonymisierung, Strafen b. Missbrauch,

→ Misstrauen bei Opposition; durch Verpflichtungsdebatte & Korruptions-Verdacht (Rotes-Kreuz etc.) wird Misstrauen gesteigert

- Zentral ist die Demokratiekonformität v. Technik (Open-Source, Privacy-by-Design)

GPG

Opposition / Kritik

- Opposition zweifelt an Motiven, lehnt App ab.
- Kritik: mangelhafte Praxistauglichkeit

Digitalisierung = komplex, abstrakt

- Gefahr geht v. Technologie aus (Missbrauch zu Überwachung, Potential größer als je zuvor, App = "elektron. Fußfessel")
- Vertrauen in Technik: unklar, was App bringen soll / Effektivität
- Kommunikation über App wird von begrifflichen & konzeptuellen Unschärfen begleitet. z. B. Politiker sprechen unscharf & abwechselnd v. "Big Data", "Tracking" (vs. Tracing) und lösen damit Verunsicherung aus (Buzzwords) = Mangel an Information

SP1

- Zwang zur Umsetzung (EU)
- SPÖ & ÖVP = Ablehnung
- Terrorbekämpfung & organisiert Kriminalität
- Finanzierung
- TKG-Novelle ÜBER EU-Ziel
- Gefährung Privatsphäre
- zufällig Opfer v Ermittlungen werden = Gefahr
- rechtl. Zustimmung erforderlich
- Ursache = Terror v Madrid & London
- flächendeckende & verdachtsunab. Speicherung
- Realisierung Minimalvorgabe v 6 Monaten
- Grundrechtseingriff
- Verstoß gegen EMRK
- Zweifel an Effektivität f Zweck (Evidenz)
- keine Inhalte
- Zweck = Verdacht auf Straftat
- Zweifel an Verhältnismäßigkeit
- zu niedriges Strafniveau ~~(Amtsmissbrauch)~~
- alle werden zu Verdächtigen
- Unabhängigkeit d. Medien / Pressefreiheit gefährdet
- keine Ausnahmen f. Berufsgruppen
- Aufhebung der Unschuldsvermutung
- Datenschutz-Bedenken
- verfassungsrechtliche Bedenken
- andere Länder als Vorbild
- = Überwachungsstaat
- = verhindert demokrat. Engagement

SP1

- Nadel in Heuhaufen finden
- Datenmissbrauch wahrscheinlich
- andere Länder (UK) wollten Inhalte speichern
- Inklusion v. Fahrlässigkeitsdelikten
- Speicherung einfach umgehbar
- Entwicklungen anderer EU-Länder abwarten
- Datenspeicherung trifft d. Unschuldigen
- ORF & Verwerter wollen Senkung Strafe b. unerl. Zugriff (Copyright-Abmahnungen)
- VDS verändert Verhältnis zw. Bürgern & Staat (= Paradigmenwechsel)

EU gibt Ton an
- EU erwartet von Österreich Umsetzung d. RL
- EU gibt bestimmte Ziele vor
- es gibt Praxis-Modelle anderer EU-Staaten
- Entwicklungen in anderen EU-Staaten beobachten

Zweck d VDS: Terrorbekämpfung
- Ursache Terror v. Madrid & London
- VDS soll Terror & organ. Kriminalität bekämpfen
- VDS soll Exekutive bei Verdacht auf Straftat handeln lassen

Grundrechte & (Datenschutz) & Demokratie
Grundrechtseingriffe:
- Ges. d. Privatsphäre
- Ges. d. Datenschutz
- Ges. Freiheit
- ~~kann Verbrechen~~
- Verdacht allgemein

- Menschen können zufällig z. Verdächtigen werden
- Pressefreiheit & Schutz v. Berufsgruppen bedroht / Unabhängigkeit
- kann demokrat. Engagement verhindern
- erzeugt einen "Überwachungsstaat"
- Verfassungsrecht: Bedenken = Verhältnismäßigkeit
- Datenmissbrauch - Gefahr
- Aufhebung der Unschuldsvermutung

Österreichische "Annäherung" an VDS

- Frage: wie soll VDS finanziert werden?
- Implementierung v. Sicherheitsmechanismen: richterliche Zustimmung erforderlich
- Minimalvorgabe v 6 Monaten geplant
- geplantes Strafmaß zu niedrig
- TKG-Novelle über EU-Ziel
- Fahrlässigkeitsdelikte sollen inkludiert werden

Zweifel an Effektivität gegen Terror

- Suche nach d. Nadel im Heuhaufen
- Zweifelhafte Evidenz, ob VDS funktioniert
- VDS ist technisch einfach umgehbar

Opposition & Kritik

- SPÖ & ÖVP lehnen VDS ab (Innenministerium wie Ausweitung)
- Datenschützer, Verfassungsdienst

~~Events:~~

~~Sekundär-Interessen~~

- ~~Verwertungsgesellschaften wollen Daten z. Ausforschung verwenden~~
- Ludwig-Boltzmann-Institut (Tretter)
- Europäisches Zentrum f. Ecommerce

Sekundär-Interessen

ORF & Verwertungsgesellsch. wollen D. z. Ausforschung eigener Urheber & Strafe sichern

EVENTS: Begutachtungsfrist endet am 21. Mai
In DE werden VDS f. Ermittlungen gegen G8-Gegner verwendet

SP2

- Grundrechte sind s. Verh. v. Lissabon (= Event) wichtiger
- Überwachung i EU nimmt ab
- 9/11 als Ursache f. Überwachung
- Dringlichkeit Umsetzung
- drohende Strafe
- IIII IIII Überwachungsstaat / Spitzelstaat
- II Mittel gegen Terror / Schwerkriminalität
- IIII Grundrechte gefährdet
- IIII ÖVP will möglichst weite Verfolgung (Straftaten)
- Vermeidung 2010 = Event
- III zähe Verhandlungen / ideolog. Differenzen
- Zugriff f. Justiz
- IIII Strafe d. EU befürchtet / Mahnung
- IIII IIII Streit um Strafmaß
- Grundrechtseingriffe
- Vermeidung wäre Zeichen f. Grundrechte
- Finanzierungsfrage
- IIII IIII Kinderpornogr. - Bekämpfung erschwert
- IIII Missbrauchsgefahr
- IIII Copyright - Verletzungen
- Prinzip d Datenminimierung EU
- Datenschutzbedenken
- IIII Keine Ausnahme v. best. Berufsgruppen
- Verhältnismäßigkeit
- III alle/viele Tatprofile möglich / Profile
- IIII IIII Verzögerung
- Umgehung sehr einfach
- Terror von Madrid & London = Ursache

SP 2

- Vergleich mit autoritären Staaten
- VDS = genereller Schuldverdacht / Generalverdacht
- Zweifelhafte Effizienz gegen Terror / Schwerstkriminalität
- Gefahr der Datenweitergabe
- Grundrechtsschutz = essentiell
- SPÖ will Minimalumsetzung

  Event: Kurier-Bericht über unsauberen Umgang mit Daten
- EU-Richtlinien müssen umgesetzt werden
- Vorsorglicher Zugriff der Polizei (Gefahr im Verzug)
- Datenschutz
- Gesetzesänderungen erforderlich
- Gesetz gefährdet die Freiheit
- Lernen aus der Geschichte erforderlich
- VDS = Pressefreiheit unter Druck
- Event: vertraul. Dokument aus Kanzleramt
- Terrorismusprozess - Strafmaß (Event)
- nur Ordnungswidrigkeiten ausgenommen
- umfangreiche Zugeständnisse an Polizei
- Lobbying durch Industrie
- gefährdet Privatsphäre
- gefährdet Meinungs- und Pressefreiheit
- VDS = Umgekehrter Paradigmenwechsel
- VDS erleichtert Verfolgung v Whistleblowern
- VDS = mehr Kontrolle f. Staat
- INDECT - Programm
- Event: Grüne senderten Live-Stream vom Sitzung
- Ethikverstoß

SP 2

- Opposition & Experten gegen VDS
- Politiker seien i digit. Kom. Mögl. zur Überwachung / Kontrolle
- VDS-Skeptiker in SPÖ
- Initiative gegen VDS
- EU-Kommission will VDS überarbeiten
- VDS in anderen Ländern gekippt
- VDS = Schaden f. Ruf d. EU

SP2

EU gibt Ton an / EU-Ebene

- Seit Vertrag v. Lissabon wurden Grundrechte in d. EU gestärkt
- INDECT-Programm (EU) wird kritisch gesehen
- Österreich wurde 2010 wegen VDS z Strafe verurteilt, neuerliche Strafe droht
- Überwachung in EU nimmt ab.
- Kritiker d VDS sehen neuerliche Strafe als 'Zeichen f. Grundrechte'
- EU-Kommission will VDS überarbeiten
- VDS wurde in anderen EU-Staaten gekippt.
- Kritiker sehen in VDS Schaden f. EU-Ruf

Zweck d. VDS

- Mittel als Tenor & Schwerkriminalität
- Argument stärker im Fokus: VDS gegen Kinderpornografie
- Ursache f. VDS = Tenor i. Madrid & London
- Ursache f. ~~VDS~~ = 9/11 (Überwachung allg.)

Grundrechte & Demokratie

- VDS gefährdet Grundrechte
- Gefährdet Berufsgeheimnisse
- gefährdet Meinungs- und Pressefreiheit
- VDS = allgemeiner Schuldverdacht
- In Demokratien ist Grundrechtsschutz essentiell

- VDS gibt Staat mehr Kontrolle = Paradigmenwechsel im Verhältnis zw. Staat & Bürger
- Lernen aus d. Geschichte erforderlich
- Vergleiche mit autoritären Systemen (DDR etc.)

Österreichs Konzeption d. VDS

- Streit um Strafmaß
  - ÖVP will möglichst niedriges Strafmaß
  - SPÖ will minimale Umsetzung
- Ideologische Differenzen d. Regierungsparteien z. VDS, hat Verzögerung zur Folge, schwierige Verhandlungen
- Gesetzesänderungen erforderlich
- Umfangreiche Zugeständnisse f. Polizei
  - um Ordnungswidrigkeiten ausgen.
  - Zugriff bei Gefahr im Vollzug

Zweifel an Effektivität gegen Terror

- Umgehung d. VDS technisch sehr einfach

Opposition & Kritik an VDS

- Initiative gegen VDS
- gesamte Opposition & Experten gegen VDS
- Skeptiker auch in SPÖ

2

Sekundärinteressen

- ÖVP will VDS nicht auf Terror / Schwerkrim. beschränken, sondern "möglichst breite Verwendung"
- Debatte ob VDS auch f. Copyright-Verletzungen herangezogen werden sollen
- Befürchtung, dass Daten illegal "weitergegeben" werden.
- Lobbying auch die Industrie (?)
- Vorwurf d. Etikettenschwindels
- Erinnerung an Tierschützerprozess
- VDS bietet Politikern Tool zur Kontrolle / Überwachung

EVENTS
- Vertrag v. Lissabon
- Kurier-Bericht über fahrlässigen Umgang m. Daten
- Tierschützerprozess
- Grüne Senden Live-Stream von vertraulicher Sitzung
- Vertrauliches Dokument aus Kanzleramt

Daten in d. digitalen Demokratie

- Erstellung detaillierter Profile (z.B. Täter)
- Praktiken autoritärer Staaten
- Lernen aus Geschichte nur bedingt möglich
- INDECT Programm
- Politiker sehen in digitalen Kommunikations-Medien Mittel zur Überwachung

SP3

- ACTA will Zugriff a VDS
- Internetüberwachung
- Kulturschaffende unterstützen ACTA (Copyright)
- VDS bedroht Pressefreiheit / Meinungsfreiheit / Redaktionsgeheimnis
- Überwachung v Einzelpersonen
- Bürgerinitiative gegen VDS (AK Vorrat) / "Stoppt die Vorratsdatenspeicherung"
- seit 9/11 werden Grundrechte beschnitten
- Nutzen / Effizienz d VDS fragwürdig
- Anonymus Austria: Drohung v. veröff. Dokumenten
- Protestaktion Anonymous Austria
- LH Kärnten: Anfrag a. Aufhebung d VDS
- Einschränkung d. Grundrechte
- VDS = verfassungswidrig in anderen Ländern
- VDS ermöglicht detaillierte Profile (Bewegung / Kontakte)
- Datenspuren v. Malte Spitz
- VDS essentiell f. Polizeiermittlungen
- Österreich bleibt EU VDS säumig
- VDS dient Terrorbekämpfung
- Missbrauchsschutz implementiert
- FPÖ: VDS-Überwachung geht zu weit / Grundrechte
- hohe Kosten → Sammelklage
- VDS f. Zweck → Effizienz fraglich / Zweifel
- VDS einfach zu umgehen
- Begehrlichkeiten (Copyright)
- VDS in anderen Ländern gekippt
- Zugriff f. Ermittlungen möglich

SP 3

- Angst vor dem 'gläsernen Mensch'
- Grüne & BZÖ unterstützen Verfassungsklage gegen VDS
- VDS Rückschlüsse über Inhalte
- Daten können Unschuldige in Verdacht bringen
- Einzelne Daten vs Kombination v Daten
- III Schutz v Berufsgruppen / Verhältnismäßigkeit
- I gefährdet Grundrecht auf Privatsphäre
- II Presse empfiehlt Methoden zur Identitätsverschl.
- III VDS = Grundrechtseingriff, massiv
- I VDS verletzt Menschenrechte
- I Vergleich mit autoritären Staaten /
- Erhöhte Verschlüsselung (Kinderporno)
- Terrorismus - Prozess
- II Private Unternehmen werden zu Hilfssheriffs hoheitl. Aufgaben
- Politische Akteure können nicht m. Internet umgehen
- I VDS-Direktive = schlecht / EU-Ruf
  VDS in Kraft gesetzt = Event
- Verfassungsrecht wägt Rechte gegeneinander ab
- Generalverdacht aller Bürger
- Verfassungsklagen nur wenig Erfolgsaussichten
- Terrorhysterie werde instrumentalisiert
- Keine Überwachung d. Finanzsektors
- Überwachungsstaat

SP3

EU gibt Tau an
- Österreich blieb EU VDS schuldig
- VDS wurde in anderen EU-Staaten gekippt & für verfassungswidrig erklärt
- VDS-Direktive hat Ansehen / Ruf der EU geschadet

Zweck der VDS
- VDS dient der Terrorbekämpfung
- VDS ist laut pol. Vertretern essenziell f. Polizeiarbeit

Grundrechte
- VDS schränkt Grundrechte ein (Überwachung, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Berufsgruppenschutz, Generalverdacht, Privatsphäre)
- VDS kann Unschuldige in Verdacht bringen
- Bedrohung der Pressefreiheit
- seit 9/11 werden Grundrechte unter dem Vorwand d. Terrorbekämpfung eingeschränkt
- Verfassungsklage mit geringen Erfolgsaussichten
- Datenkombination erlaubt Rückschlüsse über Inhalte
- Abwägung von Grundrechten

Österreichs Konzeption der Vorratsdaten-Speicherung

- Zugriff f. Ermittler auf VD grundsätzlich möglich
- Missbrauchsschutz wurde implementiert
- über die Übernahme d Kosten gibt es Streit
- Vorwurf, dass pol. Akteure nicht m. Internet umgehen können

Opponenten & Kritiker

- Landeshauptmannschaft Kärnten klagt
- Bürgerinitiative Stoppt die VDS
- Anonymous Austria organisierte Demos
- FPÖ kritisiert Überwachung, die zu weit geht & Grundrechte gef.
- Grüne & BZÖ unterstützen die Verfassungsklage gegen die VDS
- Zeitungen empfinden & beschreiben Techniken zur Lokalisierung
- Telekommunikationsunternehmen

Sekundärinteressen

- ACTA will Zugriff auf VDS, Kulturschaffende unterstützen ACTA
- Begehrlichkeiten werden geweckt
- Vorwurf d. Etikettenschwindels (Kinderporno)
- Terrorhysterie werde Instrument adisiert
- Einmischung an Tierschützer-Prozess

P3

Zweifel an Effektivität d. VDS geg. Terror
→ Nutzwert allgemein bezweifelt
→ VDS sehr einfach techn. zu umgehen

EVENTS: - VDS tritt in Kraft
- Beschwerden b. VfGH

Digitale Daten Demokratie
- Datenverfügbarkeit weckt Begehrlichkeiten
- Macht der Datenspuren (Malte Spitz)
- neue Akteure: Anonymous Austria
- ACTA will Datenzugriff
- Detaillierte Profile können erstellt werden
- Angst v. gläsernem Menschen
- Einzelne Daten vs Kombination
- Vergleich mit autoritären Staaten
- Private Unternehmen werden zu 'Hilfssheriffs' d. Staates
- keine Überwachung d. Finanzsektors

SP4

- Polizeiübergreifend = Problem
- Datenleaks
- Von Daten geht stets Gefahr aus
- wenig Sensorium f. Datenschutz
- Hearing Bürgerinitiative – Event
- VDS verletzt Privatsphäre
- Zugriff z VDS bei Copyright-Vergehen
- Verluste durch Piraterie
- Gesetzesnovelle Urheberrecht
- Missbrauch VDS
- Grund f VDS = Terrorbekämpfung
- Öffnung VDS f. Zivilverfahren
- VDS gewährleistet Datensicherheit ungenügend
- fehlende Ressourcen f Datensicherheit
- fehlender Überblick über VDS
- VDS = totale Kontrolle EU-Bürger
- VDS = Grundrechtseingriff
- VDS trägt z. Verbrechensaufklärung bei
- Reform d. Direktive m. Beschränkung a. Terror
- Maßnahme / Verhältnismäßigkeit
- Transparenz / Forderung nach Transparenz
- Studie Max-Planck-Institut
- Beliebtheit d VDS in einigen EU-Staaten
- seit 9/11 Aushöhlung d. Grund- & Freiheitsrechte
- Mächtige haben Angst v Internet → Kontrolle
- Bedrohung d. Freiheit d. Staatsgewalt
- VfGH stellt Fragen an EuGH
- Begehrlichkeiten geweckt

SP4

- Zweifel Effektivität f. Terrorbekämpfung
- VfGH: VDS reduziert Grundrechte (EU Grundrechtscharta)
- Missbrauchsrisiko
- Österreichs VfGH bewies Mut
- LR Kärnten & Privatpersonen klagten

SP4

EU gibt Tou an
- über Reform d. VDS mit Beschränkung auf Terror wird nachgedacht
- VDS ist in einigen EU-Staaten beliebt & wird häufig verwendet (Polen)

VDS-Zweck ~~d. Terrorb.~~
- VDS trägt zur Aufklärung v. Verbrechen bei
- Grund f. VDS ist Terrorbekämpfung

Grundrechte & Demokratie
- seit 9/11: Aushöhlung d Grund- und Freiheitsrechte
- Freiheit wird durch Staatsgewalt bedroht
- VfGH schickt Fragen an VfGH (=Bedroh. d. GR)
- VDS hat hohes Missbrauchsrisiko

Zweifel an Effektivität d. VDS geg. Terror
- Studie v. Max Planck Institut
- Zweifel an Effektivität geg. Terror

Österreichische Anmerkung an VDS
- Polizeiüberdrossenheit als Problem
- Öffnung d VDS auch f. Zivilverfahren
- Datensicherheit d VD nicht gewährleistet
  → "fehlender Überblick"

Opposition & Kritik

- Hearing f. Bürgerinitiative
- LH Kärnten & Privatpersonen klagten geg. VDS
- Öst. Verfassungsgerichtshof beweist Mut

Digitalisierung wandelt Demokratie

- Von Daten geht stets Gefahr aus (Datenleaks, ...)
- Politik muss Datenschutz & Sicherheit garantieren (= Vertrauen)
- Transparenz-Forderung
- Mächtige haben Angst vor Internet & versuchen es daher zu kontrollieren

EVENTS: Hearing d. Bürgerinitiative

Sekundärinteressen

- ~~Forderung~~ f. Zugang z. VD bei Copyright-Verletzungen (Urheberrechtsnovelle) um Verluste d. Piraterie zu bekämpfen
- Begehrlichkeiten geweckt

SP5

- VDS widerspricht lt. EuGH EU-Recht
- VDS bleibt i Österreich in Kraft
- VDS ermöglicht Kartografie privater Verhältnisse über Identitäten
- Missbrauchsgefahr
- Reparatur d. Mängel vorgesehen (EU)
- Event: NSA-Affaire
- EuGH hat VDS aufgehoben
- Ziel Schwere Straftaten, Maßnahmen zu umfassend
- Terrorbekämpfung als Grund
- Generalverdacht: Bürger als Terroristen
- Irreführung durch: Terror, Pädophile
- Regierung will Urteil analysieren
- EuGH-Urteil ist Sieg f. Österreich
- Einsatz i Ö hier bei Terror (1x)
- Effektivität bezweifelt (Zweck)
- Bures eifrig/bestätigt
- ÖVP: VDS notwendig f. Polizeiarbeit
- minderer Verbrechen
- wenig Spielraum f. neue VDS
- gläserner Mensch abgewendet
- Datenspeicherung kompromittiert Demokratie
- Quick Freeze
- Vergleich Autokratie Staaten
- Überwachungs- & Kontrollphantasien
- Datenschutzbehörde: Mangelnde Ressourcen
- Sieg f Bürgerrechtsbewegung i Ö
- Tierschützerprozess

SP5

- Terrorismus bekämpfung als Entschuldigungsmodell
- Überwachung als Reaktion d. Hilflosigkeit
- Daten sind begehrt
- Von Datensammlung geht große Gefahr aus
- VfGH streicht VDS
- Entscheidung VfGH = für Demokratie
- VfGH: VDS = gravierender Grundrechtseingriff

SPS

EU gibt Ton an
- Urteil EuGH: VDS-Direktive widerspr. EU-Recht
- VDS-Direktive aufgehoben
- EuGH-Urteil als Sieg f. Österreich
- Reparatur d. Mängel vorgesehen

Zweck d VDS
- Terrorbekämpfung als Grund
- Schwere Straftaten

Grundrechte & Demokratie
- Bürger werden generell verdächtigt, Terroristen zu sein
- Terror / Pädophilie als Vorwand
- Vergleich d. Technologie mit autoritären Staaten
- VfGH sieht gravierenden Grundrechtsverstoß & streicht VDS mit sof. Wirkung
- Entscheidung d. VfGH "für Demokratie"

Österreichische Annäherung a VDS
- nach EuGH-Urteil VDS weiter in Kraft
- Regierung will Urteil analysieren
- Meinungsdifferenzen: Blues (SPÖ) sieht ihre kritische Haltung bestätigt, ÖVP bekennt auf Notwendigkeit

- wenig rechtl. Spielraum f. neue VDS
- Quick Freeze - Verfahren als Alternative
- Mangelnde Ressourcen d. Daten-Schutzbehörden

Zweifel an Effektivität d VDS b. Terror
- VDS wurde f. Terrorzwecke nur 1x abgefragt
- hauptsächlich wurde VDS f. mindere Vergehen verwendet

Opponenten & Kritiker
- Urteil als Sieg f. österr. Bürgerrechte
- Bures (SPÖ) erleichtert über Ende

Daten & Demokratie
- VDS ermöglicht Kartografie privater Verhaltensweisen & Identitäten
- Gefahr d "gläsernen Menschen" abgewendet
- Datenspeicherung kann Demokratie kompromittieren
- Überwachungs- und Kontrollphantasien
- Mangelnde Ressourcen d. DSB
- Überwachung als Reaktion auf Hilflosigk
- Daten sind begehrt
- Datensammlungen können große Gefahr sein.

SP5

Sekundärinteressen
- Terrorbekämpfung als "Einheitsschwindel"
- Impfung (Terror / Pädophilie)
- Datenschutzerprozess

EVENTS: EuGH kippt VDS

SP6

Event: Terroranschlag in Paris
Verstärkter Sicherheitsaufgebot
Event: Anti-Terror-Gipfel
Diskussion über Nachfolgeregelung z. VDS
Wiedereinf. d VDS
EU-Kommission plant Neuauflage z VDS
PNR
EU-Parlament: PNR VDS! nicht m. Grundrechten vereinbar
aktive VDS i Frankreich
Heuhafen-Metapher
VDS kein Ersatz f. Polizeiarbeit
VDS = Illusionsgemälde
Anti-Terror-Paket
SPÖ: Big Data ≠ Lösung/Überwachung
ÖVP: Terror rechtfertigt Ausdehnung d. Befugnisse d Sicherheitsbehörden (Brandst & Hakel)
VDS hilft bei Aufdeckung von Hintermännern
Überwachung kann Terror nicht verhindern
Quick Freeze als Alternative
Misstrauen gegen Handeln Politik
Angst vor Terror verschafft VDS Aufwind
VDS = zweifelhafte Effektivität
Politiker wollen auch Verschlüsselung verbieten
Vergleich China Firewall
Trittbrettfahrer/Aktionismus
Daten als begehrtes Gut
INCENT

SP6

mehr Mittel in Polizeiarbeit statt VDS

SP6

EU gibt Ton an
- Diskussion um Wiedereinf. d VDS
- PNR als Anti-Terror-Maßnahme
- EU-Parlament sieht PNR nicht m. Grund-rechten vereinbar
- In Frankreich konnte aktive VDS Anschlag nicht verhindern
- EU-Programm INCENT

Grundrechte & Demokratie
- Terroranschläge verhelfen VDS erneut zu Umfragehoch
- Vgl. Great Firewall of China

Zweck d. VDS
VDS hilft bei Ausforschung v. Hintermännern

Österreichische Umsetzung d VDS
- Anti-Terror-Paket
- ÖVP sieht Terror als Anlass f. Ausdehnung d. Befugnisse d. Sicherheitsbehörden
- Mike-Leitner (ÖVP) & W. Brandstetter (ÖVP) plädieren f. Wiedereinf. d VDS
- Auch Verschlüsselung soll verboten werden
- SPÖ sieht in Überwachung keine Lösung gg. Terror

Zweifel an Effizienz d VDS

- Überwachung kann Terror nicht verhindern
- Effektivität ist zweifelhaft

Opponenten / Kritiker

- SPÖ
- ÖVP-Chef Mitterlehner
- AK Vorrat
- mehr Mittel f. Polizeiarbeit anstatt VDS

Digitale Demokratie

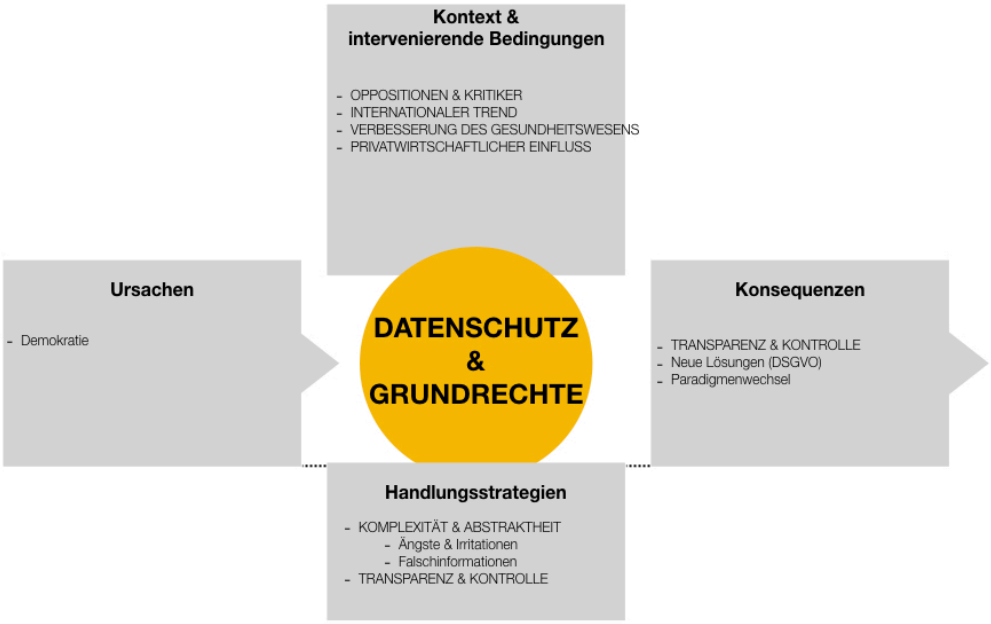
- Heuhaufen-Metapher
- VDS ist kein Ersatz f. Polizeiarbeit
- VDS von Illusionen getrieben
- Daten als begehrtes Gut
- INCENT-Projekt
- Vergleich m. Great Firewall of China
- SPÖ: Big Data keine Lösung gegen Terror

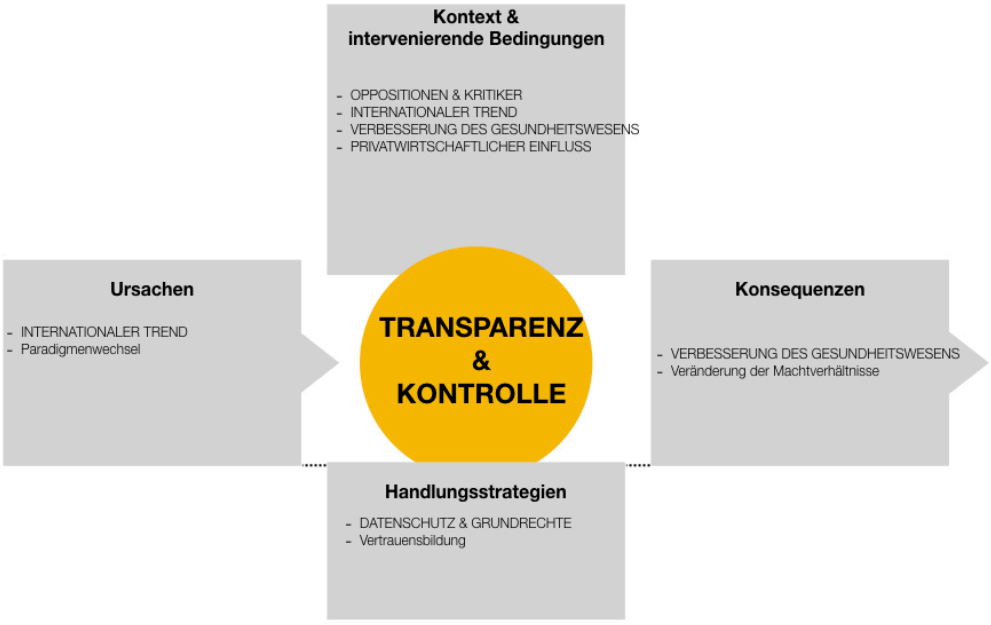
EVENTS: Terroranschlag a. Charlie Hebdo

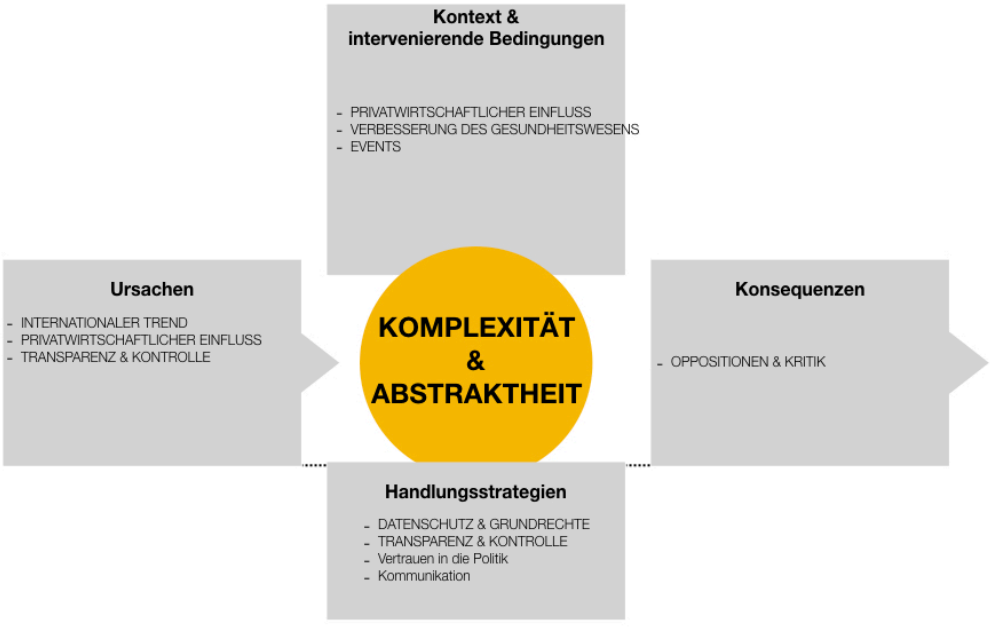
7.5. Anhang B (Axiale Kodierung)

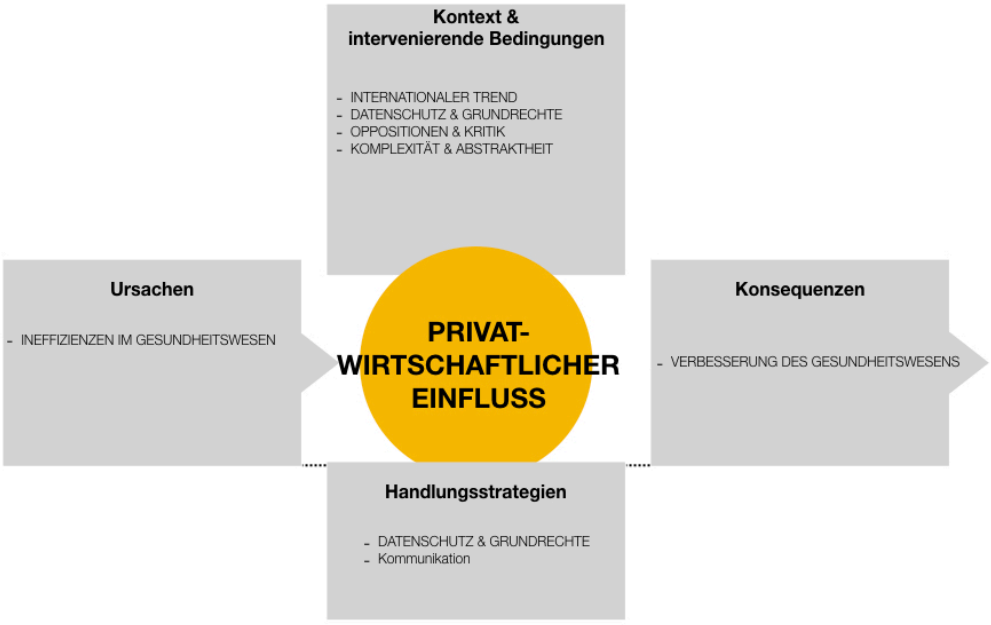
7.5.1. Gesundheitsbereich






Kontext &
intervenierende Bedingungen
- OPPOSITIONEN & KRITIKER
- INTERNATIONALER TREND
- VERBESSERUNG DES GESUNDHEITSWESENS
- PRIVATWIRTSCHAFTLICHER EINFLUSS
Ursachen
- INTERNATIONALER TREND
- Paradigmenwechsel
TRANSPARENZ & KONTROLLE
Konsequenzen
- VERBESSERUNG DES GESUNDHEITSWESENS
- Veränderung der Machtverhältnisse
Handlungsstrategien
- DATENSCHUTZ & GRUNDRECHTE
- Vertrauensbildung

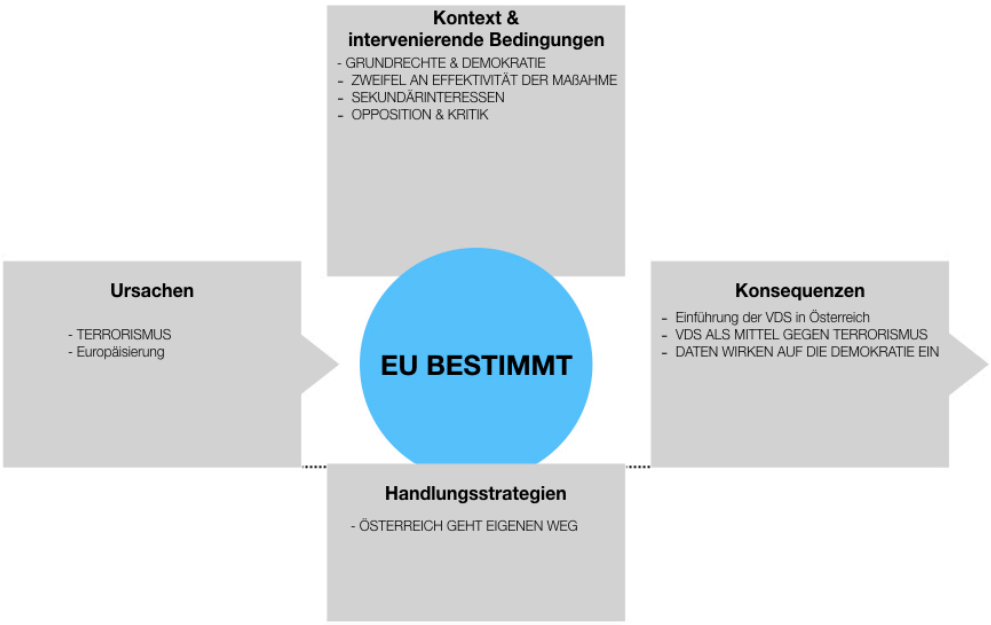

Kontext &
intervenierende Bedingungen
- PRIVATWIRTSCHAFTLICHER EINFLUSS
- VERBESSERUNG DES GESUNDHEITSWESENS
- EVENTS
Ursachen
- INTERNATIONALER TREND
- PRIVATWIRTSCHAFTLICHER EINFLUSS
- TRANSPARENZ & KONTROLLE
KOMPLEXITÄT & ABSTRAKTHEIT
Konsequenzen
- OPPOSITIONEN & KRITIK
Handlungsstrategien
- DATENSCHUTZ & GRUNDRECHTE
- TRANSPARENZ & KONTROLLE
- Vertrauen in die Politik
- Kommunikation


Kontext &
intervenierende Bedingungen
- INTERNATIONALER TREND
- DATENSCHUTZ & GRUNDRECHTE
- OPPOSITIONEN & KRITIK
- KOMPLEXITÄT & ABSTRAKTHEIT
Ursachen
- INEFFIZIENZEN IM GESUNDHEITSWESEN
PRIVAT-
WIRTSCHAFTLICHER
EINFLUSS
Konsequenzen
- VERBESSERUNG DES GESUNDHEITSWESENS
Handlungsstrategien
- DATENSCHUTZ & GRUNDRECHTE
- Kommunikation


Kontext &
intervenierende Bedingungen
- Globalisierung
- Internationaler Wettbewerb
- EVENTS
- NSA Affäre
- Cambridge Analytica Affäre
- Covid-19-Pandemie
Ursachen
- INEFFIZIENZEN IM GESUNDHEITSWESEN
- Globalisierung
- Internationaler Wettbewerb
INTERNATIONALER
TREND
Konsequenzen
- VERBESSERUNG DES GESUNDHEITSWESENS
- TRANSPARENZ & KONTROLLE
Handlungsstrategien
- Investitionen in Digitalisierung des Gesundheitswesens


Kontext &
intervenierende Bedingungen
- DIGITALISIERUNG = ABSTRAKT
- EVENTS
- NSA Affäre
- Cambridge Analytica Affäre
- Covid-19-Pandemie
Ursachen
- VERBESSERUNG DES GESUNDHEITSWESENS
- Datenschutzbedenken
OPPOSITIONEN
&
KRITIK
Konsequenzen
- DIGITALISIERUNG = ABSTRAKT
- DATENSCHUTZ & GRUNDRECHTE
- Politik defensiv
Handlungsstrategien
- DATENSCHUTZ & GRUNDRECHTE
- Vertrauensbildung
- Kommunikation
- TRANSPARENZ & KONTROLLE

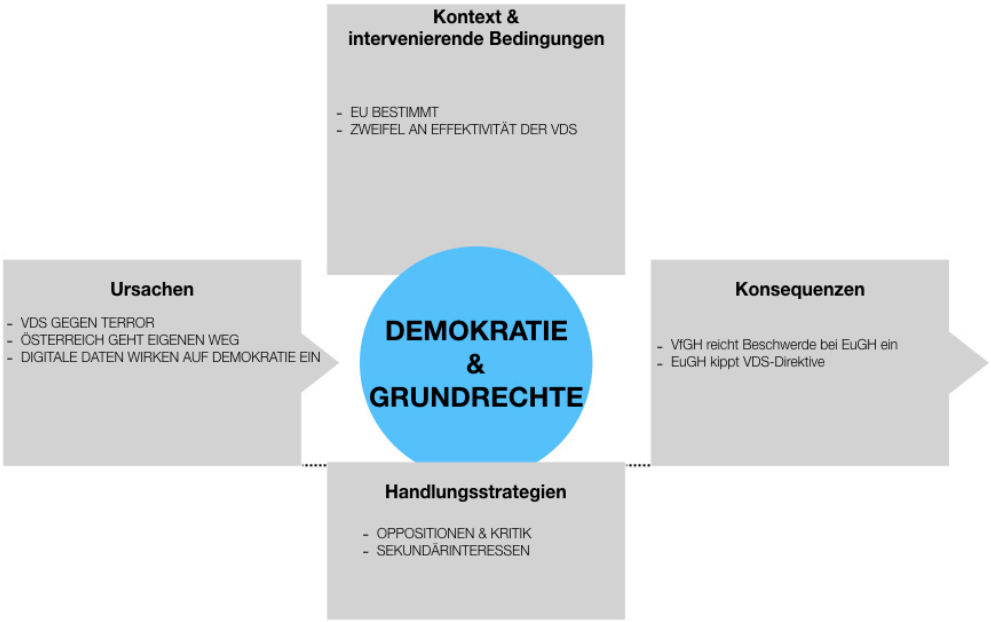
7.5.2. Sicherheitsbereich





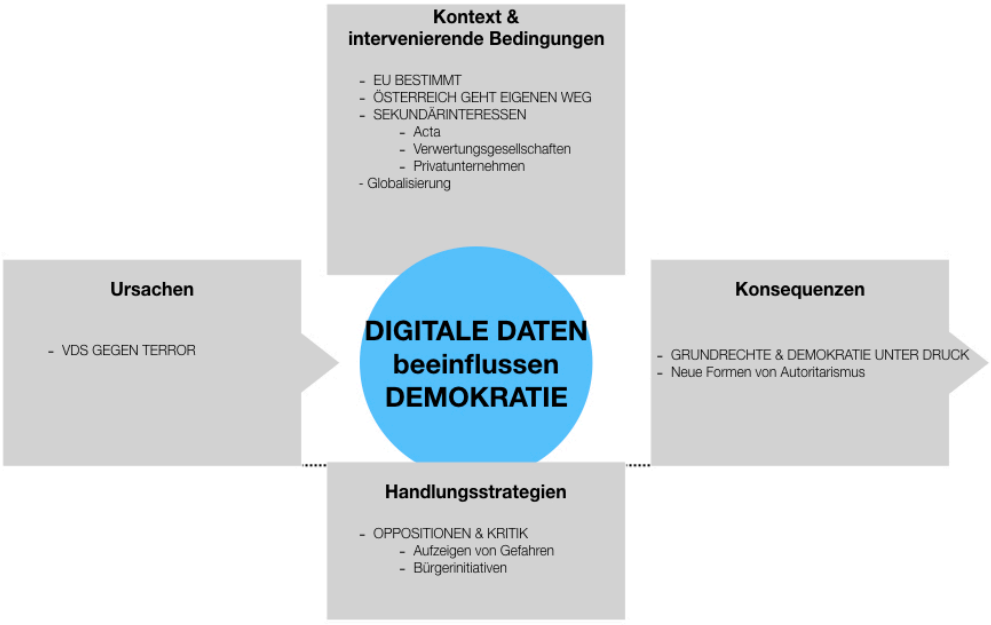

Kontext &
intervenierende Bedingungen
- GRUNDRECHTE & DEMOKRATIE UNTER DRUCK
- ZWEIFEL AN EFFEKTIVITÄT der VDS
- SEKUNDÄRINTERESSEN
- Europäisierung
Ursachen
- EU BESTIMMT
- Verlangt Umsetzung der VDS
- Drohung mit Strafe
ÖSTERREICH geht eigenen Weg
Konsequenzen
- OPPOSITIONEN & KRITIK
- GRUNDRECHTE & DEMOKRATIE UNTER DRUCK
Handlungsstrategien
- VDS ALS MITTEL GEGEN TERROR


Kontext &
intervenierende Bedingungen
- EU BESTIMMT
- ÖSTERREICH GEHT EIGENEN WEG
- VDS wurde in anderen EU-Staaten gekippt
Ursachen
- VDS GEGEN TERRORISMUS
- DEMOKRATIE & GRUNDRECHTE UNTER DRUCK
- SEKUNDÄRINTERESSEN
- DIGITALE DATEN WIRKEN AUF DEMOKRATIE EIN
ZWEIFEL EFFEKTIVITÄT
Konsequenzen
- OPPOSITIONEN & KRITIK
- Ende der VDS durch EuGH-Entscheidung
- Misstrauen gegenüber Politik
Handlungsstrategien
- OPPOSITIONEN & KRITIK
- Verfassungsklagen
- Proteste
- Bürgerinitiativen

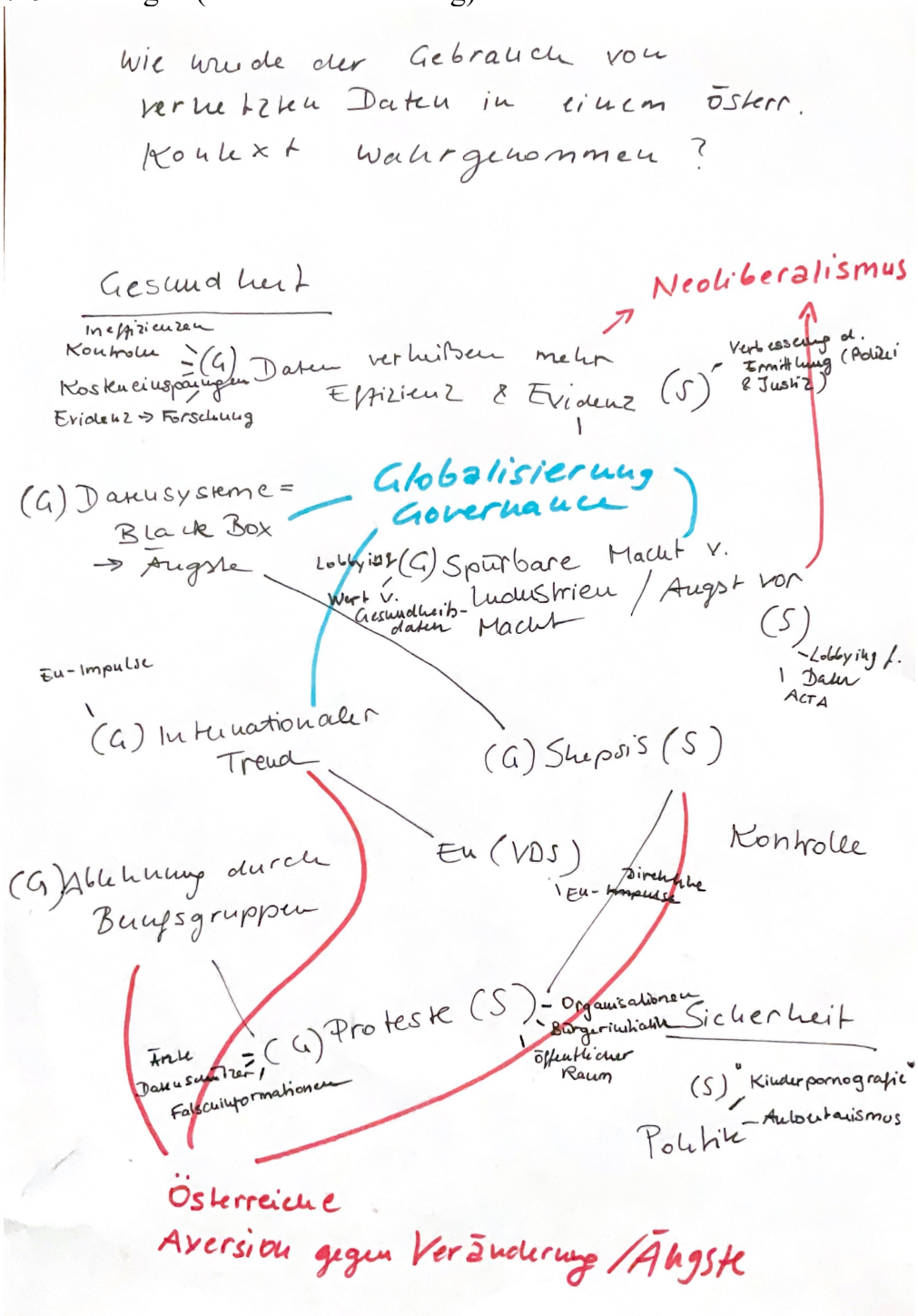

Kontext &
intervenierende Bedingungen
- EU BESTIMMT
- ZWEIFEL AN EFFEKTIVITÄT DER VDS
Ursachen
- VDS GEGEN TERROR
- ÖSTERREICH GEHT EIGENEN WEG
- DIGITALE DATEN WIRKEN AUF DEMOKRATIE EIN
DEMOKRATIE
&
GRUNDRECHTE
Konsequenzen
- VfGH reicht Beschwerde bei EuGH ein
- EuGH kippt VDS-Direktive
Handlungsstrategien
- OPPOSITIONEN & KRITIK
- SEKUNDÄRINTERESSEN

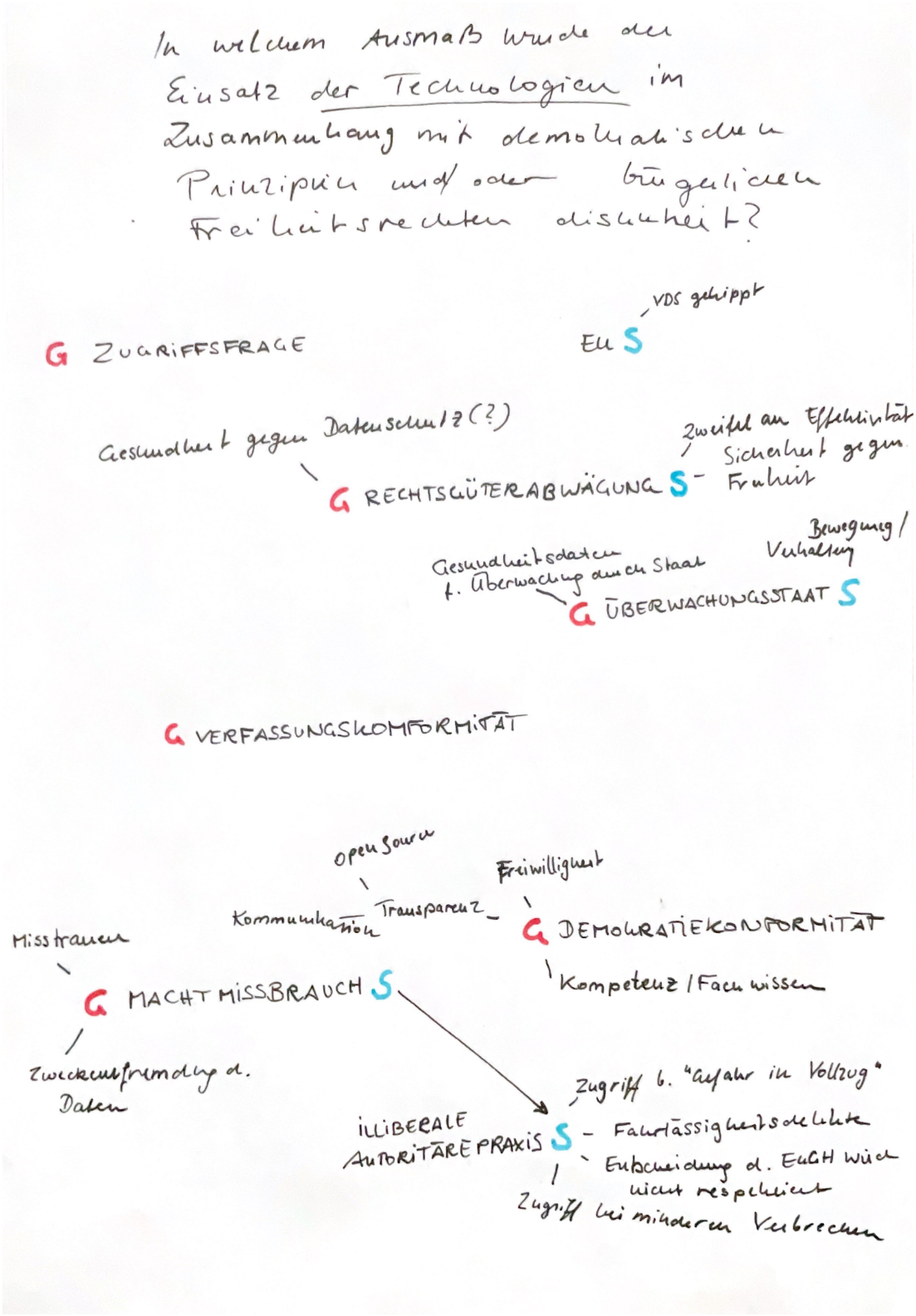

Kontext &
intervenierende Bedingungen
- SEKUNDÄRINTERESSEN
- EU BESTIMMT
- DIGITALE DATEN WIRKEN AUF DEMOKRATIE EIN
Ursachen
- VDS GEGEN TERROR
- DEMOKRATIE & GRUNDRECHTE UNTER DRUCK
- ZWEIFEL AN EFFEKTIVITÄT
OPPOSITIONEN
& KRITIK
Konsequenzen
- DIGITALE DATEN WIRKEN AUF DEMOKRATIE EIN
- Ende der VDS in Österreich
Handlungsstrategien
- ÖSTERREICH GEHT EIGENEN WEG
- Argumentation: schonende Umsetzung


Kontext &
intervenierende Bedingungen
- EU BESTIMMT
- ZWEIFEL AN EFFEKTIVITÄT DER VDS
- OPPOSITIONEN & KRITIK
Ursachen
- VDS GEGEN TERROR
- Daten sind verfügbar
SEKUNDÄR-
INTERESSEN
Konsequenzen
- DEMOKRATIE & GRUNDRECHTE UNTER DRUCK
- OPPOSITION & KRITIK
- Zweifel an Motiven der Politik
Handlungsstrategien
- ÖSTERREICH GEHT EIGENEN WEG
- Lobbying


Kontext &
intervenierende Bedingungen
- EU BESTIMMT
- ÖSTERREICH GEHT EIGENEN WEG
- SEKUNDÄRINTERESSEN
- Acta
- Verwertungsgesellschaften
- Privatunternehmen
- Globalisierung
Ursachen
- VDS GEGEN TERROR
DIGITALE DATEN
beeinflussen
DEMOKRATIE
Konsequenzen
- GRUNDRECHTE & DEMOKRATIE UNTER DRUCK
- Neue Formen von Autoritarismus
Handlungsstrategien
- OPPOSITIONEN & KRITIK
- Aufzeigen von Gefahren
- Bürgerinitiativen

7.6. Anhang C (Selektive Kodierung)




In welchem Ausmaß wurde der Einsatz der Technologien im Zusammenhang mit demokratischen Prinzipien und/oder bürgerlichen Freiheitsrechten diskutiert?
G ZUGRIFFSFRAGE
EU S
VDS gekippt
Gesundheit gegen Datenschutz (?)
G RECHTSGÜTERABWÄGUNG S
Zweifel an Effektivität / Sicherheit gegen Freiheit
Gesundheitsdaten f. Überwachung durch Staat
Bewegung / Verhalten
G ÜBERWACHUNGSSTAAT S
G VERFASSUNGSKONFORMITÄT
open Source
Kommunikation
Transparenz
Freiwilligkeit
G DEMOKRATIEKONFORMITÄT
Kompetenz / Fachwissen
Misstrauen
G MACHT MISSBRAUCH S
Zweckentfremdung d. Daten
Zugriff b. "Gefahr im Verzug"
ILLIBERALE AUTORITÄRE PRAXIS S
- Fahrlässigkeitsdelikte
- Entscheidung d. EuGH wird nicht respektiert
Zugriff bei minderen Verbrechen

7.7. Anhang D (Quellenkorpus)

Quellenkorpus online verfügbar unter:

GP1: Gesundheit, Phase 1 (01/2007-05/2007)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434593

GP2: Gesundheit, Phase 2 (11/2011-12/2011)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434594

GP3: Gesundheit, Phase 3 (09/2012-12/2012)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434595

GP 4: Gesundheit, Phase 4 (01/2014-03/2014)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434596

GP 5: Gesundheit, Phase 5 (04/2018-05/2018)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434600

GP 6: Gesundheit, Phase 6 (03/2020-04/2020)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434618

G_Transkription: Gesundheit, Phasen 1-6 (2007-2020)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434615

SP1: Sicherheit, Phase 1 (05/2007-06/2007)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434603

SP2: Sicherheit, Phase 2 (03/2011-04/2011)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434605

SP3: Sicherheit, Phase 3 (03/2012-04/2012)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434606

SP4: Sicherheit, Phase 4 (11/2012-12/2012)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434614

SP5: Sicherheit, Phase 5 (04/2014-06/2014)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434613

SP6: Sicherheit, Phase 6 (01/2015-04/2015)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434618

S_Transkription: Sicherheit, Phasen 1-6 (2007-2015)
https://phaidra.univie.ac.at/o:1434616

7.7. Anhang E (Abstract)

(Englisch)
This master thesis deals with the public discourse on networked data, democracy and civil liberties in Austria. Based on a broad theoretical discussion, the public discourse in the two areas of public health and public safety is examined. The theoretical approaches consider findings from political transformation research, surveillance studies and findings from Austrian authoritarianism research and international research on digital authoritarianism. Established historical relationships are investigated. By using the 'Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD)' several debates about the Electronic Health Record (ELGA), the Stop Corona App and the implementation of the EU data retention directive are examined. The following research questions should be answered in the process: (1) How was the use of networked data perceived in the Austrian public discourse? (2) How did the discourse differ in the public areas? (3) To what extent was the use of digital technology discussed in relation to democratic principles and/or civil liberties? The investigation is based on the reporting by the Austrian media outlets Kronen Zeitung, Der Standard, Die Presse, Wiener Zeitung and ORF TV. Relevant media contributions were first coded in a three-stage process and then evaluated according to Grounded Theory principles. The findings show that all digital projects examined were met with considerable criticism. ELGA and the data retention were also accompanied by significant protests. The topics of democracy and possible restrictions of freedom were addressed in the context of all discourse objects examined. However, the actual threat potential was not always perceived correctly.

(Deutsch)
Diese Masterarbeit befasst sich mit dem öffentlichen Diskurs über vernetzten Daten, Demokratie und bürgerlichen Freiheiten in Österreich. Ausgehend von einer theoretischen Diskussion wird der öffentliche Diskurs in den beiden Bereichen öffentliche Gesundheit und öffentliche Sicherheit analysiert. Die theoretischen Ansätze berücksichtigen Erkenntnisse aus der politischen Transformationsforschung, den Surveillance Studies sowie Erkenntnisse aus der österreichischen Autoritarismusforschung und der internationalen Forschung zu digitalem Autoritarismus. Dabei werden auch weiter zurückreichende historische Beziehungen behandelt. Im Rahmen einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) werden dann mehrere Debatten über die Elektronische Patientenakte (ELGA), die Stopp Corona App und die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung untersucht. Folgende Forschungsfragen sollen dabei beantwortet werden: (1) Wie wurde der Gebrauch von vernetzten Daten im öffentlichen Diskurs in einem österreichischen Kontext wahrgenommen? (2) Wie unterschied sich der Diskurs in den öffentlichen Teilbereichen? (3) In welchem Ausmaß wurde der Einsatz digitaler Technologien im Zusammenhang mit demokratischen Prinzipien und/oder bürgerlichen Freiheitsrechten diskutiert? Grundlage der Diskursanalyse ist die Berichterstattung der österreichischen Medien Kronen Zeitung, Der Standard, Die Presse, Wiener Zeitung und ORF. Relevante Medienbeiträge wurden zunächst in einem dreistufigen Prozess kodiert und anschließend nach Grounded-Theory-Prinzipien ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass alle untersuchten Digitalisierungsprojekte auf erhebliche Kritik gestoßen sind. ELGA und die Vorratsdatenspeicherung wurden dabei von erheblichen Protesten begleitet. Die Themen Demokratie und mögliche Freiheitsbeschränkungen wurden im Kontext aller untersuchten Diskurgegenstände thematisiert. Allerdings wurde das tatsächliche Bedrohungspotenzial nicht immer richtig bestimmt.